

# DAS ARGUMENT 81

## Widerspiegelungs-Diskussion Streitfragen materialistischer Dialektik (I)

### Editorial

Für die Weiterentwicklung der Zeitschrift unter Mitwirkung  
ihrer Leser 553

Wolfgang Fritz Haug  
Was soll materialistische Erkenntnistheorie? 559

Anton Leist  
Widerspiegelung der Realität – Realität der Wider-  
spiegelung? 574

Friedrich Tomberg  
Über den praktischen Sinn des Widerspiegelungs-  
Theorems 613

\* \* \*

David Kramer  
Watergate oder Die Verschwörung einer Regierung gegen  
die Regierungsform 629

Helmut Gollwitzer  
Lehrstück Chile 649

Besprechungen 653

Schwerpunkte: Neopositivismus; Philosophie und Sozial-  
geschichte des Bürgertums; Klassenkampf, Dritte Welt und  
katholische Kirche; Imperialismus

# DAS ARGUMENT

**Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften**

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Heribert Adam (Kairo), Wilhelm Alff (Braunschweig), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Peter Furth (Berlin/West), Imanuel Geiss (Hamburg), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730, Tel. 0721/55 59 55  
Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Sibylle Haberdtzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Bernd Schüngel, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Sekretariat: Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a

Telefon: (030) 831 49 15

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Kambartel, Friedrich: Was ist und soll Philosophie?</i> (Zimmermann) . . . . .	653
<i>Apel, Karl-Otto, u. a.: Hermeneutik und Ideologiekritik (Leist)</i> . . . . .	654
<i>Lorenz, Kuno: Elemente der Sprachkritik (Zimmermann)</i> . . . . .	657
<i>Patzig, Günter: Ethik ohne Metaphysik (Arnaszus)</i> . . . . .	661

(Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite)



Das Argument erscheint 1973 in 12 Hefen mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 6 Zeitungs-Nrn. (alle 2 Monate 1 Lieferung) teils als Einfach-, teils als Mehrfachhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preise siehe beiliegende Bestellkarte. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1973. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 1051 14, Postscheckkonto Karlsruhe 1363 60. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH., 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Tel. 55 59 55. — 1.—15. Tausend Oktober 1973.

### Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages sowie Prospekte vom C. H. Beck-Verlag, München; Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. und vom Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln.

Editorial

## Für die Weiterentwicklung der Zeitschrift unter Mitwirkung ihrer Leser

*„Die Linken sind es, die definieren, was modern, was Zukunft ist. Sie bezeichnen den Übelstand und die sie legitimierende Veränderung . . .“*

FAZ-Leitartikel von J. Gross, 24. 9. 1973

Erstmals seit Kriegsende gibt es unter den Intellektuellen Westdeutschlands einen beachtlichen, mit der Methode und einer Reihe grundlegender Arbeiten des Marxismus mehr oder weniger vertrauten wissenschaftlichen Nachwuchs — wenn auch behaftet mit dem Erbübel der Spaltung. In den Manuskripten, die der *Argument*-Redaktion zugehen, widerspiegelt sich diese Entwicklung zunehmend. Vor allem die relativ breite Rezeption des *Kapital* von Karl Marx — und zwar nicht nur durch Vertreter der unmittelbar soziologischen Fächer — beginnt offensichtlich ihre Früchte zu tragen. In der Aneignung und fachlichen Verarbeitung des theoretischen Hauptwerks von Marx sind sich im übrigen eine Reihe von ansonsten fraktionierten linken Organisationen und Studentengruppen bis zu einem gewissen Grad einig, und es erscheint der Redaktion dieser Zeitschrift — dies nebenbei — außerordentlich wichtig, derartige fragmentarische Gemeinsamkeit einer wissenschaftlich sozialistischen Begrifflichkeit und Rationalität, wie sie aus dem Marxschen Hauptwerk hervorgeht, zu verstärken und sozusagen zu ergänzen. Im Gegensatz zu denen, die eine Unidad Popular in Übersee bejahen, in der BRD aber die Zusammenarbeit aller sozialistischen und demokratischen Kräfte ablehnen, sehen wir in ihr die einzige Perspektive, in der eine demokratische sozialistische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land möglich wird. Mag diese Perspektive noch manchem unwirklich erscheinen, sind doch die Elemente vorhanden, und auf der Ebene sozialwissenschaftlicher Theorie repräsentiert die Redaktionspolitik dieser Zeitschrift den Versuch, im fragmentarischen Zustand die Perspektive der rationalen und solidarischen Diskussion und Zusammenarbeit zu öffnen.

Dank der Anhäufung wissenschaftlicher Substanz ist dieser Versuch auf der Ebene einer theoretischen Zeitschrift aussichtsreicher geworden, obwohl er gerade deshalb zunehmend unter Beschuß gerät. Auf der Ebene der Redaktionspraxis kündigte sich die Erleichterung

unmittelbar als Erschwerung an; es wurde immer schwieriger, in der gewohnten Weise die „typischen *Argument*-Themenhefte“ zu machen. Dafür sind zwei unmittelbare Gründe zu nennen. *Erstens*: Nachdem sich in den Jahren 1969—71 die Zahl der Leser sprunghaft vervielfacht hatte<sup>1</sup>, vervielfachte sich seither die Zahl der Mitarbeiter; aus Lesern wurden Autoren, eine Rückkoppelung, von der wir hoffen, daß sie weiterwirkt. *Zweitens*: Gebiete und Fragestellungen, in denen es vor zehn Jahren noch relativ einfach war, Pionierarbeit zu leisten, werden heute landauf, landab breit, zum Teil intensiv aufgearbeitet. Als das *Argument* mit Themen und Fragestellungen wie *Sexualität und Herrschaft, Massenmedien und Manipulation, Schule und Erziehung* oder *Faschismus-Theorien* in Neuland vorstieß, da reichte es aus, mit einigen wenigen Beiträgen die Problematik im Sinne einer konkret-politisch werdenden kritischen Theorie anzureißen, um der Entwicklung wichtige Anstöße geben zu können. Mehr war allerdings auch kaum machbar, da es weder Autoren noch Vorarbeiten, noch eine lebendige Tradition gab, auf die man ohne weiteres hätte zurückgreifen können.

Inzwischen liegt zu den im *Argument* erschlossenen Fragestellungen und Gebieten eine große Zahl von Veröffentlichungen vor. Nachdem die Studentenbewegung eine wenn auch diffuse linke Öffentlichkeit geradezu sprunghaft ausgedehnt hatte, wurde diese als Markt geschäftlich interessant und in der Folgezeit, wie man weiß, auch dementsprechend behandelt und mit Waren geradezu überflutet. Vieles davon war und ist mehr nicht als ein momentanes Geschäft<sup>2</sup> mit ideologischer Nebelwirkung. Kaum war ein linksintellektuelles Publikum da, bemühten sich konservative, ja deutschnationale oder faschistoide Verlage darum, einander auf diesem Markt das Wasser abzugraben. Vermutlich steckte allerdings außer dem Geschäftsgeist hier und da auch der Geist des ideologischen Klassenkampfes von oben dahinter. Nachdem sich die linke Öffentlichkeit nicht mehr auslöschen ließ, konnte man wenigstens Wasser in den roten Wein gießen — vielmehr die handelsüblichen Weinfälschungen, von denen man Kopfschmerzen bekommt.

1 Vgl. das Editorial zu *Argument* 66, XIII. Jg., 1971, S. 451.

2 Ein Blick in die USA zeigt, welche gefährliche Bedrohung der Linken davon ausgeht, wenn dann der „Moment des Profits“ vorbei ist und ein standfestes, von den Kapitalinteressen unabhängiges fortschrittliches Verlagswesen nicht rechtzeitig aufgebaut worden ist. Paul M. Sweezy und Harry Magdoff, die Herausgeber von *Monthly Review*, schreiben im Editorial zum Februarheft (Nr. 9, XXIV/1973), das die Ankündigung drastischer Preiserhöhung mit einem Hilferuf verbindet: „Vom Niedergang der radikalen Linken in den letzten zwei oder drei Jahren ist der Verkauf linker Bücher stark betroffen worden. Einige kommerzielle Verleger, die gegen Ende der sechziger Jahre groß einstiegen, sind genau so schnell wieder ausgestiegen, nachdem ihr Traum von schnellen Profiten sich als kurzlebig oder ganz und gar illusorisch erwiesen hat. *Monthly Review Press* hat unter diesem Wechsel des politischen Klimas gleichfalls gelitten, wenn auch bei weitem nicht so drastisch.“

Auch manche mehr oder weniger unabhängige „linke“ Publikation konnte der Versuchung nicht widerstehen, momentane Tendenzen zu vermarkten, politischen Moden verantwortungslos nach dem Mund zu reden, statt sich der Mühe der Erarbeitung und Entwicklung zu unterziehen. Die erfolgreichste Zeitschrift dieser Art z. B. scheint ein Geschäftsprinzip daraus gemacht zu haben, bestimmte politische Positionen in der einen Nummer zur entscheidenden neuen politischen Kraft aufzutakeln, um sie in der folgenden Nummer wieder abzuwracken.

Sowenig das *Argument* je auf irgendeiner der Modewellen geschwommen ist, so wenig hat es sich berühmter — sprich: markt-gängiger — Namen bedient. Es wurde nicht so oft Fertiges abgedruckt, als Neues kooperativ verfertigt. Nur so war es möglich, Anstoß zu geben, in den letzten fünf Jahren vor allem zu einer breiten Bewegung der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft<sup>3</sup>.

Den Vermarktern der Mode war diese Konzeption, in der sie sich kritisiert spürten, auch wo Kritik nicht ausdrücklich geübt wurde, ein Dorn im Auge. Da das *Argument* zugleich die Hauptrichtung, die jede opportunistische Wetterfahne in diesem Lande anzeigt, den Antikommunismus, auch in irgendeiner der verfeinerten Versionen — auch der marxologischen oder einer angeblich „antirevisionistischen“ — nicht mitmacht, sondern zunehmend den Diskussionszusammenhang auf dem Boden der verbindlichen Begrifflichkeit, auf die der wissenschaftliche Sozialismus angewiesen ist, anstrebt, eine Haltung, der die Einsicht in die Notwendigkeit eines breiten Bündnisses zugrunde liegt, versuchen manche der Kritisierten halt immer wieder, durch gezielte Quiproquos die Kritik unwirksam zu machen. Dem kommt von bürgerlicher Seite das Interesse entgegen, alle Kräfte, in denen sie die Gefahr der Volksfront wittern, weil sie nicht über den Antikommunismus steuerbar sind, als von einer ausländischen Macht gelenkte darzustellen. Damit es auch ja jeder merke, erfand die *WELT* in ihrer Ausgabe vom 29. 8. 1973 den Ausdruck „DDR'-sowjetische Observanz“, um derart überdeterminiert die Linie des *Argument* zu kennzeichnen. Das *Argument* konzidiere immerhin „das Minimum an Spielraum, das heute angesichts des Konkurrenzkampfes der linken Sekten und Fraktionen sogar orthodoxe Kommunisten ihrem Publikum anbieten müssen“. Daß linke Kollegen gelegentlich auch mit derartigen Klischees operieren, veranlaßte uns schon einmal zu einer Stellungnahme<sup>4</sup>. Wer es bewußt anwendet, weiß und bezweckt, daß damit eine gefährliche Last auf die schmalen Schultern einer Redaktion gelegt ist; versucht wird, self-fulfilling prophecy auszuüben.

3 Vgl. hierzu neuerdings Friedrich Tomberg: Bürgerliche Wissenschaft — Begriff, Geschichte, Kritik. Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M. 1973.

4 Vgl. hierzu W. F. Haug: Notizen über einen aktuellen Gebrauch der Begriffe „Wissenschaft“ und „Ideologie“, Editorial zu *Argument* 66/1971, S. 439 ff., und ders.: Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus, Editorial zu *Argument* 71/1972, S. 1 ff.

Dadurch wird nicht nur die Anstrengung zur Aufrechterhaltung einer freien wissenschaftlichen Diskussion mit immer mehr faux frais belastet, sondern Vorarbeit für die antisozialistische Kampfpublizistik geleistet.

Abgesehen von den taktischen Fallstricken und der Gefährdung, die von ihnen ausgeht, lenken solche Schlag-Worte von den wirklich anstehenden Aufgaben und von der Natur der zu leistenden Arbeit vollkommen ab. Das Klischee von der „orthodoxen Linie“ ist töricht, trifft an der Sachlage vorbei. Nach vorn führen keine alten Wege, sondern neu zu bahnnende, auf denen es — selbst wenn man Gängelung akzeptieren würde — gar keine fertige Linie gibt, auf der einfach entlanggegangen werden kann.

Unter Mitwirkung von Brecht gelang es 1943 einer Gruppe deutscher Emigranten in den USA, eine Erklärung zu formulieren, die für eine antifaschistische Volksfront Partei ergriff und „die Kundgebung der deutschen Kriegsgefangenen und Emigranten in der Sowjetunion“ begrüßte. Es gelang, einen der wenigen in den USA berühmt gewordenen, erfolgreichen deutschen Exilschriftsteller, Thomas Mann, zur Unterschrift zu bewegen, allerdings nur für eine Nacht — am Morgen zog er sie schon wieder zurück. Was dann hinter den Kulissen sich abspielte, spiegelt sich in einer Eintragung in Brechts *Arbeitsjournal* vom 9. 9. 1943 wider, die wegen ihrer — völlig gewandelten Umständen zum Trotz und obwohl ihr Tenor dem Gesamtwirken Thomas Manns Unrecht tut — in der heutigen BRD täglich neuen Aktualität ausführlich zitiert sei, wobei der Leser sich aktuelle Adressaten hinzudenken möge:

N.N. „... erzählt jetzt herum, ‚diese Linken wie Brecht‘ führten Befehle von Moskau aus ... Das Reptil kann sich nicht vorstellen, daß man ohne Befehle von irgendwo etwas für Deutschland (und gegen Hitler) tun kann und daß man überhaupt ganz von sich aus, sagen wir aus Überzeugung, in Deutschland etwas anderes erblicken kann als ein zahlkräftiges Leserpublikum. Bemerkenswert ist die Perfidie, mit der das Paar ... solche Verdächtigungen austreut, die, wie sie wissen, jedem großen Schaden tun können.“

Abgesehen von dem Schaden — die zugrundeliegende Vorstellung ist schon deshalb ganz falsch, weil für viele Probleme eben keine Lösungen da sind, sondern erst entwickelt werden müssen. Die Art, wie dabei allein voranzukommen ist, verbietet jede Orientierung an Moden oder Opportunitäten. Die erforderliche Art, die einzig langfristig Erfolg versprechende, sieht sehr nach Arbeit aus. Daß das *Argument*-Konzept seine Leser und Mitarbeiter gefunden hat, ist für den Erfolg wesentlich geworden. Vor allem den Abonnenten ist dafür zu danken, daß sie die Zeitschrift „gehalten“ haben, und dies trotz gelegentlicher Zumutungen und auch wenn einzelne Beiträge oder sogar Hefthemen nicht immer den speziellen Interessen eines jeden entsprechen konnten. Nur die Abonnements geben einer derart arbeitsaufwendigen Zeitschrift die Möglichkeit, ihre ebenso weitverbreiteten wie langfristigen Aktivitäten zu entfalten.

Was uns jetzt zwingt, das bisherige Konzept zu überprüfen, ist nicht sein Scheitern, sondern sein Erfolg. Trotz steigender Qualitätsanforderungen schwollen die Themenhefte immer mehr an. Die zur Disposition stehenden Arbeiten wurden immer vielfältiger, spezieller. Kurz: die nicht mehr nur rezeptive, sondern produktive Resonanz, die unsere Themenhefte fanden, sprengte das Konzept. Da wir einerseits die Rezensionstätigkeit förderten, andererseits aber der Aufsatzteil den Rezensionsteil zusammendrängte, veralteten die Rezensionen. Die Themen der Hefte und vor allem ihre in den Stoff sich einlassende Bearbeitung wurden immer spezieller. Konnte man so spezialisierte und dabei auseinanderliegende Produkte ein und demselben Leserkreis noch zumuten?

Es waren die praktischen, bei der Redaktionstätigkeit auf den Nägeln brennenden Probleme, die den Ausschlag gaben. Um die Zeitschrift beweglicher und allgemeiner zu halten, andererseits unbeschränkt bestimmte Schwerpunkte zu bearbeiten, wurde entschieden, die Reihe der Argument-Sonderbände als relativ selbständige Reihe auszubauen und die Themenbindung der regulären Zeitschriftenhefte auf Schwerpunkte zu reduzieren. War das Hefthema zunehmend als Fessel spürbar, so war seine Bearbeitung andererseits durch den Umfang der Hefte gefesselt. Beide Beschränkungen sollen künftig wegfallen.

Für die reguläre Zeitschrift ergibt sich daraus folgendes Konzept: jedes Heft hat zwar weiterhin einen Themenschwerpunkt; darüber hinaus werden regelmäßig aktuelle Analysen gebracht und die Möglichkeit zur Diskussion entschieden ausgeweitet. In Form und Inhalt werden die Beiträge der Zeitschrift so ausgewählt, daß sie für den „marxistischen Leser“ von Nutzen sind, der sich so allseitig interessieren muß, wie es die Entfaltung des Sozialismus in Theorie und Praxis ermöglicht und verlangt. Die Zeitschriftenhefte werden — im Unterschied zu den Sonderbänden, die sich mehr an spezielle Lesergruppen wenden — weniger „kompendiös“ als bisher. Sie werden stärker das Allgemeine betonen, das allen Gebieten gleichsam Grundlegende; und sie werden mehr Exposés bringen, Arbeitsbeiträge, in denen bestimmte Dinge erst entwickelt werden. Der Rezensionsteil wird aktueller werden, dafür weniger als bisher nach Schwerpunkten geordnet, da dieses Desiderat in einem kaum lösbaren Zielkonflikt mit dem in Zukunft vordringlichen der Aktualität liegt. Die Fächer-einteilung der Rezensionen wird ausgebaut: Beginnend mit dem Jahrgang 1974 nehmen wir *Sprach- und Literaturwissenschaft* und *Erziehungswissenschaften* als neue Rubriken auf. In den Sonderbänden wird es — wenn überhaupt — weiterhin nur aufs Hefthema orientierte Besprechungsstücke geben. Während die Sonderbände in zwangloser Folge erscheinen werden, wird es in Zukunft eher möglich sein, die Zeitschrift regelmäßig alle zwei Monate herauszubringen — vermutlich wird es fast nur noch Doppelhefte geben.

Die neue Konzeption hat nicht zuletzt den Vorteil, daß sie der Mitarbeit vielfältigen Raum bietet.

Wir rufen die Leser und Mitarbeiter auf, sie mit Leben zu erfüllen.

\* \* \*

Der Reihentitel dieses Heftes, *Streitfragen materialistischer Dialektik*, betont die neue Konzeption. Streitfragen austragen ist nicht das gleiche wie polemisieren. Hier wird ein Gebiet, das umstritten ist, betreten in der Absicht, Klärungen herbeizuführen, Antworten zu entwickeln. Ein Gewinn wäre es schon, würden der Verlauf der Front — die sowohl eine der Auseinandersetzung als auch eine der Entwicklung ist — und das, was auf dem Spiele steht, deutlicher.

Wer meint, bei den Streitfragen der materialistischen Dialektik handle es sich um spezielle Dinge, die man am besten „Fachphilosophen“ überlassen sollte, der irrt. Oft verbirgt sich hinter der zur Schau getragenen Abwehr bestimmter theoretischer Arbeit als „Philosophie“ bloß die Bequemlichkeit, die eigene Hausgebrauch-Philosophie weiterhin durch keine Reflexion gestört anwenden zu können. Was unter dem Begriff materialistische Dialektik angesprochen wird, betrifft die Grundlagen und Begriffsinstrumente jeder wissenschaftlichen Arbeit. Zugleich geht es um die Grundfragen der Epoche, wie sie sich in der Region ideeller Abstraktionen ausdrücken.

Was mit diesem Heft als *Widerspiegelungs-Diskussion* beginnt, wird über die enge Fassung des Gegenstands hinausgetrieben werden — und die Redaktion wird eine solche Ausweitung unterstützen. Insbesondere wird das Verhältnis von Gesellschaft und Natur, speziell das Verhältnis von Gesellschafts- und Naturwissenschaft, angegangen werden müssen. Andererseits wird es notwendig sein, mehr als bisher die Kraftfelder und Funktionalisierungen zu analysieren, die vom ideologischen Klassenkampf her derartige ‚abstrakte‘ Diskussionen unter der Hand bestimmen und ihnen unkontrolliert die spezifische Akzentuierung verleihen. „Dialektik der Natur“ und „ideologischer Klassenkampf“ bezeichnen Pole, zwischen denen sich die Erörterung der Streitfragen materialistischer Dialektik wird bewegen müssen.

Daß und wie weit diese Diskussion „offen“ ist, entspringt nicht einer Begeisterung für „Fragen“ als solche, die in der Regel auf Kosten der Antworten geht. Sondern hier heißt es zunächst, bisher vernachlässigte Vorarbeiten sich anzueignen; das Angeeignete verändert sich dadurch auch. Am Anfang der Diskussion stehen Divergenzen und Unklarheiten, von denen wir hoffen, daß es gelingt, sie im Verlauf zu beseitigen. Am Anfang beherrschen sie aber eben doch das Feld — wie an den wissenschaftlich, sprachlich und politisch zum Teil entgegengesetzten Diskussionsbeiträgen des vorliegenden Heftes abgelesen werden kann, so daß nichts anderes übrig bleibt, als die Leser aufzufordern, sich selbst an die Entwirrung zu machen, Argument und Gegenargument zu prüfen und nichts zu akzeptieren als einen Beweis. Nur so kann sich ein verbindlicher und deshalb verbindender Standard herausbilden.

Wolfgang Fritz Haug

## Was soll materialistische Erkenntnistheorie?

### Vorbemerkung

Den folgenden Thesen kann man vorwerfen, daß sie sehr allgemein gehalten sind. Sie erreichen gar nicht erst die Konkretion, in der bestimmte Einzelaufgaben der materialistischen Erkenntnistheorie auftauchen. Ihre Allgemeinheit hat den doppelten Grund, daß sie am Anfang einer Diskussion stehen, die sich zweifellos noch auf konkrete Einzelprobleme ausweiten und diese konzentriert behandeln wird, und daß es andererseits nötig erscheint, sich zunächst einmal an den Sinn dialektisch-materialistischer Erkenntnistheorie zu erinnern. Erst wenn man sich darüber verständigt hat, wofür sie notwendig ist, welchen (und wessen) Ansprüchen sie genügen soll, findet man sich in den spezialisierten Darlegungen zurecht, die ja zudem noch unter Bedingungen ideologischer Auseinandersetzungen gemacht werden, die jederzeit zu durchschauen nicht so einfach ist. Der Zweck der folgenden Überlegungen, Fragen und Vorschläge ist es, einer Verständigung über Grundfragen und Ansprüche materialistischer Dialektik Vorschub zu leisten<sup>1</sup>. Ihr Zweck ist es, zur Berichtigung oder Präzisierung aufzufordern. Der Verfasser hat sich deshalb nicht gescheut, hier und da Auffassungen zu pointieren, über deren Haltbarkeit er sich nicht immer fraglos sicher ist. Eine letzte Einschränkung: für den Zweck dieses Diskussionsbeitrages schien es gerechtfertigt, das Begriffsmaterial für die Pole der Erkenntnisbeziehung vorläufig pauschal zu behandeln, insbesondere die Erkenntnisarten (und -Grade) nicht weiter zu differenzieren, z. B. das Verhältnis von „Wahrnehmung“ und „Denken“ usw. nicht näher zu untersuchen.

### I. Materialismus versus Idealismus

Was Gegenstand und Interesse erkenntnistheoretischer Fragestellungen im Allgemeinen ausmacht, läßt sich wohl kaum verständlicher ausdrücken als mit den Worten Lenins: Erkenntnistheorie will wis-

<sup>1</sup> Ohne daß im einzelnen jeweils darauf hingewiesen würde, findet dabei u. a. eine Auseinandersetzung mit einigen in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträgen zu Fragen materialistischer Dialektik statt. Außer auf Leists Diskussionsbeitrag in diesem Heft bezieht sich die implizite Auseinandersetzung vor allem auf die Artikel von Albrecht (in Arg. 74/1972) und Sandkühler (in Arg. 77/1972).

sen, „auf welche Weise das Wissen aus *Nichtwissen* entsteht“ (14.96); darüber bringt sie Wissen hervor und entwickelt es zur Wissenschaft, „indem sie die Entstehung und Entwicklung der Erkenntnis, den Übergang von der *Unkenntnis* zur Erkenntnis erforscht und verallgemeinert“ (21.42). Als Wissen über die Entstehung von Wissen muß sie über ihr eigenes Entstehen entsprechend Rechenschaft ablegen, an sich selber die Probe aufs Exempel geben.

Der Begriff Nichtwissen ist doppeldeutig, er kann andere Bewußtseinsformen als die des „Wissens“ bezeichnen oder das „Sein“, auf dem sich „Bewußtsein“ erhebt und das es „im Auge hat“. Setzen wir „Denken“ für Wissen und „Sein“ für die Grundlage des Wissens wie seiner je möglichen dinglichen Gegenstände, so kann man sagen: die erkenntnistheoretische Fragestellung faßt nur eine Dimension einer viel konkreteren Beziehung; ihre Frage muß daher, um beantwortbar zu werden, zunächst in dieser allgemeineren Form gestellt und behandelt werden: „Wie ist das Verhältnis von Bewußtsein und Sein oder Denken und Sein?“ Engels hat diese Frage als „die große Grundfrage aller, speziell neueren Philosophie“ bezeichnet (MEW 21, 274). In der Beantwortung dieser Grundfrage scheiden sich die Geister. Bezeichnet man Bewußtsein (und Denken) als das „Ideelle“ im Gegensatz zum „Materiellen“ des Seins, heißen *idealistisch* die Theorien, die letztlich das Ideelle aus sich selbst ableiten, *materialistisch* dagegen diejenigen, die das Ideelle letztlich aus dem Materiellen herleiten. Beide Richtungen kommen in vielen Abschattungen vor (die idealistische auch in Form eines oberflächlich materialistisch überschatteten, um nicht zu sagen: getarnten Idealismus, dies vor allem dann, wenn der Materialismus im Vordringen ist).

Die Frage nach dem Verhältnis von Ideellem und Materiellem findet ihre Antworten und diese Antworten finden ihre jeweilige Plausibilität und ihr „Interesse“ in dem sozialen Kraftfeld, das durch das Verhältnis von materieller Tätigkeit und ideeller Tätigkeit bestimmt ist. Dies Verhältnis wiederum ist von den Produktionsverhältnissen einer Gesellschaft bestimmt. Wo, wie in der bürgerlichen Gesellschaft, im Produktionsverhältnis ein Klassengegensatz begründet ist, bei dem die unmittelbare materielle Produktion von der Klasse der Besitzlosen unter der Herrschaft der Produktionsmittelbesitzer ausgeübt werden muß, wobei die ideellen Momente der Produktion, technisches Wissen, produktives Arrangement sowie alle Kalkulation und Planung weitgehend aus der materiellen Tätigkeit herausgezogen und ihr als Kapitalfunktionen entgegengesetzt werden, wo dies so ist, erhält der Gegensatz von Materialismus und Idealismus eine enorme gesellschaftliche Bedeutung. Im Idealismus ist mit dem Vorrang der Idee die Herrschaft der besitzenden Klassen indirekt legitimiert, im Materialismus der Machtanspruch der materiell Produzierenden. Darüberhinaus ziehen diejenigen, die zwar selber keine Kapitalbesitzer sind, aber im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung auf *ideelle Tätigkeiten spezialisiert sind, welche wiederum in Abhängigkeit von den Besitzenden ausgeübt werden, aus der idealistischen Antwort auf die Grundfrage einen Gewinn für ihr*

Selbstgefühl. Wenn das Denken die Welt konstituiert, wie blüht sich dann das Selbstgefühl des Denkers auf! Und in welcher miserablen materiellen Lage befand sich dabei so mancher idealistische Denker!

Idealistische und materialistische Theorien bilden sich aus und werden diskutiert nicht in einem vermeintlich spannungsfreien oder rein geistigen Raum einer Wissenschaft, auf die nichts Materielles, nichts Außerwissenschaftliches Einfluß nähme; im Gegensatz von Idealismus und Materialismus spiegelt sich schon früh der Gegensatz und Kampf sozialer Klassen. Man kann derartigen Auseinandersetzungen weder auf den Grund gehen, noch sie wissenschaftlich führen, wenn man das sie bestimmende, zugreifende (funktionalisierende) Feld des *ideologischen Klassenkampfes* und *die besondere Stellung der Kopfarbeiter* im gesellschaftlichen System der Teilung der Arbeit und, solange es sie noch gibt, im Verhältnis der sozialen Klassen ausklammert.

## II. Anschauender (metaphysischer) versus praktischer (dialektischer) Materialismus

Eine materialistische Theorie des Verhältnisses von Bewußtsein (Denken) und Sein muß selber materialistisch begründet sein. Wenn einfach vom Ergebnis „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ ausgegangen und das Bewußtsein als mechanische Widerspiegelung des Seins aufgefaßt wird, wie dies eine bestimmende Tendenz des bürgerlichen Materialismus war, bleibt es bei „abstraktem Materialismus“, den schon der junge Marx als den „abstrakten Spiritualismus der Materie“ bezeichnet hat (MEW 1.293). Wenn also einfach vom „materialistischen“ Resultat ausgegangen wird, bleibt es bei „metaphysischem Materialismus“, den Marx, Engels und Lenin als die Kehrseite eines „mechanischen“ Materialismus aufgezeigt haben. In den *Thesen über Feuerbach* deckt Marx als den „Hauptmangel alles bisherigen Materialismus“ auf, daß in ihm das Materielle „nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung“ gefaßt wurde, „nicht aber als menschlich-sinnliche Tätigkeit“. Paradoxaerweise wurde die tätige Seite dagegen vom Idealismus betont, wenn auch, da dieser die materielle Produktion vornehm ignoriert, „nur abstrakt“, als ideelles Erzeugen der gegenständlichen Vorstellungen. Die entscheidende Einsicht Marxens ist es, daß vom gesellschaftlichen Lebensprozeß, der Lebenspraxis der Menschen, ausgegangen werden muß — wie ja auch jeder Denker, solange er nicht verhungern, verdursten oder sonst umkommen will, in Wirklichkeit davon ausgeht und sich darin auf mehr oder weniger ehrliche Weise erhält. All die Aporien, Zirkelprobleme und Paradoxien, „alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis.“ (MEW 3, 5—7)

Scheinprobleme entstehen auf dem Felde der Erkenntnistheorie immer dann, wenn die polaren Momente der Erkenntnisbeziehung (Subjekt-Objekt) zum starren leblosen Gegensatz festgestellt und in

diesem Gegensatz dualistisch verabsolutiert werden. Die Scheinprobleme tauchen insbesondere dann auf, wenn der Prozeß der Erkenntnisgewinnung 1) auf ein isoliertes Individuum bezogen, also ungesellschaftlich aufgefaßt wird; 2) wenn er kontemplativ aufgefaßt wird, abgetrennt von der wirklichen Lebenspraxis (und von deren Grundprozeß, dem durch Arbeit vermittelten Stoffwechsel des Menschen mit der Natur), also unpraktisch gedacht wird; 3) wenn er zeitlich punktualisiert, also ungeschichtlich aufgefaßt wird. Faßt man dagegen den Erkenntnisprozeß als — wenn auch besonderes, eigenartiges — Moment des gesellschaftlichen Lebensprozesses in seiner Notwendigkeit, in seinem Gewordensein wie in seinem Werden, dann verschwinden wie ein kraftloser Spuk solche Scheinprobleme, über welche die Philosophenwelt so schlecht unendlich streiten kann, wie etwa „die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wirklichkeit zukomme“ oder nicht. Marx erinnert die in den Himmel der Ideen oder vielmehr auf die eingebildete Höhe ihrer Lehrstühle verstiegene Philosophie an die schlichte, werktägliche Tatsache, daß diese Frage „keine Frage der Theorie, sondern eine *praktische Frage*“ ist. Wahrheit des Denkens übersetzt Marx mit Wirklichkeit, Macht, Diesseitigkeit des Denkens, und dies alles muß der Mensch in der Praxis erweisen. „Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit eines Denkens, das sich von der Praxis isoliert, ist eine rein scholastische Frage.“

Der wirkliche Lebensprozeß als Ausgangspunkt und Grundprozeß ist keine Denkannahme. Von ihm auszugehen, ist die Minimalforderung an wissenschaftliches Denken. Wer bestreitet, daß auch Denken vom Essen zehrt, der möge diese materialistische „These“, die vom idealistischen Standpunkt eben auch nur eine „Denkannahme“ ist, an sich selber zu falsifizieren versuchen. Die Menschheit wird ihm noch lange nachlachen. Wenn auf den ersten Blick die vom erkenntnistheoretischen Idealismus geforderte *Voraussetzungslosigkeit*, mit der das Nachdenken über Erkenntnis anzuheben habe, als Gebot der Wissenschaftlichkeit überzeugen mag, so sieht man bei näherer Betrachtung, daß diese vermeintliche Voraussetzungslosigkeit eine ganz künstliche, illusorische, von den wirklichen Zusammenhängen wegsehende ist, eine zutiefst unwissenschaftliche Voraussetzung. *Die einzig wissenschaftliche Methode kann es doch nur sein, den wirklichen Zusammenhang aufzudecken, also keine wirkliche Voraussetzung und keinen wirklichen Zusammenhang eines zu Untersuchenden wegzulassen.*

### III. „Selbstbewegung des Objekts“ und andere Kategorien materialistischer Dialektik

In der lebensnotwendigen Arbeit können nur dann die gebrauchten Gegenstände hergestellt werden, wenn verfahren wird „wie die Natur selbst“ (MEW 23, 57), d. h. wenn der Arbeiter „die mechanischen, physikalischen, chemischen Eigenschaften der Dinge benutzt, um sie als Machtmittel auf andre Dinge, seinem Zweck gemäß,

wirken zu lassen“ (MEW 23.194). Er kann dies nur, wenn und soweit er die Dinge und ihre Natureigenschaften *kennt*, wenn und soweit er *weiß*, wie die Natur selbst verfährt. Solche Kenntnisse sind nicht nur die Voraussetzung, sondern auch das von ungezählten Generationen angehäuften Resultat des lebensnotwendigen „Stoffwechsels mit der Natur“. Die Erkenntnis muß sich daher anstrengen, den Natureigenschaften und Zusammenhängen, den Naturprozessen, wie sie wirklich sind — und das heißt, wie sie von sich aus wirken und daher vom Menschen zur Wirkung gebracht werden können — auf die Schliche zu kommen. Nur wenn die Dinge oder Stoffe so erkannt werden, wie sie von sich aus auf einander einwirken, wie sie entstehen und vergehen, sich verbinden und zersetzen, bewährt sich die Erkenntnis praktisch-materiell. Allerdings verlangt gerade die Aufgabe, die Dinge einfach so aufzufassen, wie sie sind, ohne fremde Zutat, bestimmte Erkenntnistekniken und -Hilfsmittel. Nicht ohne mein Zutun erkenne ich die Dinge so, wie sie „ohne Zutat“ sind.

Es sind also ganz bestimmte Aktivitäten des erkennenden Subjekts nötig, um sein Objekt richtig zu erkennen. Vorstellungen eines passiven Erkenntnisautomatismus sind unrealistisch, und Lenin konnte sagen, daß ein kluger Idealismus dem dialektischen Materialismus näherstehe als ein dummer Materialismus. „Dialektisch“ ist die Theorie, die jene Aufgabe am umfassendsten löst, die *Selbstbewegung* der zu erkennenden Sache zu begreifen. Lenin kann daher „vom Leben her“ Dialektik so bestimmen: den Gesichtspunkt der *Entwicklung* umfassend zur Geltung bringen. Dies gelingt nur, wenn das Augenmerk besonders auf das Treibende, weil Gegensätzliche, in den Dingen gerichtet wird. Auch der Erkenntnisprozeß umschließt gegensätzliche Momente; wichtig ist vor allem der Gegensatz von subjektiver Technik und Form der Erkenntnis einerseits und ihrem Zweck und Ziel, der objektiven, d. h. die Selbstbewegung der Dinge aufdeckenden Richtigkeit andererseits.

Den Begriff des Dialektischen auf diese gegensätzliche Erkenntnisbeziehung zu beschränken, etwa in Form der „Konstitutions-theorie“, die eine primär „subjektive Konstituiertheit“ der Erkenntnisse behauptet, bringt die Erkenntnis um ihre eigentliche Frucht — wenn auch zum Glück nur „erkenntnistheoretisch“.

Dialektische Theorie stellt Übergänge zwischen unmittelbar Getrenntem her, sie tut dies auf der Spur der wirklichen Übergänge, wo diese Spur im Ergebnis ausgelöscht ist. Dialektik ist keine Sache der menschlichen Innenwelt, sondern des inneren Zusammenhangs der Welt in ihrer Bewegung. Dialektisch ist die Theorie, die diesen Zusammenhang im einzelnen erforscht und die Funde zu verallgemeinern strebt. Eine dialektische Erkenntnistheorie legt demgemäß den Akzent auf den *Übergang* von der Unkenntnis zur Erkenntnis, auf die *Entwicklung* des Wissens und auf seine *Widersprüchlichkeit* (insbesondere auf den Widerspruch der subjektiven und der objektiven Momente).

Die Ansprüche dialektisch-materialistischer Erkenntnistheorie sind exemplarisch im Hauptwerk von Marx eingelöst; es gilt, diese Lö-

sungen als solche zu begreifen und zu verallgemeinern.<sup>2</sup> Lenin, dessen Schriften ihn als einen unvergleichlich genauen Leser des *Kapital* ausweisen, hat darauf nachdrücklich hingewiesen. Lenin hebt am Aufbau des *Kapital* die Eigenart des Anfangs und des daraus hervorgehenden Fortgangs ins Bewußtsein. Marx analysiert zunächst „das einfachste, gewöhnlichste, grundlegendste, massenhafteste, milliardenfach zu beobachtende“ bürgerliche Sozialverhältnis, das Tauschverhältnis oder die Ware. In dieser jedermann bekannten Erscheinung weist Marx die Keimform aller Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft nach. Er weist nach, daß dies allgemein bekannte, weil von allen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder praktizierte Verhältnis als die Grundform dieser Gesellschaftsformation angesehen werden muß, Grundform sowohl in der Hinsicht des Aufbaus und Funktionierens dieser Gesellschaft als auch hinsichtlich ihrer Herausbildung. Aus dieser Grundform entfaltet sich im Laufe der Geschichte die bürgerliche Gesellschaft — wie der Organismus aus der Zelle sich sowohl zusammensetzt als auch entfaltet hat. Durch Analyse dieser „Zellenform“ entdeckt Marx ihr Bewegungsgesetz, das aufgrund seiner *widersprüchlichen* Betätigung zu ihrem *Entwicklungsgesetz* wird. Er zeigt, wie aus den Widersprüchen eines Zustands die höhere Gestalt als Lösung dieser Widersprüche hervorgeht und auf neuem Niveau die sogleich wieder über das Neue hinausstreibende Widersprüchlichkeit reproduziert. Dies, durch ‚logische‘ Analyse auf das Entwicklungsgesetz zu stoßen, meint die Rede von der Einheit von logischer und historischer Methode.

Marx fängt im *Kapital* theoretisch voraussetzungslos an in dem Sinne, daß er auf der Seite des Lesers nichts voraussetzt, als was bei jedem Gesellschaftsmitglied vorausgesetzt werden kann, das Alltagsbewußtsein mit seinem Gehalt allgemeinsten praktischer Erfahrung. Diesem unmittelbaren Bewußtsein entwickelt er, aus nichts anderem als dem in ihm enthaltenen Wissen, den wissenschaftlichen Begriff seines gesellschaftlichen Seins. So wird das Nichtwissen, welches ja nicht nur Nichtwissen ist, zum Wissen entwickelt, das Alltagsbewußtsein mit dem wissenschaftlichen Bewußtsein vermittelt. Lenin sieht in dieser Art der entwickelnden Darstellung das Vorbild für die Darstellung der Dialektik überhaupt.

Marx gebraucht die Kategorie der „Widerspiegelung“ im *Kapital* nicht nur (wie u. a. Leist in seinem Diskussionsbeitrag in diesem Heft meint) zur Bezeichnung des falschen Bewußtseins, wie es etwa durch die spontane Widerspiegelung des Fetischcharakters der Ware entsteht. Im Nachwort zur zweiten Auflage des *Kapital* geht Marx auf die (außer den Rezensionen von Engels) erste treffende Darstellung seiner dialektischen Methode ein, die — welch ein Vorzeichen! — aus dem rückständigen zaristischen Rußland stammte. Auf den ersten Blick schein die Darstellung im *Kapital* idealphilosophisch, ver-

2 Was im folgenden nur stichwortartig angesprochen werden kann, wird ausführlich entwickelt in meinen Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“, die demnächst im Verlag Pahl-Rugenstein erscheinen.

merkte der russische Rezensent; bei näherem Hinsehen zeige sich allerdings das genaue Gegenteil, ein neuartiger, allem Bisherigen in der politischen Ökonomie überlegener Realismus. Dem Rezensenten hatte sich der Idealismusverdacht zunächst aufgedrängt, weil er die Gegenstände wie von der Idee her konstruiert zu finden meinte. Marx antwortete: „Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren innres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und *spiegelt sich nun das Leben des Stoffes ideell wider*, so mag es aussehn, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun“ (MEW 23.27, Unterstreichung von mir). Die zu lösende sachlich begründete Erkenntnischwierigkeit war die Entdeckung des „inneren Bandes“, das heißt des genetischen (Triebkraft und Zwischenglieder der Entwicklung) und funktionalen (i.e.S. ökonomischen) Zusammenhanges des zunächst zusammenhangslos Erscheinenden. Ist das Gesetz Bewegung, Entwicklung und der des Gegenstands erst einmal gefunden, ist auch das Problem seiner richtigen Darstellung gelöst. *Einen Stoff richtig darstellen heißt, „sein Leben“ ideell widerspiegeln.*

#### IV. „Erscheinungsform“ und „objektive Gedankenform“ als Begriffe für objektive Erkenntnischwierigkeiten

Der Streit, ob die Erkenntnis ihren Gegenstand ideell abbildet bzw. widerspiegelt oder nicht, lenkt ab vom Hauptproblem, das die Beschaffenheit der Realität selbst darstellt. Im Medium der Sinne wird die Realität erfaßt, wie sie sich ihnen darbietet, auf sie einwirkt. Soweit der ursprünglich bildhafte und aus der bürgerlichen Philosophie stammende Begriff der „Widerspiegelung“ dies einschärfend mitteilen soll, ist an ihm festzuhalten. Obwohl mißdeutbar, sowie nämlich seine metaphorisch ihm anhängende Bedeutung sich vordrängt und er über seinen Anwendungsbereich hinaus zu einer sowohl einseitig optisch als auch mechanisch tendierenden, sich fürs Ganze setzenden Widerspiegelungstheorie ausdehnt, wird er zum Hemmschuh. Seinen Mißdeutungen sind zwei Argumente entgegenzuhalten. *Erstens* ist die Frage, ob das Erkennen die Wirklichkeit adäquat widerspiegelt, in dieser Abstraktheit unbeantwortbar. Erst wenn man sowohl das „Erkennen“ präzisiert als praktisch interessantes, als auch die Frage der Richtigkeit praktisch stellt, wird sie beantwortbar. Über die Erkennbarkeit oder Nichterkennbarkeit der Dinge zu streiten oder gar wie Sandkühler davon zu sprechen, daß die Materie „auf Erkennbarkeit hin angelegt“ sei, ist nutzlos. Nicht ob Erkenntnis möglich ist, sondern wozu sie nötig ist und was passiert, wenn sie fehlt oder die Sache „unrichtig“ abbildet, ist der Ausgangspunkt, der die Sackgassen vermeidet. *Zweitens* ist die Frage, ob die Welt erkennbar sei oder nicht, wenig erhellend. Weiter kommt man mit der Untersuchung der Widerstände, der Schwierigkeiten, die

die Welt dem Versuch, sie zu erkennen, entgegensetzt. Ein falsches Spiegelbild von der Realität zu erzeugen ist, wie jeder weiß, sehr viel leichter als ein richtiges. Wie von allein, ohne ersichtliche Eigenleistung, stellt ein Eindruck sich her. Nicht wir sehen, sondern die Welt scheint sichtbar (zumindest im Lichtschein). Aber man macht die Erfahrung, oft erst „wenn es zu spät ist“, daß vieles, vielleicht sogar das Entscheidende „nicht sichtbar“ war. In einer vom Privateigentum bestimmten Gesellschaft, aber auch im Pflanzen- und Tierreich, sind Täuschung (Mimikry) und Betrug ständig zum Einsatz gebrachte Waffen, und jeder wird auf Anhieb einsehen, daß der Betrug zur Realität gehört und gerade dadurch funktioniert, daß die Wahrnehmung eine Erscheinung einfach widerspiegelt. Nicht die Untersuchung des Erkenntnisvermögens, rein für sich genommen, sondern die der trügenden Erscheinung hilft da weiter. Wenn ein Stück Blei und eine Flaumfeder gleichzeitig fallen gelassen werden, spiegelt die Wahrnehmung ungleichen Fall wider. Das Problem ist: wie das wirkliche Fallgesetz, den gleichen Fall im ungleichen aufdecken? Indem die Erkenntnistheorie von der Notwendigkeit der Erkenntnis und den notwendigen Anstrengungen ausgeht, fördert sie die Produktivität, ermutigt sie die Aktivität.

Die Wissenschaft erhält eben dort ihren Auftrag, wo die Erscheinung der Dinge, wie sie von der unmittelbaren Erkenntnis einfach reproduziert wird, die entscheidenden Zusammenhänge nicht zeigt, u. U. das Gegenteil zeigt, wie dies beim scheinbar ungleichen freien Fall, bei der scheinbaren Bewegung der Gestirne um die Erde oder beim Lohn als scheinbarem Äquivalent für den „Wert der Arbeit“ sich verhält. Der Gegensatz von „Erscheinungsformen und ihrem verborgenen Hintergrund“ (vgl. MEW 23, 564) entspringt nicht der Spontaneität des Bewußtseins, sondern den Tatsachen selbst, „die ersten reproduzieren sich unmittelbar spontan, als gang und gäbe Denkformen“. Wenn man die Ursache in die geistige Subjektivität legen will, könnte man ebensogut der Erde selbst die Subjektivität beimessen. Ursache für das scheinbare Kreisen der Gestirne um die Erde ist die Drehung der Erde um ihre eigne Achse. Nicht durch Erkenntnistheorie im Sinne einer Hinwendung auf das subjektive Erkenntnisvermögen ward in diesem Fall der Weg vom „Bereich des gewöhnlichen Bewußtseins“ (MEW 23.563) zu dem der wissenschaftlichen Entdeckung zurückgelegt, sondern durch die objektive astronomische Entdeckung selber. Nach dieser Seite hin bedarf es der bekannten Techniken wissenschaftlichen Erkennens, wie sie als Kanon einer Wechselbeziehung von Induktion und Deduktion, von experimenteller Beobachtung und Verallgemeinerung, von der frühbürgerlichen Wissenschaft ausgebildet worden ist.

Nach der Seite der objektiven Erkenntnisschwierigkeiten kann die Theorie der Erkenntnis nicht formal bei sich bleiben, sondern muß übergehen in die Erforschung der Wirklichkeit, in das Aufdecken des verborgenen Hintergrunds, der eben auch der ihre ist, und in die Erforschung der „äußeren“ Geschichte ihrer „inneren“ Bildung. Mit

dem Rätsel der wirklichen Zusammenhänge ist auch das Rätsel der Erkenntnis in gewissem Umfang gelöst. Geht die materialistische Erkenntnistheorie nach dieser Seite in positive Erkenntnis über, so verfällt sie doch nicht dem Positivismus, da sie nach der andern Seite Stellung und Funktion des Denkens und des Denkenden im sozialen Lebensprozeß aufklärt. In diesem bewegten Gesamtzusammenhang erweist sich Erkenntnis als ein vielfach vermitteltes und vermittelndes Moment, ihrer Subjektivität nach ideell tätiges Lebensmoment, ihrer Objektivität nach ein Stück mehr oder weniger erschlossener Realität, usw. Ein wissenschaftlicher Begriff des Erkennens stellt mir das Zusammenhangswissen und damit ein Instrument der bewußten Aneignung des auf den ersten Blick Unzusammenhängenden zur Verfügung.

### V. Zur Dialektik subjektiver und objektiver Momente in Arbeit und Erkenntnis

Die Entdeckung der mannigfachen Eigenschaften der Dinge und damit ihrer Brauchbarkeiten für menschliche Zwecke, der „mannigfachen Gebrauchsweisen der Dinge... ist geschichtliche Tat“ (MEW 23.50). Das Sprach- und Zeichenmaterial, mit dem diese Eigenschaften ausgedrückt werden, trägt die entsprechenden historischen, individuellen und sozialen Spuren; die Gebrauchsweisen oder Nützlichkeiten der Dinge sind das, was sie aufgrund ihrer Eigenschaften und für bestimmte Bedürfnisse mit sich machen lassen. Die Gebrauchsweisen der Dinge sind wirkende Eigenschaften, wie sie für einen menschlichen Zweck praktikabel sind. Die menschliche Praxis deckte die Eigenschaften auf, stellt den Bezug auf ihre Zwecke her und hält das Ergebnis als praktisches Wissen fest. Dieses Rezeptwissen widerspiegelt nur die Antwort der Dinge auf praktisch interessierte Fragen der Menschen; aber es ist eben doch die Antwort der Dinge. Der Magnet hatte schon immer die Eigenschaft, Eisen anzuziehen; aber sie „wurde erst nützlich, sobald man vermittelst derselben die magnetische Polarität entdeckt hatte“ (ebd., Anm. 3). Daher übertreibt die Rede von der „Konstitution der Welt, ja, sogar der Natur, durch die menschliche Praxis“ deren Bedeutung. Der objektive Widerspruch jeder Erkenntnis: eine subjektive Anstrengung auf Objektivität hin zu sein, wird in solchem *Praxis-Idealismus* einseitig aufgelöst. Statt Subjekt und Objekt, die Pole der Erkenntnisbeziehung, als Momente einer Bewegung aufzufassen, und ein jedes als bloßes Moment einer viel komplexeren Ganzheit, faßt eine solche Theorie sie undialektisch, starr auf und verabsolutiert sie. Das Ergebnis ist im Kern nicht viel anders als die alte idealistische Misere eines in seine Subjektivität eingesperrten Menschen, der sich dadurch auch schon weiter verflüchtigt zum bloßen Bewußtsein; die Welt kommt nur noch vor als „Bewußtseinsinhalte“. Es ist, moderner instrumentiert, die alte Weise von den bloßen Erscheinungen-für-das-Bewußtsein. Das Ausforschen, Bearbeiten, Verwenden der Dinge bzw. ihrer Eigenschaften heißt nicht, ihnen diese Eigenschaften ver-

leihen. Letztlich reduziert sich eine solche Auffassung auf eine Tautologie und ein Mißverständnis. Die Tautologie ist, daß wir halt nur wissen können, was wir wissen, daß nichts für uns objektiv ist, was nicht unser Objekt ist usw. Aber das Mißverständnis setzt da ein, wo die Tatsache eliminiert wird, daß Objekt-Sein (also für-uns sein) voraussetzt, unabhängig von uns, selbständig sein. Außer-uns heißt ja nicht außer-jeder-Erkenntnis-Beziehung. Indem es in der menschlichen Praxis um die objektive Befriedigung der Bedürfnisse geht, gehen muß, zielt sie ebenso notwendig auf Entsubjektivierung der Erkenntnis. Wir haben es nötig, weil wir von subjektiven Vorstellungen nicht leben und mit ihren rein subjektiv konstituierten Phantasieerezepten keine Lebensmittel würden herstellen können.

Alle Wesenskräfte des Menschen sind eingespannt in die lebensnotwendige Anstrengung, dieses Ziel zu erreichen. Wenn man die Frucht dieser Anstrengung als immer schon gegebene, ruhige Eigenschaft der Erkenntnis abbildet, um sie dann als solche zu behaupten oder zu bestreiten, wird die Diskussion ausweglos scholastifiziert und ihres Sinnes entleert. Zum Beispiel ist die Praktikabilität von Erkenntnissen keine Eigenschaft von Erkenntnissen schlechthin (wie man es u. a. bei Gössler<sup>3</sup> herauslesen könnte); sondern bestimmte Erkenntnisse sind lebensnotwendig; *müssen* praktikabel sein oder werden. Auch der Zusammenhang des Denkens mit der Produktion ist nichts von der Art einer ruhigen Eigenschaft, denn es trifft eben nicht zu, daß Denken immer „eng mit der Produktionstätigkeit des Menschen verflochten ist“ (Wolkow, zit. b. Gössler). Das Denken, das sich als „Philosophie“ auf den Begriff bringen wollte, hat sich gerade in Abtrennung von der Produktionstätigkeit ausgebildet.

Der von den wirklichen Aufgaben und Fronten ablenkende Streit um solche scholastifizierten Scheinprobleme wird unterlaufen, wenn man vom Standpunkt des gesellschaftlichen Lebensprozesses an die Sache herangeht. Im Alltagsleben wird massenhaft die zweifelsfrei gewisse Erfahrung gemacht, daß bestimmte Erkenntnisse lebensnotwendig sind und daß es einen lebenswichtigen Unterschied lebensnotrichtigen und falschen Erkenntnissen gibt; bevor die Erkenntnistheorie anhebt, ist gewiß, daß bestimmten Erfordernissen des Lebens erkennend genüge getan werden kann. Die spannungslos-eigenschaftliche Abbildung der Erkenntnisaufgaben ist, als würde man keinen Unterschied machen zwischen dem fruchtbaren Boden und der Frucht, die er dank der Arbeit der Bauern trägt. Erkennen muß dargestellt werden als notgedrungenes Zugehen des Menschen auf die Natur, nicht als Naturgabe, d. h. als Zugehen der Natur auf den Menschen; wie ja auch der „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ durchaus einseitig ist — der Mensch ist darauf angewiesen, die Natur nicht.

Was von der Arbeit, kann auch in gewissem Umfang von der Erkenntnis gesagt werden: sie ist „Existenzbedingung des Menschen,

3 K. Gössler: Erkennen als sozialer Prozeß, in: DZfPh 5/1972.

ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln“ (MEW 23, 57). Gleichwohl ist das Verhältnis von Erkenntnis und Arbeit nicht, wie vor allem bei Althusser behauptet, das zweier selbständiger, analoger Strukturen. Ursprünglich bilden sie in der Lebenspraxis der Menschen eine unauflöslche Einheit; es bedarf einer langen Entwicklungsgeschichte, bis sie als besondere Tätigkeiten herausgestellt sind und relativ selbständig erscheinen, zumal wenn in den Klassengesellschaften die herrschende Klasse die Kopfarbeit teils luxurierend teils mit speziellen Aufträgen zur besonderen Tätigkeit macht. In Wechselbeziehung zur Arbeit, die ihn real vermittelt, müssen Erkenntnisse den Stoffwechsel des Menschen mit der Natur ideell vermitteln. Aber ihr Verhältnis bleibt asymmetrisch und ist nicht umkehrbar. Zwar hat auch die Arbeit — im Gegensatz zu dem, was Gössler anzunehmen scheint — ihren Zweck außer sich, nämlich im Leben des Arbeitenden, wie die Erkenntnis als ideelle Vermittlung ihren grundlegenden Zweck in der Arbeit als realer Vermittlung hat. Aber wenn Denken Probehandeln genannt werden kann, so Handeln nicht Probedenken.

#### **VI. Menschenmögliche Wahrheit des Denkens, das seine Abhängigkeit erkennt und zu erkennen gibt**

„... Denken können, und Gedanken nicht zu seinem Ziel machen...“ (Brecht)

Die Wesensbestimmung des Denkens ergibt sich aus seiner Notwendigkeit. Notwendigkeit darf allerdings nicht scholastisch aufgefaßt werden als automatisch-unweigerliches Eintreffen, als Nicht-anders-sein-können eines Sachverhalts, sondern eben als lebensnotwendig, wie es das Brot für den Hungernden ist. Die Notwendigkeit des Denkens gründet in der des Brotes. Damit Lebensmittel erzeugt werden können, muß die Natur erkannt werden, muß das Wissen über unsere bloß subjektiven Vorstellungen hinausgehen, in den inneren Bau, die Bewegungsgesetze und Wirkungszusammenhänge der Realität, wie sie außer uns und von sich aus ist, eindringen. Einsicht in seine eigene Notwendigkeit öffnet auch dem Denken die mögliche Freiheit — worunter ja nur Narren eine bloße Narrenfreiheit verstehen. Die Determinationen des Denkens leugnen heißt, es ihnen bewußtlos ausliefern. Manche fühlen die Freiheit des Denkens dadurch beengt, daß es beauftragt wird, taugliche (sprich praktikable) Abbilder der Realität hervorzubringen. Wer den Denkauftrag so bestimme, setze das Erkennen umstandslos mit der Objektivität identisch — als ob ein abgebildetes Brot identisch wäre mit einem wirklichen, als ob durch den Abbild-Begriff die Nichtidentität von Sein und Bewußtsein bestritten würde. Allerdings hat das Denken seine Grundlage wie seinen bestimmenden Zweck im Nichtidentischen. Eine dialektisch-materialistische Erkenntnistheorie wird daher das Nichtidentische im Erkennen (dem formal mit sich Identischen) und das Identische im Nichtidentischen (die „objektive Gedankenform“ und die „Logik des Gegenstands“) aufdecken.

Das Denken, das sich als das Erste, Selbständige setzt, wird eben dadurch unwahr. Gerade in seiner vermeintlichen Selbstgenügsamkeit drückt sich bewußtlos aus, daß es der Ausbeuterklasse dient. Nur wenn der Kopfarbeiter seine materielle Unselbständigkeit erkennt und in seinen Gedanken zu erkennen gibt, und nur soweit sein Denken der wirklichen menschlichen Gesellschaft, der Gesellschaft der Produzenten, gemäß ist, wird ihm das überhaupt menschenmögliche Maß an inhaltlicher Freiheit des Denkens, was ein Synonym für Wahrheit ist, prinzipiell erreichbar. Wenn der Denkende erkennt, daß das Denken nicht in sich selbst gründet, weder aus sich besteht, noch für sich da ist —, so denkt er freilich auch dies. Vielleicht kann man in einem begrenzten Sinn von der Erkenntnis das sagen, was Brecht von der Kunst gesagt hat: sie ist autonom, aber nicht autark. Vor dem Erkenntnisvermögen besteht nichts, als was der Erkennende nicht umhin kann einzusehen. Andererseits kann er, sofern er die tatsächlichen Zusammenhänge nicht verdrängt (also auch sein Denken partiell totstellt), nicht umhin, dies einzusehen, und ist die Einsicht notwendig. Aber dann bleibt sie noch immer *denk*-notwendig, und diesem lebendigen Widerspruch muß die materialistische Dialektik Rechnung tragen.

### VII. Für eine materialistische Dialektik vom Standpunkt des Lebens, der Praxis

Der schöne Vorschlag Lenins, den Gesichtspunkt des Lebens, der Praxis, zum ersten und grundlegenden Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie zu machen (14.137), mutet den „Fachphilosophen“ zu, sich aus ihrem Fach heraus und in die allgemeine Bewegung hineinzubegeben. Seine Befolgung fällt ihnen so schwer, weil er ihnen zumutet, so manches besondere Geschäft aufzugeben. Wenn man sich von der materialistischen Erkenntnistheorie soll versprechen können, daß sie z. B. „allen Wissenschaften eine große Hilfe für die Lösung ihrer Aufgaben“<sup>4</sup> gibt, dann darf sie sich nicht als Spezialfach absondern, so wenig wie Erkennen ein Spezialfach ist. In sozialistischer Perspektive wird man sich auch nicht mit Feststellungen begnügen, daß wissenschaftliche Erkenntnis „in der Regel von speziell dafür ausgebildeten Individuen ausgeübt“ wird (Gössler), sondern wird an ihrer Verallgemeinerung arbeiten, wie ja schon jetzt jeder Parteigänger des wissenschaftlichen Sozialismus den wissenschaftlichen Standpunkt einnehmen können muß. Dialektisch ist sie, indem sie die gegeneinander verknöcherten Momente wieder verflüssigt. Materialistisch ist sie, indem sie der Aneignung der ideellen Produktion durch die materiellen Produzenten entgegenkommt. Materialistisch die Kopfarbeit und ihre Hervorbringung begreifen, heißt in ihnen das der arbeitenden Menschheit und ihrer Gesellschaft Eigene, ihre Frucht und ihre Möglichkeit zu zeigen. Andererseits stellt sie darin

4 A. Kosing. in: Philosophisches Wörterbuch, hrsgg. v. G. Klaus und M. Buhr.

den Anspruch an die Kopfarbeit und zwingt sie, ihren privilegierten Schlendrian aufzugeben. Sie fördert die Wiederaneignung der entfremdeten ideellen Produktion durch die materiellen Produzenten.

Wenn die materialistische Dialektik nicht als Klassifikationssystem begriffen wird, sondern als Ausdruck und Mittel der Praxis der gesellschaftlichen Menschheit, dann ist sie jeder Konfessionalisierung und Scholastifizierung ebenso entgegengesetzt wie der szientistischen Jargonisierung. Sie wird die Einnahme eines wissenschaftlichen Standpunkts im Alltag unterstützen. Sie wird Produktivität entfesseln. Andererseits wird sie lehren, die Ideen zu fragen, wem sie nützen, wird in der ideologischen Auseinandersetzung unentbehrliche Dienste leisten, nicht nur defensiv, sondern offensiv, damit endlich ein Zustand der ideologischen Fesselung und bornierten partiellen Hochzüchtung der Wissenschaft, wie ihn die kapitalistische Gesellschaft zur Erhaltung der Klassenherrschaft braucht und ständig reproduziert — damit dieser Zustand endlich ein Ende finde. In seiner Widersprüchlichkeit ist er treffend bezeichnet durch das „Vater unser, der Du bist im Himmel, usw.“, das der erste amerikanische Raumfahrer vom Himmel zur Erde hinabfunkte, wo es dem westlichen Fernsehpublikum übermittelt wurde . . .

### **Exkurs:**

#### **Einige selbstverständliche aber leider notwendige Anmerkungen über den Umgang mit den Klassikern**

Die Literatur zu Fragen der dialektisch-materialistischen Erkenntnistheorie bietet zu einem großen Teil ein wenig befriedigendes Bild. In vielen Texten sind das Klarste die Zitate der Klassiker, und der Weg von Zitat zu Zitat führt oft genug durch sumpfiges Gelände. Oft werden Folgerungen aus den Zitaten gezogen, die deren Wogegen und Wofür verkennen, usw. Die Diskussion bewegt sich nur zögernd, bruchstückweise und immer vom Zurückfallen bedroht auf dem von den Klassikern längst erreichten Niveau. Es ist notwendig, dies Niveau nachzuarbeiten und zu verallgemeinern, vor allem auch im Hinblick auf materialistische Dialektik. Noch immer enthalten die Werke der Klassiker unerhörte Zukunftsmusik.

Aber beruht nicht materialistische Wissenschaft auf der Einsicht, daß, wie Engels einschärfte, niemals „mit bloßem Gedankenmaterial“ (MEW 39.97) gearbeitet werden darf? Auch das Zitieren materialistisch-dialektischer Klassiker ist natürlich nur Arbeiten mit Gedankenmaterial. Dieser Widerspruch macht es nötig, sich über die Bedeutung, den Nutzen und die mögliche Nutzbarmachung der Texte der Klassiker zu verständigen. Sie waren Erfinder, Gründer, Organisatoren, historische Schrittmacher. Sie haben eine vorbildliche wissenschaftliche Haltung eingenommen, viele ihrer Aussagen über die Wirklichkeit haben sich bis zum heutigen Tag als haltbar erwiesen. Sie haben ohne jede Reserve der sozialistischen Arbeiterbewegung gedient. Generationen von sozialistischen Arbeitern aller Länder haben diese Leistungen schon dadurch anerkannt, daß sie mit den

Werkzeugen und Vorschlägen, die die Klassiker hinterlassen haben, sich an die Lösung ihrer Probleme machten. Aus solchen und anderen Gründen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann<sup>5</sup>, haben die Klassiker, hat der zitierende, Begriffe und Vorschläge aufnehmende Bezug auf sie große Bedeutung für Kommunikation und Zusammenarbeit der sozialistischen Bewegung. Wenn sie so unentbehrlich sind, andererseits das Arbeiten mit bloßem Gedankenmaterial im Widerspruch steht zum Selbstverständnis materialistischer Wissenschaft, sind Überlegungen für den Umgang mit den Klassikern angebracht. Die Frage ist: wie kann der mögliche Nutzen verwirklicht werden und wie der Schaden abgewandt, den ein ebenso inflatorisches wie nur autoritätsbezogenes Zitieren (eine Krankheit, die man „Zitatitis“ nennen sollte) anrichten kann.

Die Aussagen der Klassiker artikulieren bekanntlich sehr oft Ideologiekritik und Polemik; sie sind Zeugnisse davon, wie die Klassiker die Änderung der Verhältnisse betrieben. Aus dem Zusammenhang der Änderung und des Kampfes herausgelöst, erstarren die Aussagen zum statischen Klassifikationssystem, erscheinen ziellos, als hätten ihre Urheber kein anderes Ziel verfolgt als das Dozieren um seiner selbst willen, diese Unsitte des schlechten Lehrers. Vor allem Lenin, dieser Antagonist des „ideologischen Pfaffentums“, dieser scharfe und unermüdliche Gegner aller Scholastifizierung, wird von denen, die ihn zitieren, viel zu oft so behandelt: das von ihm Bekämpfte erstarrt zum Bauelement einer „Definition“ von oben herab, wie es ja in der Tat formal Bauelement der es bekämpfenden Aussage ist. In dieser interesselosen Abstraktheit, die Bewegung und Spannung des Änderns wegläßt, werden die Äußerungen aus dem Kampf gegen Scholastik jeder Art — selber scholastisch.

Niemals wird man ein Klassiker-Zitat anstelle eines Beweises bringen. Vielmehr wird man die von den Klassikern für ihre Behauptungen gegebenen Beweise zitieren, um sie an der Wirklichkeit zu überprüfen. Entscheidend ist nicht die Herkunft, sondern die Beweiskraft. Wer das Interesse von der Wirklichkeit auf die Bücher der Klassiker lenkt, schlägt ihnen ins Gesicht. Es gibt nur eine wirkliche Ehrung der Klassiker: ihre Vorschläge aufnehmen, sich der Wirklichkeit in bestimmter, besonders weiterführender Weise zuzuwenden. Wer die Klassiker als Päpste, das heißt als unfehlbare Lehrer behandelt, der restauriert unter der Hand eine vorwissenschaftliche Weltanschauung.

So sehr ich mit Thomas Metscher sonst übereinstimme, scheint es mir keine verallgemeinerbare Argumentation zu sein, wenn er schreibt: „Jede materialistische Ästhetik, die den grundlegenden theoretischen Vorstellungen der Klassiker — Marx, Engels und Lenin — die Treue zu halten versucht, hat von der Vorstellung auszu-

5 Weitere Gründe für die aktuelle statt nur historische Bedeutung der Klassiker habe ich zu skizzieren versucht in: Privatmann und Ursprungsmythos — Die restaurative Hermeneutik bürgerlicher Marx-Engels-Biographien, Argument Nr. 63/1971, S. 79 ff.

gehen, daß . . .“<sup>6</sup> Warum sollte man diesen Vorstellungen die Treue halten? Ist eine Idee der geeignete Ausgangspunkt für materialistische Wissenschaft? Oder soll den Klassikern die Treue gehalten werden? Im Gegenteil, die Klassiker sind dafür zu rühmen, daß und wie sie dem Sozialismus die Treue gehalten haben. Sollte — statt den Klassikern — nicht vielmehr der „Dritten, gemeinsamen Sache“ die Treue gehalten werden, weil und soweit sie unsere ist?

An Lenin ist, mit Brecht, besonders zu loben nicht etwa, daß er immer richtig gehandelt und gedacht habe, was keiner je hat, sondern daß er vorbildlich fähig war, Irrtümer rasch zu erkennen, zu kritisieren (auch die eignen) und die nötigen Veränderungen vorzunehmen. Als Denker war Lenin so weit wie nur möglich von aller Scholastik entfernt. Er schlug immer wieder dringend vor, nie anders als „vom Leben her“ zu denken. Wer ihn heute zitiert in freundlicher Absicht, sollte seine Äußerungen immer als das darstellen, was sie waren: Antworten auf Fragen. Daher muß auch von der Frage ausgegangen werden, das heißt vom gesellschaftlichen Lebensprozeß, aus dem die Fragen hervorgehen. Zitieren kann allenfalls heißen, eine Dreiecksbeziehung herzustellen zwischen aktueller Praktischer Erfahrung, textmäßig festgehaltener vergangener Erfahrung und der Wirklichkeit; der praktische Bezug auf letztere entscheidet allein über Wert oder Unwert von Gedanken. Andererseits würden Denken und Handeln blind und lahm, würde nicht immer wieder der historische und politische Zusammenhang hergestellt. Die Klassiker zu nennen ist also nützlich, wenn man sie nicht als Autoren bestimmter Vorstellungen nennt, von denen (deshalb) jeder Marxist auszugehen habe, sondern wenn man sie als Entdecker gewisser innerer Zusammenhänge der Realität zitiert, wobei der Akzent auf der Entdeckung der Realität liegt. Der Verweis auf Treue beweist nichts; beweisend bleibt man der Sache treu.

6 Ästhetik als Abbildtheorie, in: Argument Nr. 77/1972, S. 920.

Anton Leist

## Widerspiegelung der Realität - Realität der Widerspiegelung?

Zur Kritik der Widerspiegelungstheorie anlässlich von R. Albrecht, T. Metscher und H. J. Sandkühler \*

Um über den Szientivismus hinauszukommen, ohne hinter die Wissenschaft zurückzufallen, um am relativen Recht des objektiven Denkens gegen den Objektivismus festzuhalten, um den Bereich der Wissenschaft in den der Dialektik einzufügen, bedarf es bereits einer schwierigen Kritik.

M. Merleau-Ponty, Die Abenteuer der Dialektik

Widerspiegelungstheorie, die einmal eine einfache Sache schien, geeignet, das Feld der Erkenntnisprobleme der empirischen Soziologie zu übernehmen, wird kompliziert. Wenn die Rede davon, alle Gedanken seien Widerspiegelungen der Realität, Denken überhaupt in Ideologie und damit, mangels einer Grenze, in Ideologielosigkeit aufzulösen schien, mit der Priorität der Materie zwar Materialismus, aber ein subjektloser, gesetzt war, weil unter kognitivem Aspekt die Subjekte einzig Umsetzungsinstanzen von „Materiellem in Ideelles“ wurden, so schien eine jede weitere Ausbildung der Widerspiegelungstheorie als eine kategoriale Anstrengung sinnlos. Denn die Geltung von Bewußtseinsinhalten war ausgewiesen allein durch die Abkunft aus der Realität, zu der es keine Grenze mehr gab, und Fragen der Geltung konnten *als Fragen* nicht mehr gestellt werden. Im Rahmen einer Theorie, die Erkenntnis als totale Widerspiegelung propagiert, ist das Medium der Reflexion eingezogen und Metakriterien wie „wahr“ und „falsch“ greifen nicht mehr, weil sie ihrem Anspruch nach, Aussagen nicht über Realität, sondern über Aussagen zu sein,

\* Richard Albrecht: Die Kritik von Korsch und Pannekoek an Lenins „Materialismus und Empiriekritizismus“. In: Das Argument 74, 14. Jg. 1972, S. 586—625; Thomas Metscher: Ästhetik als Abbildtheorie. Erkenntnistheoretische Grundlagen materialistischer Kunsttheorie und das Realismusproblem in den Literaturwissenschaften. In: Das Argument 77, 14. Jg. 1972, S. 919—976; Hans-Jörg Sandkühler: Zur Begründung einer materialistischen Hermeneutik durch die materialistische Dialektik. In: Das Argument 77, 14. Jg. 1972, S. 977—1005.

der Theorie schon verfallen. Der Sinn von Erkenntnis kann in reflexiver Einstellung nicht mehr in Sprache gefaßt werden, sondern, wie der junge Wittgenstein stringenter zu Ende dachte als je die Schüler Lenins, kann sich nur noch zeigen. Wenn jede Geltungsdiskussion der Widerspiegelungstheorie entweder schon unter ihren Prämissen beginnen muß, indem sie sich mit dem Abbildverhältnis von Bewußtsein und Wirklichkeit ihre Relativität vorgeben läßt, oder ihr gegenüber, falls sie sich weigert, als undurchschauter Schein gelten muß, ist sie in einem strengen Sinne unmöglich. Eine solche radikale Form der Widerspiegelungstheorie, wenn es sie je außerhalb der Warnungen ihrer Kritiker gab, löste Philosophie zwar auf — aber indem sie sie dogmatisch stillstellte, nicht etwa in Praxis überführte.

Daß seit dem Erscheinen von Lenins Empiriokritizismusbuch die Diskussion überhaupt andauert, wenngleich in nahezu unveränderten Positionen, scheint allein schon die Widerspiegelungstheorie gegen solche Vorwürfe zu verteidigen, die ihr viele Kritiker als Grenzfall ihrer Möglichkeit vorkonstruierten. Damit ist die Möglichkeit von Diskussion, nicht aber die Berechtigung einer jeden Widerspiegelungstheorie belegt. Auch über die Form der Diskussion aber ist etwas gesagt. Die Relativismusprobleme der Widerspiegelungstheorie, die ihr bezeichnenderweise im Zusammenhang mit dem Ideologiebegriff entstehen, sind das Resultat ihrer Herkunft aus der Ideologiekritik, deren historischen Ansatz, bestimmte, charakteristische Bewußtseinsgebilde aus dem Produktionsprozeß zu erklären, sie zu einem allgemeinen Erkenntnisprinzip macht. Der ideologiekritisch konstatierte Widerspruch zwischen Bewußtseinsformen und gesellschaftlicher Wirklichkeit, den Marx und Engels im Rahmen einer Gesellschaftstheorie als gesellschaftlich notwendigen Schein deduzieren und in empirischen Analysen konkretisieren, wird für den ideologiekritischen Ansatz selber so lange nicht zur semantischen Systemaporie, als er sich als Kritik historisch bestimmter Erkenntnisformen in politischer Absicht und nicht als Erkenntnislehre überhaupt begreift. Die berühmte These über die Determination des Bewußtseins durch das gesellschaftliche Sein<sup>1</sup> ist eine geschichtsphilosophische These und nicht von zeitloser Gültigkeit. Einer Skepsis darüber, ob nicht nur die Formen der Abbildung, sondern Widerspiegelung als Prinzip der Erkenntnisrelation selbst historisch auszuweisen wäre, ist die Widerspiegelungstheorie nicht aufgeschlossen. Bei Gefahr ihrer Aufhebung hält sie an dieser letzten Endes doch starren Konstellation von Subjekt und Objekt fest. Seit Lenin objektive Wahrheit und historisch bedingte Ideologie umstandslos zusammenbrachte<sup>2</sup>, haben Vertreter der Widerspiegelungstheorie ein gestörtes Verhältnis zur kritisch-argumentativen Intention des Ideologiebegriffs. R. Albrecht lehnt Negts ideologiekritischen Nachweis der Affinität von Widerspiegelung und Naturdialektik mit der sowjetischen, unter Legitimationsdruck

1 K. Marx/F. Engels, Werke (MEW) Bd. 13, S. 9.

2 W. I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus, Werke Bd. 14, S. 131 (im folgenden zit. als Lenin 14).

zur Sozialtechnologie deformierten Parteiphilosophie als wissenssoziologisch und deshalb „innerphilosophisch“ inadäquat ab<sup>3</sup>. Aber auch den Kritikern (Korsch, Pannekoek) gegenüber, die den sachlichen Gehalt von Lenins Buch mit dem Hinweis auf dessen parteitaktisch-politischen Anlaß abtun wollen, wird nichts anderes als ein durch Praxis ungetrübter philosophischer Systemanspruch entgegengestellt<sup>4</sup>. Albrechts belebte Studie verteidigt einen Philosophen Lenin, für dessen Handlungsmotive er zwar den historischen Kontext bereitstellt, dessen Lehre aber von seiner gesellschaftlichen und biographischen Situation nicht anders berührt scheint, als daß sie strategisch die marxistische Theorie in einer politischen Streitschrift anwendet. Lenins Erkenntnistheorie wird anders als durch die Angabe von Zwecken praktischen Handelns<sup>5</sup> mit der Praxis nicht verklammert, in ihre Zusammensetzung *als Theorie* geht von dem ganzen aufgestapelten Faktenreichtum nichts ein. Das Verhältnis von Theorie und Praxis stellt sich dar als das von Theorie und Theorieanwendung und nicht als das einer vom Praxisanspruch bestimmten Theorie zur theoretisch interpretierten Praxis, woraus freilich die historisch bedingte, nicht universelle Geltung der Theorie folgte. Lenins Konzeption der Widerspiegelung wird, wie bei den meisten ihrer Vertreter, Historizität nicht zugestanden.

Angesichts der Verständnislosigkeit, die ideologiekritischen Versuchen wie Negts oder Merleau-Pontys<sup>6</sup> entgegengebracht wird, mit den Theoriebegriffen auch deren Geschichte zu reflektieren, scheint es mir legitim, die Diskussion von der Erörterung der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen zu lösen und wieder auf die innere Ebene der Theorie zurückzuführen — nicht im Rahmen eines erneuten Rekurses auf Mach, der auch Lenin nur ein zeitgeschichtlich bedingter Anlaß war, sondern im Rahmen einer erkenntnisanthropologischen Interpretation des Marxschen Arbeitsbegriffs, die sich mit Hilfe sprachanalytischer Argumente — das kann hier nur angedeutet werden — präziser diskutieren läßt. Ein solcher, verhältnismäßig unmaterialistischer Bezug auf eine Theorie scheint der Widerspiegelungstheorie in den Augen ihrer Vertreter gerechter zu werden; die Chance, mit einer immanenten Kritik, nicht den Texten, sondern der Sache nach, bei ihnen praktische Folgen zu erzwingen, rechtfertigt deshalb eine Methode, deren Absicht Ideologiekritik in erster Linie nicht ist.

## I.

Ich möchte zunächst eine nötige Differenzierung des Widerspiegelungsbegriffs versuchen und sechs Grundbedeutungen unterscheiden, derer sich Vertreter einer dialektisch-materialistischen Abbildtheorie mindestens bedienen, um die Reichweite des Abbildprinzips inner-

3 Albrecht, a.a.O., S. 614, Fn. 99.

4 Ebd., S. 593 ff.

5 Ebd., S. 617 ff.

6 M. Merleau-Ponty: *Die Abenteuer der Dialektik*, Frankfurt/M. 1968, insbes. S. 73 ff.

halb der materialistischen Erkenntnistheorie zu demonstrieren. (1) wird „Widerspiegelung“ in *sinnphysiologischer* Bedeutung in der Tradition der positivistischen Materialisten Diderot und d'Holbach gebraucht. Wie dort korreliert der dialektisch-materialistischen Abbildbeziehung zufolge der philosophischen Kategorie der Widerspiegelung die der Materie als eines ontologischen Substrats der erkennbaren Welt, „die dem Menschen in seinen Empfindungen gegeben ist, die von unseren Empfindungen kopiert, fotografiert (!), abgebildet wird und unabhängig von ihnen existiert“<sup>7</sup>. Auf dieser Ebene entsteht das Problem der Intersubjektivität der Wahrnehmung vorgesellschaftlich. Ihm entspräche gemäß der Leninschen Vorstellung der Identität von sinnlicher Empfindung und Außenwelt<sup>8</sup> eine Anthropologie, welche den Abbildcharakter der menschlichen Sinnesleistungen als einen evolutionären Selektionsvorteil erklärte; denn nur wenn es für das menschliche Tier ein Artvorteil war, die Realität abzubilden, wie sie ist, ist gerade das, was die Sinne abbilden, die Realität. Ein solcher Nachweis ist nicht nur nicht geglückt, sondern umgekehrt zeigen Untersuchungen zur Gestaltwahrnehmung und zu den Konstanzleistungen, daß es naturgeschichtlich von Vorteil war, Wahrnehmungen schon auf einer vorbewußten Stufe mit Hilfe eines zentralnervösen Automatismus Korrekturen zu unterwerfen<sup>9</sup>. Die nach dem sog. Reafferenzprinzip durch aktiven Wahrnehmungszuschuß hergestellten Konstanzanzen wie Hör-, Farb-, Richtungs-, Größen- und Vertikalkonstanz sind Ergebnis sinnesphysiologischer Eingriffe in den Wahrnehmungsfluß, mit Hilfe derer die Kontingenz variabler Wahrnehmungsbedingungen auf Standardbedingungen hin korrigiert wird. Der Arterhaltungswert eines objektkonstanten Wahrnehmungsfelds für die nicht nur sensorische, sondern instrumentelle Beherrschung des Manipulationsbereichs liegt auf der Hand.

Gerade eine materialistische Anthropologie, die sich zur Aufgabe macht, die erkenntnisanthropologische Konstitution des Hominiden aus dem Zusammenhang von Wahrnehmungswelt und Arbeit zu erklären, beraubt sich mit der Rede von der Abbildung der Möglichkeit, Perzeption als handlungsanpassende organische Entwicklung darzustellen<sup>10</sup>.

7 Lenin 14, S. 124. — Die Darstellung bezieht im folgenden die „Philosophischen Hefte“ des späten Lenin bewußt nicht ein, was gegenüber den „Widerspiegelungs“-Apologeten kein Mangel sein darf, weil gerade sie die Kontinuität Leninscher Positionen behaupten: cf. z. B. Albrecht, a.a.O., S. 595, Fn. 28.

8 Lenin 14, S. 125.

9 Vgl. K. Lorenz: Gestaltwahrnehmung als Quelle wissenschaftlicher Erkenntnis. In: Über tierisches und menschliches Verhalten, Bd. II, München 1971, S. 255—300; E. v. Holst: Aktive Leistungen der menschlichen Gesichtswahrnehmung. In: Zur Verhaltensphysiologie bei Tieren und bei Menschen, Ges. Abh. I, München 1969, S. 177—203.

10 Sandkühler, a.a.O., S. 994, sagt mit Recht, die Bewußtseinskategorien seien „geschichtliche Schlußfolgerungen aus der phylogenetischen Widerspiegelung der materiellen Wirklichkeit“, weicht damit den präzisen Sinn

(2) trägt „Widerspiegelung“ eine *begriffliche* Konnotation: Symbole, Sätze, Äußerungen, Aussagen, Urteile sind Abbilder der sozialen und natürlichen Realität. Auf dieser Ebene entsteht das Problem der Intersubjektivität der Wahrnehmung gesellschaftlich. Engels dient die durchaus noch metaphorische Rede von den gedanklichen Spiegelbildern der Wirklichkeit dazu, im Sinne der Feuerbach-Kritik jeden philosophischen und anthropologischen Apriorismus der Erkenntnis zurückzuweisen<sup>11</sup>. Lenin meint mit begrifflichen Abbildern schlicht entweder den referentiellen Charakter der Sprache, oder er deutet, allerdings *unsystematisch*, eine *gattungsgeschichtliche* Begründung der historisch bestimmten Form begrifflicher Erkenntnis (der Form der Symbole und der Logik) an<sup>12</sup>. Dabei scheint es sich um zwei nur locker verbundene Thesen zu handeln: *einmal* können die biologischen Grundlagen und die historischen und gesellschaftlichen Erscheinungsformen der Sprache in einer Sprachtheorie als die organischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Sprechens in Zusammenhang mit Arbeit entwickelt werden, im Sinne einer Naturgeschichte des Denkens — von einer „Widerspiegelung“ der Naturgeschichte in der Sprache zu sprechen, ist aber offensichtlich metaphorische Rede. Die *zweite*, erst im eigentlichen Sinne Widerspiegelungs-These, behauptet eine Kovarianz von *Sinn* zwischen den Erscheinungen der sprachlosen Welt und denen der Sprache, nicht einen genetischen Sinn von Widerspiegelung, sondern einen Geltungssinn.

Mit „Widerspiegelung“ wird (3) nicht nur die individuelle gesellschaftliche Wahrnehmung, sondern auch die in den *Wissenschaften* organisierte Erkenntnis belegt: Inhalt und Form der empirischen Wissenschaften spiegeln die „objektiven Gesetzmäßigkeiten“ der Realität wider<sup>13</sup>. Widerspiegelung als wissenschaftstheoretische These entspricht der *szientifischen* Einstellung Engels' und Lenins, wenn sie die Naturwissenschaften selber als materialistische Potentiale betrachten. Engels sieht den dialektischen Materialismus auf den neuzeitlichen *Naturwissenschaften* gegründet, materialistische Naturanschauung heißt für ihn „weiter nichts als einfache Auffassung der Natur so, wie sie sich gibt, ohne fremde Zutat“<sup>14</sup>, Naturwissenschaftler seien

des Widerspiegelungs-Begriffs aber auf, wenn er auf den einzelnen Erkenntnisakt angewandt wird. — An ihm wird aber auch im Zusammenhang mit Empfindung nicht mehr festgehalten: vgl. A. Kosing (Marxistisch-leninistisches Wörterbuch für Philosophie, hrsg. von G. Klaus u. M. Buhr, Reibek 1973, Bd. I, S. 274): „Die Empfindung ist *ein* Abbild *einer* Eigenschaft der objektiven Realität. Ihr Inhalt ist objektiv bestimmt, sie besitzt objektiven Charakter, weil sie *eine* objektiv existierende Eigenschaft der materiellen Welt *annähernd* getreu widerspiegelt. Allerdings ist die menschliche Empfindung *keine* Kopie der objektiven Realität ...“ (Hervorhebung von mir).

11 MEW 20, S. 573 ff.

12 Lenin 14, S. 183; Lenin 38, S. 84 f.

13 Lenin 14, S. 56 f., 265, 277.

14 MEW 20, S. 469.

bereits qua Naturforscher „unerbittliche Materialisten“<sup>15</sup>. Lenin stellt die Naturwissenschaften als Modell jeglicher Erkenntnis vor<sup>16</sup>, insofern in ihnen Materialismus, äquivok mit Anerkennung der objektiven Gesetze in der Natur, im Abbildcharakter der Theorie verwirklicht ist<sup>17</sup>.

Das Szientistische in solchen Auffassungen ist die Reduktion einer vom Arbeitsbegriff ausgehenden Bestimmung der Natur auf ein wiederum bloß „anschauendes“ Bewußtsein der naturwissenschaftlichen Theorie, dem seine instrumentelle Bedeutung als Produktivkraft nicht gegenwärtig ist. An einer berühmt gewordenen Stelle in der *Deutschen Ideologie* kritisiert Marx an Feuerbach die naive Verwendung naturwissenschaftlicher Befunde als letztbegründete „objektive“ Aussagen: „Feuerbach spricht namentlich von der Anschauung der Naturwissenschaft, er erwähnt Geheimnisse, die nur dem Auge des Physikers und Chemikers offenbar werden; aber wo wäre ohne Industrie und Handel die Naturwissenschaft? Selbst diese ‚reine‘ Naturwissenschaft erhält ja ihren Zweck sowohl wie ihr Material erst durch Handel und Industrie, durch sinnliche Tätigkeit der Menschen“<sup>18</sup>. Das Moment des „reinen“ Materialisten an Feuerbach scheint Marx darin zu liegen, daß er bei der Bestimmung des Menschen als „sinnlichen Gegenstand“ auf dessen wesentlichen Charakter als „sinnliche Tätigkeit“ verzichtet und nicht sieht, „wie die ihn umgebende sinnliche Welt nicht ein unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding ist, sondern ein Produkt der Industrie und des Gesellschaftszustandes“<sup>19</sup>. Wenn aber einmal erkannt ist, daß es eine subjektiv unvermittelte „objektive“ Datenbasis auch für die Naturwissenschaften nicht geben kann, weil zumindest ihre Zwecke, wichtiger aber: ihr *Material* immer schon im Rahmen einer vorgängigen instrumentellen Tätigkeit erfahren werden, ist der Objektivismus eines ungebrochen positivistischen Verhältnisses zu den Wissenschaften nicht mehr möglich. Das von A. Schmidt bei Engels nachgewiesene „beziehungslose Nebeneinander eines gesellschaftlich vermittelten und eines dogmatisch-metaphysischen Naturbegriffs“<sup>20</sup> spiegelt sich in einem ambivalenten Wissenschaftsverständnis. Zum einen erweitert Engels den Kompetenzbereich der Dialektik als „Wissenschaft (!) von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“<sup>21</sup> und teilt ihr allgemeine Seinsgesetze zu. Da Naturdialektik notwendig subjektlos sein muß, spaltet sich der Objektbereich der Dialektik in zwei Teile, von denen Naturgeschichte und Natur mit Gesetzen kosmologischen Um-

15 Vgl. auch Lenin 14, S. 277 u. 351 („spontan-materialistischer Standpunkt“).

16 Ebd., S. 120.

17 Ebd., S. 56 f., 110 f., 184 ff., 265, 277 et passim.

18 Deutsche Ideologie. In: MEW 3, S. 44.

19 Ebd., S. 43.

20 A. Schmidt: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt/M. 1967, S. 150; vgl. auch S. 41 ff.

21 MEW 20, S. 131 f.

fangs belastet werden, die als von Gesellschaft unvermittelt der Feuerbach-Kritik verfallen. Andererseits hat Engels die Bedeutung der Arbeit und Erkenntniskategorie durchaus gesehen.

„Naturwissenschaft wie Philosophie haben den Einfluß der Tätigkeit des Menschen auf sein Denken bisher ganz vernachlässigt, sie kennen nur Natur einerseits, Gedanken andererseits. Aber gerade die *Veränderung der Natur durch den Menschen*, nicht die Natur als solche allein, ist die wesentlichste und nächste Grundlage des menschlichen Denkens, und im Verhältnis, wie der Mensch die Natur verändern lernte, in dem Verhältnis wuchs seine Intelligenz.“<sup>22</sup>

Lenin schließt an Engels einseitig an, wenn er wissenschaftliche Erkenntnis als annähernde Widerspiegelung „der Körper, Flüssigkeiten und Gase, die außerhalb und unabhängig von uns existieren“<sup>23</sup>; definiert und sich damit auf eine von menschlicher Hand noch unberührte *und deshalb* objektive Natur beziehen will.

„Widerspiegelung“ ist (4) ein *ontologischer* Terminus insofern, als damit eine allgemeine Eigenschaft der Materie ausgesprochen wird: „es ist ... logisch, anzunehmen, daß die ganze Materie eine Eigenschaft besitzt, die dem Wesen nach der Empfindung verwandt ist, die Eigenschaft der Widerspiegelung“<sup>24</sup>. In nüchternerer Sprache klingt hier an, was bei Diderot, Haeckel, Morgan und Plechanov seinem Gehalt durchaus angemessen noch „Beseeltheit der Materie“ hieß. Die Lenin-Orthodoxie hat den ontologischen Gehalt dieses Satzes bezeichnenderweise derart expliziert, daß der erkenntnistheoretische Zweck des Materie-Begriffs, auf den Engels und Lenin noch hinweisen, verlorengeht. Widerspiegelung wird gedeutet als reaktives Prinzip aller organischen (Reiz-Reaktion) und unorganischen (Stoß-Widerstand) Materie, *unabhängig* von jeder Erkenntnisbeziehung<sup>25</sup>. Eine solche Ontologisierung des Materie-Begriffs ist aber auch schon beim Übergang von Engels zu Lenin zu beobachten. Engels betonte den analytischen Charakter eines solchen Konstrukts als symbolhafte Abstraktion aller „körperlich existierenden“ Dinge<sup>26</sup>; Lenin folgt dem nicht konsequent. Zwar weist er andere auf den von Engels beabsichtigten Gebrauch von „Materie“ als eines *ens rationis* hin<sup>27</sup>, verstößt aber zweifach selbst gegen diese Bestimmung. Einmal, indem er den Materie-Begriff aus der Erkenntnisrelation herauslöst und als Seinskategorie isoliert: hieß es bei Engels „Die Materie und Bewegung *kann* also gar

22 Ebd., S. 498.

23 Lenin 14, S. 57.

24 Ebd., S. 85.

25 Vgl. Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, a.a.O., Bd. III, S. 1161 (Stichwort „Widerspiegelung“).

26 „Materie als solche, im Unterschied von den bestimmten, existierenden Materien, ist also nichts Sinnlich-Existierendes“ (MEW 20, S. 519); „... denn die Materie als solche ... hat noch niemand gesehen oder sonst erfahren“ (MEW 20, S. 503).

27 Lenin 14, S. 32 ff.

nicht anders erkannt werden als durch Untersuchung der einzelnen Stoffe und Bewegungsformen, und indem wir diese erkennen, erkennen wir pro tanto auch die Materie und Bewegung *als solche*<sup>28</sup>, gilt für Lenin die *einzig* Eigenschaft der Materie, erkenntnisunabhängig: „objektive Realität zu sein, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren“<sup>29</sup>. Deshalb bleibt aber „Materie“ auch innerhalb der Erkenntnisrelation, in deren Zusammenhang sie auch gebraucht wird, nicht mehr derselbe Begriff: in der Wahrnehmung ist nicht mehr schlicht eine Objektwelt von Dingen und Ereignissen gegeben, sondern, da Materie mit dieser unterschiedslos zusammenfällt, Materie selbst; sie ist die „uns in der Empfindung gegebene objektive Realität“<sup>30</sup>. „Materie“, die Engels als allgemeine Erkenntniskategorie durchaus noch unterschieden sah von ihren bestimmten dinghaften Erscheinungen, wird bei Lenin nicht nur zur Seinsweise, sondern auch zum Seienden. Er betreibt Ontologie ohne ontologische Differenz. Soll man aber nicht hinter das bereits in der Feuerbach-Kritik erreichte Niveau einer Ersetzung abstrakter anthropologischer und ontologischer Termini durch gesellschaftliche, durch die „irdische Basis für Geschichte“, zurückfallen, indem an die Stelle deskriptiver Begriffe Seinstermini rücken, darf die Engelssche Rede vom Abstraktionscharakter der Materie *nur* in ihrem kritischen, nicht in einem konstruktiven Sinn verstanden werden: als Hinweis darauf, *wovon* Theorien der Materie absehen. „Nicht das Abstraktum der Materie, sondern das Konkretum der gesellschaftlichen Praxis ist der wahre Gegenstand materialistischer Theorie.“<sup>31</sup>

(5) berufen sich Vertreter der Widerspiegelungstheorie auf Marxens Satz über das Verhältnis von Sein und Bewußtsein, um die *ideologiekritische* Bedeutung des als Abbildvorgang aufgefaßten Erkenntnisprozesses hervorzuheben. Der Marxsche Ideologiebegriff verliert, wie T. Metscher richtig sieht<sup>32</sup>, unter abbildtheoretischer Behandlung seine kritische Intention. Was in der Marxschen Formel vom gesellschaftlich notwendigen Schein im „notwendig“ als Zwang durch eine naturhaft erstarrte Realität festgehalten war und dadurch das objektive Bewußtsein als falsches kennzeichnete, wird bei Lenin „relativ richtig“, zur „relativen Wahrheit“. Der Doppelcharakter von Ideologie, nämlich Falschheit *und* als solche objektiv wirksam zu sein, war in der Marxschen Formel noch als Gewaltverhältnis angezeigt — bei Lenin tritt an ihre Stelle die gesellschaftliche Annäherung an „absolute Wahrheit“, deren Prozeßrichtung subjektunabhängig determiniert ist und nicht durch das Regulativ der Kritik erst geschaffen werden muß. Lenins Offenbarungsmodell, geschichtlich bedingt sei der jeweilige Stand unserer Kenntnis der Wahrheit, ungeschichtlich sie selbst<sup>33</sup>,

28 MEW 20, S. 503.

29 Lenin 14, S. 260.

30 Ebd., S. 267.

31 Schmidt, a.a.O., S. 30.

32 Metscher, a.a.O., S. 941.

33 Lenin 14, S. 130 f.

nimmt dem Ideologiebegriff nicht nur seine politische Funktion als Kritik, sondern halbiert die in ihm enthaltene Vorstellung von Ideologie. Weil wir in aller Erkenntnis seiner Bestimmung von Materialismus zufolge immer schon an absoluter, unabhängiger Wahrheit partizipieren sollen, löst er den Gehalt der Formel „notwendig falsches Bewußtsein“ nur nach einer Seite hin auf: daß falsches Bewußtsein, worin es falsch ist, gesellschaftlich wahr ist, kann durch die Unterscheidung relativer und absoluter Wahrheit noch ausgedrückt werden; aber daß umgekehrt auch wahres Bewußtsein, worin es wahr ist, gesellschaftlich falsch ist, darf sich ein Vertreter absoluter Wahrheit, die dann nie ans Licht träte, nicht eingestehen. Weil einer mit Marx begriffenen Ideologiekritik<sup>34</sup> ein regulativer Wahrheitsbegriff korrespondiert und nicht ein ontologischer, ist die Widerspiegelungstheorie mit Ideologiekritik nicht vereinbar.

Im Kanon einer ontologisch gerichteten Philosophie liegt, im Unterschied zur Ideologiekritik in politischer Absicht, die Ausbildung einer Wahrheitstheorie. Die Leninsche Formulierung der Widerspiegelungstheorie hängt deshalb (6) eng zusammen mit einem korrespondenztheoretischen *Wahrheitsbegriff*. Bewußtsein hatte für Marx Widerspiegelungscharakter nur als ideologisches, nicht als „praktisch-kritisches“ Bewußtsein. Die Rede vom Erkennen als Abbilden allerdings kann diese Differenz zwischen ideologischem (und deshalb falschem) und kritischem (und deshalb wahren) Bewußtsein mangels eines Scheidekriteriums für das, was in das Bewußtsein einströmt — und das nicht selbst diesem Vorgang unterläge, also unentschieden „wahr“ oder „falsch“ wäre — nicht machen. An die Stelle des kritischen Ideologiebegriffs tritt die Leninsche Unterscheidung relativer von absoluter Wahrheit, mit der der Abbildcharakter des Erkannten und seine relative Gültigkeit zugleich zusammengenommen werden sollen. Diese Auffassung ist konsistent mit dem Abbildprinzip; denn da Abbildung gerade darin besteht, daß für Abzubildendes wie Abbild dieselben Ordnungsformen gelten, folgt aus ihr die summative Zusammensetzung eines Abbildes als objektive. Verschiedene Abbilder vom selben Gegenstand können sich ergänzen — immer vorausgesetzt, daß die objektiven Ordnungsformen, die „Ordnung“ der Wahrnehmungsobjekte, dieselben sind und bleiben; und deshalb auch die der in diesen „Ordnungen“ addier- und subtrahierbaren Abbilder. Wahrheit ist auf diese Weise, unter (wie auch immer begründeter) Voraussetzung einer „gleichgeordneten“ Realität, summierbar. „Das menschliche Denken ist also seiner Natur nach fähig, uns die absolute Wahrheit, die sich aus der Summe der relativen Wahrheiten zusammensetzt, zu vermitteln, und es tut dies auch.“<sup>35</sup> Es wird aber sofort klar, daß in einer solchen Wahrheitskonzeption der kritische Charakter des Ideologiebegriffs nicht aufgehoben, sondern verschwunden ist.

34 Vgl. Merleau-Pontys Lukács-Interpretation, a.a.O., S. 51 ff.; eine eindringliche Analyse der Marxschen Ideologiekritik gibt in diesem Sinn auch K. Lenk: Marx in der Wissenssoziologie, Frankfurt/M. 1972, Kap. III.

35 Lenin 14, S. 129.

Aufgrund der mit der Widerspiegelungstheorie implizierten ontologischen Annahme unabhängiger Wahrheitsbestände kann es *falsche* Widerspiegelung, die nicht Bestandteil einer summierten absoluten Wahrheit ist, nicht geben. Der Sinn von Geschichte ist ihr nicht sowohl einer, den die Subjekte der Geschichte bewußt geben, als ihr Bewußtsein Produkt der Geschichte ist, sondern wird kumulativ im nachhinein nur enthüllt durch Subjekte, die Geschichte, deren Bestimmung sie nicht in der Hand haben, wenigstens erleben dürfen. Lenins Bild der Wissenschaften und der produktiven Aneignung der Natur ist zu harmonisch eher das einer entelechischen *natura naturans*, die ihre relative Wahrheiten preisgibt, als das einer, gerade im Sinne seines von Engels übernommenen Praxiskriteriums, zweckgeleiteten Herstellung und Tilgung von Wahrheit.

Im folgenden will ich mich mit den Implikaten einzelner dieser sechs Lesarten der Widerspiegelungstheorie näher auseinandersetzen. Um sie im Umfang ihrer eigenen Ansprüche zu testen, scheint es mir fruchtbar, die Kritik einer Erkenntnis als Widerspiegelung unter den Aspekten von *Arbeit und Erkenntnis (II)*, *Sprache und Erkenntnis (III)*, *Wissenschaft und Gesellschaft (IV)*, *Wahrheit und Begründung (V)* noch einmal aufzunehmen.

Die materialistische Klärung des Verhältnisses von Arbeit und Erkenntnis scheint deshalb vordringlich, weil die Vertreter des Abbildprinzips der Erkenntnis — das ist vorerst meine These — eine *qualitative* Bestimmung des Erkannten durch Arbeitsvorgänge ernsthaft nicht behaupten können, soll die Rede vom Abbilden nicht jeden strengen Sinn verlieren. Auf *Arbeit* als zweckbewußte gesellschaftliche Veränderung der Natur, nicht auf den weiteren Begriff der gesellschaftlichen *Praxis*, kann dabei zurückgegangen werden, weil Naturerkenntnis unmittelbar durch zweckrationale Handlungen im Produktionsinteresse vermittelt und erst sekundär vom institutionellen Rahmen der Produktion, den wertmotivationalen und normativ geleiteten Handlungen bestimmt ist<sup>36</sup>. Zum Zwecke der Arbeit als gesellschaftlichem Operieren mit Naturstoffen und Naturgesetzen ist aber eine symbolische *Konstitution* von Naturerkenntnis nötig, die durch kein Abbildprinzip formuliert werden kann; und sollte sich die Annahme einer vorgängigen symbolischen Konstitution als richtig erweisen, könnte abbildtheoretisch nicht einmal die Möglichkeit von Arbeit erklärt werden, wenn zugestanden wird, daß instrumentelle Aneignung der Natur unabhängig von ihrer zugleich kognitiven Aneignung nicht vor sich gehen kann.

## II.

Eine *erkenntnisanthropologische* Interpretation, wie wir sie, A. Schmidt folgend, dem Marxschen Arbeitsbegriff geben können, hat

36 A. Schmidt hält diese Begriffe nicht konsequent auseinander, obwohl er sich bei der materialistischen Kennzeichnung des kognitiven Naturverhältnisses immer auf Arbeit, nicht auf Praxis bezieht: cf. *Geschichte und Natur im dialektischen Materialismus*. In: *Existenzialismus und Marxismus*, Frankfurt/M. 1965, S. 103—155, hier insbes. S. 150 ff.

einerseits ein kritisches Potential, weil mit ihr, gegen die Vertreter einer bruchlosen Allianz Marx-Engels-Lenin<sup>37</sup>, eine selber marxistische Kritik an der Widerspiegelungstheorie vorgebracht werden kann, andererseits greift sie vor auf eine systematisch am Arbeitsbegriff zu entwickelnde Konstitutionstheorie der Erfahrung. Im Kontext der Marxschen Arbeiten ist zu belegen, inwiefern im Zusammenhang mit Arbeit nicht nur von einer Konstitution der Gegenstände der Welt, sondern damit *zugleich* von der Konstitution des Gegenstandsbereichs unserer Erfahrung zu reden ist; inwiefern Marx aus der materialistisch als vorgegeben angenommenen Natur die Gegenstände unserer Erkenntnis so herausentwickelt, daß Sein und Dingstruktur einerseits nicht auf Gesetze des Verstandes reduzierbar sind, andererseits aber auch nicht mit den Gesetzen der Realität an sich, einer in die Objekte verlegten Dialektik der Natur und der Gesellschaft einfach zusammenfallen. Es geht dabei nicht nur um das Konstituiertsein von Gegenständen an sich, sondern durch und für uns; und nicht allein durch Arbeit, sondern auch durch und für Erkenntnis<sup>38</sup>. Dem Anspruch zufolge, Arbeit als erkenntnisanthropologische Kategorie aufzuweisen, haben wir vorab zunächst zwei Fragen zu klären.

Die *erste* Frage nach dem Problem *anthropologischer* Invarianten bei Marx liegt im Spannungsfeld zwischen Früh- und Spätschriften. Auf die umfangreiche, von konträren Positionen ausgehende Debatte dazu, inwiefern sich bei Marx Aussagen für oder gegen ein in Handlungs-, Sprach- und Antriebssystem starr festgelegtes Menschenbild finden, kann ich hier nicht eingehen, sondern nur verweisen. Lепенies und Nolte haben in einer Untersuchung sowohl von Texten aus dem Spätwerk wie den frühen Schriften belegt, daß Marx und Engels eindeutig anthropologisch zu nennende Aussagen gemacht haben, allerdings in einem Sinne von Anthropologie, der entgegen der schon früh von Horkheimer kritisierten philosophischen Anthropologie Eigenschaften der Gattung nicht als ahistorische, gesellschaftsfremde und fixe aus dem Manipulationsbereich der tätigen Menschen ausschließt<sup>39</sup>. Marxens darin eigenwillige Stellung zu einer anthropolo-

37 A. Kosing: Karl Marx und die dialektisch-materialistische Abbildtheorie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1968, S. 7—29; I. S. Narski: Karl Marx und die Widerspiegelungstheorie. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 22, 1969, S. 152—164.

38 Der Begriff der *Konstitution* ist bei Marx nicht so fremd, als es den Anschein hat, wenn man bedenkt, daß er nur die Kehrseite des Entwicklungsgedankens ist, anhand dessen Marx (mit Hegel) die Vorgehensweise von theoretischen Analysen bestimmt: „Das Nachdenken über die Formen des menschlichen Lebens, also auch ihre wissenschaftliche Analyse, schlägt überhaupt einen der wirklichen Entwicklung entgegengesetzten Weg ein. Es beginnt post festum und daher mit den fertigen Resultaten des Entwicklungsprozesses“ (MEW 23, S. 89).

39 W. Lепенies/H. Nolte: Experimentelle Anthropologie und emanzipatorische Praxis. Überlegungen zu Marx und Freud. In: dies.: Kritik der Anthropologie, München 1971, S. 9—76; W. Lепенies: Soziologische Anthropologie. Materialien, München 1972.

gischen Ausstattung des Menschen als eines Gattungswesens, daß er anthropologische Aussagen historisch und praktisch relativiert und ihnen damit ihre Naturgewalt nimmt, sie gleichzeitig aber als anthropologische nicht auflöst, d. h. sie als Basisaussagen zu einer für Handeln und Erkenntnis vorgängigen „subjektiven Natur“ festhält, hat sich im Verlaufe seiner Auseinandersetzung mit Feuerbachs „anthropologischem Materialismus“ ausgeprägt<sup>40</sup>. Zwischen Mensch und Natur als den Polen der Feuerbachschen Anthropologie schiebt Marx die Kategorie der *Arbeit*, derer er insofern bedarf, als der Mensch „nicht nur Naturwesen, sondern . . . *menschliches* Naturwesen“ ist.

„Weder sind . . . die *menschlichen* Gegenstände die Naturgegenstände, wie sie sich unmittelbar bieten, noch ist der *menschliche Sinn*, wie er unmittelbar ist, gegenständlich ist, *menschliche* Sinnlichkeit, menschliche Gegenständlichkeit. Weder die Natur — objektiv — noch die Natur subjektiv ist unmittelbar dem *menschlichen* Wesen adäquat vorhanden“<sup>41</sup>.

Das „menschliche Wesen“, auf das auch hier noch rekurriert wird, ist keine *substantielle*, sich auf geschichtsinvariante biologische Ausstattung beziehende Universalie, sondern eine *formale* des „Mechanismus der Menschwerdung“, wie Habermas hervorgehoben hat<sup>42</sup>, die in ihrer Form tatsächlich geschichtlich transformierbare „gegenständliche Tätigkeit“, als jeder Transformation vorausgesetzten tätigen (und nicht bloß „anschauenden“) Gegenständlichkeit aber für Marx einzig charakteristische Eigenschaft, welche die Menschengattung unwandelbar auszeichnet. Diese Bestimmung, sofern sie noch in den Arbeitsbegriff der ökonomischen Schriften einwandert und dort als Gebrauchswertarbeit, als „allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam“<sup>43</sup> gilt, ist deshalb formal, weil sie nur dann die historische Charakterisierung von Produktionsweisen, etwa des Wechsels von den natürlichen, vorbürgerlichen Existenzbedingungen zu den geschichtlichen, gesellschaftlich geschaffenen, widerspruchslos zuläßt. Gerade die im Rohentwurf zum *Kapital* an umfangreichem sozialgeschichtlichem Material gegebene Differenzierung zwischen vorbürgerlichem und bürgerlichem Produktionsprozeß<sup>44</sup> macht die historische Variabilität einer abstrakt-anthropologischen Bestimmung wie der des Menschen als eines Werkzeuge fabrizierenden Tiers („*toolmaking animal*“<sup>45</sup>) deutlich.

40 Vgl. A. Schmidt: Emanzipatorische Sinnlichkeit, München 1973.

41 MEW Ergänzungsband 1, S. 579.

42 J. Habermas: Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M. 1968, S. 41.

43 MEW 23, S. 198; auch S. 57.

44 K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 375 ff.

45 MEW 23, S. 194.

Die dialektische Fassung einer in ihrer formalen Struktur festgelegten menschlichen Natur, die zugleich substantiell die subjektive Natur als erarbeitete, den wirklichen Mensch als „Resultat seiner eigenen Arbeit begreift“<sup>46</sup>, die mit Arbeit als Vermittlungskategorie zwischen objektiver und subjektiver Natur nicht nur die Realität den Bedürfnissen gemäß umarbeitet, sondern im Aneignungsprozeß der äußeren Natur auch die innere erst herausstellt und Bedürfnisse „produziert“<sup>47</sup>, ist aber die Bestimmung von „Gegenständlichkeit“, wie sie Marx in den *Pariser Manuskripten* in der Doppelung von Tätigsein und Leidend-sein beschreibt. Wenn aber der Geschichte aller menschlichen Handlungen eine invariante menschliche Handlungsstruktur zugrunde liegt, die allgemein mit dem Ziel bestimmt ist, die Natur zum unorganischen Leib des Menschen zu machen<sup>48</sup>, als ein instrumentelles Verhältnis zur Natur, das sich immer auch in empirischer, d. h. geschichtlich bedingter Arbeit ausdrückt, so wird unmittelbar klar, daß eine solche anthropologische Grundlegung der Arbeit im Rahmen des Widerspiegelungsprinzips nicht in seiner Bedeutung formuliert werden kann — trotz aller Beteuerung, Widerspiegelung sei nie nur rezeptiv-passiv verstanden. Das von Marx mit Gegenständlichkeit bezeichnete sinnlich tätige Verhältnis zur Natur ist aber die Gattungsbedingung der menschlichen Produktionsgeschichte überhaupt, insofern sie jedem einzelnen Produktionsakt, dem „praktische(n) Erzeugen einer *gegenständlichen Welt*, (der) *Bearbeitung* der unorganischen Natur“<sup>49</sup> zugrunde liegt. Menschliche Gegenständlichkeit ist die „subjektive“ natürliche Bedingung von Arbeit. Die Vorgegebenheit eines aller Arbeit vorausliegenden unvermittelten Natursubstrats ist ihre „objektive“ Bedingung: „Der Arbeiter kann nichts schaffen ohne die *Natur*, ohne die *sinnliche Außenwelt*. Sie ist der Stoff, an welchem sich seine Arbeit verwirklicht, in welchem sie tätig ist, aus welchem und mittels welchem sie produziert“<sup>50</sup>. Der in der Widerspiegelungstheorie zugrunde liegende naturalistische Kurzschluß scheint deshalb offenkundig der zu sein, daß sie bei der Kennzeichnung des menschlichen Gegenstandsverhältnisses von Beginn an einseitig vom Naturstoff her ansetzt, in ihm menschliche Vergegenständlichung zwar entdecken, deren anthropologische Bedingung aber nie einholen kann. Eine Begründung der Widerspiegelungstheorie, die Marx' anthropologische Bestimmung von Arbeit im Gegensatz zu Lenin, der sie nicht kannte, einmal nicht umgeht, sondern sich ihr aussetzt, versprache deshalb interessant zu werden.

Als *zweite Frage* haben wir zu klären, inwiefern Arbeit auch eine *Erkenntniskategorie* ist. Daß sich Arbeit als die elementarste Katego-

46 MEW E.B. 1, S. 574; vgl. auch MEW 23, S. 192: „Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.“

47 Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 28 ff.

48 MEW E.B. 1, S. 516.

49 Ebd.

50 Ebd., S. 512.

rie des gesellschaftlichen Seins nicht auf einen fachökonomischen Inhalt reduzieren läßt, haben Habermas und Schmidt auf verschiedene Weise gezeigt<sup>51</sup>: tritt beim einen in einer kantisch inspirierten Marxinterpretation der Begriff „materialistische Synthesis“ an die Leerstelle einer bei Marx angedeuteten, aber nicht ausgearbeiteten Theorie des transzendentalen Charakters von Arbeitsprozessen für Erfahrung, so zeigt der andere die konstitutive Bedeutung von Arbeit sowohl für das subjektiv-menschliche Erkenntnisvermögen wie für die Bildung der Erfahrungswelt. Beide beziehen sich auf den *universalen* Anspruch der Marxschen Theorie. Da auch der späte Marx trotz seiner Selbstkritik an dem von Feuerbach übernommenen abstrakten Begriff des Gattungssubjekts einen auf die Totalität des gesamten Stoffwechsels der Menschen mit der Natur zielenden Theorieanspruch nicht aufgegeben hat und auch in den ökonomischen Schriften von „general intellect“<sup>52</sup> als Umschreibung für die beherrschten Produktivkräfte, vom „Gesamtarbeiter“<sup>53</sup> als dem Subjekt ihrer kollektiven Verwaltung Gebrauch macht, trägt die materialistische Bestimmung der Arbeit zugleich erkenntnistheoretischen Gehalt. Erst die geschichtliche Universalität des Arbeitsbegriffs impliziert seine Relevanz für Erkenntnis. Die instrumentale Bestimmung des Menschen ist umfassend genug, so daß die tätige Vermittlung der Subjekte mit der Natur, wenn sie überhaupt universell möglich sein soll, auch als erkennende konzipiert sein muß. Die Rekonstruktion der Welt als einer „ungeheuren Warenansammlung“<sup>54</sup> ist deshalb zugleich eine Rekonstruktion der Welt als in praktischer Verfügbarkeit erfahrener, Natur selbst ist keine ursprüngliche, sondern eine in interessegeleitete Erfahrung eingespannte „zweite Natur“. „Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf als Macht für sich erkannt zu werden; und die theoretische Erkenntnis ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion zu unterwerfen“<sup>55</sup>. Natur unabhängig vom menschlichen Produktionsprozeß „in der Trennung vom Menschen fixiert, ist für den Menschen *nichts*“<sup>56</sup>. In diesem Sinne scheint mir klar, daß gesellschaftlich organisierte Arbeitsprozesse erkenntnisleitende Regeln der Welterfahrung festlegen. Die natürliche Umgebung wird im Rahmen der elementaren Kategorien für Arbeit, „Arbeitsgegenstand“, „Arbeitsmittel“, „Produkt“ und „Rohmaterial“<sup>57</sup> — und damit schon nicht mehr als „natürliche“ erfahren. Die Naturdinge „funktionieren nur noch als gegenständliche Faktoren der

51 Habermas, a.a.O., S. 2; Schmidt, Der Begriff der Natur, a.a.O., S. 90—105.

52 Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 594.

53 MEW 23, S. 87, 531 f.

54 MEW 13, S. 14; MEW 23, S. 49.

55 Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 313.

56 MEW E.B. 1, S. 587.

57 MEW 23, S. 192 ff.

lebendigen Arbeit“<sup>58</sup>, sie treten in die Erfahrung ein als „bereits durch die Arbeit filtrierter Arbeitsgegenstand, selbst schon Arbeitsprodukt“<sup>59</sup>. Das Wahrnehmungsfeld stellt sich der Erfahrung als Geflecht von praktischen Verweisungszusammenhängen, von umgearbeiteten, den menschlichen Bedürfnissen entsprechend geformten Stoffen, als kontingente und in ihrer Kontingenz doch objektive Welt von Produkten im immer offenen und erweiterbaren Bereich der menschlichen Manipulationssphäre entgegen<sup>60</sup>. — Würden sich alle Aussagen von Marx und Engels zur Beziehung von Arbeit und Erkenntnis im Sinne dieser realen Weltkonstitution verstehen und sich auf die gesellschaftlich bearbeitete Natur beziehen, so wäre der Bereich einer Konstitutionstheorie der Erfahrung freilich nur halb ausgeschritten: Wir hätten es immer nur mit Erklärungen des Konstituiertseins der Gegenstände im Manipulationsbereich zu tun, die Identität dieser Gegenstände *als solche unserer Erfahrung* aber bliebe unausgewiesen. Tatsächlich finden sich zahlreiche Stellen, an denen Marx die bearbeitete Welt realistisch schon als Erfahrungswelt zu unterstellen scheint. So stellt die Kritik an Feuerbach der „anschauenden“ Sinnlichkeit eine *bloß* tätige, nicht *auch* erkennende gegenüber, wenn sie darauf zielt zu zeigen, daß die „sinnliche Welt nicht unmittelbar von Ewigkeit her gegebenes, sich stets gleiches Ding ist, sondern das Produkt der Industrie und des Gesellschaftszustandes“<sup>61</sup>. Denn damit ist ausgesprochen nur die gesellschaftliche Vermittlung alles Erfahrenen qua Produktion. Nun ist zwar der damit erhobene Anspruch seiner Universalität wegen keineswegs trivial: Arbeit und Erkenntnis werden dergestalt aufeinander bezogen, daß die nur in stofflichen Formen erfahrbare Welt nur erfahren werden kann, *weil* und *wie* diese Formen real produziert worden sind. Damit ist die materialistische Bedingung von Erkenntnis genannt. Es ist aber leicht zu sehen, daß auf dieser Stufe die Identität von (objektiv) Hergestelltem und (subjektiv-intersubjektiv) Erfahrenem nicht problematisch wird. Die materialistische Bedingung wird nicht als erkenntnistheoretische ausgewiesen.

Marx hat aber an anderer Stelle diese Verkürzung als Verkürzung erkennen lassen und klar gemacht, inwiefern einem gesellschaftlichen Subjekt „objektive“ Realität unter Bedingungen der Erkenntnis gegeben ist, die nicht selber wiederum mit dem zu Erkennenden zusammenfallen, sondern, wie Habermas es ausdrückt<sup>62</sup>, gleichermaßen *empirische* wie *transzendente* Bedingungen sind. Marxens dialektische Entwicklung der „Natur zum Menschen“ in ihrer Verschränkung von Selbsterzeugung und Produktion der Realität läßt eine solche Deutung zwanglos zu. Nicht nur findet der tätige Mensch Natur

58 Ebd., S. 197.

59 Ebd., S. 196.

60 Vgl. H. Lefèbvre: Der dialektische Materialismus, Frankfurt/M. 1966, S. 92 ff.

61 Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 42 f.

62 Habermas, a.a.O., S. 43.

und äußere Bedingungen seiner Produktion vor, sondern auch sich selbst: es sind „sowohl das Material der Arbeit, als der Mensch als Subjekt, wie Resultat so Ausgangspunkt der Bewegung“<sup>63</sup>. Die naturwüchsige und gesellschaftlich geformte Ausstattung ist der evolutionär und geschichtlich vorgegebene Rahmen, innerhalb dessen die „tätige Sinnlichkeit“ jedesmal aufs neue ansetzt, während er sowohl „umgearbeitet“ wird als „erarbeitet“ wurde. Da die Produktion der Natur zugleich Entfaltung der menschlichen Sinnlichkeit ist, wird wie die Aneignung der Natur auch ihre Erkenntnis nicht mit einem Schlage vollzogen, sondern Erfahrung konstituiert sich für die „subjektive Natur“ im Rahmen *objektiver* Bedingungen: dadurch, daß auf jeder Stufe der Geschichte „ein materielles Resultat, eine Summe von Produktionskräften, ein historisch geschaffenes Verhältnis zur Natur und der Individuen zueinander sich vorfindet“<sup>64</sup>; und im Rahmen *subjektiver* Bedingungen: „Der Mensch eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an, also als ein totaler Mensch. Jedes seiner *menschlichen* Verhältnisse zur Welt, Sehen, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Tätigsein, Lieben, kurz, alle Organe seiner Individualität, wie die Organe, welche unmittelbar in ihrer Form als gemeinschaftliche Organe sind, sind in ihrem *gegenständlichen* Verhalten oder in ihrem *Verhalten zum Gegenstand* die Aneignung desselben“<sup>65</sup>. Arbeit ist in bezug auf Erkenntnis Terminus ad quem *und a quo*. Zwischen die je schon geschichtlich situierteren Konstellationen von Arbeit und Erkenntnis schieben sich geschichtliche und naturgeschichtliche Bildungsprozesse und bilden mit der Organausstattung, dem Antriebssystem, den Verhaltensformen, der Symbolbildung nicht nur die menschliche Natur, sondern, durch die Arbeits- und Erkenntnisprozesse hindurch, auch die nicht-menschliche Natur zur menschlichen. Die menschlichen Bewußtseinsformen sind an ein als natürliches gesellschaftliches (und nur gesellschaftlich natürliches) Sein gebunden; es bildet den transzendentalen, gleichwohl historischen Boden für Erkenntnis. „Nicht nur das Material meiner Tätigkeit ist mir — wie selbst die Sprache, in der der Denker tätig ist — als gesellschaftliches Produkt gegeben, mein *eigenes* Dasein ist gesellschaftliche Tätigkeit“<sup>66</sup>. Sprache selbst als das hervorragende erkenntniskonstituierende System „ist das praktische, auch für andere Menschen existierende, also auch für mich selbst erst existierende wirkliche Bewußtsein“, das entsteht „aus dem Bedürfnis, der Notdurft des Verkehrs mit andern Menschen“<sup>67</sup>. Bewußtsein, sagt Marx mit deutlicher Berufung auf den intersubjektiven Charakter der Sprache, ist „von vornherein schon ein gesellschaftliches Produkt“<sup>68</sup>.

63 MEW E.B. 1, S. 537.

64 Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 38.

65 MEW E.B. 1, S. 539.

66 Ebd., S. 538.

67 Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 30 f.

68 Ebd.

Menschliche Gegenständlichkeit, ausgetragen in der Auseinandersetzung mit der Natur, ist immer schon vermittelt durch eine intersubjektive Gegenständlichkeit, die Auseinandersetzung des Menschen mit den Menschen: Sprechen und Denken sind gesellschaftliche Tätigkeiten und als solche Ausdruck gegenständlicher Beziehungen, in der Subjekte einander nicht mehr als Natur gegeben sind, sondern in der sie sich gegenseitig als intentional Handelnde nehmen und dadurch sich selbst als gesellschaftliche Individuen erst setzen. „Man bedenke, daß das Verhältnis des Menschen zu sich selbst ihm erst *gegenständlich*, *wirklich* ist durch sein Verhältnis zu dem anderen Menschen.“<sup>69</sup>

Wenn es zutrifft, daß mit diesen Bestimmungen der Begriff einer geschichtlichen Anthropologie angezeigt ist, die ihrer Universalität wegen zugleich Erkenntnisanthropologie sein muß, dann läßt sich die Konstitution der Erfahrungswelt nach der Doppelstrategie „Bildung der Erkenntnisvermögen durch Arbeit“ — „Bildung der Gegenstandswelt durch Arbeit“ noch dadurch genauer verfolgen, daß wir die Erkenntnisfunktion von Symbolen untersuchen. Denn sowohl die natürlichen Sprachen wie die nach Zwecken entworfenen Kunstsprachen leiten und strukturieren einerseits unsere Erkenntnis, sind andererseits aber auch Resultate erfolgreicher Arbeitsprozesse, eine evolutionäre Eigenschaft ist ihnen nicht abzusprechen. Sprache ermöglicht die kooperative Koordination von Arbeitsvorgängen und des gesellschaftlichen Verkehrs — und damit erst Arbeit als *gesellschaftliche* Einstellung zur Natur; sie ermöglicht aber auch die zweckrationale Operationalisierung und Ausbeutung von Naturgesetzmäßigkeiten — und damit erst Arbeit als *instrumentelle* Einstellung zur Natur. Die Konstitutionsfunktion der Sprache ist deshalb notwendig nach zwei Richtungen hin zu verfolgen: die kategorialen Differenzen zwischen der Erfahrung von Dingen und Ereignissen und der von Personen und Handlungen sind (mit Habermas) ebenso zu beachten, wie diese Erfahrungsbereiche in ihrer Differenzierung (gegen Habermas) aus der nicht einseitig instrumentalistisch verstandenen Kategorie der Arbeit als dem übergreifenden Allgemeinen erst zu erklären sind und nicht als anthropologische Annahme der Rekonstruktion der Erfahrungsgeschichte schon vorausgesetzt werden können. Was die sprachliche Konstitution von Naturerfahrung angeht, kann ich im vorliegenden Rahmen (siehe den Exkurs im Anhang) nur intuitiv die Argumentationsrichtung verdeutlichen, in die konstitutionstheoretische Überlegungen führen, wenn sie im Rahmen einer Diskussion angestellt werden, die man als die „Suche nach einem Begriff des Naturgesetzes“ überschreiben könnte. Diese Überlegungen tragen noch vorläufigen Charakter, zeigen aber m. E. schon im Ansatz die Möglichkeit, in der analytischen Philosophie steril gewordene Problemstellungen materialistisch umzuformulieren. Der sprachlichen Konstitution sozialer Erfahrung dagegen will ich mich im nächsten Abschnitt etwas ausführlicher zuwenden, weil bereits die Grundausrüstung sozialen Handelns durch Symbolleistungen soweit geformt ist, daß nicht nur

Erfahrung der Gesellschaft, sondern diese selbst ohne sie unmöglich wäre. Auch im Rahmen gegenwärtiger Handlungstheorien löst ein solcher Ansatz zahlreiche Probleme befriedigender als ein Abbildprinzip des Erkennens. Der Versuch, auf der Ebene von Sprache und sprachlicher Kommunikation die transzendente Argumentation Kants gewissermaßen „neben“ der Traditionslinie Kant-Hegel zu wiederholen, motiviert sich natürlich auch aus Diskussionsergebnissen gerade dieser Tradition. Diese Motive systematisch auszubreiten ist hier nicht Platz, auch wenn dies angesichts des sozialistischen Agnostizismus- und Idealismusvorwurfs noch gegenüber dem Neukantianismus geboten scheint. Umgekehrt müßten natürlich auch die Vertreter der Widerspiegelungstheorie ihre Position an dieser Tradition einmal anders ausweisen, als pauschal sich auf Hegels Argumente gegen Kant zu beziehen und in einem peinlichen Selbstmißverständnis zu übersehen, um wieviel näher die nicht restlos zu brechende Natur Marxens der Kantischen Grenzbestimmung des *Ding an sich* als der absoluten Identität des Hegelschen Begriffs ist.

### III.

Ist die Rede von der Widerspiegelung *natürlicher* Dinge und Dingzusammenhänge im Bewußtsein der erkenntnisconstitutiven Funktion von Symbolen wegen falsch, so gilt das für Sprache als Medium *sozial-kommunikativer* Erfahrung nicht minder. Ich möchte gegen *Sandkühler* die These verteidigen, daß eine „materialistische Hermeneutik“ als Widerspiegelungstheorie deshalb nicht möglich ist, weil eine abbildtheoretische Ableitung von Symbolen, gleichviel welche Funktion sie selber in der Erkenntnis erfüllen, nicht geleistet werden kann. Auf die Prinzipien einer materialistischen Sprachursprungstheorie kann ich hier nicht eingehen; sicher scheint mir allerdings gegenüber *Sandkühler*<sup>70</sup>, daß sie auf Engels' teleologisches Mißverständnis Darwins, seine lamarkistische Deutung des Sprachursprungs aus Bedürfnissen durch Arbeit vergesellschafteter Hominiden nicht mehr zurückgehen kann<sup>71</sup>.

Unter dem Eindruck des Neodarwinismus sprechen wir heute im Zusammenhang von Mutation und Selektion höchstens von einem phylogenetischen „Lernprozeß“ (K. Lorenz), keinesfalls von einem individuellen. Eine abbildtheoretische Sprachursprungstheorie stünde der *Gehlschen* Erklärung von Sprache als Instrument der Entlastung von massiver Reizüberflutung, worin sie sich als Selektion eines vorgegebenen Materials bewährt, näher als der, die unmittelbaren Sinneseindrücke von einer exzentrischen Positionalität her immer schon verarbeitenden, Expressivität auf Handeln nicht redu-

70 *Sandkühler*, a.a.O., S. 998.

71 MEW 20, S. 446, 529. Vgl. auch E. Lucas: Marx, Engels und Darwin. In: Intern. Review of Social History, Vol. IX (1964), S. 433—469, hier S. 458 f.

zierenden Anthropologie Plessners<sup>72</sup>. Darauf weise ich, zumal eine solche Theorie nicht vorliegt, nur hin. Statt dessen will ich einige sprachlogische Argumente gegen die abbildtheoretische Interpretation der Sprache vorbringen, wie sie vage genug, aber noch am ausführlichsten bei G. Klaus zu finden ist. Keine der mir bekannten Arbeiten über „Sprache als Widerspiegelung“ läßt sich auf eine eindeutige und präzise formulierte Beziehung von Sprache und Realität festlegen. Zwar wird der metaphorische Charakter des Abbild-Prinzips zurückgewiesen<sup>73</sup>, andererseits aber schillern Definitionsversuche in szientistischer Scheinpräzision („Funktion“, „Relation“, „Isomorphie“) und hinhaltender Rückzugsstrategie:

„Wir sind aber der Ansicht, daß die Sprache *in gewisser Hinsicht* tatsächlich eine Widerspiegelungsfunktion ausübt, und zwar insofern, als Strukturen der objektiven Realität in sprachlichen Strukturen widerspiegelt werden. Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine sinnlich konkrete, sondern um eine *abstrakte* Widerspiegelung, *gewissermaßen* um eine Isomorphierelation zwischen Wirklichkeit und Zeichenbereich...“<sup>74</sup>

Der Strukturbegriff insbesondere hat im Gegensatz zu seinem mathematischen Gebrauch hier so gut wie keinen Sinn mehr, weil ein Ordnungsprinzip der Teilmengen „Realität“ und „Sprache“, auf das sich jede Isomorphierelation beziehen muß, nicht angegeben werden kann. Ohne die mengentheoretischen Implikationen eines solchen Jargons zu pressen, scheinen mir vier Argumente dafür nahezuliegen, daß Sprache durch „Konstitution“ treffender als durch „Abbildung“ charakterisiert wird.

*Erstens* wird die Referenzbeziehung von Zeichen und Objekt mit dem Abbildprinzip von Sprache und Realität nicht getroffen<sup>75</sup>. Nicht nur gibt es nämlich keine unmittelbare Korrespondenz von Wörtern und Gegenständen, Sätzen und Sachverhalten, sondern der *Modus des Bezeichnens* selber ist zwischen Sprache und Bildern grundverschieden. Bilder zeigen und repräsentieren, Sätze beschreiben und sagen etwas *über* Gegenstände und Sachverhalte. Diese unterschiedlichen Modi des Sich-Beziehens könnte man auch direkte und indirekte nennen: Bilder sind zwar nicht mit dem, was sie darstellen identisch, aber sie „stellen“ es anders „vor“ als Sätze. Wir beziehen uns alltagssprachlich auf die in Bildern dargestellten Gegenstände direkt und nicht auf das Medium der Repräsentation (Pinselstriche,

72 H. Plessner: *Philosophische Anthropologie*, Frankfurt/M. 1970, insbes. *Anthropologie der Sinne*, ebd., S. 189 ff.; vgl. auch G. Dux: *Zur Problemlage der philosophischen Anthropologie*, ebd., S. 256 ff.; insbes. 267 ff., S. 301 ff.

73 J. H. Horn: *Widerspiegelung und Begriff*, Berlin/DDR 1958, S. 36 ff.

74 G. Klaus: *Semiotik und Erkenntnistheorie*, Berlin/DDR 1972, S. 75 (Hervorhebung von mir).

75 Im folgenden stütze ich mich auf E. Daitz: *The Picture Theory of Meaning*. In: A. Flew (ed.): *Essays in Conceptual Analysis*, New York 1966, S. 53—74.

Rasterpunkte, Lichtverteilung usw.): wir können wohl unterscheiden zwischen „Sieh mal, sie zeigen gerade Raquel Welsh im Fernsehen“ und „Sie zeigen gerade ein Bild von Raquel Welsh im Fernsehen“, und beides hat einen verschiedenen Sinn. Bilder sind summativ zusammengesetzt, Sätze nicht; denn während Elemente von Bildern noch Teile des in ihnen Dargestellten repräsentieren, beschreiben Teile von Sätzen keineswegs noch Teile des mit ihnen ausgedrückten. Die versuchte Atomisierung des Sinns von Sätzen anhand der an Wörtern scheinbar naturwüchsig vorgegebenen einzelnen Sinnelemente ist gerade in der modernen Semantik (Fodor/Katz) mißlungen.

Denn *zweitens* verfährt der Objektbezug in den Sprachen deshalb nicht nach dem Abbildprinzip, weil sich vor jede „direkte“ Beziehung die *Konventionalität von Symbolen* schiebt. Sätze und Äußerungen folgen, im Gegensatz zu Bildern, Regeln und Normen. Der sprachanalytische Begriff der Regel, wie er in Arbeiten von Black, Rawls, Shwayder, Searle und anderen differenziert verwendet wird, stellt seit Wittgensteins Spätphilosophie eines der wichtigsten Paradigmen dar, an dem die Form sprachlicher Intersubjektivität diskutiert wird. Wittgenstein hat diesen Begriff als erster sowohl als analytisch brauchbares Instrument der Untersuchung der Struktur von Sprachspielen als auch zur Benennung des Substrats von Sprache: intersubjektiv und normativ geordnet zu sein, eingeführt. Daran sei hier erinnert. Bilder werden sicher nicht unabhängig von soziokulturellen Rahmenbedingungen wahrgenommen — Techniken des Malens und Interpretierens können sogar im Sinne einer „Grammatik des Bilds“ auf Regeln gebracht werden, und zwar zunehmend, je stärker sich die Abbildung von ihrer natürlichen Vorlage entfernt<sup>76</sup>: sicher aber muß Wahrnehmen und bildliches Sehen nicht ähnlich der Entwicklung einer angeborenen Sprachkompetenz und der Einsozialisierung in die kommunikative Umwelt erlernt werden.

Die Sprache *drittens* gegen den Vorgang des Abbildens auszeichnende Konstitutivität hat Chomsky mit dem Terminus „generativ“ herausgestellt. Damit ist in der Tradition der Theorien über „Sprache als System“ (Leibniz, Frege, Russell) die *Kreativität* der Sprache durch ein rekursives Enumerationsprinzip ausgedrückt. Während Bildhaftigkeit durch die Abbildtreue gegenüber einem vorgegebenen, restriktiven Reservoir von Objekten festgelegt ist, zeichnet sich Sprache durch einen überschießenden Sinn allein des Benennens und expressiven Sprechens aus, der prinzipiell *nicht* abbildhaft sein kann.

Dieser konstitutive Sinn, der *viertens* auf der Ebene der *Kommunikativität* in antizipatorischen Akten (Mead) Sinn überhaupt erst er-

76 Die notwendige Doppelstruktur im Modus des Bezeichnens auch bei künstlerischer Darstellung: an Konventionen des Sehens und Verstehens sowohl wie an das „natürliche“ Objekt gebunden zu sein, ist wohl der Grund dafür, daß eine Mimesistheorie der Kunst die Spannung von Symbolhaftem und Realismus austragen muß, Mimesis im *allein* realistischen Sinne nicht möglich ist. Vgl. S. Morawski: Mimesis. In: Semiotica II, 1970, S. 35—58.

möglichst, scheint mir die Beschränktheit eines durch das Abbildprinzip charakterisierten Sprachbegriffs am deutlichsten zu zeigen. Sprache ist primär nicht durch abbildhafte oder referentielle, sondern durch illokutionäre Akte zu definieren. Die Bildung und Fortbildung von Sprache kann nicht durch Abbildung (in jedem nicht-metaphorischen Sinne) vor sich gehen, weil Sinn sich in der Kommunikation durch reziproke *Antizipation* von Sinn erst herstellt. Die Abbildtheorie kann konsequentermaßen eine Differenz zwischen der Wahrnehmung „toter“ Gegenstände und interpersoneller Wahrnehmung des Anderen in Kommunikation, oder wie H. G. Furth es ausdrückt<sup>77</sup>, zwischen einem „dingorientierten“ Typ des Erkennens und einem „symbolorientierten“ nicht machen, es sei denn, sie verlegte die *differentia specifica* in das Abzubildende, Kommunikation selbst. Dann aber wäre wiederum der konstitutive Charakter intersubjektiver Wahrnehmung gerade unterschlagen, und der Unterschied des zweckrationalen Umgangs mit Gegenständen vom kommunikativen Umgang mit Personen, der eben darin besteht, daß wir intersubjektive Symbolsysteme in dingorientierter Erfahrung *anwenden* und *bewähren*, in symbolorientierter Erfahrung *verwenden* und als intersubjektive erst bilden, wäre immer nur vorauszusetzen, nie einzuholen. Eine sprachliche Pragmatik (oder Sigmantik) kann weder in ihrer referentiellen noch in ihrer illokutionären Dimension abbildtheoretisch verfahren.

Trotz alledem wird man Aussagen wie „Formen der Gesellschaft widerspiegeln sich in der Sprache“ in diesem unspezifizierten Sinn Berechtigung nicht absprechen. Gewiß ist Sprache als ein „praktisches“ und „wirkliches“ Bewußtsein die gesellschaftliche „Realität der Gedanken“, unentflechtbar mit dem Zustand der Gesellschaft verknüpft und darin, wenn man so will, „Widerspiegelung“. *Aber*: gerade Sprache, wie Bewußtsein überhaupt, geht darin nicht auf. Eine Konstitutionstheorie der Erfahrung kann sprachliches Bewußtsein *als* Widerspiegelung wohl formulieren, allerdings nur als ideologischen und pathologischen Grenzfall. Sprachlich geleitete Erkenntnis nähert sich in dem Maße einer Widerspiegelung, als das typisierte und symbolisch geordnete Wissen, das interpretativ Wahrnehmung immer erst als nicht bloß biologischen, sondern gesellschaftlichen Vorgang auszeichnet, von der Selbsterfahrung im Produktionsprozeß abgehängt und mit klischeehaften, fremdgeleiteten Formeln gefüllt wird. Marx gebraucht die Spiegelungsmetapher in der Warenanalyse bezeichnenderweise nur, wenn er auf die Fetischisierung der Wertqualität zur stofflichen Eigenschaft hinweist: „Das Geheimnisvolle der Warenform besteht... darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaft dieser Dinge *zurückspiegeln*, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes ge-

<sup>77</sup> H. G. Furth: *Intelligenz und Erkennen*, Frankfurt/M. 1972, S. 135, 158.

sellschaftliches Verhältnis von Gegenständen.“<sup>78</sup> Widerspiegelung ist deshalb ein defizienter Modus des Erkennens; über sie ist Sprache aber kraft ihrer *Intentionalität* freilich, trotz aller Deformation, immer schon hinaus.

Ich habe an anderer Stelle die Intentionalität von Sprache als Handeln (Sprechakte) und Sprache als System (Sätze) auf verschiedenen analytischen Stufen charakterisiert<sup>79</sup>. Daß sich nämlich das Prinzip der Intentionalität nicht nur im Handeln, sondern auch in der formalen Struktur von Sprachen findet, ist kein Zufall. Die Geschichte erfolgreichen Sprechhandelns hat Sprache in ihren elementaren Strukturen nicht unberührt gelassen; eine anthropologische und evolutionäre Begründung dieses so universalen Prinzips, daß es bezeichnenderweise zum Gegenstand einer sprachanalytischen Rekonstruktion der „Logik“ der Intention (R. Chisholm, W. Sellars, H. N. Castañeda) werden konnte, steht allerdings noch aus<sup>80</sup>. In der Intentionalität von Sprache ist die Möglichkeit reflexiven Handelns deshalb angelegt, weil Symbole sowohl Produkte gemeinsamer Handlungen (der reziproken Vorwegnahme von Erwartungen) wie deren Voraussetzung (der Erwartungssteuerung) sind. Im Anschluß an Mead könnte man Sprache den abstraktesten *generalisierten Anderen* nennen, in dem Handlungsmotive universalisiert, Regeln der gemeinsamen Welterfahrung gespeichert und die Aneignung der Natur koordiniert ist — erst in ihm ist die in der Sozialisation notwendige Bindung an einzelne Be-

78 MEW 23, S. 86 (Hervorhebung von mir).

79 A. Leist: Zur Intentionalität von Sprechhandlungen. In: D. Wunderlich (Hrsg.): Linguistische Pragmatik, Frankfurt/M. 1972, S. 59—98.

80 Gehlens nicht nur im Zusammenhang mit der These vom Menschen als Mängelwesen problematische Entwicklung von Sprache aus der in Arbeit kooperativ zusammengeschlossenen Gruppe zeichnet Intentionalität als vitale Leistung verfügenden Handelns und Wahrnehmens nach (Der Mensch, Frankfurt/M. 1971, Kap. 19—32). Die konstitutionelle Eigenart des Menschen, die im Hiatus zwischen Antrieben und Handlungen liegt, hat Sprache als Mittel zur Verständigung über gemeinsame Handlungen entstehen lassen. Die Funktionalisierung der Sprache als Bedingung und Medium der Handlungsplanung gelingt Gehlen aber nur, weil er zwei komplementäre Unterstellungen macht: auf der Ebene der Wahrnehmung kennzeichnet er den Umgang mit Dingen und mit Menschen gleichermaßen als *kommunikativ*, auf der Ebene des Handelns charakterisiert er den Umgang mit Dingen und mit Menschen gleichermaßen als *verfügend*. Damit kann einerseits die erkenntnisleitende Funktion der Sprache im Zwischenbereich zwischen Handlung und Bewußtsein ausgearbeitet werden: ihr Entlastungscharakter besteht darin, daß symbolische Vergegenständlichung reale Handlungen ersetzt; aller spielerischer, kreativer Umgang mit Dingen kann symbolisch einen Schritt vor ihnen ablaufen. Weil andererseits Handlung nur als instrumentelle gedacht ist, bleibt aber auch Interaktion nur wechselseitige Verfügung, wird nicht zum Potential zweckfreier gemeinsamer Reflexion, und Gehlen kann deshalb seinen biologischen Grundprämissen der lebensnotwendigen „Zucht“ und „Führung“ bei Antriebsüberschuß und Instinktlosigkeit getreu die fatalen Konsequenzen einer faschistischen Institutionentheorie entfallen.

zugspersonen in einen abstrakteren Bezug zur Gesellschaft aufgehoben, der umgekehrt individuelles soziales Bewußtsein ermöglicht. In der Handlungsstruktur ist Reflexivität gesetzt, in der Form von Symbolen ist sie ermöglicht, und im generalisierten anderen ist sie institutionalisiert.

Auf das Vermögen, mit Sprache gegen Sprache denken zu können, greift aber jede Ideologiekritik zurück. Das ist ihre *subjektive* Bedingung. Der Fetischcharakter in Ideologie ist das Symptom von in ihrer Konstitution nicht mehr zugänglichen Dingen, die Ideologiekritik in ihrer realen Genese wieder zurückgewinnen muß. Das ist ihre *objektive* Bedingung. Widerspiegelung kann deshalb, wie die „Naturgeschichtlichkeit“ der Geschichte und die „Naturgesetzlichkeit“ der Gesellschaft, nur empirischer Befund einer solchen Theorie, nicht ihr Prinzip sein: wo sie — ungeduldig geworden — den Ideologiebegriff verallgemeinert und sich gewichtig akademisch „Ideologiewissenschaft nennt“<sup>81</sup>, verspielt sie ihre Intention als Kritik.

#### IV.

Im Rahmen einer widerspiegelungstheoretischen Konzeption der Wissenschaften, die es zwar meines Wissens ausgearbeitet derzeit nicht gibt, die aber gleichwohl mit dem allgemeinen Anspruch impliziert wird, scheinen sich mindestens zwei Verständnisweisen der Rede, daß wissenschaftliche Theorien Abbilder der Realität sind, anzubieten. Denn *einmal* kann damit behauptet werden, der Erkenntnisgehalt gedanklicher Abbilder würde in den Wissenschaften zwar komplexer, im Prinzip aber ebenso wie in einzelnen Perzeptionsakten gemäß den Grundthesen der Abbildtheorie widergespiegelt; Wissenschaften seien zwar durch kollektive Handlungen vermittelte, wohl aber demselben Erkenntnismuster folgende Abbilder der „objektiven Realität“. *Zum andern* kann darunter verstanden werden eine wie immer zu präzisierende Korrelation des gesellschaftlichen Kontexts und der Form der Wissenschaft; über „externe“ Erkenntnisinteressen, zweckorientierte Wertsysteme und Entscheidungspräferenzen, die in die Theoriebildung bestimmend eingehen, wären die Produktionsprozesse mit dem Forschungsgang gekoppelt — Legitimationsbedürfnisse zu sozialem Steuerungswissen verarbeitend mit den Produktionsverhältnissen, Verfügungswissen akkumulierend mit den Produktionsmitteln. Während es sich bei der ersten Lesart um die bekannte zweistellige Relation handelt, postuliert die zweite Lesart mindestens eine dreistellige: objektivierbares Wissen wird in den Wissenschaften gemäß einer gesellschaftlichen Perspektive erzeugt. Ich will zunächst auf diese zweite Lesart eingehen und zeigen, daß auch unter dieser komplexeren Lesart der widerspiegelungstheoretische Anspruch nicht ausschließlich gerechtfertigt werden kann. Wenn ich bei der folgenden Argumentation auf konkurrierende Positionen der gegenwärtigen Wissenschaftstheorie zurückgreife, so geht es mir darum, anhand ihrer die Diskussion für oder gegen ein widerspiegelungstheoretisches Wissenschaftskonzept auf ihr (nicht zu unter-

81 Sandkühler, a.a.O., S. 1003 ff.

schätzendes) Problemniveau zu heben, ohne daß dabei alle ihre Voraussetzungen geteilt werden müßten.

Auch wissenschaftliches Denken ist Element des Lebensprozesses und der Gesellschaft, deren Arbeitsteiligkeit es sich verdankt, verhaftet. Zu einer präziseren Fassung dieses Verhältnisses bietet sich die Konfrontation von Wissenschaftstheorie und -geschichte an: in ihr nämlich wird die Alternative einer „externen“, gesellschaftsdeterminierten, und einer „internen“, immanent selbstregulativen Wissenschaftsentwicklung und deren historische Rekonstruktion gerade zum Problem. In dieser Diskussion, die zwischen *Lakatos* und *Popper* als Vertretern eines autonomen, geschichtsindifferenten Rationalitätsbegriffs, und *Kuhn*, *Toulmin* und *Feyerabend* als den Verteidigern einer sozial determinierten (und deshalb auch determinierbaren) Rationalität geführt wird, scheinen mir die Aporien sowohl der „internalistischen“ wie der „externalistischen“ Position offenzuliegen. So zeigt sich *einerseits* an *Lakatos*<sup>82</sup>, in welchem Maße eine „rationale Rekonstruktion“ der Wissenschaftsgeschichte, die sich das Falsifikationsprinzip als Inbegriff von Rationalität vorgibt, selbstverifizierend und zirkulär verfahren muß: ein selber historisch bedingtes Rationalitätsprinzip wird an historisch gewordenen Fällen empirischer Wissenschaft getestet, deren Rekonstruktion aus den Quellen aber zuerst der Purifizierung nach eben diesem Prinzip, nämlich der Trennung „externer“ Einflüsse auf den Gang der Forschung von „internen“, rationalen Handlungsmotiven der Wissenschaftler ausgesetzt wurde. Die erstrebte Korroboration einer invarianten Entwicklungslogik der Wissenschaftsgeschichte ergibt sich nur unter zirkulären, selektiv wirksamen Voraussetzungen; denn erst unter der Bedingung, daß die Wissenschaftsgeschichte dem Falsifikationismus *Lakatos*' Recht gibt, gilt er als forschungslogisches Prinzip — sie gibt ihm aber nur Recht, wenn sie unter Voraussetzung seiner forschungslogischen Geltung historisch gemodelt wird. Droht dem internalistischen Ansatz die Aporie der Zirkularität, so droht *andererseits* dem externalistischen Ansatz, den wir uns paradigmatisch an *Kuhn* vergegenwärtigen können<sup>83</sup>, die Aporie des Relativismus. Ein inhaltlich gefüllter Begriff der Rationalität wird hier völlig aufgegeben und an die „Rationalitäten“ einzelner inkommensurabler Wissenschafts„paradigmen“ delegiert, deren Aufeinanderfolge nur mehr gefaßt werden kann als atelisch naturwüchsig verlaufende Evolution von wissenschaftlichen Weltbildern. Weil die Rationalität von Theorien als von der Forscher-gemeinschaft bewußt gemachte angenommen wird, erscheint deren geschichtlicher Zusammenhang bewußtlos. *Lakatos* imponiert der Wissenschaftsgeschichte einen Rationalitätsbegriff, den Geschichte von sich aus aber nicht zugibt; *Kuhn* unterstellt ihr den Wandel von Wahrheiten und nimmt ihr damit Rationalität selber.

82 I. Lakatos: History of Science and its Rational Reconstructions. In: Buck/Cohen (eds.): Boston Studies in the Philosophy of Science VIII, Dordrecht 1971, S. 91—136.

83 T. S. Kuhn: The Structure of Scientific Revolutions, Chicago 1970.

An diesem Punkt scheint mir nun das Problem einer abbildtheoretischen Wissenschaftsauffassung genauer formulierbar. Ich will die These vertreten, daß jede *abbildtheoretische* Konzeption der Wissenschaften, die nicht entweder radikal internalistisch oder radikal externalistisch verfährt, in einen *Widerspruch mit sich selbst* gerät. Dieser Widerspruch, der in jedem Falle auf eine empfindliche Beschränkung einer Widerspiegelungstheorie der Wissenschaft hinausläuft, besteht darin, daß sie nicht gleichzeitig beide ihrer Teilthesen verwirklichen kann: denn entweder löst die Widerspiegelungstheorie ihren realistischen Anspruch ein und macht damit ernst, daß wissenschaftliche Theorien „objektive“, annähernde Widerspiegelungen der „objektiven Realität“ sind — dann freilich kann in diese „objektive“ Widerspiegelung der soziale Kontext als historische Bedingung der Theorie nicht eingehen, „Annäherung“ ist bestimmt mit Bezugnahme auf die „objektive Realität“ selbst, nicht die Erkenntnisbedingungen; oder die Widerspiegelungstheorie löst ihren materialistischen Anspruch (im nicht nur formalen Sinn der Vorgegebenheit der Materie) ein und zieht die erkenntnistheoretischen Konsequenzen aus den programmatischen Erklärungen über den Zusammenhang von Produktions- und Wissenschaftsprozess — dann aber ist Widerspiegelung nicht mehr „objektiv real“, denn in sie geht die „Materialität“ der Lebensbedingungen auf der Seite der Erkenntnisobjekte konstitutiv ein und der Terminus „Annäherung“ selbst wird aus seinem ontologischen Fundament gelöst. In der Widerspiegelungstheorie streitet ein internalistischer Anspruch, der die Entwicklungslogik von Theorien in die „objektiven Gesetzmäßigkeiten“ von Natur und Gesellschaft verlegt, mit einem externalistischen Anspruch, der in der Erfahrung dieser Gesetzmäßigkeiten die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht aussparen will. Kompromisse kann es dabei nicht geben. Freilich ist eine Zurücknahme jeweils einer Teilthese möglich. Ich will deshalb die Konsequenzen eines solchen Auswegs verdeutlichen.

Eine externalistische Konzeption der Wissenschaft, die am Abbildcharakter der Erkenntnis festhält, kann nur Wissenschaftssoziologie sein. Sie trifft die Ebene von Wissenschaft *als soziales Handlungssystem*. Ihr Problem ist es, wissenschaftliche Sozialisationsprozesse, Forschungsprioritäten, Norm- und Kontrollsysteme der Forschergemeinschaft als Erscheinungen ökonomischer und politischer Herrschaft auszuweisen<sup>84</sup>. Sie trifft damit aber nicht die Ebene von Wissenschaft *als Aussagensystem*: die innere Konsistenz von Theorien wird geregelt durch Normen des Argumentierens, des Begründens und Widerlegens von Hypothesen, der Richtigkeit von Interpretationen und der Berechtigung von Verallgemeinerungen — nicht durch die Normen aus dem Rollenset von Wissenschaftlern, kurzum: durch Regeln, die Wissenschaftler in ihrer argumentativen, nicht ihrer institutionellen Kompetenz festlegen. Wissenschaftssoziologie bezieht sich auf Wissenschaftler als sozial Handelnde, die darin Handlungs-

84 Vgl. P. Weingart (Hrsg.): *Wissenschaftssoziologie I, Wissenschaftliche Entwicklung als sozialer Prozeß*, Frankfurt/M. 1972.

normen folgen, Wissenschaftstheorie bezieht sich auf Wissenschaftler als rational Handelnde, die darin Argumentationsnormen gehorchen. Fragen einer Interdependenz beider Dimensionen, die sich auf eine Untersuchung nicht allein der Konstitution von Wissenschaft als sozialem Handeln im Kontext materieller Bedürfnisse und Interessen, sondern deren Relevanz als transzendente und regulative Voraussetzungen für die Konstitution wissenschaftlicher Rationalität bezögen, haben in einer empirisch verstandenen Wissenschaftssoziologie keinen Platz.

Gleichwohl kann man sich mit der Bedeutung einer solchen Erweiterung auch noch die Hinfälligkeit der „internalistischen“ Widerspiegelungsthese vor Augen führen. Die Beziehung zwischen Theorie und Wirklichkeit, und das gilt für die neuzeitlichen physikalischen Theorien insgesamt, ist mit der Umschreibung „annähernder Widerspiegelung“ keineswegs charakteristisch getroffen, weil damit eine zu direkte Erkenntnisbeziehung behauptet wird, die Konventionalität grundsätzlich ausschließt, wie man sich an Lenins Kritik an Helmholtz klar machen kann<sup>85</sup>.

Theorien sind in der Empirie nie völlig ausgewiesen, in ihnen bleibt ein konstitutiver „Überschuß“ an allgemeinen Sätzen, Beobachtungsstrategien, Meßanweisungen und *ceteris-paribus*-Klauseln, die den Charakter theoretischer Terme annehmen. Lakatos hat diesen antiempiristischen Impetus der modernen Wissenschaft mit dem Zusammenspiel eines „harten Theoriekerns“, „negativer“ und „positiver Heuristik“, Feyerabend mit seinem „principle of proliferation“, das in erfolgreichen Theorien das „principle of tenacity“ verdrängt, auf den Begriff zu bringen versucht<sup>86</sup>. Theorien „sitzen“ nicht empiristisch auf den Daten auf, die sie als Konzeptualschemata erst zu Ausschnitten von Realität organisieren.

Die Diskussion über Darstellung und Methode im *Kapital* schließlich weist Marxens dialektische Entwicklung ökonomischer Kategorien gegenüber der klassischen bürgerlichen Ökonomie gerade darin positivismuskritisch aus, daß die Begriffe von der Gesellschaft nicht der historischen Abfolge ihrer Gegenstände gemäß abgebildet werden, sondern daß den historischen Daten im Verfahren der *Konstruktion* erst ihre logische Entwicklung abgezwungen wird<sup>87</sup>. Wären die Erscheinungsweisen der Realität umstandslos mit ihr selbst identisch, so wäre es — gegen ein Prinzip materialistischer Wissenschaft seit Bacon — nicht nötig, wie Marx einmal anläßlich Lassalle an Engels schreibt, „durch Kritik eine Wissenschaft erst auf den Punkt zu bringen, um sie dialektisch darstellen zu können . . .“<sup>88</sup>, Erscheinungen fielen mit ihrer

85 Lenin 14, S. 230 ff.

86 I. Lakatos: Falsification and the Methodology of Scientific Research Programmes. In: Lakatos/Musgrave (eds.): *Criticism and the Growth of Knowledge*, Cambridge 1970, S. 132 ff.; P. Feyerabend: *Conversations for a Specialist*, ebd., S. 197—230.

87 H. Reichelt: Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx, Frankfurt/M. 1973, S. 133 ff.

88 Brief an Engels vom 1. 2. 1858 (MEW 29, S. 275).

Darstellung zusammen — unkritisch im wörtlichen Sinne. „Die Anerkennung der Theorie als Abbild, als annähernde Kopie der objektiven Realität“<sup>89</sup>; darin besteht Materialismus eben nicht.

Im Rahmen des Abbildprinzips kann Wissenschaft als Kritik nicht begriffen werden. Statt dessen wäre anzuknüpfen an eine Wissenschaftstheorie, die den Schematisierungscharakter von Theorien erst einmal thematisiert. Die interpretative Wirksamkeit in Theorien formulierter Erwartungen über Gesetzeszusammenhänge hat *E. Harris* an umfangreichem Material belegt<sup>90</sup>. Das Prinzip der vorgängigen Strukturierung des Erfahrungsbereichs ist einfachen Perzeptionsakten und der theorievermittelten, „kollektivierten“ Wahrnehmung gleich: *Perzeptionen* organisieren durch sinnesphysiologisch und sozial determinierte Selektion und Akzentuierung, *Theorien* durch die Latenz zum unproblematisierten Hintergrundwissen gewordener Tradition sinnhaft, was als „real“ in das Bewußtsein, als „Tatsache“ in die Datenbasis eingeht. Die „Objektivität“ von Theorien ist einerseits durch die politische und ökonomische Funktionalität ihrer Gehalte nicht vollständig einzulösen: instrumentalistische Deutungen begehen den Fehler, die Widerständigkeit „wirklich“ zuhandener Dinge und Ereignisse zu verschleiern. Theorien müssen mit den Gesetzen der Realität übereinstimmen, nicht umgekehrt: genau darin sind sie an die „Wahrheit“, nicht die „Brauchbarkeit“ von Gesetzen gebunden. „Objektivität“ ist aber andererseits durch in Tradition abgesunkene und in den Sprachen fixierte Forschungsstandards konstituiert, die kraft ihres „Überlebens“ gewissermaßen Leistungsprämien des durch sie kognitiv gesteuerten, erfolgreichen Reproduktionsprozesses der Gesellschaft sind<sup>91</sup>. Was an Theorien in einer Wissenschaft möglich ist, kann nicht unabhängig von Tradition sein; Wissenschaftstradition ist aber an das Ganze der Lebensproduktion gebunden. Um den Konstitutions- und keinesfalls Widerspiegelungscharakter solcher, vor allem in Sprachstrukturen objektivierten Leistungen zu illustrieren, kann ein Argument *Dantos* dienen, das sich auf die schematisierende Wirksamkeit sog. „past-referring-terms“ bei der narrativen Strukturierung der Geschichte bezieht<sup>92</sup>. Mit vergangenheitsbezüglichen Begriffen wie „Vater“, „Narbe“, „Schmutzleck“ stellen wir implizit mit der Referenz auf gegenwärtige Dinge auch Bezüge auf vergangene Ereignisse her (Geburt, Wunde, Verschütten einer Flüssigkeit), ohne deren Existenz unsere Rede keinen Sinn hätte. Solche Termini eines alltagssprachlichen kausalen Diskurses können in eine zeitlich neutrale Sprache der „unmittelbaren“ Erfahrung von nicht in Zeitkontinua zerlegten Ereigniszusammenhängen *nicht* übersetzt werden: obwohl zeitlich neutrale Begriffe wie „Mann“, „weißschimmerndes Zei-

89 Lenin 14, S. 265.

90 E. E. Harris: *Hypothesis and Perception. The Roots of Scientific Method*, London 1970.

91 Vgl. A. Wellmer: *Methodologie als Erkenntnistheorie*, Frankfurt/M. 1967, S. 214 ff.

92 A. C. Danto: *Analytical Philosophy of History*, Cambridge 1965, S. 71 f.

chen“, „dunkle Stelle“ sie zwar ersetzen können, ohne daß gegenständliche Referenz unmöglich wird, werden doch offensichtlich mit der Aufgabe der „vergangenheitsbezüglichen“ Sprache die Wahrnehmungsmöglichkeiten radikal eingeschränkt. Daß die gegenständliche Welt in ihrer kausalen und zeitlichen Dimension dann nicht mehr verfügbar wäre, zeigt uns, ein wie hohes Maß an Sinn wir der „objektiven Realität“ *erst beilegen*, damit sie uns „objektiv“ erscheint.

Mit Wissenschaftstradition, Sprache und Lebensweltwissen sind aber Potentiale subjektiver Zuschüsse genannt, unter denen sich auch in den Wissenschaften „objektive Realität“ als ein Bildungsprodukt konstituiert, das stärker als die individuell erfahrene Realität an die Aufgaben der kollektiven Lebensbewältigung gekoppelt ist. Die Widerspiegelungstheorie, das habe ich gezeigt, muß diesen Vermittlungsschritt aussparen. Mit dem einseitigen Festhalten daran, daß die doch selbstproduzierte Welt in Erkenntnis sich nur unter der Form präsentiert, die Realität an sich selbst hat, geht sie deshalb des Gehalts von Engels' Kritik des Kantischen Agnostizismus nicht nur verlustig, sondern verfällt ihr in einer Weise selbst, welche dialektisch die Kraftlosigkeit der schulbuchhaft-säuberlichen Trennung von Idealismus und Materialismus demonstriert. Die Widerspiegelungstheorie ersetzt zwar, die „Widerlegung des Kantschen Ding an sich durch die Industrie“ aufnehmend, Agnostizismus durch das Postulat der Erkennbarkeit der Materie, ändert sonst an der Kantschen Konstellation aber nichts. Das Problem des Verhältnisses von Wahrheit und Gewißheit (Descartes), Noumenon und Phaenomenon (Kant), Wesen und Erscheinung (Hegel) wird durch diesen Schritt postulato-  
risch erledigt; die materialistische Kritik an Kant seit Hegel<sup>93</sup>, der die undialektische Gegenüberstellung von Subjekt und Objekt rügte,

93 Den Vertretern der Widerspiegelungstheorie sei die Lektüre der Hegelschen Kantkritik noch einmal nachdrücklich empfohlen, denn in ihr sind die Argumente Engels' und Lenins, Erkenntnis derart an Handeln zu binden, daß umgekehrt erfolgreiches und gegenstandskonstitutives Handeln die Existenz einer Grenze in der Erkenntnis widerlegt, neben anderen schon vorgebildet. „Diejenige sogenannte Philosophie“, sagt Hegel in der *Rechtsphilosophie*, „welche den unmittelbaren einzelnen Dingen, den unpersönlichen, Realität im Sinne von Selbständigkeit und wahrhaftem Für- und Insichseyn zuschreibt, ebenso diejenige, welche versichert, der Geist könne die Wahrheit nicht erkennen und nicht wissen, was das Ding *an sich* ist, wird von dem Verhalten des freien Willens gegen diese Dinge unmittelbar widerlegt“ (Glockner 7, *Philosophie des Rechts*, § 44). — Im übrigen sieht Hegel im *Ding an sich* nicht etwa eine noch unbezwungene Restproblematik des Kantschen Systems, sondern weist seine Entstehung aus der Widersprüchlichkeit nach, in die sich eine voraussetzungslos beginnen wollende Philosophie verwickelt: vgl. die Einleitung zur „Logik“ (Glockner 4, *Wissenschaft der Logik I*, insbes. S. 38 ff.). — Engels und Lenin haben Hegels Kritik freilich nur halb rezipiert, indem sie an die Bedingung tätiger Weltkonstitution für Erkenntnis, nicht an seine dialektische Lösung des Anfangs in der Erkenntnistheorie anknüpfen: vgl. Engels: MEW 21, S. 276; MEW 22, S. 295—298 und Lenin 14, S. 94, 186; Lenin 38, S. 83 f., 92, 98 f.

bleibt unberücksichtigt. Das durch die subjektiven Leistungen unvermittelte Substrat „objektive Realität“, wie es *vor* sowohl als *in* aller Erkenntnis gegeben ist, wird vom materialistischen Begriff der Weltkonstitution nicht berührt, die Argumentation gegen Kant nicht verarbeitet, sondern die Kantsche Konstruktion nur objektivistisch unterlaufen, indem das Ding an sich für erkennbar erklärt, die Vermittlung von Subjekt und Objekt schon in der Transzendentalphilosophie aber unterschlagen wird<sup>94</sup>.

## V.

Das materialistische *Wahrheitskonzept*, wie es auf der Grundlage der Widerspiegelungstheorie vertreten wird, umfaßt drei Teile: in einem korrespondenz- oder adäquationstheoretischen Teil wird das ontologische Implikat „materialistischer“ Widerspiegelung nur wiederholt (daß wir die „objektive Realität“, wie sie ist, erkennen können), in einem populärpragmatischen Teil wird mit Engels ein *Praxiskriterium* für Wahrheit gegeben (daß Wahrheit Aussagen zukommt, die sich im praktischen Handeln „bewähren“), und in einem dritten Teil wird versucht, mit Hilfe der Trennung „relativer“ und „absoluter“ Wahrheit die Widersprüche zwischen korrespondenztheoretischem und pragmatistischem Ansatz zu glätten. Dieser Vermittlungsschritt scheint hauptsächlich deshalb nötig, weil die mit der Adäquationsthese eingeführte Vorstellung ungeschichtlicher „absoluter“ Wahrheit<sup>95</sup> mit den geschichtlich variablen Erfordernissen der Praxis und deren Niederschlag in praktischen Erfolgen nicht ohne weiteres zusammenstimmt. Der Adäquations- und Praxisthese liegen je verschiedene Argumentationsstrategien zugrunde. Der *Adäquationsthese* geht es darum, den Geltungsanspruch wahrer Aussagen durch den Hinweis auf die in sinnlicher und begrifflicher Gewißheit gegebene Wirklichkeit einzulösen. Die Vertreter der Abbildtheorie postulieren deshalb im Prinzip der „Erkennbarkeit der Welt“<sup>96</sup> *objektive* („Geordnetheit“, „Einheit“ der Welt) und *subjektive* Voraussetzungen (abbildhaftes Erkenntnisvermögen) wahrer Aussagen. Der *Praxisthese* dagegen geht es darum, den Geltungsanspruch wahrer Aussagen durch Hinweis auf ihren pragmatischen Sinn in erfolgreichem Handeln zu belegen. „Durch

94 Wellmer, *Methodologie*, a.a.O., S. 219, bringt diese Kritik an Popper an. Das Realismuskonzept der „kritischen Rationalisten“ und der Widerspiegelungstheorie ist sich vor allem in der Lehre von der Annäherung an die Wahrheit („verisimilitude“ vs. „annähernde Widerspiegelung“) erstaunlich ähnlich: beide wollen Wahrheit in ein komparatives Verhältnis ummünzen. Gemeinsam ist darin auch der unkritische Vorgriff auf Realität. Vgl. dazu auch H. Schnädelbach: *Über den Realismus*. In: *Zeitschrift für allgemeine Wissenschaftstheorie III* (1972), S. 88—112.

95 MEW 20, S. 81 ff.

96 *Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie*, a.a.O., Bd. 1, S. 313 ff.; vgl. auch K. Wagner, der die in der DZfPh geführte Diskussion zur dialektisch-materialistischen Wahrheitstheorie resümiert: K. W.: *Zum weltanschaulichen Gehalt des Wahrheitsbegriffs*. In: *DZfPh* 1973/1, S. 71 bis 83, hier S. 83.

die Praxis werden . . . Abbilder einer Probe unterzogen, werden die richtigen von den unrichtigen geschieden“<sup>97</sup>. Dieser Argumentation liegt die Erfahrung der experimentellen Naturwissenschaften seit Galilei zugrunde, daß unser Wissen über Naturvorgänge sich in dem Maße intersubjektiv kontrollierbar erhärtet, als wir sie im Experiment reproduzieren können. Nach Peirces berühmter „Pragmatischer Maxime“ tragen deskriptive Terme darin Bedeutung, daß wir uns im Gedankenexperiment die möglichen praktischen Erfahrungen mit dem bezeichneten Gegenstand veranschaulichen können<sup>98</sup>. Wie die in Dingartwörtern mit dem dispositionalen Schema zuhandene Dispositionalität von Gegenständen verweist sie auf den Verfügungscharakter der Erfahrung, den ja auch Engels’ „Alizarin-Beispiel“ meint. A. Schmidt hat gegen die Engels-Leninsche Verwendung des Praxiskriteriums eingewandt, mit ihm würde eine pragmatistische Reduktion des Praxisbegriffs vollzogen, weil es immer nur um eine *nachträgliche* Versicherung der Wahrheit durch Erfolg, nicht um die *Konstitution* von Wahrheit im Handeln ginge<sup>99</sup>. Dieser Einwand trifft aber deshalb nicht die Ebene von Wahrheitstheorien, weil in ihnen Probleme der *Geltung* wahrer Aussagen, nicht des Zustandekommens von Erfahrungsgegenständen das Thema sind. Nur wenn die Bedingungen der Objektivität von Erfahrung mit den Bedingungen wahrer Aussagen identisch wären, wenn wahre Aussagen den Status von Gegenständen hätten, wie sie uns in der Erfahrung gegeben sind, wäre er berechtigt. Um den objektivistischen Schein der abbildtheoretischen Wahrheitskonzeption aufzulösen, genügt es daher nicht, den transzendentalen Sinn möglicher wahrer Sätze auszuspielen, sondern geht es darum, die Einlösbarkeit der abbildtheoretischen Wahrheit zu prüfen. Eine Untersuchung des pragmatischen Sinns von Wahrheit, wie er den dialektisch-materialistischen Rechtfertigungen wahrer Aussagen zugrunde liegt, enthüllt aber, so scheint mir, zwei unvereinbare Formen der Argumentation und damit von Wahrheit<sup>100</sup>.

Mit der Adäquationsthese wird nämlich ein umfassenderer Anspruch erhoben, als mit dem Praxiskriterium erfüllt werden kann. Das liegt daran, daß sich der Verwendungsbereich von Aussagen, die

97 Lenin 14, S. 103.

98 Ch. S. Peirce: Schriften I (hrsg. v. K. O. Apel), Frankfurt/M. 1967, S. 339; vgl. auch Apels Interpretation S. 145 ff. Peirce hat sich später korrigiert: Schriften II (hrsg. v. K. O. Apel), Frankfurt/M. 1970, S. 416 ff., 433 ff.; vgl. auch Apels Interpretation S. 188 ff.

99 Schmidt, Der Begriff der Natur, a.a.O., S. 101.

100 Ich habe hierzu mehr gelernt, als durch einzelne Hinweise angedeutet werden könnte, von J. Habermas: Wahrheitstheorien. In: Festschrift für W. Schulz, Pfullingen 1973; vgl. auch die Kritik von L. Armour an korrespondenztheoretischen (S. 29—80) und pragmatistischen Wahrheitstheorien (S. 140—208) in L. A.: The Concept of Truth, Assen 1969, die allerdings Probleme der Genesis und Geltung nicht scharf trennt. Eine Kritik insbesondere des leninistischen Wahrheitskonzepts im Rahmen einer umfassenden und fruchtbaren Auseinandersetzung mit der dialektisch-materialistischen Erkenntnistheorie gibt Z. A. Jordan: Philosophy and Ideology, Dordrecht 1963, Chs. 19 ff. (vgl. insges. Teil III).

wir mit dem Prädikat „wahr“ ausstatten (nach dem Korrespondenzmodell), mit dem von Aussagen mit dem Prädikat „nützlich“ (nach dem Praxismodell) nicht deckt. Das Praxiskriterium erfordert eine Reduktion wahrer Aussagen auf Zweckdienlichkeit, das Adäquationskriterium erfordert eine Reduktion nützlicher Aussagen auf sinnliche und begriffliche Gewißheit. Wenn wir unterstellen, daß es keine wahren Aussagen geben soll, die nicht zweckdienlich sind (strenge Fassung des Praxiskriteriums), entsteht dadurch folgendes Dilemma: entweder sind *nur* zweckdienliche Aussagen wahr, und die Bedeutung von „wahr“ besteht in „nützlich“ — diese Verwendung verstößt aber gegen die Adäquationsthese, denn ihr zufolge sind viele Aussagen („dort ist ein roter Fleck“) auch in zweckfreien Kontexten wahr; oder das Praxiskriterium wird so erweitert, daß Praxis koextensiv mit Kommunikation ist und deshalb gilt, daß *alle* wahren Aussagen zweckdienlich sind — diese Verwendung löst aber das Praxiskriterium als Kriterium auf. — Aber nicht nur was den Verwendungsbereich wahrer Aussagen betrifft, sind die beiden Thesen inkompatibel, auch der Geltungssinn des Prädikats „wahr“ unterliegt im Rahmen der Praxisthese anderen Bedingungen. Daß der ontologische Anspruch der Adäquationsthese in ihr nicht gestützt wird, zeigt, welche philosophische Konstruktion die „objektive Realität“ doch ist: ob wahren Aussagen und Theorien „objektive Realität“ zukommt oder die wahrgenommene Realität und die Eigenschaften der Gegenstände diesen, wie Peirce in einem nominalistischen Gedankenexperiment vorgeführt hat<sup>101</sup>, durch unsere Manipulationen angetan werden, ist für den Erfolg praktischen Handelns belanglos. Denn der Verwendungsbereich des Prädikats „nützlich“ ist mit dem Manipulationsbereich, in dem wir Erfahrungen machen und in wahren Aussagen ausweisen, für eine Erfolgstheorie der Wahrheit identisch. Die Bewältigung der Natur löst pragmatisch die Allgemeingültigkeit von Gesetzen und die Richtigkeit von Handlungsnormen *für* eine Experimentier- und Interpretationsgemeinschaft ein, für Handelnde und nicht für außerhalb ihrer Handlungen über die „objektive Realität“ Räsionierende. Die Differenz dessen, was eine Adäquationstheorie behauptet und eine pragmatistische Theorie belegen kann, bleibt unausgewiesen. Denn während die eine *Unabhängigkeit* der Wahrheit objektiv richtiger Aussagen zwar behauptet, darüber aber nicht hinwegzutäuschen vermag, daß die Auszeichnung von Sachverhalten als Tatsachen an deren Erkenntnis gebunden ist, garantiert die andere Wahrheit immer nur in *Abhängigkeit* von den geschichtlich variablen Handlungen sozialer Gruppen und kann sie deshalb zu keinem einzelnen Zeitpunkt als „objektive, absolute, ewige Wahrheit“<sup>102</sup> auszeichnen. Das ist das *theoretische Dilemma* der beiden Wahrheitsmodelle.

101 Peirce, Schriften I, a.a.O., S. 339.

102 Lenin 14, S. 187. — Zu den Bedingungen geschichtlicher Wahrheit, d. h. der Wahrheit von Aussagen über Geschichte, etwas halbwegs Vernünftiges zu sagen, ist hier nicht Platz. Es scheint aber nicht schwer zu demonstrieren, daß Engels' Beispiel absoluter geschichtlicher Wahrheit: daß Napoleon am 5. Mai 1821 gestorben ist (MEW 20, S. 83; Lenin 14,

Eines der zahlreichen szientistischen Merkmale, das die objektivistische Marxinterpretation mit dem Neopositivismus und dessen Nachfolgern teilt, ist die Weigerung, Handlungsnormen Wahrheit zukommen zu lassen. Für die marxistisch-leninistische Wahrheitskonzeption ist „bereits von der Spezifik der zu lösenden weltanschaulichen Aufgabe her festgelegt, daß Wahrheit oder Nicht-Wahrheit nur Objektdarstellungen zukommen kann, nicht aber gedanklichen Gebilden, die unmittelbar menschliches Handeln anweisen, nicht Handlungsanweisungen“<sup>103</sup>. Handlungsanweisungen stellen nur eine Mittlerrolle dar zwischen wahren Aussagen und aus ihnen abgeleiteten und deshalb erfolgreichen Handlungen<sup>104</sup>. D. Wittich bestimmt, obwohl er sich andererseits gegenüber der Gleichsetzung von aristotelischer und dialektisch-materialistischer Wahrheitstheorie verwahrt, erfolgreiches Handeln *als Resultat* objektiver Wahrheit und nicht umgekehrt als deren Kriterium, Praxis ist bei der Bestimmung von Wahrheit nur der Index der „historisch erreichten Gesamterkenntnis“<sup>105</sup>. Der adäquationstheoretische Kern dieser Wahrheitstheorie wird von Praxis nicht berührt, weil Praxis nicht ernsthaft als Wahrheitskriterium behauptet wird. Ist nach einer Seite hin die Adäquationsthese: „daß jede wahre Objektdarstellung Abbild eines objektiv real existierenden oder von der objektiven Realität abhängig existierenden Gegenstandes ist“<sup>106</sup>, gegenüber der Praxisthese hervorgehoben, werden nach der anderen Seite hin doch starke Aussagen gemacht, die suggerieren sollen, was für die Praxis nützlich und was wahr sei, falle umstandslos zusammen<sup>107</sup>. Diese Unterstellung *oder* ein naturalistischer Kurzschluß vom Sein aufs Sollen ist aber nötig, wenn einerseits — konsequent korrespondenztheoretisch — Handlungsnormen Wahrheit nicht zukommen darf, weil ihnen nichts

S. 126 f.), den Charakter historischer Erfahrung vollkommen verfehlt, weil es einen Beobachterstandpunkt einführt, wo wir der Geschichte gegenüber immer nur einen Erzählerstandpunkt einnehmen können. Wie *Danto* anhand der Fiktion eines „idealen Chronisten“ und der Untersuchung „narrativer Sätze“ historischer Sprache nachgewiesen hat, entspringt der temporalen Struktur unseres Verhältnisses zu vergangenen historischen Ereignissen der *logische Zwang*, „Geschichte“ als zeitfixierte und interessegeleitete Erzählung erst zu organisieren. Eine subjektunabhängige Erfahrung der Geschichte kann es aber nicht geben, wenn Geschichte als Sinnzusammenhang in selektiven Beschreibungen und homogenen Verknüpfungen historischer Fakten in Abhängigkeit vom gegenwärtigen Wissen je erst konstituiert wird. *Danto*, *Analytical Philosophy*, a.a.O., S. 148 f. Vgl. auch H. M. Baumgartner: *Kontinuität und Geschichte*. Zur Kritik und Metakritik der historischen Vernunft, Frankfurt/M. 1972, S. 269 ff.

103 D. Wittich: Die Allgemeingültigkeit des marxistisch-leninistischen Begriffs „objektive Wahrheit“. In: *DZfPh* 1971, S. 941—963, hier S. 941 f.

104 Ebd., S. 943.

105 Ebd., S. 944.

106 Ebd.

107 Ebd., S. 943. — Die Widerspiegelungstheorie legt die Rationalität, die wir in der praktischen Welterkenntnis erst herstellen, der Realität selber zu.

Existierendes korrespondiert, andererseits Handlungsanweisungen nicht nach empiristischem Muster irrational für unbegründbar erklärt, sondern mit der historischen Situation gerechtem Geltungsanspruch sollen behauptet werden können. Handlungsnormen dürfen nicht wahrheitsfähig, aber auch nicht irrational, sie müssen begründbar, aber ohne Erkenntnisgrund, nur Entscheidungen sein. Das ist das *praktische Dilemma* der zwei Wahrheitsmodelle. Der Widerspruch zwischen realistischem und materialistischem Anspruch, den wir in der Behandlung der Wissenschaften zugrunde liegen sahen, wiederholt sich hier.

Er wiederholt sich deshalb, weil sich in der dialektisch-materialistischen Widerspiegelungstheorie die ontologische Voraussetzung des Abbildprinzips immer wieder durchsetzt: die These, Realität sei in der Wahrnehmung als *an sich* gegeben. Im Bereich der Adäquationstheorie bedeutet das die Verwechslung von Tatsachen und Erfahrungsgegenständen. Wie Strawson und andere klar gemacht haben<sup>108</sup>, wird Wahrheit nicht Dingen und Ereignissen, sondern Aussagen zugesprochen, weil „wahr“ ein Prädikat unserer Wahrnehmungsurteile, nicht unserer Wahrnehmung ist. Tatsachen werden nicht wahrgenommen, sondern behauptet; Gegenstände dagegen werden wahrgenommen und nicht behauptet. Wahrheit besteht nicht in der zweifelsfreien Adäquation zwischen Aussagen und Tatsachen, sondern bestehende Sachverhalte werden in wahren Aussagen als Tatsachen behauptet. Die „objektive Realität“ ist nicht in Tatsachen gleichermaßen gequantelt, sondern wir stellen Tatsachenbehauptungen über sie auf, mit guten oder schlechten Gründen. Nur „objektive Realität“ kann zum Gegenstand wahrer Aussagen werden, und die Wahrheit von Aussagen ist davon nicht abzuheben, ob sie die Realität „treffen“ oder nicht — aber Realität ist nicht *vor* wahren Aussagen immer schon kognitiv gegeben, sondern wird mit wahren Aussagen (mit Geltungsanspruch) *erst* behauptet. Nicht daß Aussagen wahr sind, weil sie die Realität darstellen, ist das Problem, sondern wann wir Aussagen intersubjektiv für wahr halten dürfen, also annehmen können, sie stellten Realität dar. Wenn es nämlich stimmt, daß Erfahrung durch Sprache und Handeln *konstituiert* ist, kann auch der *Geltungssinn* wahrer Tatbestände nicht unmittelbar, sondern nur in Sprache und Handeln gegeben sein. Wie „objektive Realität“ in der Wahrnehmung nicht unabhängig gegeben ist, kann auch ihr Bestand in Wahrnehmungsurteilen nicht unabhängig behauptet werden<sup>109</sup>. Jeder solche Versuch unterstellt mit Wahrheit eine ontologische Beziehung, die gleichsam seitlich eingesehen werden könnte: als könnte man unabhängig von Urteilen noch einmal mit Gewißheit „sehen“, worauf sich diese Urteile beziehen. Das kann aber bei Drohung eines Regresses sich begründen-

108 P. F. Strawson: Truth. In: P. F. Strawson: Logico-Linguistic Papers, Oxford 1971, S. 190—213; ders.: Individuals, London 1959, Ch. 6; Armour, a.a.O., S. 47 ff.; P. Herbst: The Nature of Fact. In: A. Flew (ed.): Essays in Conceptual Analysis, a.a.O., S. 134—156; Habermas, Wahrheitstheorien, a.a.O.

109 Wie K. Wagner, a.a.O., S. 77 meint.

der Wahrheitsurteile nicht möglich sein. Weil Evidenz intersubjektiv zwingend nicht gemacht werden kann, können Behauptungen über die Wirklichkeit auch nicht einfach durch einen sprachlosen Hinweis auf Ausschnitte dieser Wirklichkeit belegt werden. Wahre Aussagen sind, wie Habermas es formuliert<sup>110</sup>, in Wahrnehmungen zwar „fundiert“, durch Argumentationen aber erst begründbar. Auch eine materialistische Wahrheitstheorie erhält dann aber einen anderen Sinn: objektive Wahrheit ist nicht materialistisch darin, daß eine vorgegebene subjektlose Materie *auch* in wahren Aussagen erscheint, sondern daß diese subjektlose Materie *für uns nur* durch das Medium von Sprache und Handeln, Argumentation und Kommunikation hindurch gegeben ist; und dieses sprachliche Medium selbst ist nicht wiederum objektivistisch als Abbild von Gesetzen, sondern historisch durch die gesellschaftliche Form bestimmt. Der Begriff der Wahrheit kann deshalb nicht in einer Theorie entwickelt werden, die Wahrheit als ontologischen Bestand voraussetzt, sondern nur in einer Theorie, die sich dem Begründungsanspruch wahrer Aussagen dort stellt, wo er für uns nicht nur in einem Erkenntnis-, sondern Lebensinteresse wichtig wird: im Medium von Sprache, Handeln und Praxis.

## VI.

Ich glaube damit begründet zu haben, daß das Abbildprinzip — unabhängig von nachträglichen Modifikationen — als Grundbestimmung des Subjekt-Objekt-Verhältnisses in eine mit Recht sich materialistisch nennende Erkenntnistheorie *nicht* eingeführt werden kann. Nicht nur läßt sich mit seiner Hilfe keine genetische Ableitung der kognitiven und kommunikativen Wirksamkeit sozialer Symbole im Zusammenhang von Arbeit und Handeln gewinnen; nicht nur läßt sich mit ihm keine Trennschärfe zwischen Phänomenen der Wahrheit und Ideologie erzielen; nicht nur erlaubt es keine differenzierte Betrachtung wissenschaftlicher Erkenntnis, weil das Spezifische der Objektbereiche von Natur und Gesellschaft gerade in deren unterschiedlicher symbolischer Konstitution liegt; sondern insbesondere scheint aus ihm ein charakteristischer *Widerspruch* zu folgen (Realismus- vs. Materialismusthese). Meine Vermutung geht dahin, daß dieser nur aus der historischen Verflechtung von Theorietraditionen und politischen Motiven zureichend erhellbare Zwiespalt der Widerspiegelungstheorie dem oft scholastisch genannten Zug der Argumentationsweise ihrer Vertreter zugrunde liegt. Wenn Objektivität gewährleistet ist einerseits immer nur im Rückgang auf das unabhängig von Erkenntnis Gegebene selbst, da die Konstitution durch subjektive Bedingungen verboten ist, andererseits gesellschaftliche Praxis bei der Zusammensetzung von Erkenntnis nicht eingestandenermaßen belanglos werden darf, ist eine Argumentation nötig, die den Realismus der Erkenntnis *zugleich* nicht-realistisch unter Einschluß von Praxis rechtfertigt; woraus umgekehrt unmittelbar die Tendenz zu den naturdeterministisch bereinigten Praxisproblemen sich herleitet. Auf diese Doppel-

beanspruchung reagieren die redlichen Vertreter der Widerspiegelungstheorie im Unterschied zu Buridans Esel damit, daß sie bald von einem Heubüschel, bald vom andern zu sich nehmen; entscheiden können sie sich freilich auch nicht. Wenn es trotz des „Primats der Materie“ gegen den Objektivismus schicksalshafter Gesetze gehen soll, wenn die Dialektik der Natur die Natur der Dialektik sein und zugleich durch den Arbeitsprozeß in Erkenntnis einrücken soll, wenn die Widerspiegelung der Realität die Realität der Widerspiegelung sein muß, aber keine Art von Isomorphie mehr herrschen darf<sup>111</sup>, hält es schwer, solche kontrastreichen Ansprüche auch in ein sich dialektisch nennendes Konzept noch einzuarbeiten. Solcherart überfordert, ist die Neigung zu dialektisch nicht mehr umwälzbaren, schlicht inkonsistenten Bestimmungen verständlich: „Die Widerspiegelung produziert also: nicht identische Abbilder, sondern qualitativ Neues“<sup>112</sup>. Es kann aber im günstigsten Falle nur theoretisch fruchtlos, im schlimmsten dagegen politisch gefährlich sein, mit dem Titel einer Theorie an Ansprüchen festzuhalten, deren Gehalt durch sie nicht mehr legitimiert werden kann. Sich dem Schein zu stellen, den sie selber erzeugt, könnte der Widerspiegelungstheorie helfen, die Natur des Scheins, zu dessen Bekämpfung sie auszog, allererst zu begreifen. Nur wenn sie sich von ihren selbstauferlegten Fesseln befreit, hat sie die Chance, zugleich Einsicht in deren objektiven Charakter zu gewinnen.

### **Exkurs: Skizze über die erfahrungskonstitutive Funktion von Dispositionsprädikaten**

Zum Zwecke einer genaueren Untersuchung der durch Arbeit geformten und als geformter mittels Sprache in ihren Naturgesetzen fixierten Natur möchte ich ausgehen von zwei eher beiläufigen, ihrem Gehalt nach aber sehr gewichtigen Aussagen Marx', die betonen, daß die Gesetzlichkeit der Natur letztlich nicht zu unterlaufen ist, sondern „was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die *Form*, worin jene Gesetze sich durchsetzen“<sup>113</sup>; daß der Mensch in seiner Produktion nur so verfahren kann, „wie die Natur selbst, d. h. nur die *Formen der Stoffe* ändern“<sup>114</sup>. Wenn Arbeit nicht nur eine Kategorie instrumentellen Handelns, sondern eine Erkenntniskategorie ist, erfahren wir Natur immer nur in den Formen, *wie* sie instrumentelle Eingriffe im Manipulationsbereich bloßlegen. Wie wir die Formen der Stoffe erfahren, sind sie von uns manipulierte Formen; wie sie als je schon manipulierte sind (für uns), sind sie es aber nach eigenen Gesetzen (an sich). Natur ist für uns das, wozu wir Natur mit Natur machen können — darin ist Natur gemacht und nicht gemacht, sind die Formen der Stoffe hergestellte und natürliche Formen.

111 Sandkühler, a.a.O., S. 983, 981, 995.

112 Ebd., S. 997.

113 Brief an Kugelmann vom 11. 7. 1868 (MEW 32, S. 553).

114 MEW 23, S. 57 (Hervorhebung von mir).

Der von Marx gebrauchte aristotelische Begriff der *Form* ist im Rahmen der analytischen Philosophie, durchaus in seinem durch Bacon pragmatistisch gefärbten Sinne, mit dem Begriff der *Disposition*, dem linguistischen Ansatz gemäß genauer, den *Dispositionsprädikaten* einer empiristischen Objektsprache paraphrasierbar. Die Bemerkungen, die ich hier zum Problem der Dispositionsprädikate deshalb machen möchte, weil sich an ihnen die durch sprachliche Elemente vermittelte Konstitution von Naturgesetzen zeigen läßt, sind dem Problemkreis der Präzisierung eines Begriffs der Naturgesetzlichkeit, der irrealen Konditionalsätze, der materialen Implikation und des HO-Modells der Erklärung entnommen<sup>115</sup>. W. Sellars hat in einer ausführlichen Analyse dazu<sup>116</sup> in Anknüpfung an das sog. „Goodman-Paradoxon“ zu klären versucht, wie wir dazu kommen, Generalisierungen über das Verhalten von Dingen (wie Salz, Wasser, Streichholz usw.) in praktischen Kontexten treffen zu können. Sellars' Kritik an Goodman ist in unserem Zusammenhang insofern interessant, als sie nachweist, daß dessen logisches Paradoxon nur deshalb entsteht, weil in einer formallogischen Rekonstruktion der Beziehung von kausalen Generalisierungen (Gesetzesaussagen vom Typ „jedesmal wenn ... dann ...“) und irrealen Konditionalsätzen (kontrafaktischen Aussagen vom Typ „wenn X ... wäre/hätte, dann wäre/hätte X ...“) vom instrumentalen Charakter dieses Gesetzeszusammenhangs, wie er *in der Alltagssprache präsent ist*, abstrahiert wird. Kausale Generalisierungen in der Alltagssprache sind nämlich unmittelbar an die *objektive* Strukturierung kausaler Ereignisse in die Elemente „empirische Bedingungen“, „instrumentaler Akt“ und „Resultat“ geknüpft, während die logische Rekonstruktion eine Folgebeziehung zwischen *Aussagen*, nicht *Ereignissen* herstellt. Der referentielle Gehalt scheint in logischen Aussagen getilgt. Deshalb können sie kausale Konnexen nicht einfangen, sondern nur logische Beziehungen formulieren.

Die Begriffe, mit denen solche kausalen Konnexen benannt sind, sind aber gerade Dispositionsprädikate. Dispositionen sind die Eigenschaften von Stoffen, die sich nur als Reaktionen auf instrumentale Handlungen unter bestimmten Bedingungen wahrnehmen lassen („zerbrechlich“, „wasserlöslich“, „brennbar“ im Unterschied zu „rot“, „alt“, „wolkig“). Es läge deshalb nahe — und durchaus im Sinne einer instrumentalistischen Erkenntnistheorie —, die Fähigkeit des

115 Vgl. W. Stegmüller: Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie, Bd. I, Berlin/West-Heidelberg-New York 1969, Kap. V.

116 W. Sellars: Counterfactuals, Dispositions, and the Causal Modalities. In: Minnesota Studies in the Philosophy of Science II (Hrsgg. v. H. Feigl, M. Scriven, G. Maxwell), Minneapolis 1953; auf die Bedeutsamkeit der von Sellars u. a. exponierten Probleme als *Konstitutionsprobleme* hat hingewiesen: A. Wellmer: Erklärung und Kausalität, Habilarbeit, Frankfurt/M. 1970; und ders.: Zur Logik der Erklärung. In: L. Landgrebe (Hrsg.): Philosophie und Wissenschaft (IX. Deutscher Kongreß für Philosophie), Meisenheim 1972, S. 592—618.

Gebrauchs von Dispositionsbegriffen unmittelbar auf die gegenständliche Manipulation zurückzuführen und Wahrnehmung auf Arbeit zu reduzieren. Damit vollzögen wir aber aus mehreren Gründen einen naturalistischen Kurzschluß. Sellars' linguistische Analyse der „Logik“ von Dispositionstermen zeigt deutlich, daß die Bedingungen der Möglichkeit des Gebrauchs von Dispositionstermini oder des Führens eines „kausalen Diskurses“ nicht in der praktischen Erfahrung mit einer jeweils notwendig endlichen Zahl von Exemplaren *eines Stoffes allein* liegen können. Denn Dispositionsbegriffe implizieren einmal eine *kausale* Generalisierung: sie beziehen sich auf die reale Aufeinanderfolge wahrnehmbarer Ereignisse *als Zusammenhang* (Salz löst sich in Wasser); sie implizieren zweitens eine *substantielle* Generalisierung: sie beziehen sich auf die Gegenstände der prädierten Eigenschaften *als identische* (Salz „überhaupt“ — nicht dieses Salz an diesem Ort und zu dieser Zeit — löst sich in Wasser). Dispositionsbegriffe schreiben die im *dispositionalen Schema* („wenn wir mit X unter den Bedingungen B U tun, reagiert es auf die Weise V“) gefaßten Eigenschaften nicht den wahrgenommenen Stoffen, sondern in der Wahrnehmung *identischen Dingarten* zu; und das X im dispositionalen Schema ist kein Begriff für ein Ding, sondern für eine Dingart. Dinge sind zeitlich begrenzt, Dingarten keineswegs. Deshalb liegt es nahe, *Dingart-Wörtern* (wie z. B. „Salz“) eine konstitutive Funktion in bezug auf die Substanz der in Wahrnehmung gegebenen Dingen zuzuschreiben: sie ermöglichen, daß wir zwischen Dingen und ihren Eigenschaften überhaupt unterscheiden können. Der Gebrauch von Dingart-Wörtern kann aber nicht induktivistisch auf Beobachtungen des Verhaltens aller Dinge (unter variablen Bedingungen), die wir mit ihnen benennen, zurückgeführt werden; denn dann könnten wir mit Dingen keine neuen Erfahrungen machen. Dingart-Wörter organisieren unser empirisches Wissen über Dinge so, daß wir der Erfahrung mit ihnen prinzipiell offen stehen, sie unter wechselnder Erfahrung als Exemplare einer Dingart aber nicht verlieren. Damit ist angesprochen, daß sich die Dinge in unserer Erfahrung ändern, wir gleichwohl aber diese nicht-identische, möglicherweise widersprüchliche Erfahrung an identischen Dingen machen.

Wenn unsere Erfahrung mit Dingen mit der Erfahrung von Ding-Eigenschaften nicht zusammenfällt, kann freilich auch nicht der Gebrauch von Dingart-Wörtern mit dem Gebrauch von dispositionalen Schemata, in denen kausale Eigenschaften formuliert sind, gleich sein. Sellars nennt deshalb die Verbindung von Dingart-Wörtern mit dem dispositionalen Schema *regulativ*. Man könnte auch sagen, dispositionale Schemata sind mit unserem Gebrauch von Dingart-Wörtern als einem Ausdruck der Erfahrung mit Dingen impliziert, in dieser Erfahrung aber selbst noch auf den Gebrauch der Dingart-Wörter systematisch rückbezogen. Das Verhältnis des Dingart-Worts zu dem mit ihm implizierten dispositionalen Schema ist eine allgemeine semantische Struktur, deren Erforschung den normativen Zusammenhang zwischen *sprachlichem Handeln* (wie wir von Dingart-Wörtern Gebrauch machen *müssen*, um Exemplare einer Dingart Gesprächs-

partnern gegenüber identifizieren und reidentifizieren zu können) und *experimentellem* und *instrumentellem* Handeln (wie wir mit und an Gegenständen handeln *müssen*, um bestimmte Zwecke erreichen zu können) aufdeckt, der zugleich ein Konstitutionszusammenhang ist. In die Semantik von Dingart-Wörtern gehen von einer Seite die Normen sprachlichen Handelns ein, die sie als Wörter unserer Kommunikation auszeichnen, von einer anderen Seite dagegen Normen des praktischen Hantierens, die sie als Ergebnisse gegenständlicher Erfahrung instrumenteller Art geprägt haben. Deshalb ist der Gebrauch von Dingart-Wörtern nicht nur Ergebnis einer Erfahrungsgeschichte (der Geschichte von Arbeit), sondern zugleich Bedingung der Möglichkeit der systematischen Erweiterung unseres Erfahrungs- und Manipulationsbereichs.

Wir sehen: wenn wir hinter die Voraussetzungen unserer Erfahrung der „Formen der Stoffe“ zurückfragen, stoßen wir auf die transzendente Leistung eines bestimmten Sprachgebrauchs vor, unter dem die im Interesse der Lebensproduktion vorgenommene experimentelle Manipulation von Naturdingen immer schon steht, auch wenn im evolutionären Maßstab Sprache selbst nur das naturgeschichtliche Produkt einer gelungenen Adaption an die natürliche Umwelt durch Arbeit ist. Das Verhältnis von Arbeit und Erkenntnis ist wie auf Erkenntnis auch auf Arbeit einseitig nicht reduzierbar. Sprachliche Sedimente von Arbeits- und Erkenntnisprozessen halten die Lebensproduktion überhaupt in Gang.

Bis zu dieser Stelle machen diese Überlegungen immerhin schon deutlich, welche irreführende Konnotation der Terminus „Widerspiegelung“ mit sich führt, um ein durch Arbeit geprägtes Erkenntnisverhältnis zu Natur zu bezeichnen, auch wenn in der Sache der apriorisch-konstitutive Charakter von sensorischer und Symbolausstattung für *jeden einzelnen Erkenntnisakt* durchaus zugestanden wird<sup>117</sup>. Die Erfahrung der praktischen, nach Gesetzen zuhandenen Welt, ob es sich um lebensweltliche Erfahrung (Entzünden eines Streichholzes) oder wissenschaftliche Erfahrung (atomare Kernverschmelzung) handelt, ist in Arbeit zwar fundiert, durch Symbole als reproduzierbare aber erst stabilisiert. Die Dispositionen der Erfahrungsobjekte sind durch Operationen zwar hergestellt, durch die transzendente Wirksamkeit von Symbolen aber erst beliebig verfügbar abgestellt. Weil die Dispositionalität der ins Lebensdienliche umgearbeiteten Natur in unserer Erfahrung an einem Gerüst von Symbolsystemen gleichsam aufgehängt, nicht auf instrumentelle Akte reduzierbar ist, ist eine wie immer konzipierte „einfache“ Abbildung der Natur im Bewußtsein nicht möglich. Kausalität und Gesetzmäßigkeit

117 Vgl. A. Kosing: Karl Marx und die Entwicklung der Erkenntnistheorie. In: Akten des XIV. Internationalen Kongresses für Philosophie, Wien 1972, Bd. 3, S. 357—363. Kosing formuliert eine auf Marx sich stützende Erkenntnistheorie, die zwar mit Widerspiegelung nichts mehr zu tun hat, so aber noch soll heißen dürfen, weil Marx ihr, die er doch gar nicht kannte, diese Gestalt gegeben habe (S. 361).

haben zwar ihr Fundament in einem vor aller menschlichen Arbeit gegebenen Natursubstrat, aber wie sie *für uns* erscheinen, ist durch einen zweifachen subjektiven Zuschuß bestimmt: *einmal* durch die im dispositionalen Schema angegebenen Operationen — sie repräsentieren auf einer experimentellen Ebene die durch gesellschaftliche Arbeit kollektiven Eingriffe in Natur; *zum ändern* durch die mit Dispositionsbegriffen und Dingart-Wörtern vorgenommene kausale und substantielle Schematisierung — sie repräsentieren auf sprachanalytische Weise die durch natürliche Sprachen (oder umgangssprachlich interpretierte Formalsprachen) geleistete „Objektivität“ von Gesetzen.

Im Vergleich dazu stellen sich Lenins Bemerkungen über „Kausalität und Notwendigkeit in der Natur“<sup>118</sup> das Problem der Objektivität von Naturgesetzen *für uns* nicht ernsthaft: Naturgesetze sind die Bewegungsformen der Materie. In der Begründung, warum wir sie, wenngleich nur annähernd widerspiegeln können, bezieht sich Lenin auf Engels' Einheit von Mensch und Natur, wonach auch das menschliche Gehirn und deshalb die Denkprodukte Teil der Natur seien<sup>119</sup>. Darin wird aber gerade das dialektische Verhältnis von Mensch und Natur einseitig abgespannt und zum Evolutionsvorgang objektiviert, in dem die Natur den Menschen, nicht auch der Mensch die Natur hervorbringt. Wie oft geht mit dem Eifer, den Materialismus gegen die Konstitutivität des Verstandes zu verteidigen, auch die Konstitutivität der Arbeit über Bord.

118 Lenin 14, S. 149—165.

119 Ebd., S. 151. — Ähnlich noch der Lukács der „Ontologie des gesellschaftlichen Seins“ (s. das gesondert veröffentlichte Kapitel „Die Arbeit“, Neuwied 1973): Kausalität scheint ein realer Zusammenhang von Ereignissen, der zunächst erkenntnisunabhängig besteht und erst sekundär über zweckrationale Teleologisierung zu „nützlichen“ Kausalketten umgeformt wird. Die in der Geschichte der Arbeit zunehmende Überwucherung der Naturkausalität durch Teleologisierung ist dann wiederum nur einer evolutionistischen Antwort offen: eben der gelungenen Anpassung der Arbeitenden an die Mechanismen der Natur.

Friedrich Tomberg

## Über den praktischen Sinn des Widerspiegelungs-Theorems

Obgleich uns keine bewußte Erinnerung an unsere Geburt geblieben ist, halten wir gewöhnlichen Erdenbürger es doch für ausgemacht, daß wir nicht schon seit Ewigkeit existieren, sondern daß jeder von uns irgendwann einmal — wie man so sagt — auf die Welt gekommen ist. Wir unterstellen als selbstverständlich, daß die Welt lange vorher, wenn nicht sogar seit je schon, vorhanden war. Wer mit dem Akt der Geburt in sie eintritt, nimmt sie zugleich auch zur Kenntnis, anders könnte er gar nicht existieren. Die Umgangssprache drückt diesen Zusammenhang aus, indem sie von einem, der auf die Welt kam, sagt, er habe das Licht der Welt erblickt. Damit ist auf die Augen als den vornehmlichen Wahrnehmungssinn des Menschen angespielt. Doch auch für den Blindgeborenen gilt, daß er vermöge seiner anderen Sinne und seiner intellektuellen Fähigkeiten zu einer Art Anschauung der Welt, die zu seinen praktischen Zwecken ausreicht, gelangen muß, wenn er am Leben bleiben soll.

Daß die Welt, die wir vor Augen haben, eine uns überdauernde objektive und von uns als eine solche wahrgenommene Realität ist, in der wir für die Jahre unseres Lebens einen Platz unter vielen einnehmen, ist die unausgesprochene und meist unbewußte Überzeugung der Milliarden menschlicher Individuen, die über diese Erde gegangen sind und noch gehen. Der tägliche, zur Erhaltung des Lebens notwendige Umgang mit den Dingen läßt gar keine andere Auffassung zu.

Und doch könnten wir hier einer universalen Täuschung unterliegen. Denkbar jedenfalls wäre es, daß diese unendliche Welt, über die ich eben jetzt schreibe oder vielmehr zu schreiben meine, nur in meinem Bewußtsein existiert. Vielleicht gibt es auf der ganzen Welt nur mich allein, und die Welt ist bloß — wie der Philosoph Schopenhauer sich ausdrückt — meine Vorstellung. Möglich auch, daß dieses Ich, als das ich mich weiß, ein wenig mehr bedeutet als eine isolierte Individualität. Mein Bewußtsein könnte durchaus Teil einer übergreifenden Realität sein, es wäre dies immer doch eine Realität von der Art meines Bewußtseins, also ein geistiges Sein. Die Eigentümlichkeit des Geistes ist es, wie ich aus meinem eigenen Selbstbewußtsein weiß, zugleich er selbst und sein Gegenstand sein zu können, und so ließe sich die materielle Welt, in der ich mir, wenn ich mich meinem naiven Eindruck überlasse, nur die Bedeutung einer vorübergehenden Winzigkeit zusprechen darf, zu einem untergeordneten Moment herab-

gesetzt denken, nämlich zu einem bloßen Phänomen meines Bewußtseins oder wenigstens zu einem Produkt irgendeines Weltgeistes, dem ich mich ganz und gar zugehörig weiß.

So verwunderlich die Neigung, mit der Welterfahrung auf diese Weise fertig zu werden, auch sein mag, bestärkt wird sie jedenfalls durch die Lehren einer Vielzahl bedeutender Philosophen. Sie alle haben, als sie sich ihre Theorien entwarfen, nicht an mich persönlich gedacht, in meinen Augen aber scheint ihre denkerische Bemühung nur auf mich bezogen zu sein — auf mich und allenfalls noch auf meinesgleichen. Aus einem beliebigen Staubkörnchen im unendlichen Weltall fühle ich mich zu einer unendlichen Potenz erhoben, der die Welt nur als eine von vielen möglichen Arten gilt, Vorstellungen über sich selbst zu haben. Ich bin dieser Philosophie zufolge nicht in eine Realität hineingeboren worden, die an sich schon da war und die ich zu erblicken genötigt bin, wie sie nun einmal ist, ob mir dies behagt oder nicht, sondern ich bin, der ich bin, und die Welt ist deshalb so, wie sie ist, weil ich sie mir so gebildet habe — ich oder irgendein Weltgeist oder irgendein Gott, das macht keinen erheblichen Unterschied, da ich mich mit jenem höheren geistigen Sein ja einig weiß.

Freilich läßt sich auch diese, in der Philosophiegeschichte als *Idealismus* bezeichnete Weltauffassung nicht beweisen, auch sie könnte auf Selbsttäuschung beruhen. Daher fragt es sich, warum die genannten Philosophen überhaupt zu ihr übergegangen sind, da doch die naive Überzeugung von der objektiven, unserer sinnlichen Wahrnehmung vorgegebenen Existenz einer materiellen Welt in der Praxis des täglichen Lebens ohnehin nicht aufhebbar ist.

Johann Gottlieb *Fichte*, einer der entschiedensten Vertreter des Idealismus, gibt auf diese Frage eine wünschenswert deutliche Antwort: Er anerkennt, daß die beiden einander entgegenstehenden philosophischen Grundauffassungen über die Realität keiner direkten Widerlegung fähig sind, da ihr Streit ein Streit über das erste, nicht weiter abzuleitende Prinzip sei<sup>1</sup>. Es können daher nur praktische Gründe sein, die den Ausschlag geben. Was für eine Philosophie man wähle, hänge, behauptet Fichte, davon ab, was für ein Mensch man sei<sup>2</sup>. Der Charakter eines Menschen äußere sich darin, in welchem Maße er entschlossen sei, seine Interessen zu verfolgen.

Welcher Art sind diese Interessen? „Das höchste Interesse und der Grund allen übrigen Interesses“, antwortet Fichte, „ist das für uns selbst“<sup>3</sup>. Wir sind selbst der Zweck unseres Handelns, es ist unsere Bestimmung, uns selbst bestimmen zu sollen. Wo wir uns von etwas Fremdem bestimmen lassen, geraten wir in Gegensatz zu uns selbst<sup>4</sup>.

1 Erste Einleitung in die Wissenschaftslehre, in: Fichtes Werke, hrsg. v. I. H. Fichte, Berlin/West 1971, Bd. I, S. 429 (Zitate in moderner Rechtschreibung).

2 A.a.O., S. 434.

3 A.a.O., S. 433.

4 Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten, Werke Bd. VI, S. 297.

Mit uns selbst einig zu sein, gelingt uns jedoch nur dann, wenn wir uns mit allen anderen Menschen vereinigen, um als „Eine, große, freie, moralische Gemeine“<sup>5</sup> auch die äußere Natur derart zu modifizieren, daß sie mit unserem wesentlichen Sein übereinstimmt<sup>6</sup>. Selbstbestimmung ist demnach nur als gesellschaftliche Selbstbestimmung freier, nicht mehr durch Privatzwecke getrennter Menschen möglich.

Aus der Erfahrung seines täglichen Lebens drängte sich Fichte jedoch die Einsicht auf, daß unter den Bedingungen der privaten Warenproduktion die erforderte gesellschaftliche Gemeinsamkeit nicht herstellbar ist. Indem er nicht vermochte, seine Gesellschaftskonzeption von den Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft abzulösen, hätte dieser Philosoph, dessen ganzes Bemühen dem Gedanken der Freiheit gewidmet war, eingestehen müssen, daß es dem Menschen auf ewig verwehrt sei, gemäß seiner Bestimmung zu leben. Den einzig noch möglichen Ausweg bot, wie es schien, der Idealismus. Wir seien, erklärt Fichte, vor die Frage gestellt, ob wir das Ich oder die materielle Realität als selbständig ansehen wollen<sup>7</sup>. Beides zugleich anzunehmen, sei nicht möglich. „Nur eines kann das Erste, Anfangende, Unabhängige sein: das, welches das zweite ist, wird notwendig dadurch, daß es das zweite ist, abhängig von dem ersten, mit welchem es verbunden werden soll“<sup>8</sup>. Wem nicht an seiner Freiheit gelegen ist, wer sich mit der Vorstellung seiner eigenen, unaufhebbaren Abhängigkeit abzufinden vermag, der wird nichts dabei finden, die Realität der Dinge anzuerkennen und sich als deren Produkt zu verstehen<sup>9</sup>. Die Vertreter dieser Auffassung nennt Fichte Dogmatiker, in letzter Konsequenz seien sie immer *Materialisten*<sup>10</sup>.

Demgegenüber hat sich der Idealist zur Selbständigkeit des Ich bekannt und folglich zur Leugnung einer äußeren, materiellen Welt. „Es ist überall Nichts, wenn nur die Materie Etwas sein soll . . .“<sup>11</sup>. Also kann, was uns als Materie erscheint, nur als Produkt des Ich aufgefaßt werden. Dieses Ich selbst ist daher auch nichts Materielles, sondern ein Geistiges. „Die Grundlage des Universums“, sagt Fichte, „ist nicht Ungeist, Widergeist, dessen Verbindung mit dem Geiste sie nie begreifen ließe, sondern selbst Geist. Kein Tod, keine leblose Materie, sondern überall Leben, Geist, Intelligenz: ein Geisterreich, durchaus nichts anderes“<sup>12</sup>. Was die äußere Welt verwehrt, im Selbstbewußtsein des Ich ist es wirklich. Wo der Mensch nur bei sich selbst ist und damit zugleich in Einheit mit jenem göttlichen Geiste, der ihn

5 Die Bestimmung des Menschen, Werke Bd. II, S. 306.

6 Einige Vorlesungen . . . , a.a.O., S. 298.

7 Erste Einleitung . . . , a.a.O., S. 432.

8 Ebd.

9 A.a.O., S. 433 f.

10 A.a.O., S. 431.

11 Bestimmung des Menschen, a.a.O., S. 303.

12 Zitiert nach Manfred Buhr/Gerd Irrlitz, Der Anspruch der Vernunft, Berlin/DDR 1968, S. 132.

erfüllt und von dem er nur eine Inkarnation darstellt, da ist Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung.

Nicht zwingende Logik treibt hier nach Fichtes eigenem Eingeständnis in den Idealismus, sondern der von der Wirklichkeit zurückgestoßene Wille zur gesellschaftlichen Selbstbestimmung. Beschränkt sich diese praktische Motivation auf den besonderen Fall Fichte oder kann sie uns generell zur Erklärung des merkwürdigen Phänomens der idealistischen Philosophie dienen?

Die Geschichte der europäischen Philosophie kennt zwei große Epochen des Idealismus: den in der vorsokratischen Philosophie sich vorbereitenden und lange nachwirkenden Platonismus im Ausgang der altgriechischen Polis und in der Moderne den Gang idealistischen Denkens von Descartes bis Hegel. Beide Epochen unterscheiden sich gerade hinsichtlich der Möglichkeit zu gesellschaftlicher Selbstbestimmung. Im Gegensatz zur bürgerlichen Moderne war diese für die alten Griechen kein leeres Wort. Das Beispiel der athenischen Demokratie zeigt, in welchem hohem Maße bei ihnen eine von allen Bürgern getragene Regulierung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten gelingen konnte. Zwar waren die Sklaven vom Bürgersein ausgeschlossen, ebenfalls genossen Fremde sowie innerhalb der Bürgerschaft die Frauen mindere Rechte. Doch waren es nicht diese Einschränkungen der griechischen Demokratie, die dem philosophischen Idealismus den Boden bereiteten, wohl aber die Zersetzung dieser Demokratie selbst, wie sie sich notwendig aus der Entwicklung der Polis ergeben mußte. Die Demokratie hatte auch in der Polis erst erkämpft werden müssen. In der ursprünglich weitgehend agrarischen Gesellschaft der Griechen vermochte es das Volk, der Demos, gegenüber dem großgrundbesitzenden Adel schrittweise zur Teilhabe an der Regierung zu gelangen. Die treibende Kraft des Demos waren die nicht mehr allein bäurischen Schichten, die nun auch von Gewerbe und Handel lebten, das Bürgertum, wie sie mit gewisser Einschränkung schon genannt werden könnten, die privaten Warenproduzenten. Die Demokratie, einmal durchgesetzt, begünstigte den Fortschritt von Handel und Gewerbe, je mehr aber die private Warenproduktion sich ausbreitete, um so mehr mußte die Art von Demokratie, wie sie in der Polis real war, sich ihr gegenüber als Hemmnis geltend machen. Die griechische Demokratie war direkte, aktive Demokratie, sie bestand in der unmittelbaren und permanenten Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten durch alle oder jedenfalls die Mehrzahl der Vollbürger. Gemeinsame Angelegenheit, das war die Polis selbst, in ihrer überlieferten Gestalt, als eine politische Individualität, die sich gegenüber anderen ihresgleichen möglichst unabhängig zu halten suchte. Dieser Gemeinsamkeit hatten sich alle Bürger zu unterwerfen, daraus ergaben sich weitgehende Restriktionen für die Wirtschaft, die Polis durfte von ihrer ökonomischen Grundlage, der Sklavenarbeit, nicht abgehen, die Agrarwirtschaft-ökonomischen Organismus der Polis war existenzgefährdend. schaft mußte den Primat behalten, allzu große Ausdehnung des poli-

Mit einem Wort: Die Struktur der Polis ließ eine unbeschränkte Expansion der Warenproduktion nicht zu. Ohne die von Natur aus maßlosen kapitalistischen Tendenzen aber keine Blüte der Polis, keine Demokratie. Die sozioökonomische Entwicklung der Polis drängte über die Polis hinaus, der sich ausweitende Geldkapitalismus drängte in die Produktion, das Bürgertum drängte zur bürgerlichen Gesellschaft, einer Gesellschaft, die, wie wir heute wissen, eine gesamtgesellschaftliche Regelung ihrer Produktion nicht erlaubt und politische Selbstbestimmung auf repräsentative Demokratie beschränkt, auf eine Regierungsform also, die die Mehrheit auch der herrschenden bürgerlichen Klasse von der aktiven Teilhabe an den politischen Besorgungen freisetzt, damit sie möglichst ungestört ihren privaten Geschäften nachgehen kann. Die bürgerliche, auf dem Kapitalismus beruhende Gesellschaft läßt somit wirkliche gesellschaftliche Selbstbestimmung nicht zu, sie existiert aus der Anarchie des Marktes und der Unterworfenheit aller Individuen unter die daraus resultierenden, als sachliche Gegebenheit sich gegen sie auswirkenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

In der griechischen Polis konnte es zu einer solchen bürgerlichen Gesellschaft noch nicht kommen. Wohl aber führt die Entwicklung der privaten Warenproduktion dazu, die im Aufstieg des Demos entstandene Bürger-Solidarität zu zerstören und die Individuen zum Kampf aller gegen alle freizusetzen, womit der Untergang der Polis besiegelt war.

In dieser Situation versuchten leidenschaftliche an die Polis engagierte Philosophen, wie vor allem *Plato* und in seiner Nachfolge *Aristoteles*, ein Programm der Restauration der Polis zu entwerfen und womöglich auch zu realisieren. Die Erfahrung des Scheiterns brachte sie nicht von ihrem Willen zur Wirklichkeit einer frei sich selbst bestimmenden Gemeinschaft als der einzig angemessenen Lebensform des Menschen ab. Wo aber die politische Gemeinschaft zerfallen war und die ökonomische nie bestanden hatte, blieb nur noch die Gemeinschaft eines jeden Individuums mit sich selbst und allenfalls die Gesellung solcher Gleichgesinnter innerhalb einer immer menschenfeindlicher sich gebärdenden gesellschaftlichen Realität.

Besser als bei *Plato* läßt sich bei *Aristoteles* der beiden und noch vielen anderen gemeinsame Lösungsweg nachvollziehen, und *Aristoteles* ist es auch gewesen, der ähnlichen politischen Intentionen in den folgenden Jahrhunderten immer wieder den Ausweg aus der Enttäuschung an der gesellschaftlichen Wirklichkeit wies. Obgleich *Aristoteles* nicht davon abließ, den Menschen seinem Wesen nach als Bürger der Polis zu begreifen und ihm als eigentliche menschliche Aufgabe die politische Praxis zuzusprechen, brachte er es doch fertig, sozusagen im gleichen Atemzug das eigentliche Menschsein losgelöst von der Bürgerexistenz in die geistige Existenz zu verlegen und die Theorie, das bloße Hinschauen auf das ewig sich gleichbleibende Sein der Welt, als die Praxis hat exochen zu bestimmen.

Was hier bei Aristoteles in der Zeit eines noch niedergehaltenen Kapitalismus sich erst anbahnt, hat der neuzeitliche Idealismus in der Epoche des kapitalistischen Durchbruchs konsequent zu Ende geführt. Auch zu jener Zeit waren die radikalhumanen Intentionen auf reale gesellschaftliche Selbstbestimmung gerichtet. Und da die materielle Produktion nun auch — im Gegensatz zur Antike — aus ideologischen Gründen als eine menschenwürdige Beschäftigung anerkannt werden durfte, war Raum zu der Einsicht gegeben, daß die Herrschaft der Menschen über ihre eigene gesellschaftliche Natur sich nur in ihrer Herrschaft über die äußere Natur gründen kann. Gerade aber die fortschreitende Naturbeherrschung nahm den Menschen die Mittel zur gemeinsamen vernünftigen Regelung ihres gesellschaftlichen Lebensvollzugs aus der Hand. Die bürgerliche Gesellschaft stellte die Individuen soweit nur möglich auf sich selbst, überließ es jedem einzelnen, für seinen Lebensunterhalt aufzukommen, und setzte damit den Mechanismus des Marktes vollends frei, der keinen kollektiven Eingriff duldet, selbst aber wie eine undurchschaubare Schicksalsmacht auf die soziale Existenz eines jeden einwirkt.

Im Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft mußte dem philosophischen Bewußtsein diese Situation als endgültig erscheinen. Nicht anders als in der Spätzeit der Antike suchte die Philosophie daher die Totalität der Freiheit dort, wo sie dem Anschein nach allein noch wirklich sein konnte: in der geistigen Existenz der Individuen. *Descartes*, der den Grundstein zum Gebäude des neuzeitlichen Idealismus legte, sprach dem Bürger ausdrücklich das Recht und die Möglichkeit ab, auf die Gesellschaft ändernd einzuwirken, er verwies die Individuen auf die Praxis ihres eigenen, privaten Lebens, er reduzierte die Politik auf Ethik. Wo Aristoteles nur erst den Schwerpunkt verlagerte, zog *Descartes* nun einen scharfen Schnitt. Der Mensch war seinem Wesen nach nichts anderes mehr als *res cogitans*, denkendes Sein, und verwirklichte sein Leben wahrhaft nur dort, wo er in denkender Distanz zur Außenwelt ganz bei sich selbst blieb. Gleichwohl bedeutete diese säuberliche Trennung von Geist und Materie nicht Rückzug einer vom realen Leben enttäuschten Individualität in die Stille weltabgewandter Kontemplation. Vielmehr formulierte derselbe *Descartes*, und man kann wiederum sagen im gleichen Atemzuge — nämlich in ein- und derselben Schrift —, die reale, materiale Beherrschung der Natur als die vornehmste Aufgabe, der das Denken sich zu widmen habe<sup>13</sup>.

Antik-griechischer und neuzeitlich-bürgerlicher Idealismus unterscheiden sich durchaus in ihrer theoretischen Gestalt wie in ihrem Verhältnis zur gleichzeitigen gesellschaftlichen Praxis, diese eine praktische Funktion haben sie aber offensichtlich gemeinsam: In einer Zeit wachsender individueller Ohnmacht gegenüber dem ge-

13 René *Descartes*, *Discours de la Méthode* (franz./dt.), Hamburg 1969, S. 100/101.

sellschaftlichen Ganzen ermöglichten sie die Einbildung einer von den konkreten Umständen nicht belangbaren geistigen Freiheit, sie erzeugten damit bei ihren Trägern in der Tat auch eine gewisse innere Unabhängigkeit des privaten Individuums von den Normen und Konventionen der Gesellschaft, die ihnen soviel wert war, daß ihnen aus der Not unter der Hand eine Tugend wurde: Nichts galt ihnen mehr höher als die Freiheit des Geistes, sie dachten daher auch gar nicht daran, die ökonomischen Verhältnisse ernsthaft in Frage zu stellen, die ihre Freiheitsintention erst auf den Geist zurückgetrieben hatten.

Im Ablauf der Geschichte sind jene beiden Blüteperioden des europäischen Idealismus durch das sogenannte Mittelalter voneinander getrennt. Diese so ganz anders geartete Epoche erscheint in der Sicht aufklärerischer Vernunft als ein recht finsternes Zwischenspiel. Dennoch hält sich in der in ihr maßgebenden Weltanschauung die idealistische Freiheitskonzeption durch. Zwar zweifelten die mittelalterlichen Theologen, sich auf Aristoteles berufend, nicht an der Realität der Außenwelt, und sie hielten sie auch in gewissem Grade für erkennbar, doch ließen sie hinter der Welt noch eine zweite Welt angesiedelt sein, als die eigentlich dem Menschen gemäße und daher seine Freiheit realisierende Welt. Von dieser war nur durch Offenbarung zu erfahren, die von Gott herrührte, dem Inbegriff jener wahren Wirklichkeit, der auch die Menschen auf Erden schon mit ihrer Seele als ihrem wesentlichen Sein angehörten.

Wir sehen also: Wenn wir vom praktisch-politischen Sinn des Idealismus ausgehen, so zieht sich von Plato und Aristoteles bis zu Hegel die Kette ununterbrochen durch; ebenso ununterbrochen, wiewohl in der Form unterschieden, erhält sich auch die praktische Unmöglichkeit einer vernünftigen, humanen Ordnung der menschlichen Gesellschaft.

Gegen diese geistige, alle ideologischen Bereiche der Gesellschaft durchherrschende Macht der idealistischen Weltansicht den *Materialismus der alltäglichen Praxis* wieder geltend zu machen, mußte so lange vergeblich bleiben, wie die Umstände es verwehrten, die im Idealismus intendierte Freiheit real-gesellschaftlich zu verwirklichen. Geht es den wahrhaftig lebenden Menschen wirklich so eminent um Freiheit, wie Fichte und mit ihm viele andere dies unterstellen, so dürfen sie sich auf eine Wirklichkeit, die dieser Intention entgegensteht, auch nur äußerlich einlassen, indem sie das Wesentliche — zwar unerfüllt, aber auch unangetastet — bei sich selbst zurückhalten.

Nichts Inhumaneres kann es unter diesem Aspekt geben als die moderne kapitalistische Gesellschaft. Dennoch ist die Avantgarde jenes Bürgertums, das zwischen dem 16. und dem 19. Jahrhundert den Kapitalismus zur herrschenden Produktionsweise heraufführte, zeitweise zu bedeutenden Teilen zur materialistischen Position übergegangen. In höchstmöglicher ideologischer Entschiedenheit geschah dies bei einer Reihe repräsentativer Literaten im Frankreich des

18. Jahrhunderts. Wir sehen in diesen kühnen, oft ihr Leben um ihrer Überzeugung willen aufs Spiel setzenden Denkern den Willen zur Freiheit ebenso entschieden wirksam wie bei den Repräsentanten des Idealismus. Wenn sie dennoch die idealistische Selbstbescheidung verschmäht haben, so muß ihnen die gesellschaftliche Realität Anlaß zu der Erwartung geboten haben, daß vernünftige Selbstbestimmung dem Menschen nunmehr nicht allein in seinen geistigen Bekundungen, sondern auch in seinem sozialen Leben möglich sei.

Die bürgerliche Gesellschaft derart produktiv mißzuverstehen, war nur in einer bestimmten unwiederholbaren Konstellation des geschichtlichen Kräftespiels möglich: in jener Epoche nämlich, in der die aufsteigende bürgerliche Gesellschaft an die Grenzen des noch bestehenden Feudalsystems stieß und es in dem heranreifenden politischen Konflikt notwendig wurde, die gegenüber der mittelalterlichen Feudalität objektiv progressive Bürgergesellschaft in ihrer Besonderheit herauszustellen und zu propagieren. Mit Blick auf das System feudaler Abhängigkeiten und in der Zwangslage erbitterter ideologischer Auseinandersetzung konnte sich die Freisetzung der Individuen zur Existenz privater Warenproduzenten den progressiven Bürgern durchaus zum ersten Schritt auf dem Weg zu einer greifbar nahen vernünftigen und humanen Gesellschaftsordnung erklären. Die idealistische Hemmung durfte damit wegfallen und das materialistische Alltagsbewußtsein wieder in sein Recht eintreten.

In der gegebenen Kampfsituation reichte jedoch die naive Überzeugung von der objektiven Existenz der Welt und ihrer sinnlichen Wahrnehmbarkeit nicht mehr aus. Von dieser, durch die mittelalterliche Theologie gar nicht einmal gelegneten Voraussetzung aus war dem überlieferten Glauben als der ideologischen Hauptstütze des Feudalsystems nicht beizukommen. Der entscheidende Affront besteht denn auch darin, daß der *bewußte, philosophisch reflektierte Materialismus* die Offenbarung als den Garanten aller Theologenweisheit dadurch außer Kurs setzt, daß er die *Sinnlichkeit* zur *einzig möglichen Erkenntnisquelle* für den Menschen deklariert. Diese Festlegung mußte damals weniger denn je als willkürlich erscheinen. Sie fand ihr denkbar bestes Fundament in der Wirklichkeit vor. Die Erfolge der empirischen Wissenschaft sprachen eine eindeutige Sprache: Längst hatte sich das Bündnis zwischen Vernunft und Glauben, wie es im Mittelalter zustande gekommen war, hundertfach praktisch blamiert, und auch die Vernunft, wo sie sich in sich selbst zu gründen suchte, erwies sich gegenüber den Phänomenen der wirklichen Welt als hilflos. Allgemeingültige Erkenntnis konnte offensichtlich nur aus der rationalen Verarbeitung der sinnlichen Bekundungen der Realität gewonnen werden.

Die materialistische Philosophie in der empirischen Wissenschaft zu gründen, bedeutet, die Realität nicht nur als objektiv wahrnehmbar, sondern auch als *wissenschaftlich erkennbar* aufzufassen. Den Rang wissenschaftlicher Erkennbarkeit hat die Realität nur, wenn über die Vielfalt klassifizierbarer Erscheinungen hinaus notwendige

Zusammenhänge von Gesetzescharakter in ihr auszumachen sind. Ausgehend von den Resultaten der Mechanik, als der einzigen bis dahin exakt ausgebildeten Wissenschaft, wagten die französischen Materialisten, die Welt im ganzen als ein mechanisches Determinationsgefüge aufzufassen. Die Welt ein einziger maschineller Automatismus und auch die Menschen in ihr nur Maschinen — diese Auffassung machte nicht nur Gott als den Lenker und Erhalter alles Geschehens unglaublich und überflüssig, sondern analog auch den absoluten Monarchen, der aus eigener Machtvollkommenheit meinte das Handeln der Bürger an sich binden und es nach Laune reglementieren zu können, wo doch der Wirtschaftsprozess der Bürger in seiner unaufhaltsamen Expansion immer weniger noch Einmischungen von außen vertragen konnte.

Den Materialisten des 18. Jahrhunderts stand die revolutionäre Konsequenz ihrer Anschauungen meist nicht klar vor Augen, doch war sie unabweisbar: Erfordert war eine Gesellschaftsordnung, die zwar Staat und Regierung ebenfalls nicht entbehren konnte, sie jedoch nur noch auf die Exekutive einer Klasse beschränkte, deren Interesse darauf gerichtet war, dem Marktgeschehen möglichst freien Lauf zu lassen.

Es konnte nicht im Sinn der Bürgerklasse liegen, etwa eine organisierte Volksmacht ins Leben zu rufen, um jene bürgerliche Gesellschaft planvoll herbeizuführen, die gerade in der möglichsten Unorganisiertheit ihrer gesellschaftlichen Beziehungen bestehen sollte. Die geistigen Führer des progressiven Bürgertums kamen daher gar nicht darauf, auch in der Gesellschaft nach Gesetzen zu forschen, um den Gesellschaftsprozess planvoll regeln zu können. Der Theorie war solcherart nicht die Aufgabe gestellt, in Praxis überzugehen, sondern die sozioökonomische Praxis lief aus sich selbst ab, als Resultante einer Unzahl von einzelnen Aktivitäten, die unmittelbar nur auf das individuelle Interesse bezogen waren.

Dieser *mechanische Materialismus*, wie er später genannt wurde, war nach einem bekannten Wort von Marx „*anschauernd*“ Materialismus. Seine Anhänger hätten sich, wenn sie konsequent bleiben wollten, eigentlich mit dem Lauf der Welt, wie er nun einmal war, abfinden müssen. Dennoch suchten sie auf eine Änderung zwar nicht der Gesellschaft, aber doch der Menschen in ihr hinzuwirken, in der Hauptsache freilich nur mit ideologischen Mitteln: durch Auseinandersetzung mit der feudalen Religion, durch allgemeine Aufklärung oder einfach auch durch Appell an die Einsicht und Gerechtigkeit der Mächtigen. Den für das Ganze der Welt behaupteten Fatalismus, wie er sich aus der Auffassung einer mechanischen Determination unabweisbar ergab, vergaßen diese intellektuellen Materialisten, um sich für ihre theoretische Arbeit, die sie als die ihnen gemäße Praxis ansahen, doch Auswirkungen auf das Verhalten der Individuen erhoffen zu können. Sie unterstellten so bei den Menschen, die ihnen ihrer Weltanschauung nach als eine Art von Maschinen gelten mußten, faktisch die Möglichkeit freier Entscheidung, für die es aber nur

außerhalb des behaupteten Weltmechanismus, also in einer zweiten von den Gesetzen der Materie enthobenen intellektuellen Welt eine Begründung geben konnte. Gerade aus ihrem Versuch heraus, den nur mechanisch zu fassenden Materialismus bis ins Letzte festzuhalten, damit er als Waffe gegen die religiöse Weltanschauung wirksam sein konnte, schlich sich in die politische Haltung dieser radikalen Aufklärer doch wieder der bekämpfte Idealismus ein. Von ihm her erlagen sie der Illusion, die Geschichte könne in dem Maße weitergetrieben werden, wie Ideen auf Ideen einwirkten, und dies ermöglichte es ihnen, bei allem politischem Engagement gleichwohl anschauende Materialisten zu bleiben.

\*

Nur bei Berücksichtigung all der genannten Momente vermögen wir zu verstehen, was gemeint ist, wenn im bürgerlichen Materialismus die Erkenntnis als Widerspiegelung oder Abbild der Realität aufgefaßt wird. Es fließen hier notwendig zwei Aspekte ineinander, die an sich durchaus unabhängig voneinander sind. Die Erkenntnis ist Abbild der Realität: darin liegt, wenn dies eine materialistische Aussage sein soll, daß die Vorstellungen des menschlichen Bewußtseins, soweit ihnen Erkenntniswert zugesprochen werden darf, nicht einfach Gebilde einer freien Phantasie sein können, sondern daß ihre Besonderheit von ihrem unmittelbaren Zusammenhang mit einer dem Bewußtsein vorgegebenen Realität herrührt, so daß aus ihnen diese Realität wirklich auch wahrgenommen werden kann, ähnlich wie wir aus einem Spiegel uns den Anblick von Gegenständen verschaffen, die sich dort, wo der Spiegel sie uns anzeigt, gar nicht befinden. Die Rede von der Spiegelbildlichkeit der Erkenntnis, das zeigt sich hier schon, hat selbst bildlich verdeutlichenden Charakter. Denn in der realen Spiegelung, von der dieser Ausdruck entliehen ist, sind sowohl der Gegenstand wie sein Spiegelbild auf ein Drittes, den Betrachter bezogen, miteinander im Vergleich stehen der Anblick, den der Gegenstand real darbietet, und ebendieser Anblick in der Spiegelung. Diese ist dann optimal wahrheitsgetreu, wenn gespiegelter Anblick und realer Anblick genau übereinstimmen, was freilich, wie bekannt, nur spiegelverkehrt möglich ist. Bei der erkennenden Widerspiegelung geht es jedoch um die Übereinstimmung des Abbildes mit seinem Gegenstand, wie er an sich, d. h. als noch nicht in die Anschauung eingegangener, beschaffen ist. Das Widerspiegelungstheorem behauptet, daß wir fähig sind, uns die äußere Realität ideell zu vergegenwärtigen und sie insofern abzubilden, und daß wir aus dem Abbild des real existierenden Gegenstandes in gewisser Annäherung Erkenntnis über den Gegenstand als solchen gewinnen können. Eben dies soll der Vergleich mit dem Spiegel verdeutlichen. Über das Zustandekommen des Abbildes wie über die Prozeduren, die notwendig sind, um daraus eine Erkenntnis werden zu lassen, ist damit noch gar nichts ausgesagt, außer daß die Vermittlung jedenfalls in der Empfindung zu suchen ist.

Als weiterer Aspekt ist nun aber in die Widerspiegelungstheorie des progressiven Bürgertums die besondere Weltauffassung des *mechanischen* Materialismus eingegangen. Einem solchen anschaulichen Materialismus, der Theorie und Praxis als zwei einander eigenständig gegenüberstehende Bereiche auffassen muß, bleibt keine andere Möglichkeit, die Kluft zwischen Subjekt und Objekt in der Erkenntnis zu überbrücken, als durch die Annahme, daß das Objekt seinen Anblick adäquat in das menschliche Bewußtsein einzudrücken vermag, so daß dieser Eindruck vollkommen angemessen den wirklichen Gegenstand repräsentiert. Die Produktion der Erkenntnis wird damit mehr oder weniger ganz zu einer Leistung der Dinge selbst.

Diese Auffassung der Erkenntnis als einer lediglich *passiven* Widerspiegelung war im Materialismus des vorrevolutionären Bürgertums nicht nur unerläßliche theoretische Konsequenz der allgemeinen weltanschaulichen Position, sondern erfüllte auch an sich selbst, wie dieser Materialismus insgesamt, eine progressive Funktion. War das Bewußtsein derart eindeutig seinen sinnlichen Eindrücken ausgeliefert, so konnte durch *Modifikation* dieser Eindrücke auch das bewußte Sein der Menschen modifiziert werden. Der Charakter der Individuen brauchte nicht als ein für allemal festgeschrieben aufgefaßt zu werden, Erziehung war möglich, die Widerspiegelungstheorie bot die materialistische, von der Wissenschaft sich herleitende Grundlage für die einzige Aktion, durch die Gesellschaftsänderung bewirkbar schien: durch die Änderung des bewußten Wollens infolge verbesserter Einsicht bei den einzelnen Individuen oder aber bei jenem monarchischen Individuum, bei dem die Macht lag, die bestimmenden Gesetze des Staates zu erhalten oder zu ändern. Passive Widerspiegelungstheorie und praktischer Idealismus gehören zusammen, sie brachten die Überzeugung in die moderne Welt, daß Menschen erzogen werden können, und bereiteten so theoretisch die Lehre vor, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das individuelle Sein der Menschen bestimmen, von diesen Menschen selbst auch geändert werden können, daß die Menschen ihre Erziehung also selbst in der Hand haben, wofern sie sich nur fähig erweisen, diejenige gesellschaftliche Realität herzustellen, deren sie zum Zwecke ihrer Selbsterziehung bedürfen.

\*

In der Gegenwart muß sich die Widerspiegelungstheorie manch harte Kritik von vielen Seiten her gefallen lassen. Ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt immer wieder Lenins Werk „Materialismus und Empiriokritizismus“, das ausdrücklich die Absicht verfolgt, den Materialismus und damit auch die Widerspiegelungs- oder Abbildauffassung der Erkenntnis als ein wesentliches Theorem des modernen Marxismus zu reklamieren. Die Kritik, wo sie im Theoretischen verbleibt und nicht auch die praktisch-politische Funktion miteinbezieht, richtet sich vor allem gegen zwei hauptsächliche Schwächen, die der Widerspiegelungstheorie angeblich unablösbar anhaften: Erstens wird beanstandet, daß die Aktivität des Subjekts im Erkenntnis-

geschehen nicht berücksichtigt werden könne. Zweitens soll die vermittelnde und die Erkenntnisform jeweils historisch-konkret bestimmende Rolle der Praxis unterschlagen worden sein.

Beide Vorwürfe sind da, wo die bürgerliche Widerspiegelungstheorie zur Debatte steht, durchaus am Platz. Daß Lenin und seine Nachfolger eben diese Theorie vertreten haben, gilt den meisten Kritikern als ausgemacht. Gerade Lenins Formulierungen scheinen da unmißverständlich zu sein. Denn er stellt die erkenntnistheoretische Frage ausdrücklich in Abstraktion von aller gesellschaftlichen Bedingtheit des Erkenntnisprozesses als die des Verhältnisses einer objektiv gegebenen Realität zu einem Subjekt, das sich zu dieser Realität rein theoretisch verhält. Erkenntnis soll darin bestehen, daß die bloß als an sich seiend vorausgesetzte Realität durch den bloß als denkend aufgefaßten Menschen vermöge seiner Empfindungen — wie Lenin wörtlich sagt — „kopiert, fotografiert, abgebildet“ wird<sup>14</sup>. Es scheint unzweifelhaft, daß Lenin sich damit auf den Boden des anschauenden Materialismus gestellt hat: Wo die Realität nun einmal aus sich heraus besteht und in ihrer Bewegung den ihr inhärenten Gesetzen unterliegt und wo die Menschen als Produkte dieser an sich seienden Welt aufgefaßt sind, denen nichts anderes übrig bleibt, als sich mit ihrem Bewußtsein dem unabdingbar Gegebenen mehr oder weniger adäquat anzugleichen — bleibt da überhaupt noch Raum für verändernde Praxis, ist da nicht alles schon festgelegt, heißt es da nicht, sich den objektiven Zwängen einfach zu fügen?

Unwillkürlich erinnern wir uns an die Worte Fichtes über die Dogmatiker und Materialisten. „Einige“, sagt Fichte, „die sich noch nicht zum vollen Gefühl ihrer Freiheit, und absoluten Selbständigkeit erhoben haben, finden sich selbst nur im Vorstellen der Dinge; sie haben nur jenes zerstreute, auf den Objekten haftende, und aus ihrer Mannigfaltigkeit zusammenzulesende Selbstbewußtsein. Ihr Bild wird ihnen nur durch die Dinge, wie durch einen Spiegel zugeworfen; werden ihnen diese entrisen, so geht ihr Selbst zugleich mit verloren; sie können um ihrer selbst willen, den Glauben an die Selbständigkeit derselben nicht aufgeben: denn sie selbst bestehen nur mit jenem“<sup>15</sup>.

Kein Zweifel, Lenin hat die hier von Fichte implizit angeprangerte Widerspiegelungstheorie mit allem Nachdruck vertreten. Ebenso unzweifelhaft ist aber, daß er den Gesellschaftsprozeß nicht fatalistisch als spontan sich vollziehend auffaßte. Vielmehr wurde er nicht müde, eine möglichst große Zahl von Menschen zu jener politischen Praxis zu ermuntern, an die er die Zukunft der Menschheit geknüpft sah. Er hielt es sogar für erforderlich, eine straff organisierte, vom täglichen unermüdlichen Einsatz all ihrer Mitglieder getragene Partei neuen Typs zu schaffen, ohne die es ihm nicht mehr möglich schien, die von der Zeit gestellten Aufgaben genügend erfolgreich zu lösen.

14 W. I. Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus, in: Werke Bd. 14, Berlin/DDR 1970, S. 124.

15 Erste Einleitung . . . , a.a.O., S. 433.

Lenin also praktisch ein aktiver, von den schöpferischen Fähigkeiten der Volksmassen überzeugter Marxist, theoretisch aber ein bürgerlicher, den Menschen und die menschliche Gesellschaft zum bloßen Automatismus herabwürdigender Materialist?

Lenin selbst jedenfalls sah sich anders. Er verstand sich Zeit seines Lebens als Schüler der Materialisten Marx und Engels. Marx hatte, in Zusammenarbeit mit Engels, die Grundsätze seines historischen Materialismus in unmittelbarer Auseinandersetzung mit dem Hegelschen Idealismus entwickelt. Der praktischen Motivation, die Hegel keinen anderen Ausweg als den idealistischen offengelassen hatte, war er sich dabei wohl bewußt. Unmittelbar anknüpfend an die verklärende Erfahrung einer realen Demokratie, wie sie den Zeugnissen über die antike Polis zu entnehmen war, und angetrieben durch den gewaltigen Impuls der Französischen Revolution, hatte sich das praktische Interesse Hegels von vornherein auf die gesellschaftliche Selbstbestimmung gerichtet. Zu gleicher Zeit sah sich Hegel jedoch auf den Kreis seines Denkens zurückgeworfen, als den einzig befugten Raum, der für seine radikalen politischen Ambitionen, wenn auch in theologischer Transformation, Platz bot.

Wenn Marx, nach dessen eigenen Worten, die Hegelsche Philosophie vom Kopf auf die Füße gestellt hat, so gerade deshalb, weil er von der praktischen Motivation Hegels nicht ablassen wollte. Sein ganzes Leben war von der zu seiner Zeit erst möglich gewordenen Erfahrung bestimmt, daß nunmehr, und zwar erstmals in der Geschichte, die gesellschaftlichen Bedingungen gegeben seien, um die von der Philosophie seit je intendierte Freiheit real zu verwirklichen. Marx widmete viele Jahrzehnte dem detaillierten wissenschaftlichen Nachweis dieser Einsicht. Er erkannte, daß die gegebene kapitalistische Produktionsweise ihre Aufhebung zugunsten einer höheren Gesellschaftsformation nicht nur zuläßt, sondern von den Menschen selbst eine hierauf gerichtete Praxis erzwingt, falls nicht die Gesellschaft in längst überwundene Stufen der Barbarei zurückfallen oder überhaupt zugrunde gehen soll.

Der Idealismus verlor bei dieser Sachlage seinen praktischen Sinn. Er wurde zur „idealistischen Flause“, die entschieden abzustreifen war. Ähnlich wie die Materialisten des progressiven Bürgertums brauchte Marx die Alltagserfahrung einer objektiv gegebenen Welt nicht mehr zu verleugnen, und ähnlich auch gründete der Marxsche Materialismus in einer wissenschaftlichen Auffassung der Realität, in die nun aber ausdrücklich die *Gesellschaft* eingeschlossen war. Nur aus dem Wissen um eine Gesetzmäßigkeit heraus, die er in der ökonomischen Basis der Gesellschaft entdeckte und die ihm den vorübergehenden Charakter des Kapitalismus und die Unabdingbarkeit einer sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft verbürgte, war Marx gegen alle Rückfälle in den Idealismus gefeit, konnte und durfte er voll und ganz Materialist, d. h. ein für die unverstellte Wahrheit und Wirklichkeit des Seins offener Mensch sein.

Ganz im Gegensatz zu den Materialisten des aufsteigenden Bürgertums ergab sich ihm aus dieser Einstellung aber die Notwendigkeit, die Theorie in die Praxis hinüberzuführen. Denn selbstverständlich konnte der Gesellschaftsprozeß nicht als ein automatisch ablaufendes Geschehen aufgefaßt werden, vielmehr mußten die Menschen das als zwingend notwendig Erkannte selbst auch aus dem Wissen um diese Notwendigkeit heraus in die Tat umsetzen. Daß dies geschehen würde, dafür sah Marx die Garantie in der Existenz des Proletariats, das er als Totengräber der Bourgeoisie heranwachsen und durch seine Klassenexistenz auf die Wahrnehmung der allgemeinen gesellschaftlichen Erfordernisse festgelegt sah.

Lenin hat die Lehren von Marx und Engels nicht nur genauestens studiert, sondern er hat sie auch zur theoretischen Grundlage seiner eigenen politischen Praxis gemacht. Nur die Einsicht in die Grundgesetze der gegebenen Gesellschaft befähigte ihn, die besonderen Bedingungen, unter denen er zu handeln hatte, zu erkennen und richtig einzuschätzen, und nur deshalb gelang es ihm, jene Menschen um sich zu sammeln, die zu Wagnissen bereit, aber für Abenteuer nicht zu haben waren und auch in Zeiten der Niederlagen und der Stagnation nicht verzagten, da sie ja wußten, daß trotz allem die Zeit mit ihnen war und sie sich auf dem einzig sinnvollen Wege befanden, der, wenn er nur beschritten wurde, schließlich auch zum Ziele führen mußte.

Das Wissen um die Gesetzlichkeit des Gesellschaftsprozesses, so wie sie marxistisch verstanden wird, läßt die bewußte politische Praxis nicht zu einem untergeordneten, vernachlässigbaren Moment herabsinken, sondern verhilft den Menschen, die sich auf diese Praxis einlassen, vielmehr zu jener umsichtigen Entschlossenheit, die sich von den Widrigkeiten des täglichen Lebens wie von epochalen Schicksalsschlägen nicht beirren läßt und daher die Wirkungskraft der politisch bewußten Minderheit bis zu jenem Höhegrad zu treiben vermag, von dem an erst die Massen sich zu dem komplizierten Aufbauwerk einer neuen Gesellschaft heranziehen lassen, das nur durch ihre vereinte Teilhabe gelingen kann.

Nehmen wir die Position des Materialismus ein, halten wir also an der Selbstverständlichkeit des Alltagslebens fest, daß unserem Bewußtsein eine von ihm unabhängige und ihm auf dem Wege über die sinnliche Wahrnehmung faßbare Realität vorgegeben ist, dann haben wir damit Erkenntnis für möglich erklärt und ihr also den Charakter der Widerspiegelung zugesprochen — denn wie anders sollte Erkenntnis materialistisch gekennzeichnet werden? Über den Ausdruck läßt sich natürlich streiten, nicht aber über seine Bedeutung, so wie Lenin sie in „Materialismus und Empiriokritizismus“ unmißverständlich herausgestellt hat.

Wo daher heute Kritik am Widerspiegelungstheorem der materialistischen Erkenntnistheorie geübt wird, kann es sich nur um einen Angriff auf den Materialismus im ganzen handeln. Und zwar auf den Materialismus in der Gestalt, in der er heute allein möglich ist. Niemand, der ebenso ernsthaft wie einst die französischen Materialisten

sich auf die Wissenschaft zum Zwecke praktischer Verwirklichung der Freiheit einläßt, kann sich noch mit der individuell souveränen Haltung einer wenn auch noch so radikalen Aufklärung begnügen. Er sieht sich vielmehr gedrängt, wahrzunehmen, was damals noch gar nicht existieren konnte: nämlich eine im objektiven Gesellschafts-prozeß sich vollziehende Praxis, aus der sich für die Theorie die Notwendigkeit ergibt, sich als — wenngleich relativ eigenständiges — Moment in ebendiese Praxis als ihr kollektiv Übergreifendes einzu-binden.

Wer sich zu der Einsicht nicht durchringen kann, daß die praktische Verwirklichung der Freiheit heute wissenschaftlich verbürgt ist, wie langwierig, verschlungen und schmerzvoll der noch abzuschreitende Weg auch sein mag, der wird, gerade wenn es ihm kompromißlos um die Freiheit geht, aus seiner theoretischen Autarkie auch nicht heraustreten können. Er bedarf für diese Abstinenz vor sich selbst jedoch einer Legitimation, die in der jahrtausendelangen Geschichte der Philosophie immer nur als Idealismus formuliert wurde.

Daß in bestimmten Epochen der Geschichte sich führende Denker zum Idealismus bekannten und daß idealistisches Bewußtsein das geistige Leben eines Volkes bestimmte, hatte, wie wir sahen, seinen guten, praktischen Sinn. In unserer Zeit stellt sich der Materialismus in seiner zeitgemäßen, marxistischen Gestalt ebenso offen und selbstbewußt dar, wie einst, unter anderen Umständen, der Materialismus der bürgerlichen Aufklärung oder der Idealismus bürgerlicher Selbstkritik zum Zeitpunkt des endgültigen Durchbruches der kapitalistischen Produktionsweise.

Wenngleich sich aber zum Idealismus recht eigentlich niemand mehr bekennen will, so ist die Zahl der Theoriebeflissenen dennoch sehr groß, die sich ausdrücklich gegen die theoretischen Fundamente des Materialismus zur Wehr setzen. Oft glauben sie sich von beiden Seiten fernhalten zu müssen, der idealistischen wie der materialistischen, sie verstehen sich von daher als besonders „kritisch“.

Die Frage steht aber praktisch nach wie vor immer noch so: Soll es um Freiheit als reale Gemeinschaft sich selbst bestimmender Individuen gehen oder bloß um Freiheit als Reduktion der vereinzelt einzelnen auf ihre geistige Existenz in Unterworfenheit ihres ganzen menschlichen Seins unter die Zwänge einer inhumanen Gesellschaft? Die Kontradiktion zwischen Materialismus und Idealismus ist nur der theoretische Ausdruck dieser Alternative.

Dies in aller Deutlichkeit den Marxisten bewußt gemacht zu haben, ist das einzigartige Verdienst von Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“. Ausdrücklich und ausschließlich Marxisten waren die Adressaten seiner Argumentation, also Menschen, die dem gesellschaftlichen Geschehen eben nicht zuschauend gegenüberstanden, sondern ihre Erfahrungen aus ihrem unermüdlichen politischen Wirken heraus gewonnen und von daher schon unausgesprochen wußten, daß Erkenntnis sich durch Praxis vermittelt, wie es umgekehrt für sie keine Frage sein konnte, daß ihre Arbeit vom richtigen Durchdenken der gegebenen Situation und von vorausweisenden Ideen ab-

hing, so daß der Gedanke, sie hätten im bloßen Beeindrucktsein schon die Erkenntnis der Wirklichkeit, ihnen gar nicht kommen konnte.

Nicht selbstverständlich mußte ihnen hingegen der Gesetzescharakter jenes gesellschaftlichen Prozesses sein, den sie durch ihre Politik beförderten. Er konnte nur durch wissenschaftliche Theorie erschlossen und nur als Theorie angeeignet werden. Lenin war überzeugt, daß Marx in seinem „Kapital“ die Unausbleiblichkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus dargetan hatte, und er sah in diesem Wissen die Grundlage für Kampfbeschlossenheit und Siegeszuversicht der politischen Avantgarde des Proletariats. Er beurteilte daher die Bagatellisierung der Grundfrage der Philosophie, wie sie zeitweise bei vielen marxistischen Intellektuellen Anklang fand, mit Recht als einen Angriff auf die marxistische Praxis. Denn mit ihrer materialistischen Grundposition wäre der Marxschen Theorie gerade jenes Moment des Wissens abgesprochen worden, von dem her der Marxismus allein seinen Anspruch begründete, eine wissenschaftliche und daher mit der gesellschaftlichen Notwendigkeit übereinstimmende Politik betreiben zu können.

Lenins „Materialismus und Empirio-kritizismus“ ist zu einem unmittelbaren, aus den Zeitumständen herrührenden politischen Zweck entstanden. Dieser Umstand relativiert seine wissenschaftliche Bedeutung aber keineswegs. Vielmehr waren es gerade diese praktischen Gründe, die Lenin dazu trieben, ein bestimmtes, der marxistischen Theorie inhärentes und aus ihr niemals zu eliminierendes Moment in aller gebotenen Abstraktion vor dem Hintergrund der gesamten Theorie herauszustellen und damit erst recht ins allgemeine wissenschaftliche Bewußtsein zu heben. Um den Widerspiegelungscharakter der Erkenntnis unübersehbar werden zu lassen, griff er daher auch zu Ausdrücken, die auf keinen Fall mehr zu irgendeiner idealistischen Variante umgedeutet werden konnten. Er stand nicht an, die erkennende Abbildung der Realität mit einer Kopie, einer Fotografie zu vergleichen. Den Vorwurf, damit in den anschauenden Materialismus zurückgefallen zu sein, hatte er von seinen marxistischen Kampfgefährten nicht zu befürchten. Solch eine Verdächtigung konnte überhaupt nur von Personen kommen, die gewohnt waren, theoretische Schriften lediglich als Ausdruck reinen Denkens und daher als in sich autonome Gebilde außerhalb ihres praktischen Zusammenhangs in Betracht zu ziehen.

Für den „Dogmatiker“ Lenin ist die Praxis, und zwar die reale gesellschafts-politische Praxis sein Leben, und Theorie ist darin ein notwendiges, aufklärendes, voranleuchtendes Moment. Für Lenins bürgerliche wie „kritisch marxistische“ Kritiker ist in der Regel die Theorie ihr Leben, und Praxis gilt ihnen als Gegenstand ihrer theoretischen Anschauung. Auch wenn sie sich bemühen, die Welt als eine objektive Gegebenheit dialektisch anzuschauen, bleiben sie doch anschauende Materialisten, die es bestenfalls zu einer „Philosophie der Praxis“ bringen. Kein Wunder, daß sich ihnen aus Lenins erkenntnistheoretischer Argumentation auch nur ihre eigene traditionell bürgerlich beschränkte Denkart widerspiegelt!

David Kramer

## Watergate oder Die Verschwörung einer Regierung gegen die Regierungsform

### I.

Man stelle sich vor, ein Schriftsteller übergibt seinem Verlag ein Manuskript mit folgendem Szenario.

1. Ein Politiker, dessen Karriere schon längst am Ende schien, wird zum Staatschef der kapitalistischen Hauptmacht gewählt, nicht zuletzt deshalb, weil er sich rühmt, einen „geheimen Plan“ zu haben, der einen seit Jahren andauernden Kolonialkrieg gegen ein kleines und armes, aber trotzdem unbesiegbares Volk beenden könne.

2. Nach der Wahl jedoch setzt er den Krieg fort, führt ihn brutaler und ehrloser denn je und entfesselt einen unerhörten Bombenterror, auch gegen Staaten, die zuvor neutral geblieben waren.

3. Schlagartig wächst eine demokratische Opposition gegen den Krieg. Der Staatschef und seine Clique möchten der Opposition mit den althergebrachten Mitteln der Geheimpolizei und der Klassenjustiz begegnen; dies erweist sich als schwierig, weil das Verhältnis zwischen dem Staatschef und führenden Persönlichkeiten der geheimpolizeilichen Organisationen auf gegenseitigem Mißtrauen und sogar Erpressung beruht.

4. Vom Stab des Staatschefs wird ein neues geheimpolizeiliches Organ aufgebaut. Es kann aus einem Wahlfonds finanziert werden, der seinerseits nur die Korruption einer Präsidentenwahl in Geld (zwischen 50 und 60 Millionen Dollar) ausdrückt.

5. Einige der illegalen Tätigkeiten der neuen Geheimpolizei werden direkt vom Stab des Staatschefs organisiert, andere werden vorsichtshalber mit dem Attorney General (der Befugnisse eines Innen- und Justizministers in seiner Person vereinigt) — einem großbürgerlichen Rechtsanwalt und Manipulator, dessen lauthalsige Rechtschaffenheit ihm den Spitznamen „Mr. Law and Order“ einbrachte — abgesprochen. Im Laufe der Zeit wird die neue Geheimpolizei nicht nur gegen

\* Der Verfasser ist W. F. Haug und R. Nemitz für weiterführende Kritik und sprachliche Hilfe zu Dank verpflichtet. Die Formulierung, „Watergate“ bezeichne eine Art Verschwörung der Regierung gegen die Regierungsform, verdanke ich W. F. Haug. — Das Manuskript wurde im Juli 1973 abgeschlossen.

die demokratische Opposition eingesetzt, sondern auch gegen alle möglichen wirklichen und vermeintlichen Gegner der regierenden Clique, einschließlich der anderen großen Partei im Lande. Schließlich werden fünf Mitglieder der neuen Geheimpolizei beim Einbruch im Hauptquartier der anderen großen Partei auf frischer Tat ertappt.

6. Nach fast einem Jahr gelingt es, die Vertuschungsversuche der Regierung teilweise aufzudecken. Sämtliche engste Mitarbeiter des Staatschefs sind belastet, die meisten von ihnen sind zum Rücktritt gezwungen. Aber der Staatschef, der stets sein Schweigen zur Affäre nur durch Lügen unterbrach, bleibt.

7. Liberale fragen sich, was aus den guten Sitten geworden ist.

Wo gab es bis vor kurzem einen Verlag, der solch ein Manuskript angenommen hätte? Es lese sich, so hätte ein gut belesener Lektor gemeint, wie Alpträume eines verrückt gewordenen Vulgärmarxisten, denn heutzutage habe sich die Herrschaft des Kapitals verfeinert, sie beruhe auf Manipulation und Integrationstechniken — nicht aber auf Korruption, Konspiration und nackter Gewalt.

Jedoch seitdem die Watergate-Enthüllungen einen Blick hinter die formaldemokratische Fassade des amerikanischen Monopolkapitalismus nicht nur möglich, sondern geradezu unumgänglich gemacht haben, wird man sich manche Überlegungen zur Herrschaftsstruktur der USA neu überdenken müssen. Es läßt sich nämlich aufgrund von Pressemeldungen über Watergate und der über Radio (auch über AFN) ausgestrahlten Hearings des sogenannten Ervin-Ausschusses des US-Senats<sup>1</sup> feststellen, daß die amerikanische Wirklichkeit sich sehr wenig vom Szenario eines schlechten Romans unterscheidet.

1 Das Transskript der Hearings des Ervin-Ausschusses wird eine sehr wichtige Quelle sein für diejenigen, die sich mit der Herrschaftsstruktur der USA beschäftigen. Der Ausschuß setzt sich aus vier Senatoren der „Demokratischen“ und drei der „Republikanischen“ Partei zusammen. Star der bisher abgehaltenen Hearings ist Vorsitzender Sam Ervin gewesen, „Demokrat“ aus North Carolina. Ervin, der 76 alt und ein echtes Stück amerikanischer Folklore ist, vertritt als einer der letzten in der amerikanischen Regierung eine Politik, die sich als „Jeffersonian Democracy“ bezeichnen läßt. Ervin war ein leidenschaftlicher Gegner von Joe McCarthy, und er hat sich stets für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßig garantierter Freiheiten eingesetzt. Bedauerlicherweise hat er sich dem Freiheitskampf schwarzer Amerikaner widersetzt; allerdings war nichts anderes von einem Senator aus North Carolina zu erwarten. Andere „Demokraten“ im Ausschuß sind: Herman Talmadge (Georgia), Daniel Inouye (Hawaii), Joseph Montoya (New Mexico). Die „Republikaner“ sind: Howard Baker (Tennessee), Edward Gurney (Florida), Lowell Weicker (Connecticut). Der einzige Senator, der offensichtlich die Marionette der Nixon-Administration spielt, ist Gurney. Es ist bezeichnend für die Verhältnisse im Kongreß der USA, daß die Mehrheit des Ausschusses aus dem alten Süden kommt (North Carolina, Georgia, Tennessee, Florida), während der Rest aus bevölkerungsarmen Staaten stammt — das industrielle Amerika mit den größten Städten ist überhaupt nicht vertreten.

Wenn man unser Szenario Punkt für Punkt auf die politische Wirklichkeit der USA bezieht, so werden Zusammenhänge sichtbar, die von der „liberalen“ Presse der USA ebenso eifrig vermieden wie die bloßen Tatsachen der Watergate-Affäre von ihr aufgewühlt werden. Diese Tatsachen zeigen zwar nur Symptome, untersucht man sie, ist man jedoch bald bei der Krankheit selbst.

**Zu 1.:** Angesichts seiner verbrecherischen Politik seit der Wahl von 1968 vergißt man leicht, daß Richard Nixon nicht zuletzt deshalb gewählt wurde, weil er nicht — wie Hubert Humphrey — für die gescheiterte Kriegspolitik Lyndon Johnsons mitverantwortlich gemacht werden konnte und weil er immer wieder behauptete, er habe einen „geheimen Plan“, mit dem er den Frieden herbeiführen könne. Auch viele Amerikaner, die in der Antikriegsbewegung aktiv waren, haben angenommen, Nixon würde nach seiner Wahl feierlich proklamieren, der Krieg in Vietnam sei erfolgreich zu Ende gegangen und die amerikanischen Truppen alsbald abziehen. Die Annahme war plausibel, weil sogar einige maßgebende Geschäftsleute zu der Einsicht gekommen waren, daß der Kriegsgewinn in keinem günstigen Verhältnis mehr zu den Kriegskosten stünde, welche nur bei wachsender Gefährdung der innen- und außenpolitischen Stabilität des Systems getragen werden konnten.

**Zu 2.:** Trotz aller Plausibilität erwies sich diese Annahme als falsch. Statt die Niederlage in Vietnam als Sieg auszugeben und unter diesem dünnen Vorwand den Krieg zu beenden, hat der gerade gewählte Nixon den Luftterror über Nordvietnam wieder entfesselt, die Aggression gegen Laos verstärkt und den Überfall auf Kambodscha mit hinterhältigsten Methoden vorbereiten und durchführen lassen<sup>2</sup>. Es ist inzwischen bekannt, daß die Nixon-Administration seit 1969 illegale Bombenangriffe gegen Kambodscha und Laos führte und den Kongreß und die Öffentlichkeit mit verfälschten Berichten und plumpen Lügen darüber betrog.

2 Ungefähr zu dieser Zeit verbreitete die naiv ultralinke Terroristengruppe „Weathermen“ die Parole „Bring the War Home“. Der kleinbürgerliche Aktionismus der „Weathermen“ hat sich nach einigen Explosionen und ein paar kindischen Krawallen völlig erschöpft. Jedoch mittlerweile war Nixon dabei, ihre Parole — mindestens teilweise — zu verwirklichen. — Zu den „Weathermen“ siehe: Warren Hinkle: *Guerilla-Krieg in USA*. Stuttgart 1971; vgl. meine Rezension dazu in: *Das Argument* 73, 14. Jg. 1972, S. 544—546. Verwiesen sei auch auf: Susanne Kleemann: *Ursachen und Formen der amerikanischen Studentenopposition*. Frankfurt/M. 1971, S. 145 f. Kleemanns Buch ist informativ, obwohl sie manchmal dazu neigt, Illusionen der beschriebenen Organisationen in der eigenen Analyse zu reproduzieren. Wer, wie Kleemann, meint, die amerikanische New Left habe sich von einer liberalen, mittelständischen zu einer sozialistischen Bewegung transformiert (S. 11), geht von ganz undurchsichtigen Kriterien für die Entstehung sozialistischer Bewegungen aus und übersieht, daß mehr zu einer sozialistischen Bewegung gehört, als die Entdeckung (quasi-)sozialistischer Rhetorik seitens ein paar studentischer Organisationen. Trotzdem hat sie die „Weathermen“ richtig eingeschätzt.

**Zu 3.:** Man muß eigentlich damals in Amerika gewesen sein, um zu wissen, wie sprunghaft die demokratische Opposition gegen Nixons Kriegspolitik zugenommen hat. Im Mai 1970 streikten fast drei Millionen Studenten gegen den schließlich ganz offen mit Bodentruppen durchgeführten Überfall auf Kambodscha, und in fast jeder amerikanischen Großstadt (auch in vielen Mittel- und sogar Kleinstädten) gab es riesige und oft sehr militante Demonstrationen gegen den Krieg und den Präsidenten, der ihn befahl. Heute ist es klar, daß die amerikanische Antikriegsbewegung auf tönernen Füßen stand, damals allerdings war sie einige Zeit lang relativ stark und siegesgewiß. Weil es ihr jedoch an organisatorischen und ideologischen Grundlagen fehlte, war die Antikriegsbewegung nicht in der Lage, sich zu einem dauerhaften Gegengewicht zu imperialistischer Machtpolitik zu entwickeln. Die Demonstranten versuchten nur sporadisch, ein Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften der Arbeiterbewegung zu schließen. (Versuche, die darauf hinausliefen, Arbeiter für studentische Projekte und Ideale einzuspannen, schlugen natürlich fehl.) Unter dem starken Druck des Staatsapparats und der Einsicht, daß sie allein nicht in der Lage war, ein Ende des Krieges zu erzwingen, verfiel die Protestbewegung so schnell, wie sie zuvor zugenommen hatte: ein Teil der Kriegsgegner zog sich aus der Politik zurück und wandte sich den verschiedensten Varianten der Nabelschau zu (darunter: Drogen, Landkommunen, Makrobiotik, Jesus-Bewegung, asiatische Religionen); ein anderer Teil irrte noch eine Weile in der trügerischen Selbstbefriedigung des individuellen Terrors umher.

Inzwischen wissen wir, daß Richard Nixon die Antikriegsbewegung vor deren Verfall sehr ernst nahm. Am 23. Juli 1970 hat Nixon einem Plan sein Imprimatur gegeben, der zum Ziel hatte, eine illegale „Super Secret Police“<sup>3</sup> aus FBI, CIA, dem „Nationalen Sicherheitsdienst“ („National Security Agency“) und dem „Nachrichtendienst zur Verteidigung“ („Defense Intelligence Agency“) zu bilden. Die „Super Secret Police“ sollte dann gegen Antikriegsaktivisten, studentische und schwarze „Radikale“, die Black-Panther-Partei sowie ausländische Studenten und Diplomaten eingesetzt werden. Bereits nach fünf Tagen mußte der Plan offiziell von Nixon zurückgezogen werden, weil vor allem der eigenmächtige Chef des FBI, das laut Gesetz für geheimpolizeiliche Tätigkeit innerhalb der USA zuständig ist, sich weigerte mitzumachen<sup>4</sup>. Für die Opposition des greisen J. Edgar Hoover, der 1924 vom Präsidenten Calvin Coolidge zum ersten Chef des FBI ernannt wurde, waren irgendwelche demokratischen Skrupel keineswegs ausschlaggebend, denn schon seit 1941

3 Der Name „Super Secret Police“ stammt aus „Newsweek“ vom 4. Juni 1973, S. 28. Einzelheiten über den Plan werden noch geheimgehalten — „aus Gründen der nationalen Sicherheit“, wie es heißt.

4 „Newsweek“ vom 4. Juni 1973, S. 30. Über die Streitigkeiten zwischen Hoover und anderen Regierungsinstanzen siehe „The Washington Post“ vom 17. Juni 1973. Nach diesem Bericht haben Agenten des FBI wichtige Einzelheiten über die Watergate-Affäre der Presse zugespielt.

hatte das FBI unter Hoovers Regie ähnliche Maßnahmen wie die im Plan vorgesehenen durchgeführt, bis ein Befehl aus dem Weißen Haus 1965 die Einstellung der eklatantesten Operationen anordnete. Anscheinend betrachtete der FBI-Chef seine eigene Organisation als „Super Secret Police“ und war nicht gewillt, sich einer übergeordneten Instanz zu unterwerfen. Obwohl die Senilität Hoovers sprichwörtlich geworden war, wagte Nixon nicht, öffentlich gegen ihn vorzugehen, angeblich weil Hoover und seine Assistenten Material gesammelt hatten, mit dem sie die Regierung erpreßten, wie sie dies mit anderen Regierungen zuvor auch getan haben sollen.

**Zu 4.:** Der Plan für eine „Super Secret Police“ — obwohl „offiziell“ von Nixon zurückgezogen — lebte in geänderter Form weiter, und zwar in Gestalt zweier Organisationen: eines interbehördlichen „Nachrichten - Auswertungsausschusses“ („Intelligence Evaluation Committee“) und einer „Einheit für Sonderermittlungen“ („Special Investigations Unit“). Beteiligt an diesen Organisationen waren Robert Mardian aus dem Stab des Innen- und Justizministers (Assistant Attorney General) — später ein wichtiger Funktionär in der Kampagne für die Wiederwahl Nixons —, John Dean vom Stab Nixons und Gordon Liddy, ein früherer FBI-Mann und Staatsanwalt aus dem Bundesstaat New York, der zu jener Zeit auch im Stab Nixons beschäftigt war. Diese Organisationen, vor allem die „Einheit für Sonderermittlungen“ („Plumbers“ = „Klempner“ — für das Abdichten von lecken Stellen), tragen die Verantwortung für die Maßnahmen, die der damalige Innen- und Justizminister John Mitchell später vor dem Ervin-Ausschuß als „the White House Horrors“ („die Greuelthaten des Weißen Hauses“) bezeichnen sollte. 1971, als Nixon mehr Informationen über die „Pentagon-Papiere“-Affäre haben wollte, wurden Gordon Liddy und Howard Hunt (von Nixon? von Erlichman? von sonst jemandem?) beauftragt, sie zu beschaffen. Liddy fand einen passenden Partner in Hunt, einem alten CIA-Mann, der in führender Rolle beim Schweinebucht-Angriff gegen Kuba beteiligt war. Den beiden wurden Geheimakten des FBI über Daniel Ellsberg, der die „Pentagon-Papiere“ an die Presse weitergeleitet hat, zur Verfügung gestellt — und zwar von dem bereits erwähnten Assistant Attorney General Robert Mardian. Da der Psychiater von Ellsberg sich weigerte, das FBI über seinen Patienten zu informieren, haben Liddy und Hunt einen Einbruch in das Büro des Psychiaters organisiert, um dort Akten über Ellsberg fotografieren zu können. Unter anderem waren an diesem Einbruch — außer Liddy und Hunt als Organisatoren — beteiligt: Bernard Barker, ehemaliger kubanischer Polizist unter Batista (danach Schweinebucht-Kämpfer unter Hunt und schließlich Makler im Schwindelparadies Miami) und Eugenio Martinez, der ebenfalls an verschiedenen konterrevolutionären Aktionen gegen Kuba teilgenommen hatte. Alle tauchen beim Watergate-Einbruch wieder auf.

Der Ellsberg-Einbruch war nur eine von vielen geheimpolizeilichen Maßnahmen, die vom Weißen Haus aus organisiert wurden.

Man ließ „radikale“ Gruppen und oppositionelle Politiker (z. B. Edward Kennedy) bespitzeln und wichtige Dokumente des State Departement zu Propagandazwecken (von Hunt) verfälschen. Außerdem trugen Berater des Präsidenten eine Liste von „Gegnern“ zusammen, die von der Regierung schikaniert werden sollten.

Bis jetzt ist nicht ganz klar, wie das Weiße Haus die Unternehmungen seiner illegalen Geheimpolizei finanziert hat. Auf jeden Fall scheint das Geld hauptsächlich dem Etat des Komitees für Nixons Wiederwahl entnommen zu sein. Dies wirft natürlich die Frage auf, wie ein solcher Etat zustande kommt. Wir können die Frage hier nur kurz anschnitten. Am 11. Juni 1973 hat der Ervin-Ausschuß ein Memorandum zur Kenntnis genommen, in dem Jeb Magruder John Mitchell mitteilte, Maurice Stans habe erzählt, er (Stans) könne als Handelsminister eine Million Dollar aus dem Staatsetat für die Kampagne für Nixons Wiederwahl organisieren. Sollte man nicht in Erwägung ziehen, ob andere Minister das gleiche machen konnten? Es ist nicht auszuschließen, daß Nixons Geheimpolizei mindestens teilweise mit Steuergeldern finanziert wurde, die von Kabinettsmitgliedern veruntreut wurden. Allerdings ist klar, daß der Großteil des Geldes über „normale“ Wege geflossen ist. Wir wollen uns einige dieser „normalen“ Wege näher ansehen, weil sie mit dem ganzen Komplex der Watergate-Skandale verbunden sind — aber auch, weil sie auf exemplarische Weise die *raison d'être* solch skandalöser Zustände aufzeigen.

a) Der Mischkonzern ITT (International Telephone and Telegraph), dessen Tätigkeit schon seit seiner Gründung jede Satire in den Schatten stellt<sup>5</sup>, versuchte mit einem Beitrag von 400 000 Dollar auf das Konto der „Republikanischen“ Partei zu erreichen, die amerikanischen Antitrust-Gesetze umgehen zu können. Eine Aktennotiz der ITT-Lobbyistin Dita Beard für den ITT-Vizepräsidenten, durch die Nixon, dessen Berater Bob Haldemann und der Innen- und Justizminister John Mitchell stark belastet werden, wurde dem Journalisten Jack Anderson zugespielt. Andersons Enthüllungen veranlaßten den Rechtsausschuß des US-Senats, Hearings zu der Affäre einzuleiten. Aber als die Senatoren Dita Beard vernehmen wollten, stellte sich heraus, daß die Dame merkwürdigerweise verschwunden war. Sie wurde hektisch in allen Bundesstaaten der USA gesucht, bis J. Edgar Hoover endlich meldete, seine Leute hätten sie in einem Krankenhaus in Denver, Colorado (ungefähr 2700 km von Washington entfernt) gefunden. Außerdem sei sie herzkrank und transportunfähig. Der Senatsausschuß kam zu ihr ins Krankenhaus, aber sie

5 Siehe die Serie „ITT: Weltkonzern zwischen Politik und Profit“, in: „Der Spiegel“, Nr. 26—28 (25. Juni, 2. Juli, 9. Juli 1973). Die Informationen in dieser Serie und in dem im Herbst 1973 in deutscher Sprache erscheinenden Buch, welchem sie entnommen sind — Anthony Sampson: Weltmacht ITT — sind äußerst wichtig, leider ist die Interpretation sehr dürftig. Einzelheiten der neuesten ITT-Affären sind in der dritten Fortsetzung der „Spiegel“-Serie zu finden.

blieb bei der Version ihres Anwaltes, wonach sie kein solches Memorandum geschrieben habe und einem Anderson-Assistenten nicht erzählt habe, was dieser später verbreitete. Mittlerweile hat sich herausgestellt, wie Dita Beard nach Denver kam. Gordon Liddy hat sie dorthin gebracht und im Krankenhaus versteckt. Später soll Howard Hunt — mit Sonnenbrille und Perücke getarnt — sie auf Veranlassung von Nixon-Berater Charles Colson besucht haben. Vermutlich hat er mehr als bloß Blumen vom Weißen Haus gebracht. Wer von ITTs Bereitschaft, den demokratischen Prozeß mit teurem Geld voranzutreiben, nicht schon überzeugt ist, mag sich von einer letzten Kleinigkeit beeindrucken lassen: Zur Zeit der Auseinandersetzung über ITT und die Antitrustgesetze legte die ITT-Firma O. M. Scott & Sons auf Nixons Grundstück in California kostenlos einen Golfplatz an<sup>6</sup>.

b) Der internationale Schwindler Robert Vesco, der sich nach einem sicherlich übertriebenen Bericht des „Spiegel“ um 224 Millionen Dollar aus Bernie Cornfelds IOS bereichern konnte<sup>7</sup>, fühlte sich im April 1972 so vom Patriotismus überwältigt, daß er 2000 Hundert-Dollar-Scheine<sup>8</sup> dem Nixon-Wiederwahlkomitee per Kurier zukommen ließ. Seitdem haben böse Zungen versucht, Vescos Anfall von Patriotismus mit der Tatsache in Zusammenhang zu bringen, daß der Innen- und Justizminister John Mitchell sofort danach ein Rendez-

6 Es handelt sich hierbei um dasselbe Grundstück, das unter mysteriösen Umständen über den Millionär und Erfinder des Sprühdosenventils Robert Abplanalp an Nixon gelangt war: Abplanalp hatte Nixon für den Erwerb des Grundstücks ein Darlehen in Höhe von 625 000 Dollar zur Verfügung gestellt; Abplanalp kaufte daraufhin einen Teil des Grundstückes für 1 249 000 Dollar von Nixon zurück. Über den Grundstück-Handel existiert keine amtliche Eintragung. Der Fall wird von Ermittlungsbehörden untersucht. — In dieses und ein anderes Nixon-Grundstück in Key Biscayne, Florida, wurden fast zwei Millionen Dollar aus der Staatskasse investiert: angeblich für Sicherheitsmaßnahmen, worunter Nixons Leibwache (Secret Service) allerdings auch das Errichten von Fahnenmasten und den Einbau einer Heizung in das Schwimmbaden versteht. („Newsweek“ vom 4. Juni 1973, S. 30, und „Newsweek“ vom 16. Juli 1973, S. 26.) Bei der im Wahlkampf in den USA vorgeschriebenen Offenlegung seines Vermögens hatte Nixon das von Abplanalp gegebene Geld verschwiegen („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5. Juli 1973).

7 Am 21. Mai 1973 berichtete „Der Spiegel“ (Nr. 21, S. 95), Vesco werde *vorgeworfen*, er habe sich um 224 Millionen Dollar aus Cornfelds IOS bereichert. Am 4. Juni 1973 wußte „Der Spiegel“ (Nr. 23, S. 116) zu berichten, Vesco habe die 224 Millionen Dollar herausgeholt. Aber schon am 4. Dezember 1972 schrieb dieselbe Zeitschrift (Nr. 50, S. 130), es werde Vesco *und 41 Komplizen vorgeworfen*, 224 Millionen Dollar herausgeholt zu haben. Nur die letzterwähnte Version stimmt mit amerikanischen Pressemeldungen überein.

8 Hundert-Dollar-Noten begegnet man im Verlauf der Affäre immer wieder, so waren z. B. die Taschen der Watergate-Einbrecher damit vollgestopft.

vous zwischen Vesco, gegen den die Börsenaufsicht gerade eine Ermittlung führte, und dem Chef der Börsenaufsicht arrangierte. — Eine „Grand Jury“ in New York hat inzwischen den damaligen Handelsminister Maurice Stans und John Mitchell wegen Korruption angeklagt. Vesco jedoch, dessen Patriotismus offensichtlich unter dem Eindruck der letzten Ereignisse abnahm, entkam nach Costa Rica, wo er seine amerikanische Staatsangehörigkeit abgelegt hat. Soweit bekannt, hat er sein ergaunertes Kapital behalten.

c) Am 6. Juli 1973 gab American Airlines zu, dem Komitee für die Wiederwahl Nixons 75 000 Dollar zur Verfügung gestellt zu haben. Von dieser Summe waren 55 000 Dollar unmittelbar der Geschäftskasse entnommen — was ausdrücklich illegal ist. Zur Zeit des „Geschenks“ wollte American Airlines mit Western Airlines fusionieren, dazu aber wäre eine Bewilligung der zuständigen Behörde notwendig gewesen. Von Herbert Kalmbach, persönlicher Anwalt Nixons und beratender Anwalt eines großen Konkurrenten (United Airlines), hatte der Präsident von American Airlines erfahren, daß man von American Airlines 100 000 Dollar erwarte. Anscheinend hat man tatsächlich so viel erwartet, denn die aufgebrauchten 75 000 Dollar bewirkten nicht, die Fusionsbewilligung zu sichern. Die „New York Times“ hat in Interviews mit Industriellen feststellen können, daß der Vorgang bei American Airlines keineswegs ungewöhnlich war. Viele große Firmen — besonders jene, die große Rüstungsaufträge hatten oder irgendwie in Schwierigkeiten mit den Behörden geraten waren — wurden von Vertretern des Komitees für die Wiederwahl Nixons aufgesucht, die ihnen zu wissen gaben, man erwarte von ihnen 100 000 Dollar<sup>9</sup>. In einigen Fällen wurde die Gegenleistung von der Regierung geliefert<sup>10</sup>, aber in anderen Fällen eben nicht. Das ganze scheint auf einen allgemeinen Tribut der Industrie an den Präsidenten hinausgelaufen zu sein, der ihr noch unangenehmer gewesen sein dürfte als die normale vom Kongreß verabschiedete Steuer, weil sie nicht so leicht zu umgehen war. Inzwischen wurde bei Nixons Privatsekretärin eine Liste gefunden, in der 2000 Personen und die von ihnen eingezahlten Beträge aufgeführt sind — insgesamt zwischen 14 und 19 Millionen Dollar. Bei den angegebenen Personen handelt es sich zum großen Teil um Großindustrielle und Manager<sup>11</sup>.

9 „The International Herald Tribune“ vom 16. Juli 1973, S. 1; Abdruck des „Times“-Berichts für Europa.

10 Einige Beispiele bringt „Newsweek“ vom 23. Juli 1973.

11 Bei der Liste handelt es sich um die einzige noch existierende Kopie, die anderen wurden — wahrscheinlich von dem ehemaligen Handels- und Finanzminister Maurice Stans — nach dem Watergate-Einbruch vernichtet; die Liste diente Nixons Sekretärin Rose Mary Woods als Versandliste zum Verschicken von Weihnachtsgrüßen u.ä. Wegen des Schreckens, den die Liste in Industriellenkreisen verbreitet, wird sie, nach dem Film von Roman Polanski, „Rose Mary's Baby“ genannt („Newsweek“ vom 23. Juli 1973, S. 26).

**Zu 5.:** Am 27. Januar 1971 trafen sich Mitchell, Dean, Liddy und Jeb Magruder in Mitchells Büro. Zu der Zeit hat Liddy ungefähr eine Million Dollar für die Durchführung eines Plans verlangt, den er mit Hilfe professionell aufgemachten Anschauungsmaterials schilderte. Von Liddy war eine Vielfalt von illegalen Aktivitäten vorgesehen, die die Kampagne für Nixons Wiederwahl unterstützen sollten. Darunter waren (nach Aussagen Magruders, Deans und Mitchells vor dem Ervin-Ausschuß): 1. illegale Abhör- und elektronische Überwachungsmaßnahmen; 2. Entführung von „Radikalführern“ und deren Verhaftung in Mexiko; 3. ein Korps von Prostituierten, die beim Parteitag der „Demokratischen“ Partei Nachrichten sammeln und demokratische Politiker kompromittieren sollten. Statt Liddy auf der Stelle zu verhaften, hat Mitchell — immerhin „Oberster Beamter zur Durchsetzung des Gesetzes“ („Chief Law Enforcement Officer“) der USA — gemeint, der Vorschlag sei „unrealistisch“. Später hat Mitchell einen bescheideneren Vorschlag von Liddy angenommen, dessen Verwirklichung 250 000 Dollar kosten sollte. In diesem Plan war der Einbruch in das Hauptquartier der „Demokratischen“ Partei im „Watergate“-Gebäude in Washington ausdrücklich vorgesehen. Man hoffte, dort Material finden zu können, das die Korruption der „Demokraten“ nachweisen würde. Beim zweiten Einbruch in das Gebäude wurden fünf Mitglieder der geheimen Nixon-Polizei von der Washingtoner Polizei festgenommen. Unter den Verhafteten befand sich James McCord, „Sicherheits“-Chef des Komitee zur Wiederwahl des Präsidenten.

**Zu 6.:** Fast ein Jahr lang hat die Nixon-Administration den Versuch unternommen, mit Lügen, Bestechung und Meineid den wahren Sachverhalt des Watergate-Einbruchs und der damit zusammenhängenden Ereignisse zu verhüllen. John Dean, Anwalt des Präsidenten, hat vor dem Ervin-Ausschuß zu Protokoll gegeben, daß Nixon mindestens seit September 1972 über diesen Versuch informiert war. Aber dank der Arbeit eines kleinen Teils der amerikanischen Presse (vor allem von zwei Reportern der „Washington Post“, Carl Bernstein und Bob Woodward) konnte die Verteidigungslinie der Regierung immer weiter zurückgedrängt werden. (Allerdings ist die Selbstbejubelung der Presse in den USA wenig gerechtfertigt: im November 1972, fast fünf Monate nach dem Watergate-Einbruch, war das Verhältnis der Zeitschriften, die Nixon unterstützten, zu denen, die McGovern unterstützten, 18:1.)

Die personellen Folgen der Watergate-Affäre in Washington sind nicht mehr überschaubar. Zu den bisherigen Opfern des Skandals sind zu zählen: 1. die Berater des Präsidenten, Haldeman, Erlichman und Dean; 2. die beiden Minister Mitchell und Kleindienst (nacheinander Attorneys General); 3. der FBI-Chef Patrick Gray; 4. der Chef der Börsenaufsicht C. Bradford Cook; 5. der ehemalige Handelsminister Maurice Stans; und viele, viele kleinere Fische. Der Mann, der ihnen vorstand, bleibt weiter im Amt und behauptet seine Unschuld. Aber wenn er wirklich unschuldig ist, so ist es merkwürdig,

daß er nicht seine heimlich und illegal auf Tonband aufgenommenen Gespräche mit John Dean freigibt — wenn er mit ihrer Hilfe seine Unschuld beweisen könnte.

Zu 7.: Zu fragen, was aus den guten Sitten geworden ist, ist inzwischen zur Dauerfunktion der Liberalen geworden, zumindest des Teils der Liberalen, der nicht direkt kompromittiert ist. Die bisher geistreichste Antwort hat der Newsweek-Kommentator Stewart Alsop gegeben: es liege an einer Renovierung des Weißen Hauses im Jahre 1949, daß die guten Sitten — zusammen mit den Geistern verstorbener Präsidenten — verschwunden seien<sup>12</sup>.

## II.

### Kein „normaler“ Skandal

Wer mit derartigen Fragen und Antworten nicht zufrieden ist, der wird versuchen müssen, die Watergate-Affäre in Hinblick auf ihre Funktion und ihren Klasseninhalt zu analysieren. In der bürgerlichen Ideologie sind Skandale Fremdkörper, die das saubere Geschäft des Regierens stören. Aber die historische Erfahrung hat gezeigt, daß bürgerliche Systeme stets zwischen einem übertriebenen Anstandsschauspiel einerseits und dem Sex- oder Geldskandal andererseits hin und her pendeln<sup>13</sup>. Heuchelei und Skandal stellen den Rahmen dar, in dem die Korruption, die zum Funktionieren einer bürgerlichen Ordnung notwendig ist, sich abspielt; gleichzeitig können sie nach Bedarf als Instrumente benutzt werden, um die notwendige Korruption des Regierungsapparats in den Grenzen zu halten, die diesseits allgemeiner Anarchie gezogen sind. Es ist dabei allerdings wichtig festzuhalten, daß Sex- und Geldskandale auch gegen nicht-korrupte Beamte entfesselt werden können; d. h. es ist letzten Endes gleichgültig, ob ein beliebiger Herr Ministerialrat sich mit Fräulein X tatsächlich herumtreibt bzw. sich tatsächlich bestechen läßt oder nicht, wichtig ist nur, daß der Eindruck erweckt werden kann und daß die Öffentlichkeit entsprechend darauf reagiert. Der ganze Mechanismus der Korruption bürgerlicher Regierungen ist in Gesetzmäßigkeiten verankert, denen man mit bloßen Gesetzen nicht beikommen kann<sup>14</sup>.

12 „Newsweek“ vom 16. Juli 1973, S. 24.

13 Daß dies auch für die Bundesrepublik gilt, belegen unter anderem die folgenden Untersuchungen: Bernt Engelmann: Schützenpanzer HS 30, Starfigther F-104 oder Wie man unseren Staat zugrunde richtet. München 1967; Ulrich Sonnemann: Der bundesdeutsche Dreyfus-Skandal. Rechtsbruch und Denkverzicht in der zehn Jahre alten Justizsache Brühne — Ferbach. München 1970; Wolfgang Roth u. a. (Hrsg.): Schwarzbuch: Franz-Josef Strauß. Köln 1972.

14 Dies läßt sich aufgrund von internationalen Vergleichen feststellen. Für ein Beispiel aus Japan siehe: Shigeru Yoshida: Japan im Wiederaufstieg. Die Yoshida Memoiren. Düsseldorf-Köln 1963, S. 96. Jedoch nicht nur die liberale, parlamentarische Form bürgerlicher Herrschaft ist vom

In den USA hat man ein Lobby-System errichtet, das im Grunde genommen auf eine Institutionalisierung der Korruption hinausläuft. Lobbyisten vermitteln etwa zwischen Kongreßabgeordneten, die Geld oder Dienstleistungen brauchen (kostenlose Flüge sind beispielsweise sehr gefragt) und Firmen, die „Freunde“ in der Regierung suchen. Dieses System wird gewöhnlich damit gerechtfertigt, daß es einem „Informations“-Bedürfnis entgegenkomme (als ob die Kongreß-Bibliothek — die Library of Congress — dafür nicht geeigneter wäre). Interessant ist, daß die legalisierte Korruption des Lobby-Systems keinen Ersatz für das klassische bürgerliche Korruptionssyndrom bietet. Ausgerechnet die Lobbyisten gehen immer wieder zur illegalen Korruption über, denn nur dadurch können die ganz besonderen „Freundschaften“, die die Firmen suchen, geschlossen werden — und schon wieder ist das Potential für Skandale da. Ein gutes Beispiel für die zweigleisige Arbeitsweise auch gut etablierter Lobbyisten ist die oben beschriebene Affäre, in die die ITT-Lobbyistin Dita Beard verwickelt war<sup>15</sup>.

Die Watergate-Affäre unterscheidet sich von einem „normalen“ Skandal darin, daß Sex und Geld nicht im Vordergrund stehen (obwohl beide selbstverständlich dabei sind). „Watergate“ bezeichnet viel eher die illegale Machtanmaßung der Exekutive eines bürgerlichen Staates als das Vergehen irgendwelcher Personen — eine Art Verschwörung der Regierung gegen die Regierungsform. Deshalb kann die Watergate-Affäre kaum mit den neuesten Skandalen in Großbritannien oder der BRD verglichen werden.

### Wer wen?

Weil die Watergate-Affäre aus dem „normalen“ Rahmen herausfällt, stellen sich die Fragen: 1. Wer hat sich zu welchem Zweck verschworen? 2. Warum ist die Verschwörung gescheitert? Der „wer“ der Verschwörung ist nicht schwer herauszufinden; es ist niemand anderes als die obere Schicht der Nixon-Administration in Washington. Diejenigen Regierungsinstanzen, die entweder vor der Nixon-Ära sich etablieren konnten oder eine eigene Machtbasis hatten (z. B. J. Edgar Hoover), blieben im großen und ganzen der Verschwörung fern. Es gilt also, die Nixon-Clique auf die Merkmale hin zu untersuchen, die sie von früheren Regimen in Washington unterscheiden.

Korruptions-Syndrom gekennzeichnet, sondern auch hier stellt der Faschismus seinen bürgerlichen Charakter zur Schau. Die beiden Pole der bürgerlichen Regierungsmoral zeigen sich deutlich in den unterschiedlichen Lebensstilen von Hitler und Göring. Für Material zur Rolle des Skandals im faschistischen Deutschland vgl. Charles Bloch: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. Frankfurt/M. 1970, S. 106 ff.; Werner Maser und Heinz Höhne: Adolf Hitler: „Aufriß über meine Person“, in: „Der Spiegel“, Nr. 22, 28. Mai 1973, S. 119 f.

<sup>15</sup> Für eine sehr brauchbare Beschreibung des Lobby-Systems durch einen Ex-Lobbyisten siehe Robert N. Winter-Berger: The Washington Payoff. New York 1972.

Es muß natürlich vorausgeschickt werden, daß all solche Unterschiede eher tendenziell als absolut sind. Es gab 1968 keinen großen Bruch in der amerikanischen Geschichte, sondern nur eine Fortsetzung und Verstärkung bestimmter Trends und Entwicklungen, die schon längst vorhanden waren.

Schon Präsident Andrew Jackson hatte einen Kreis von Freunden und Beratern, den man als „Küchenkabinett“ bezeichnet hat, und seitdem hat jeder Präsident einen ähnlichen Kreis gehabt, der sich mehr oder minder ins Regierungsgeschäft eingemischt hat. Auch wenn der innere Kreis eines Präsidenten ziemlich „unpolitisch“ ist, kann er eine gewisse politische Bedeutung haben, allein schon aufgrund seines Zugangs zum Präsidenten, der ja viel souveräner regiert, als in parlamentarischen Systemen üblich. Obwohl Nixon auch einen Freundeskreis hat, bildet er anscheinend nicht den Kern dessen, was man als die Nixon-Clique bezeichnen darf. (Der Sprühdosenkönig R. Abplanalp und der Spekulanten-Freund Nixons Bebe Rebozo bleiben Washington fern; der alte Nixon-Vertraute William Rodgers vertreibt seine Zeit im State Department, allerdings abseits der von Henry Kissinger geleiteten großen Außenpolitik; nur John Mitchell scheint gleichzeitig ein Freund Nixons gewesen und an der Clique, die für Watergate verantwortlich ist, beteiligt zu sein — und es gab offensichtlich Reibereien zwischen dem Attorney General und dem Stab Nixons)<sup>16</sup>.

Zwar war das Kabinett am Anfang der Nixon-Regierung weitgehend aus profilierten Persönlichkeiten und Repräsentanten verschiedener Partefraktionen zusammengesetzt, dann aber wurden ihm — ähnlich wie unter Jackson — nach und nach Kompetenzen entzogen; Minister, die zu stark dieser Entwicklung widerstrebten, mußten gehen. „Republikaner“ alten Typs, Leute aus den „besten“ Familien, die die Prestige-Universitäten der Ostküste besucht hatten, kamen unter Nixon nie zu der Geltung, die sie unter Eisenhower genossen hatten.

Das Schwergewicht der Exekutive scheint sich aus dem Kabinett in den Umkreis des Stabes des Weißen Hauses verlagert zu haben. In seiner stark hierarchischen Ordnung ähnelt Nixons Stab der Organisation einer großen Firma. Wir finden hier überwiegend Männer, die keinerlei eigenständige politische Erfahrungen oder Verbindungen hatten, bis sie von Nixon angestellt wurden. Die Mitglieder der Nixon-Clique wurden eher aus dem Westen (vor allem Kalifornien), dem Mittleren Westen oder gar dem Süden als aus dem Osten rekrutiert. Statt Harvard oder Yale wurde die „University of Southern California“ — bis dahin bekannt wegen ihrer Football-Mannschaften und ihrer bierfreudigen Studentenverbindungen (zusammen mit der Tatsache, daß der rechtsradikale Filmstar und Regisseur eines priva-

16 Diese Reibereien haben sich natürlich verstärkt, seitdem es darum geht, wer — Mitchell, Haldeman oder Erlichman — am längsten im Gefängnis sitzen muß.

ten Propaganda-Films für den Vietnam-Krieg John Wayne dort immatrikuliert war) — das „intellektuelle“ Zentrum des Nixon-Regimes. Außerdem ist Nixons Vorliebe für Leute mit Erfahrung in der Werbebranche oft kommentiert worden (auch dies hat Jackson in gewisser Weise vorweggenommen, bei ihm waren es allerdings nur einfache Zeitungsjournalisten, die den Ruf in den inneren Kreis bekommen haben)<sup>17</sup>. Nixon wollte die Cliqueswirtschaft in seiner Administration ausweiten: so sollte der Nixon-Lakai Patrick Gray zum Chef des FBI auf Lebenszeit ernannt werden; es war geplant, die Steuerbehörde des Bundes „gleichzuschalten“, um sie nach Nixons Wiederwahl besser gegen politische Gegner einsetzen zu können. Die Watergate-Affäre hat diese Entwicklung abgeschnitten.

Dieser Prozeß spiegelt einerseits objektive Entwicklungen in der Kapitalstruktur und Demographie der USA wider. Er hat sich aber andererseits aus der spezifischen politischen Konstellation der späten 60er und frühen 70er Jahre ergeben. In dem Moment nämlich, als nicht mehr zu übersehen war, daß ein militärischer Sieg in Indochina nicht erreicht werden konnte, brach der außenpolitische Konsens der herrschenden Klasse der USA, der sich durch den Kalten Krieg herausgebildet hatte, zusammen. Die Nixon-Politik in Indochina reflektiert in gewisser Hinsicht die Ratlosigkeit eines Mannes, der nicht mehr weiß, was seine Auftraggeber von ihm erwarten, besser gesagt: eines Mannes, der die in sich widersprüchlichen Erwartungen seiner Auftraggeber erfüllen will. Es gibt Anzeichen, daß die punktuelle Gespaltenheit der herrschenden Klasse tiefe, immante Ursachen haben könnte: z. B. in der gegenwärtigen „Öl-Krise“ der USA deuten sich ernste Auseinandersetzungen zwischen Kapitalgruppierungen an<sup>18</sup>. Auf jeden Fall fiel der Zusammenbruch des außenpolitischen Konsens mit wachsenden innenpolitischen Sorgen zusammen. Die herkömmlichen Instrumente der Geheimpolizei und der Klassenjustiz waren offensichtlich nicht darauf vorbereitet, die innenpolitische Situation im Sinne des Kapitals zu stabilisieren<sup>19</sup>. Dies war die Grundlage, auf der sich eine beschränkte Verselbständigung der Nixon-Clique vollzog. Die Nixon-Leute konnten mit Vollmacht —

17 Allein von der J. Walter Thompson Werbe-Agentur kamen Nixon-Berater Bob Haldeman, dessen Assistent Dwight Chapin und der Pressesprecher des Weißen Hauses, Ronald Ziegler. Als „all-American boy“ ist Ziegler wahrscheinlich unübertroffen: nicht nur ist er Mitglied der Sigma Chi-Verbindung, Absolvent der University of Southern California und Werbefachmann, er hat sich auch als Führer der „Dschungel-Fahrt“ in Disneyland verdient gemacht. — Zur Rolle von Zeitungsjournalisten im „Küchenkabinett“ Jacksons siehe: Arthur M. Schlesinger: *The Age of Jackson*. New York 1945, S. 67—73; James Parton: *The Presidency of Andrew Jackson*, Bd. 3. New York 1967 (1. Aufl. 1860), S. 5—15.

18 Es ist dringend wünschenswert, daß die genauen Ursachen dieser Gegensätze aufgedeckt und ihre Bedeutung für die sich verstärkenden Klassenauseinandersetzungen in den USA herausgearbeitet werden.

19 Siehe u. a. „The Washington Post“ vom 17. Juli 1973. Angeblich hatte Hoover 1970 seine Verbindungen zum CIA abgebrochen.

auch und gerade außerhalb der bestehenden Institutionen — gegen militante Schwarze und die demokratische Opposition im allgemeinen vorgehen.

Jedoch nachdem die Gefahr von links nicht mehr akut war, wollte die Nixon-Clique das erreichte Maß an Selbständigkeit beibehalten und sogar erweitern. Diese Ablösungsversuche hat die herrschende Klasse der USA<sup>20</sup> nur sehr kurze Zeit geduldet. Die Voraussetzung einer ausgereiften *bonapartistischen* Lösung — der „einzigen möglichen Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren, und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte“<sup>21</sup> — war noch nicht gegeben. Es ist wahr, daß die amerikanische Arbeiterklasse, unter der Führung einer korrumpierten Gewerkschaftsbürokratie, die mit

20 Es ist immer schwierig, den Begriff „herrschende Klasse“ zu präzisieren, zumal in den noch sehr stark von Regionalismus geprägten USA. Ich gehe davon aus, daß die Herrschaft der herrschenden Klasse primär in ihrer Verfügungsgewalt über den Produktionsprozeß verankert ist und daß diese Verfügungsgewalt letzten Endes eine Funktion des Besitzes von Privateigentum an Produktionsmitteln ist. Es sollte selbstverständlich sein, daß Herrschaft kein absoluter Zustand ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis, das sich je nach den spezifischen Bedingungen in verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich gestaltet. Herrschaft wird nicht notwendigerweise dadurch abgeschafft, daß der Herrschende gezwungen ist, Kompromisse mit dem Beherrschten einzugehen; im Gegenteil, rechtzeitige Kompromisse können eine wacklig gewordene Herrschaft befestigen. Ein brauchbarer Ansatz zur Analyse der herrschenden Klasse der USA lieferte Paul M. Sweezy: Zum Begriff der herrschenden Klasse (1951), in: ders.: Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie. Frankfurt/M. 2 1971, S. 70—84. Sweezy hebt eine wichtige Unterscheidung hervor: „die sozialen Klassen, wie wir sie gegenwärtig beobachten, sind *nicht identisch* mit den ökonomischen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft; sie sind vielmehr *Modifizierungen* der ökonomischen Klassen“ (S. 76). Da er aber das Verhältnis zwischen dem „Kern“ der herrschenden sozialen Klasse (d. h. der Großeigentümer) und den „Randgruppen“ dieser Klasse (darunter kleinere Privateigentümer, Regierungsbeamte, die hohen Militärs, nicht zu den Großeigentümern zuzurechnende leitende Angestellte, Freiberufliche) nicht näher bestimmt, öffnet er Konzeptionen, die soziale oder politische Macht von deren ökonomischer Basis loslösen und dadurch mystifizieren, Tür und Tor. Die „Power Elite“-Theorie von C. Wright Mills (The Power Elite, New York 1956) ist vornehmlich den letzteren zuzuzählen. Sowohl Sweezy als auch Herbert Aptheker haben sich mit der „Power Elite“-Konzeption von Mills aus marxistischer Sicht auseinandergesetzt; beide abgedruckt in G. William Domhoff und Hoyt B. Ballard (Hrsg.): C. Wright Mills and The Power Elite. Boston 1968.

21 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 17, S. 338. Zu Marx' Bonapartismus-Analyse siehe auch: Die Klassenkämpfe in Frankreich, in: MEW, Bd. 7, S. 9 ff.; Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Bd. 8, S. 111 ff.; Das Attentat auf Bonaparte, in: MEW, Bd. 12, S. 389 ff.; Die Herrschaft der Prätorianer, in: MEW, Bd. 12, S. 399 ff.

wenigen Ausnahmen in das imperialistische System vollkommen integriert ist, keinerlei eigenständigen politischen Machtanspruch artikuliert. Schlimmer noch: die korrumpiertesten Elemente der Gewerkschaftsbürokratie unterstützten Nixons Kriegspolitik, spielten dem Komitee für die Wiederwahl Nixons Gewerkschaftsgelder zu und tauchten sogar am Rande der Watergate-Affäre auf<sup>22</sup>. Aber die amerikanische Bourgeoisie ist noch in der Lage — und das tut sie jetzt täglich kund —, weiter zu herrschen, ohne ihre eigenen politischen Vorrechte ganz und gar einer Clique — und sei diese in gewisser Hinsicht noch so brauchbar — zu übergeben.

Wer noch meint, die Anti-Watergate-Kampagne sei eine von aufrichtigen Elementen der Presse eingeleitete Wiedergeburt der guten Sitten in den USA, der sei darauf hingewiesen, daß auch die Presse in den USA eine nach Profit hungernde „Industrie“ ist — eine, die sich schon von der beschränkten Verselbständigung der Nixon-Clique bedroht fühlte<sup>23</sup>. Diese Bemerkung soll die anerkennenswerte Leistung fortschrittlicher Reporter keineswegs schmälern, sondern sie nur in eine Perspektive setzen.

### Wie weiter?

Die Watergate-Affäre ist im Grunde genommen eine Auseinandersetzung in der herrschenden Klasse darüber, wie man am besten herrscht. Der Fortgang dieser Auseinandersetzung ist sehr ungewiß; drei Möglichkeiten lassen sich absehen:

1. Nixon bleibt im Amt, behauptet seine Unschuld trotz aller Beweise und wartet, bis die Sache sich im Sande verläuft. Diese Strategie hat Aussicht auf Erfolg, wenn a) der Regierungsapparat personell wieder stabilisiert und die Handlungsfähigkeit der Exekutive wieder hergestellt werden kann und b) nicht eine starke rezessive Entwicklung in der Wirtschaft vor dem Abflauen der Watergate-Sensationen einsetzt. Diese Situation bringt die Gefahr mit sich, daß man versuchen wird, die „Einigkeit der Nation“ mit Hilfe militärischer Abenteuer künstlich herzustellen. Eine solche Gefahr scheint besonders groß zu sein angesichts der Situation im Mittleren Osten, der sogenannten Energie-Krise in den USA und den personellen Ver-

22 Vgl. „Newsweek“ vom 12. März 1973, S. 23; einen Bericht über das Verhältnis des Sonderberaters des Präsidenten, Charles Colson, zu rassistischen Gewerkschaftern findet man in „The New York Times“ vom 1. Juli 1973. — Zur Funktion des Rassismus in den USA vergleiche meinen Beitrag „Einige Bemerkungen zum Verhältnis von Rassismus und Klassenkampf in den USA“, in: Das Argument 76, 14. Jg. 1972, S. 817—824.

23 Siehe dazu „Business Week“ vom 12. Mai 1973, S. 46, wo erwähnt wird, daß die Aktienkurse der Rundfunk- und Fernseh-Unternehmen in letzter Zeit aufgrund der Einschüchterungen durch die Nixon-Regierung trotz hoher Profite gefallen seien, man sich aber jetzt infolge der Watergate-Affäre bessere Zeiten verspreche.

änderungen, die sich in der letzten Zeit im Stab des Weißen Hauses vollzogen haben<sup>24</sup>.

2. Nixon wird *impeached*. *Impeachment* bedeutet nur soviel, daß er durch eine einfache Mehrheit des Repräsentantenhauses angeklagt wird, sich „großer Verbrechen und Vergehen“ („high Crimes and Misdemeanors“) schuldig gemacht zu haben. Sollte er *impeached* sein, wird man ihm vor dem US-Senat den Prozeß machen, wobei eine Zweidrittel-Mehrheit für einen Schuldspruch nötig wäre. Obwohl die Rechtslage klar ist, daß Nixon *impeached* werden kann und soll, ist es unwahrscheinlich, daß er tatsächlich *impeached* werden wird<sup>25</sup>. Außerdem ist es fast unvorstellbar, daß er für schuldig befunden wird, auch wenn er *impeached* sein sollte. Bis jetzt ist nur ein Präsident der USA *impeached* worden (Andrew Johnson), zum Schuldspruch fehlte eine Stimme an der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit.

3. Nixon könnte sein Amt niederlegen. Sollte die unter 1. dargelegte Strategie ohne Erfolg bleiben, wird man dies dem Präsidenten wahrscheinlich nahelegen.

24 Dazu eine kleine Meldung aus dem großbürgerlichen und normalerweise sehr gut informierten „Wall Street Journal“: „Der ehemalige Verteidigungsminister Laird und General Haig sind die Anführer einer Gruppe von fünf Leuten, die (vom Pentagon ins Weiße Haus) überwechseln. ‚Achtung, jetzt gibt es einen Staatsstreich‘, scherzte ein Mann aus dem Pentagon. Es ergibt sich ernsthaft die Möglichkeit, daß die Vorstellungen des Militärs auf höchster Ebene mehr Beachtung finden. Die Chancen der Luftwaffe, daß die Produktion der B-1-Bomber in vollem Umfang aufgenommen wird, könnten sich verbessern; die Armee könnte weitere Verminderungen der Truppenstärke verhindern.“

Ein entscheidender Punkt ist, daß Laird, anders als sein Vorgänger Erlichman, im Nationalen Sicherheitsrat sitzen wird. Er wird sich wahrscheinlich Kissingers Ansichten über einen weicheren Kurs in solchen Angelegenheiten wie einem neuen Vertrag mit Moskau über strategische Waffen widersetzen. Kissinger könnte an Einfluß verlieren. Das Verhältnis zwischen den beiden ist kühl bis angespannt.

Der Stabschef des Weißen Hauses, Haig, könnte als informeller Kanal für die Ansichten seiner alten Freunde beim Militär dienen, obwohl er formell keine Rolle in der Verteidigungs- oder Außenpolitik spielt“ (15. Juni 1973).

Es ist übrigens ein schlagender Beweis für die Theorie, Watergate sei eine auf der Strecke gebliebene Verselbständigung des Regierungapparats, daß Nixon gezwungen war, seine Kreaturen Haldeman und Erlichman nicht durch neue Kreaturen, sondern durch einen altgedienten Politiker (Laird) und einen General (Haig) zu ersetzen.

25 Der Vorwand für das Nichtimpeachment wird wahrscheinlich der sein, daß es unmöglich sei, mit Sicherheit zu sagen, wer im Weißen Haus was angeordnet habe. Wer so argumentiert, sollte „The Federalist“ Nr. 70 (von Alexander Hamilton geschrieben) lesen: Alexander Hamilton, James Madison, John Jay: *The Federalist*. Cambridge, Mass. 1961 (Neuaufgabe der Ausgabe von 1788). — Der wirkliche Grund für das Nichtimpeachment wird wohl sein, daß man nicht bereit sein wird, nicht nur die Exekutive, sondern auch den Kongreß für längere Zeit lahmzulegen.

**Anhang****Die Watergate-Affäre(n)**

Es sind ebenso seltene wie einschneidende Ausnahmesituationen, denen man den Einblick in die Archive der „Zeitgeschichte“ verdankt. Etwa die Niederlage des deutschen Faschismus und die nachfolgenden Kriegsverbrecherprozesse haben die Archive des NS-Staates geöffnet. Im Falle des Indochina-Krieges der USA ist die Weltöffentlichkeit weitgehend auf Geheimnisverrat, wie von Daniel Ellsberg begangen, oder auf späte Enthüllungen vor Untersuchungsausschüssen des US-Senats angewiesen. Der Fall „Watergate“ ist nicht zuletzt deshalb so interessant, weil er einen Zipfel des Vorhangs, hinter dem der US-Staat operiert, aufgehoben hat. Die Informationen, die dabei ans Tageslicht kommen und sozusagen gerichtsnotorisch werden, sind Bruchstücke aller möglichen abzweigenden Fälle.

Die nachstehende Sammlung von Zeitungsinformationen soll einen Eindruck vermitteln von der Vielfalt, Weitläufigkeit und Tragweite der Watergate-Affäre. Es handelt sich dabei um Informationen, die nicht bereits in der voranstehenden Analyse gebracht worden sind. Die Sammlung ist bei weitem nicht vollständig. Außerdem muß davon ausgegangen werden — die Aussagen des ehemaligen Stabschefs im Weißen Haus bestätigen dies —, daß nur Bruchstücke der jenseits der Legalität abgewickelten Aktivitäten des Weißen Hauses bekannt geworden sind. Die Informationen haben den Wert möglicher Mosaiksteinchen, wenn es darum geht, sich ein Bild vom Funktionieren des amerikanischen Machtapparats zu verschaffen. Die Behauptungen, die in den folgenden Informationsfetzen stecken, können nicht in jedem Fall bewiesen werden; aber das beeinträchtigt ihren Wert nur wenig. Sie sind geeignet, stichwortartig den großen Komplex zu umreißen, für den sich der Name des auslösenden Ereignisses, „Watergate-Affäre“, eingebürgert hat\*.

„Time“ berichtete, 1971 seien wichtige Dokumente aus dem Büro des damaligen FBI-Chefs Hoover verschwunden. Als Hoover der Sache nachging, verwies man ihn auf das Justizministerium und an das Weiße Haus. (FR, 12. 5. 73)

Nixon wird in einem Telegramm von 58 der 59 leitenden Angehörigen des FBI aufgefordert, den erst kürzlich ernannten neuen FBI-Chef Ruckelshaus durch einen Mann aus den Reihen des FBI zu ersetzen. (FAZ, 8. 5. 73)

Nach Konflikten über Fragen der Kriegsführung in Vietnam tritt der CIA-Chef Helms zurück und wird als Botschafter nach Persien geschickt, wo der CIA viele Jahre zuvor dem Schah zur Macht verholfen hat. Nachfolger wird zunächst James L. Schlesinger, früherer Direktor für strategische Studien am kalifornischen Forschungsinstitut für Militärfragen der RAND-Corporation. Er soll 10% der CIA-Angestellten entlassen bzw. vorzeitig pensioniert haben. Nach drei Monaten wird Schlesinger von Nixon zum Verteidigungsminister ernannt. William E. Colby, dem nun die CIA-Leitung übertragen wird, kommt aus der aktiven Außenarbeit, wo er

---

\* Die Informationen stammen aus folgenden Zeitungen: „Newsweek“ (NW), „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), „Frankfurter Rundschau“ (FR), „Der Tagesspiegel“ (TSp).

in der sogenannten Abteilung „für schmutzige Tricks“ arbeitete — viele Jahre davon in Vietnam. (FR, 12. 5. 73)

Der jetzige Kommandeur der amerikanischen Marine-Infanterie und frühere stellvertretende Direktor der CIA, Cushman, hat während seiner Amtszeit beim CIA die Genehmigung erteilt, daß der CIA in Zusammenarbeit mit den Agenten des Weißen Hauses den Einbruch bei Ellsbergs Psychiater mit vorbereitete und absicherte. (FAZ, 8. 5. 73)

Die Pläne zum Aufbau einer von der amerikanischen Presse sogenannten Super Secret Police sind von Tom Charles Huston ausgearbeitet, einem früheren Mitglied des rechtsradikalen Verbandes „Junge Amerikaner für die Freiheit“. (FAZ, 23. 5. 73)

„Washington Post“ berichtet, daß die ärztliche Akte über den demokratischen Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft, Eagleton, im Besitz des Präsidentenberaters Erlichman gewesen sei, bevor der Presse bekannt wurde, daß Eagleton wegen nervöser Erschöpfung eine Elektroschockbehandlung erhalten hatte. Nach der gezielten Indiskretion hatte Eagleton seine Kandidatur zurückgezogen. (TSp, 18. 5. 73)

Amerikanische Zeitungen berichten von Einbruchsversuchen, die von Unbekannten im Jahre 1960 vor dem demokratischen Nominierungskonvent bei zwei Ärzten unternommen worden sind, die den späteren Präsidenten Kennedy behandelten. Die Einbrecher hatten es offenbar auf die Krankengeschichte Kennedys abgesehen gehabt, da nur das Schloß vor den Akten mit dem Buchstaben ‚K‘ aufgebrochen war. — Im damaligen Wahlkampf waren Gerüchte in Umlauf gebracht worden, Kennedy leide an der Addisonischen Krankheit, einer Erkrankung der Nebennieren. (FAZ, 4. 5. 73)

Kurz nach dem Tode von Mary Kopechne, der ehemaligen Sekretärin von Edward Kennedy, brachten zwei Mitarbeiter des Weißen Hauses in einer Wohnung in Washington, in der Mary Jo Kopechne mit drei anderen Frauen gewohnt hatte, eine Abhöranlage an. (New York Times) (FAZ, 9. 7. 73)

Hunt sagte vor Gericht aus: er sei von Charles Colson, damals Berater im Weißen Haus, 1971 zur Anfertigung gefälschter diplomatischer Berichte aufgefordert worden, aus denen die Verantwortung der Regierung Kennedy für die Ermordung des südvietnamesischen Diktators Diem hervorgehe. (FAZ, 9. 5. 73)

Das State Department stellte dem „Klempner“ Howard Hunt 240 geheime Dokumente zur Verfügung, aufgrund deren er die Verfälschungen fertigstellen konnte. (NW, 4. 5. 73, S. 31)

Rücktritt des amtierenden FBI-Chefs Patrick Gray nach Bekanntwerden der Tatsache, daß er einen Briefumschlag mit diskriminierenden gefälschten (?) Dokumenten über Präsident Kennedys Vietnam-Politik und die Verwicklung seines Bruders Edward Kennedy in die Affäre von Chappaquiddick — bei der die Sekretärin Mary Jo Kopechne in Kennedys Auto ertrank — auf Anweisung zweier Nixon-Stabsleute vernichtet hatte. (FAZ, 30. 4. 73)

Die Anklagen gegen Daniel Ellsberg und Anthony Russo müssen vom Gericht für nichtig erklärt und das Verfahren niedergeschlagen werden, nachdem aufgedeckt worden ist, daß die Regierung durch illegales Abhören von Ellsbergs Telefon und den Einbruch der beiden Watergate-Angeklag-

ten Hunt und Liddy in die Praxis von Ellsbergs Psychiater „unkorrekt vorgegangen war“. Die Tonbänder mit Ellsbergs Telefongesprächen sind beiseite geschafft worden. (FAZ, 14. 5. 73) — „Unauffindbar“ sind auch die Tonbänder der Abhörgeräte, mit denen der frühere stellvertretende Verteidigungsminister Morton Halperin von 1969—71 überwacht worden war. (FAZ, 12. 5. 73)

Bereits vor dem Einbruch ins Watergate-Hotel soll laut „Miami Herald“ ein bezahlter Spitzel die Polizei in Miami davon informiert haben, daß Exilkubaner für geheime Kommandos in Washington ausgebildet wurden. Die Polizeibehörde hat diese Informationen nach ihrer jetzigen Darstellung angeblich deshalb nicht weitergeleitet, weil sie als Gerücht hätten gelten können. (FAZ, 29. 5. 73)

Unter Berufung auf Regierungskreise berichtete die New York Times, als Rechtsberater von Präsident Nixon habe John Dean 1972, noch vor den Parteikonventen, versucht, ein Agentennetz zur Infiltration von gegen den Vietnamkrieg auftretenden Gruppen zu organisieren. Zu diesem Zweck habe er sich u. a. mit Kernith Tapman, einem hohen Beamten im Innenministerium, in Verbindung gesetzt und ihm für seine Teilnahme an dem Unterwanderungsprojekt eine hohe Geldsumme geboten. Tapman war zuständig für die Reaktion der amerikanischen Regierung auf die Vietnamkriegs-Proteste. Er habe seine Mitwirkung versagt. (FAZ, 15. 5. 73)

„Washington Post“ berichtet, der frühere Mitarbeiter im Wiederwahlkomitee, Kenneth Rietz, habe die Unterwanderung der Wahlkampforganisation des demokratischen Kandidaten McGovern organisiert. (FAZ, 27. 4. 73)

Das Nixon-Wiederwahlkomitee hat eine Abteilung für „schmutzige Tricks“ gegen „Demokraten“ unterhalten. (NW, 23. 4. 73)

Die Versuche des Komitees zur Wiederwahl des Präsidenten, die Öffentlichkeit zugunsten von Nixons Entscheidung zur Verminung des Hafens von Haiphong zu manipulieren, kommen immer mehr ans Licht. Jetzt stellt sich heraus, daß ein Fernsehsender in Washington, „WTTG“, an die 4000 gefälschte Postkarten und Ergebnisse von Meinungsbefragungen durch das Komitee zugestellt bekam, die das Ergebnis einer Umfrage des Senders zur Haiphong-Aktion bestimmten. Demnach hatten sich über 5000 für Nixons Politik, 1100 dagegen ausgesprochen. Ein Sprecher des Wahlausschusses bezeichnete die Aktion als normal. (FAZ, 27. 4. 73)

Nixon hat alle Gespräche im Weißen Haus auf Tonband aufnehmen lassen, ohne daß seine Gesprächspartner dies wußten. (NW, 30. 7. 73)

1971/72 wird im Weißen Haus eine „Feindliste“ angelegt, die zur Grundlage für eine politische Abrechnung „unter Verwendung verschiedener Bundesbehörden nach der Wahl“ dienen sollte. Auf der Liste, die dem Untersuchungsausschuß des Kongresses inzwischen vorliegt, finden sich demokratische Senatoren wie Fulbright, Kennedy, McGovern und Mondale, Gewerkschafter, Dutzende weit bekannter Journalisten, Publizisten, Verleger und Fernsehkommentatoren, Schauspieler, Industrielle (wie der IBM-Präsident Watson) und Leiter von Stiftungen (wie McGeorge Bundy, früherer Sicherheitsberater Kennedys und Johnsons, heute Leiter der Ford-Stiftung), sowie aktive farbige Politiker. Eine der vorgeschlagenen Methoden zur Ausschaltung dieser „Feinde“ ist die Steuerfahndung. (FAZ, 30. 3. 73)

Nixon-Berater Bob Haldeman hat die Überwachung des Fernsehreporters Daniel Schorr durch das FBI angeordnet. (NW, 23. 7. 73)

Auf zahlreiche Firmen und Privatpersonen wurde vom Komitee für die Wiederwahl Nixons Druck ausgeübt, um Zahlungen zu erhalten. Nach „Los Angeles Times“ legten Nixons Agenten in Kalifornien Unterlagen über diejenigen an, die nicht mindestens ein Prozent ihres Umsatzes oder Vermögens zu zahlen bereit waren. Hauptinformant der Zeitung war der Ölmagnat Henry Salvatori aus Los Angeles. (FAZ, 9. 7. 73)

Die „New York Times“ berichtete von einer Untersuchung des FBI, derzufolge der amerikanische Großkonzern ITT, in zahlreiche andere Skandale verwickelt, seine leitenden Manager zwang, Geld für den Wiederwahlfonds herauszurücken. Die entsprechenden Summen wurden dann später von der Firma rückvergütet. ITT wollte auf diese Weise verhindern, in direkten Zusammenhang mit der „Wahlhilfe“ gebracht zu werden. (FAZ, 9. 7. 73)

Der Stabschef im Weißen Haus, Bob Haldeman, versuchte anscheinend, den CIA zu veranlassen, illegale Finanztransaktionen zwischen dem IOS-Schwindler Vesco und dem Nixon-Fonds als CIA-Operationen zu tarnen, um das FBI von Ermittlungen abzuhalten. (FR, 2. 6. 73)

Zwei ehemaligen Chefs der Börsenaufsicht wird vorgeworfen, sie hätten sich Dienstvergehen bezüglich Vesco und ITT schuldig gemacht. (NW, 4. 6. 73, S. 31)

Der republikanische Kongreß-Abgeordnete William Mills (Maryland) wird mit einer Schußwunde tot aufgefunden. Laut offiziellen Angaben soll er Selbstmord begangen haben. In der Presse war Mills vorgeworfen worden, aus dem Nixon-Fonds 25 000 Dollar für seine Wiederwahl erhalten und nicht, wie nach den Wahlgesetzen von Maryland vorgeschrieben, veröffentlicht zu haben. (FAZ, 26. 5. 73)

Geld aus der Nixon-Wahlkampagne war den Watergate-Einbrechern und Hunt und Liddy als Schweigegeld durch Nixons Anwalt Herbert Kalmbach zugespielt. (NW, 30. 7. 73)

Nixon hat das Schweigegeld für die Watergate-Einbrecher bewilligt. (nach John Dean, NW, 19. 7. 73, S. 27)

Nixon-Berater John Erlichman hat dem Richter im Prozeß gegen Daniel Ellsberg den Job als FBI-Chef während des Prozesses in Aussicht gestellt. (NW, 14. 5. 73)

Die Vorwürfe gegen Nixon konzentrieren sich darauf, daß nicht nur die gesamte Informationspolitik der Regierung, sondern wesentliche Organe des Staates, wie die Gerichte, die Bundeskriminalpolizei (FBI) und der Geheimdienst (CIA) offenbar ausschließlich unter die jeweiligen politischen, militärischen oder finanziellen Machtziele Nixons untergeordnet wurden. (FAZ, 6. 6. 73)

Die Redaktion

Helmut Gollwitzer

## Lehrstück Chile

Rede, gehalten am 14. 9. 1973 im Haus der Kirche, West-Berlin

1. Spätestens jetzt kann jeder wissen, was *Klassenkampf* ist: immer zuerst der Klassenkampf von oben, der Klassenkampf der Privilegierten, zäh entschlossen zu jeder Brutalität, zu jedem Rechtsbruch, zu jedem Massaker, auch zur Abschaffung der Demokratie, wenn sie nicht mehr zur Sicherung der Klassenherrschaft taugt. Klassenkampf wird nicht begonnen von irgendwelchen böswilligen Rädelsführern, nicht von den Sozialisten, er ist von oben her ständig im Gange, mit den verschiedensten Methoden, unblutigen und, wenn es sein muß, blutigen. Klassenkampf von unten ist Gegen-Gewalt der Unterdrückten. Wer euch nach eurer Stellung zur Gewalt fragt, den fragt zuerst, wie er es mit der Gewalt von oben hält, und wenn er dann ins Stottern kommt, dann lacht ihm ins Gesicht!

2. „Wer Kapitalismus sagt, muß auch Faschismus sagen“, — so Max Horkheimer in seinen klareren Tagen. D. h. nicht, wie oft gleich unterstellt wird, Kapitalismus führe notwendig zum Faschismus; es heißt aber wohl: Kapitalismus greift notwendig zum Faschismus, wenn die Lage für ihn gefährlich wird. Vor zwei Jahren schrieb Leo Guilianì in *Le Monde* (25. 7. 1971): „Die liberale Demokratie ist das Gesicht, das die besitzenden Klassen zeigen, wenn sie keine Angst haben, der Faschismus jenes, das sie zeigen, wenn sie Angst haben.“ Die feinen Herren bei uns — Karl Carstens sei nur als Typ genannt — ereifern sich wegen der Bedrängnis einiger Intellektueller in der Sowjetunion und fordern sogar, daß der Grundsatz der Nichteinmischung, der ihnen bei Thieu und Portugal so heilig ist, um Sacharows willen zurückgestellt wird. Daß sie dabei nur ihr antikommunistisches Süppchen kochen wollen, zeigt sich daran, wie schnurzegal ihnen die Intellektuellen und Arbeiter in den Gefängnissen der Natoländer Griechenland und Türkei sind, und zeigt sich jetzt an ihrer Zustimmung zum Putsch in Chile. Wenn sie die Wahl haben zwischen einer parlamentarischen Demokratie, die zum Sozialismus führt, und einer faschistischen Diktatur, die den Sozialismus verhindert, dann wählen sie den Faschismus. Das ist die wahre Parallele zwischen heute und 1933! Darum soll jeder wissen, was von der Verfassungstreue kapitalistischer Verfassungshüter zu halten ist. Radikalerlaß und Berufsverbote sind nicht Maßnahmen zum Schutze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern erste Schritte zu ihrer Abschaffung, wenn's gefährlich wird.

3. Der militärische Befehlsapparat, der Söhne des Volkes zu willfähigen und willenslosen Werkzeugen macht, ist das gefährlichste Machtinstrument der Klassenherrschaft. Ein noch nicht gelöstes Problem der sozialistischen Bewegung ist: Wie kann in einer bürgerlichen Demokratie Militär und Polizei so organisiert, geschult und beeinflußt werden, daß sie wohl bereit sind, das Gemeinwesen nach außen und gegen Kriminalität zu verteidigen, nicht aber bereit sind, ihre Waffen gegen eine Massenbewegung zum Sozialismus hin einzusetzen?

4. Das Kapital übt internationale Klassensolidarität — das Volk von Chile kämpft einsam. Zur Schwäche der sozialistischen Bewegung gehört, daß sie national geblieben ist. Ihr Internationalismus ist immer noch nur verbal. In der EG gibt es gegen die Macht der multinationalen Konzerne immer noch kein internationales Gegengewicht der Gewerkschaften, noch keine internationale Solidarität der Streiks. Daraus ergibt sich die Aufgabe: das beginnende Wiedererwachen des Klassenbewußtseins bei den deutschen Arbeitern muß von Anfang an auf internationales Klassenbewußtsein gelenkt werden. Die Arbeiterschaft der Industriestaaten, die sich gegenüber dem Weltproletariat zur Arbeiteraristokratie hat hochfüttern lassen, muß erkennen, daß ihre Interessen in Chile, in Südafrika und Angola mit entschieden werden.

5. Spätestens solche Katastrophen wie die in Chile fordern, die Zersplitterung der sozialistischen Bewegung zu überwinden. Diese Forderung ist zwar von vielen zu hören, aber viele meinen damit nicht mehr, als daß die anderen Gruppen sich ihrer Gruppe anschließen sollen. Ich dagegen möchte gegen den Satz: „Klarheit geht vor Einheit“ den Satz stellen: „Einheit geht vor Klarheit“, d. h., Differenzen über Strategien dürfen den gemeinsamen Kampf nicht mehr hindern. Fidel Castro sagte vor zwei Jahren in Chile: „Revolution ist die Kunst, auseinanderstrebende Kräfte zu vereinen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen!“. Konkret: *Eine* Mai-Demonstration 1974 statt drei.

6. In Chile haben sich in diesen Jahren Christen und Marxisten gefunden. Christen sind Marxisten geworden, ohne aufzuhören, Christen zu sein, und Marxisten haben an dieser Bundesgenossenschaft erkannt, daß Christentum ein revolutionäres Potential sein kann, nicht notwendig ein reaktionäres Potential sein muß. Das muß Wirkung haben bei uns. Vom Streit der Christen und der Marxisten hat bisher nur das Kapital profitiert. Weltanschauung darf nicht mehr trennen.

7. Daß parlamentarische Demokratie für den Übergang zum Sozialismus ausgenützt werden kann, ist durch den Putsch in Chile *nicht* für alle Fälle widerlegt, im Gegenteil, ohne Allendes Versuch wäre das Bewußtsein der Massen in Chile nicht so erstarkt, daß wir auch jetzt noch Hoffnung haben können, es werde sich das Blatt dort einmal wieder wenden. Aber die Gefahren dieses Ausnützens sind

deutlicher geworden. Die Probleme müssen von uns noch klarer analysiert werden. Eine einigermaßen funktionierende parlamentarische Demokratie gibt es nur beim entwickelten Mittelstand; der Mittelstand aber schlägt sich im Entscheidungsfall auf die Seite der Konterrevolution, wenn sich diejenigen, die das Chaos fabriziert haben, als Retter aus dem Chaos anbieten. Deshalb muß auch hier eine Aufklärungsarbeit geleistet werden, die nicht weniger wichtig und nicht schwieriger ist als die Aufklärungsarbeit, die in der heutigen Arbeiterschaft noch zu leisten ist. Das war in Chile im Gange, aber dafür hat die Zeit nicht gereicht. Wenn dann noch diktatorische Maßnahmen nötig sind (wie sie Allende nicht möglich waren, aus Mangel an Macht und Zeit), dann drängen sich die Fragen: Wie kann verhindert werden, daß sie zu bleibender Parteidiktatur führen? Wie kann gesichert werden, daß Sozialismus sich in Demokratie und Freiheit verwirklicht? Schon nimmt die „Zeit“ (14. 9. 1973) den chilenischen Putsch zum Beweis, um dem deutschen Bildungsspießer zu erzählen, „daß augenscheinlich radikaler Sozialismus ohne Diktatur nicht funktionieren kann“. Der Putsch ist zunächst aber nur der Beweis dafür, daß Kapitalismus ohne Diktatur sich nicht halten kann, Beweis also für den Satz von Bert Brecht: „Radikal ist der Kapitalismus“. Mir scheint, die Lehre von Chile besteht gerade darin, daß eine Phase der parlamentarischen Demokratie die beste Gelegenheit ist, die Macht der sozialistischen Bewegung so zu entwickeln, daß putschende Generale und ihre Hintermänner dagegen nicht mehr aufkommen, daß also der friedliche Übergang zum Sozialismus möglich wird, daß die Armee sich den Putschisten entzieht, und daß diktatorische Maßnahmen gegen einige Gruppen, wenn sie noch nötig sind, uns nicht hinter die demokratischen Errungenschaften zurückwerfen. Daraus ergibt sich für uns die Parole: die parlamentarische Demokratie ausnützen und sie also auch zu sichern gegen diejenigen, die sie zur Sicherung des Kapitalismus zurückschrauben wollen.

8. Ob Allende ermordet worden ist oder sich selbst das Leben genommen hat, ist nicht entscheidend. Gesetzt er hätte — was das Unwahrscheinlichere ist! — sich selbst das Leben genommen, so wäre das das genaue Gegenteil vom Desertieren des elenden Hitler in den Selbstmord, es wäre — das sage ich bewußt als christlicher Theologe — der letzte Dienst, den er seiner Bewegung und seinem Volke im Augenblick der Verhaftung tun konnte: Signal dafür, daß es um Leben oder Tod geht. Es geht um Leben oder Tod des chilenischen Volkes und der lateinamerikanischen Völker, die durch den Putsch vom 11. September noch tiefer in die Hungerkatastrophe und in die Knechtschaft gestoßen werden. In Lateinamerika wird im 70er-Jahrzehnt noch mehr gehungert werden als im 60er-Jahrzehnt, darin sind sich die Experten einig. Die Hungerkatastrophe ist ein Teil der Gesamtmenschheitskatastrophe, die schon begonnen hat. Jeder Rückschlag des Sozialismus ist ein Schritt zum Untergang der Menschheit, den uns der Kapitalismus in seiner Blindheit auf vielfältige Weise herrichtet. Die Menschheit kann sich den

Kapitalismus nicht mehr leisten, sie stirbt an ihm. Darum ist es ein Kampf auf Leben und Tod. Er verlangt von uns Disziplin, Hingabe, Selbstlosigkeit. Vieles, wovon wir noch meinen, wir könnten es uns leisten, können wir uns nicht mehr leisten. Sozialistisch reden — und seine Bedürfnisse kapitalistisch ausleben, das geht nicht mehr. Sozialismus ist eine Sache des ganzen Lebens. Wir haben die Gewißheit der guten Sache, wir haben keine Gewißheit des Erfolgs. Mag jeder sehen, woher er die Kraft zu Mut und Opferbereitschaft bekommt. Die Christen haben dazu etwas zu erzählen. Aber es wird auch jeder erfahren können, daß dieser Kampf eine Gelegenheit ist, sein Leben sinnvoll zu verwenden.

9. Wir werden wieder einmal erfinderisch sein müssen in der Solidarität. Daß wir in früheren Situationen beschämend wenig getan und deshalb noch weniger erreicht haben, soll uns nicht hindern, sondern antreiben, jetzt Solidarität zu beweisen, mit ebensoviel Phantasie wie Opferbereitschaft. Es ist jetzt das Schlimmste zu erwarten für alle Verfolgten aus den anderen diktatorischen Ländern Lateinamerikas, die in Chile unter der Regierung Allendes Zuflucht gefunden haben, es handelt sich um über 10 000. Zu diesen Emigranten werden nun noch hinzukommen chilenische Emigranten, denen es gelingt, zu fliehen. Dazu die Tausende, die in den jetzt schon eingerichteten KZs der Generale hungern und gefoltert werden. Amnesty International bekommt neue Aufgaben und braucht unsere Unterstützung. Von der Bundesregierung müssen wir verlangen, daß sie die Bundesrepublik öffnet zu einem Asylland für die Verfolgten aus Lateinamerika, und das gleiche müssen wir von uns selbst verlangen. An Chile entlarvt sich die Heuchelei, der Zynismus und die Brutalität der Reaktionäre in unserem Lande, vielleicht aber auch unsere Gleichgültigkeit, unsere Bequemlichkeit, unsere eigene Schizophrenie: die Kluft zwischen Worten und Taten.

Wir können nicht viel tun. Um so mehr sollen wir tun, was wir tun können.

**Spenden** über das Antimperialistische Solidaritätskomitee bitte auf Postscheck-Konto Nr. 527 055—602, Frankfurt/M., Prof. Erich Wulff, Kennwort: Chile-Solidarität.

## Besprechungen

### Philosophie

**Kambartel, Friedrich:** Was ist und soll Philosophie? „Konstanzer Universitätsreden“ Nr. 5. Universitätsverlag, Konstanz 1968 (24 S., br., 4,80 DM).

Kambartel geht in seiner Konstanzer Antrittsvorlesung die Aufgabebestimmung von Philosophie über die Frage nach deren Wissenschaftlichkeit an. Seine Thesen besagen, daß Philosophie keine „strenge Wissenschaft“ ist, sondern als ein Bemühen um Strenge in den Wissenschaften zu gelten hat (6) und daß der Philosophie ihre Probleme „aus den Behauptungssystemen der einzelnen Wissenschaften zuwachsen“ (15). Damit bedarf es eines eigentlichen philosophischen Gegenstandes nicht; Philosophie ist Kritik und Theorie der Wissenschaften.

„Wissenschaft“, so führt Kambartel näher aus, läßt sich über den Behauptungscharakter von Aussagen — aristotelisch: ihre apophantische Natur — explizieren (6 ff.): Wer eine Behauptung aufstellt, geht objektiv eine Verteidigungspflicht ein, der im Sinne von Begründung dann Genüge getan ist, wenn die Behauptung im Prinzip gegenüber jedem Opponenten zu verteidigen ist. Dieser Forderung nach Rechtfertigung nachzukommen, bereitet den Wissenschaften faktisch die allergrößten Schwierigkeiten, nicht nur weil die Begründungspflichten nicht immer klar sind, sondern weil bereits die in wissenschaftlichen Aussagen verwendeten Termini häufig dunkel bleiben und damit den Begründungsanspruch vage werden lassen. Die von Kambartel als „hermeneutisch“ (13) bezeichnete „Wort-erläuterungspflicht“, die letzten Endes auf die exemplarische Verdeutlichung von Grundtermini zu rekurrieren hat, geht so der apophantischen Verteidigungspflicht im engeren Sinn voran und stellt das begriffstheoretische Komplement zur Begründungsthematik wissenschaftlicher Aussagen dar. Die faktisch vorhandenen Begriffs- und Begründungsverwirrungen unter Kenntnis der jeweiligen Wissenschaft (sei es Mathematik oder Sozialwissenschaft) in Richtung auf möglichst letzte Rechtfertigung zu beheben, wird so das spezifischer gefaßte Geschäft von Philosophie, womit Kambartel zunächst eine Worterklärung von „Philosophie“ gegeben haben will. Daß diese Bedeutung von „Philosophie“ in einer reichen Tradition ihre Entsprechung hat, macht Kambartel an einigen treffenden Beispielen klar.

Unthematisiert bleibt, ob Kambartel der Reflexion auf Wissenschaft ein scientistisches Verständnis unterlegt oder nicht, obwohl hierzu einmal der Kontext seiner eigenen Überlegungen wie der gegenwärtige Diskussionsstand eine Auskunft verlangt hätte. Im weiteren ist Kambartels Philosophiebegriff sicher nicht erschöpfend, da die (auch in der Analytischen Philosophie) keineswegs negativ zu beantwortende Frage nach begründbaren Aussagen der Philosophie, die aus einer einzelwissenschaftlichen Begründungsproblematik herausfallen, ausgeklammert wird. Kambartels Hinweis auf die Ergänzung seiner Philosophiekonzeption derart, daß das Fundament, das allem begründeten Reden und gerechtfertigten Handeln gemeinsam ist, „lehrend bereitzuhalten und forschend zu präzisieren“ (24 Anm.) sei, zielt auf das Programm der „Erlanger Schule“, das eigens zu diskutieren wäre.

Rolf Zimmermann (Heidelberg)

**Apel, Karl-Otto, u. a.: Hermeneutik und Ideologiekritik.** Reihe Theorie — Diskussion. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1971 (318 S., br., 12,— DM).

Der Hermeneutik haftet im allgemeinen Bewußtsein ein genügend konservativer Ruch an, daß eine Nennung dieses Namens im Zusammenhang mit Ideologiekritik gespanntes Interesse erwecken kann. Wenn der solcherart gestimmte Leser freilich die Autoren des vorliegenden Bandes, Apel, Gadamer, Habermas, von Bormann, Bubner und Giegel, die sich mit Ausnahme des letzten alle in der einen oder anderen Weise als Hermeneutiker verstehen, um ihre Meinung zum Verhältnis von Hermeneutik und Ideologiekritik angeht, so wird seine Geduld zunächst auf die Probe gestellt. Apels programmatische Arbeit zum ‚Entwurf einer Wissenschaftslehre in erkenntnisanthropologischer Sicht‘ trägt ‚Ideologiekritik‘ zwar im Titel, begnügt sich aber mit einem topologischen Hinweis, sie sei die dialektische Vermittlung der Erkenntnisweisen von Verstehen und Erklären (44), von Bormanns akribische und gelehrte Rezension der Arbeiten Gadammers nimmt sich ebensowenig wie zwei Aufsätze Bubners zur Kritischen Theorie und philosophischen Reflexion Ideologiekritik zum Thema. In den dazwischen eingestreuten Abdrucken der Diskussion Habermas' mit Gadamer, die durch einen originalen Aufsatz Giegels und eine zusammenfassende Replik Gadammers erweitert wird, kommt die Problemexposition, die der Buchtitel verspricht, nur zäh in Gang. Nun ist freilich zu bedenken, daß der geschäftstüchtige Suhrkamp-Verlag der Dokumentation einer Diskussion, die so konsistent nicht war, als daß sie sich thematisch über einen Leisten schlagen ließe, einen zugkräftigen Titel geben mußte, der den Intentionen aller Autoren nicht gerecht werden konnte; daraus sollte man billigerweise

nicht schließen, daß nicht alle Autoren ihrem Titel gerecht werden könnten. Und da Hermeneutik ein genügend weiter Begriff ist, so daß alle Beiträge irgendwie mit ihr zu tun haben, einige unter ihnen sich *auch noch* mit Ideologie befassen, so mag der Titel letztlich doch gerechtfertigt sein.

Die Sachprobleme, die den aufeinander eingehenden Arbeiten Habermas' und Gadamer zugrunde liegen, lassen sich grob zwei Bereichen zuschlagen: *erstens* dem der Erörterung des Begriffs einer Hermeneutik, wie sie mit Gadamer *Wahrheit und Methode* ins Spiel kommt, an der Habermas' methodologisch gestimmte Einwände ansetzen, ihren Universalitätsanspruch sprachlichen Verstehens zugleich bezweifeln und durch ein explanatorisches Verstehen in Richtung auf eine ‚Tiefenhermeneutik‘ fortentwickeln, in deren Bereich *zweitens* am Modell der Psychoanalyse eine mögliche ideologiekritische Wendung der Hermeneutik diskutiert wird. Nun nimmt einen kritischen Zug schon Gadamer philosophische Hermeneutik für sich in Anspruch (287 f.), obwohl sie sich grundsätzlich als vermittelnde, nicht distanzierende Anverwandlung fremder Gehalte in das ‚Überlieferungsgeschehen‘ einer Kulturtradition einschalten will und nach ihrer Kritik am ungeschichtlichen Vernunftideal der Aufklärung, am idealistischen Reflexionsbegriff und am Zerfließen der Wahrheit im Historismus den Primat der sprachlichen Weltauslegung vor dem Bewußtsein des einzelnen hervorkehrt. Die Einbettung jedes Denkens in Tradition und den Wirkungszusammenhang der Geschichte, die Urteilen nicht so sehr als subjektives Vermögen als vielmehr als Ereignis eines objektiven Geschehens akzentuiert, in das auch ein wirkungsgeschichtliches Bewußtsein immer verstrickt bleibt, begrenzt die Aufgabe der Hermeneutik auf die Erhellung der historischen Horizonte unserer Urteile. Da Gadamer zufolge auch wirkungsgeschichtliches Bewußtsein immer mehr Sein als Bewußtsein ist (78), bleibt Kritik in dem Zirkel, mit dessen Hilfe sie überhaupt verstehen kann, immer auch gefangen. Das *ontologische* Erbe Gadamer, des Schülers Heideggers, leitet die Tendenz, die Manipulation von Sinn von den leibhaftigen Subjekten wegzubewegen und an ein Substrat sich eignender Geschichte zu heften, die sich tatsächlich über die Köpfe hinweg bewegt: Sinn ist, so ontologisieren manche Hermeneuten, nicht allein Verstehbarkeit, sondern ‚Verstandenheit‘, Sinn wird nicht verstanden, sondern geschieht im Verstehen (Hülsmann), zu dem das Subjekt, als sei's durch Zufall, auch noch hinzutritt. Die vorliegende Diskussion krankt daran, daß diese ontologische Interpretation des Verstehens, von Gadamer mehr als Bekenntnis denn Argument eingeführt, nicht eigens thematisiert, sondern in Folgeprobleme hineingeschleppt wird, an denen sich die Positionen bei der unterschiedlichen Bewertung etwa der Gleichsetzung von Autorität und Vernunft, der Wirksamkeit von Vorurteilen und Reflexion, des Verhältnisses von Hermeneutik und Wissenschaft (von Wahrheit und Methode) dann festlegen. Ähnlich könnte für eine ideologiekritische Hermeneutik nur an der Stelle entschieden werden, wo Geschichte als

von Menschen gemachte und Sprache als reflexiv verfügbares Potential *gegen* die ontologische Folgerung Gadamers verteidigt wird, durch Verstehen könne man in das ‚Überlieferungsgeschehen‘ nur ‚einrücken‘.

Nachdem für eine existentialontologische Hermeneutik vom Schlage Gadamers klar ist, daß ihre kritische Tendenz in der formalen Aufklärung von Vorurteilen bestehen kann, sie die aber ähnlich der Wissenssoziologie sogleich relativiert, da ihr alles Denken vorurteilhaft scheint, stellt eine sprachrekonstruierende Hermeneutik gegenüber ‚iconoclastischen‘ Sinnverschüttungen den Anspruch auf Ideologiekritik aufs neue (Lorenzer, Habermas, Apel). Die Verbindung von Hermeneutik und Psychoanalyse stammt ursprünglich aus Frankreich (J. Lacan, P. Ricoeur) und wird erst seit einiger Zeit in der Vorurteilstheorie der Frankfurter Schule, scheinbar autochthon, bekannt. Im vorliegenden Band macht jedoch einzig Giegel klar, daß im Falle des Klassenantagonismus, wenn wir ihn schon *nur* in der Dimension einer systematischen Störung von ‚dialogischer Verständigung‘ ideologiekritisch angehen wollen, dies *nicht* nach dem Vorbild der Psychoanalyse geschehen kann. Denn nicht nur müßten die sich emanzipierenden Subjekte, wenn sie Einsicht in die Wirkung von Herrschaft und Ideologie gewinnen wollten, die Einsicht in Ursache und Wirkung ihrer Ideologisierung gewinnen, also sich Mittel aneignen, die der Therapeut verwaltet — sie müßten, wie Bubner es überspitzt ausdrückt, Metapsychologen werden (205) —, sondern auch der Vorgang der Emanzipation müßte durch ein gesamtgesellschaftliches Einverständnis legitimiert sein, ähnlich dem, das den Analytiker bei seinem Handeln begleitet. Ideologiekritik, wenn sie Gesellschaft als Ganze intendiert, steht aber unter dem Zwang, Legitimation aus einem Bewußtsein zu beziehen, das sie praktisch erst schafft. In Wechselschritten, die einerseits utopische Vorgriffe sind, andererseits empirische Analysen, legt sie zuerst den ideologischen Schein in Trümmer, ohne dabei vorzugeben, das Nennen der falschen Zwänge beseitige bereits deren Macht (Gadamer, 70). Psychoanalyse ist in ihrer gesellschaftlichen Installierung an den Gehalt der Begriffe ‚krank‘ und ‚gesund‘ gebunden; weil aber Ideologiekritik auf einen faktischen ‚Normalzustand‘ gegenüber den ‚abweichenden‘ ubiquitären gesellschaftlichen Verhältnissen nicht verweisen kann, kann es eine Ideologiekritik als Psychoanalyse im großen nicht geben. Mit dieser Einsicht hätte Giegel freilich auch das Modell der Psychoanalyse als Beispiel für die Konvergenz von Erkenntnis und Interesse, als emanzipatorische Wissenschaft par excellence suspekt werden müssen. Psychoanalyse ist ja gerade so lange nur zum Schein emanzipatorisch, als sie ihre geheilten Patienten aus einer individuellen Pathologie in die gesellschaftliche entläßt. Diese letztere ‚Pathologie‘ ist aber ebensowenig ein klinisch zu beschreibender Zustand, als die psychoanalytische Gesprächssituation sich der gesellschaftlichen Herrschaftsformen durch Konzentration auf individuelles Leiden schon entledigen könnte.

Anton Leist (Frankfurt/M.)

**Lorenz, Kuno:** Elemente der Sprachkritik. Eine Alternative zum Dogmatismus und Skeptizismus in der Analytischen Philosophie. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1970 (268 S., br., 14,— DM).

Ausgehend von einer historischen Diagnose im ersten Teil, hat sich Lorenz im zweiten Teil seiner Arbeit vorgenommen, das Programm der „Erlanger Schule“ systematisch zu vertiefen und fortzusetzen. Angesichts der gegenwärtigen Bedeutung dieser Schule, die insbesondere mit dem Namen Paul Lorenzens verbunden ist (vgl. etwa dessen „Methodisches Denken“, Ffm 1968; rezensiert von H. Schnädelbach, in: Das Argument 64, S. 217 ff.), verdienen die systematischen Fragen besonderes Interesse.

Was zunächst die historische Seite anbetrifft, so stellt Lorenz idealtypisch die Positionen des „Logischen Empirismus“ und des „Linguistischen Phänomenalismus“ einander gegenüber, um sie dem Vorwurf des Dogmatismus bzw. Skeptizismus auszusetzen: die erste Position ist dogmatisch deshalb, weil sie ihr Programm einer formalen Idealsprache gegen die „Möglichkeit der selbständigen Rechtfertigung der einzelnen Schritte beim Aufbau dieser Idealsprache“ (18) absperret und den faktischen Rekurs auf Einzelwissenschaften oder Alltagswissen nicht hinterfragt; die zweite Position ist als skeptisch zu kritisieren, weil sie sich durch das Postulat von der Unhintergebarkeit der jeweiligen Umgangssprache der „Möglichkeit einer selbständigen Rechtfertigung gewöhnlichen Sprachgebrauchs“ (18) beraubt und ihre Kritik der Bildungssprache auf Beschreibungen von Umgangssprache reduziert. Dieser allgemeinen Beurteilung läßt Lorenz eine kurze Darstellung der Rolle Bertrand Russells und George Edward Moores für die formal- bzw. umgangssprachliche Richtung in der Analytischen Philosophie folgen, um sich dann en detail mit der Stellung des frühen Wittgenstein zum Logischen Empirismus und des späten Wittgenstein zum Linguistischen Phänomenalismus zu befassen. Anders als zu Russell und Moore, bei deren Behandlung Lorenz Bekanntes aufarbeitet, enthält die breiter angelegte Auseinandersetzung mit Wittgenstein prononcierte Thesen zur „Bildtheorie“ des „Tractatus“ und dessen grundsätzlichem Verhältnis zu den späteren „Philosophischen Untersuchungen“.

Lorenz' Thesen zum frühen Wittgenstein besagen (64 ff.), daß die Bildtheorie unabhängig von der Theorie des Logischen Atomismus betrachtet werden kann, die eine eindeutige Korrespondenz zwischen einfachsten Einheiten von Sprache und Welt behauptet, und daß damit auch im „Tractatus“ der „transzendente Charakter“ von Sprache leitend ist, der zuvor so bestimmt wird, „daß die Formen sprachlichen Handelns eine gemeinsame Orientierung in der Welt allererst ermöglichen“ (36). Im einzelnen einzulösen versucht Lorenz seine Behauptungen durch eine Interpretation der mit der Bildtheorie gegebenen Theorie des Bezeichnens im Sinn einer Theorie der Prädikation, die für ihn wesentlich mit der „Unhintergebarkeit der Prädikation“ (110) verknüpft ist. Wieweit die dabei angestellten Detailinterpre-

tationen nicht nur plausibel, sondern stichhaltig sind, kann hier dahingestellt bleiben; richtig ist sicher, daß der projektive Charakter der Bildtheorie — am besten auch terminologisch — zu unterscheiden ist von einer naiven „Abbild-Theorie“, die sich im Kontext des Logischen Atomismus nahelegt. Der Darstellung wäre allerdings zu wünschen gewesen, daß sie nicht nur pauschal auf den Logischen Atomismus verweist, sondern dessen Elemente explizit namhaft macht, um im eigenen Interesse die Besonderheit der Wittgensteinschen Theorie durch eine deutlichere Gegenüberstellung herauszuheben.

Neben einer kurzen Abgrenzung des frühen Wittgenstein vom Logischen Empirismus, die hier übergangen werden kann, ergänzt Lorenz die Interpretation zum „Tractatus“ durch den Versuch, zwischen dem frühen und späten Wittgenstein eine Kontinuität herzustellen, die von vielen Interpreten bestritten wird. Merkwürdig ist dabei freilich der Blickwinkel: wenn anzunehmen ist — was Lorenz auch tut —, daß erst Wittgensteins spätere Philosophie die volle Entfaltung seiner sprachtranszendentalen Einsichten bringt, scheint es eher trivial, nachweisen zu wollen, daß Wittgenstein mit dem partiell bereits früher erreichten sprachkritischen Ertrag später nicht mehr bricht (107, 128), wo es im Interesse der Kontinuität nur darum gehen kann, zu zeigen, was Wittgenstein unter der späteren Perspektive vom „Tractatus“ sinnvollerweise beibehält und weiterentwickelt. Neben dem allgemeinen Ansatz der Bildtheorie gehört hierher sicher der Primat der Prädikation, den Lorenz insbesondere auch in den späteren „Philosophischen Untersuchungen“ herausarbeitet (127). Insgesamt bleibt trotz der Kontinuitätslinie, die Lorenz aufzeigt, fraglich, wieweit die entscheidenden Akzente nicht anders zu setzen sind, so nämlich, daß erst mit Wittgensteins eigener konsequenter Abkehr von der Ontologie und der Idee einer absoluten Exaktheit des „Tractatus“ die sprachtranszendente Wende originär zum Durchbruch kommt, was Hand in Hand geht mit einer Neubegründung von Bedeutungstheorie (theory of meaning), deren erst auf den späten Wittgenstein zurückgehende produktive Weiterentwicklung als guter Beleg gelten darf.

Den systematischen Teil seiner Arbeit bereitet Lorenz hauptsächlich in Auseinandersetzung mit (dem späten) Wittgenstein vor, bei dem er kritisiert, daß die im Rahmen von Sprachspielen gegebene Aufklärung der Verwendungsweise sprachlicher Ausdrücke auf eine mögliche methodische Ordnung verzichtet und sich damit dem faktisch bestehenden Sprachgebrauch ausliefert (126 ff.). Der „Verwendung“ von sprachlichen Ausdrücken ist die „methodische“ Einführung gegenüberzustellen, die in konstruierten Lehr- und Lernsituationen dialogisch den für die Verwendung charakteristischen gemeinsamen Zug von Ausdrücken rational gesichert bereitzustellen hat. Angestrebt wird dabei die Rechtfertigung eines Sprachgebrauchs, der — „ohne Rückgriff auf ein Verständnis natürlicher Sprachen und ohne Vorgriff auf die Konstruktionsgrundsätze formaler Sprachen“ (11) — die „Konstruktion einer Wissenschaftssprache vorantreiben

will“ (16) mit dem Ziel einer Antwort „auf die immer wieder gestellte Frage nach dem sicheren Anfang aller sinnvollen Rede“ (149).

Um einen solchen Rechtfertigungsanspruch einzulösen, der immer wieder als kritischer Maßstab gegen den Logischen Empirismus, den Linguistischen Phänomenalismus und auch gegen Wittgenstein angesetzt wird (vgl. oben), versucht Lorenz die prinzipielle Hintergebarkeit faktischen Sprachgebrauchs einsichtig zu machen: „Wirklich unhintergebar ist Sprache — potentielle Rede — nur insofern, als jeder Versuch einer Theorie des Sprechens selbst schon vom Vermögen zu reden Gebrauch machen muß und dieses daher nicht begründen kann. Das Vermögen zu reden ist unhintergebar, jedes faktisch vorkommende Reden hingegen sehr wohl hintergebar und daher begründbar, weil sich die in ihm vollzogenen Unterscheidungen ändern lassen und übrigens auch faktisch im Laufe der Geschichte geändert worden sind . . .“ (161). In diesem — auch für die übrige Erlanger Schule — programmatischen Zitat steckt zugleich ein Großteil der Schwierigkeiten, denen sich Lorenz' Position aussetzt.

Daß Sprache veränderbar ist, stellt eine Binsenweisheit dar, die gegenüber allzu fanatischen Deskriptivisten eine argumentative Funktion haben mag, jedoch völlig unbrauchbar ist für eine sinnvolle Argumentation zugunsten der prinzipiellen Hintergebarkeit von Sprache, wenn berücksichtigt wird, daß sprachliche Veränderungen nur auf der Basis einiger elementarer Sprachfunktionen möglich sind, die als konstant zu gelten haben. Zwar sind diese Funktionen nicht absolut, sondern faktisch konstant, weil die logische Möglichkeit besteht, daß sich die Herausbildung unserer elementaren Sprachfunktionen in prinzipiell anderer — für uns freilich nicht vorstellbarer — Weise hätte vollziehen können, doch ändert dies nichts an ihrer prinzipiellen Unhintergebarkeit, die ihren transzendentalen Stellenwert ausmacht. Wenn nach Lorenz „die Formen sprachlichen Handelns eine gemeinsame Orientierung in der Welt allererst ermöglichen“ (vgl. oben), dann kommt denjenigen elementaren Formen, mit denen sich in unserer Sprache eine solche Orientierung überhaupt gesetzt hat, eine irreversible Basisfunktion zu, denn selbst wenn wir uns sprachlich anders orientieren wollten, würden wir im Bann derjenigen Formen bleiben, an die für uns zunächst eine Orientierung gebunden ist.

Diese grundsätzliche Klarstellung läßt die von Lorenz behauptete Rechtfertigung eines Sprachgebrauchs „ohne Rückgriff auf ein Verständnis natürlicher Sprachen“ (vgl. oben) als reine Illusion erscheinen, weil ohne die in natürlichen Sprachen gegebenen elementaren Sprachfunktionen überhaupt nichts als Sprachgebrauch oder intersubjektive Verständigung verstanden werden kann. Die Konsequenz hieraus kann nur sein, von den irrigen Leitideen dieses Programms abzurücken, um auch das, was von Lorenz richtig beschrieben wird, unter haltbare Grundsätze zu stellen. Sofern dies geschieht, indem die Frage nach der prinzipiellen Unhintergebarkeit von Sprache

sinnvollerweise von vornherein im Bezug auf jene elementaren Sprachfunktionen gestellt wird, von denen unabhängig von natürlichen Sprachen gar nicht geredet werden kann, kommt als allgemeine Richtlinie nur die prinzipielle Unhintergebarkeit von Sprache in Betracht, durch die selbstverständlich die faktische Hintergebarkeit dieser oder jener nicht zum „transzendentalen Kern“ gehörenden Sprachform völlig offenbleibt. Der methodische Grundsatz philosophischer Explikation, der sich daraus ergibt, besteht darin, eine Interpretation der elementaren Sprachfunktionen zu liefern, durch die deren Bedeutung nach rationalen Kriterien geklärt und in ihrem Stellenwert für die Sprache als ganze erfaßt wird. Entgegen Wittgenstein braucht eine solche Interpretation weder auf Theorie noch — wie Lorenz betont — auf methodische Ordnung zu verzichten.

Was Lorenz' Analysen im einzelnen angeht, so wiederholt sich erwartungsgemäß im Detail der verfehlte Anspruch auf die Hintergebarkeit von Sprache (198), indem der Versuch gemacht wird, durch die Beschreibung stilisierter Lehr- und Lernsituationen unabhängig vom Verständnis natürlicher Sprachen elementare sprachliche Funktionen „methodisch einzuführen“ (167 ff.: „Sprachkonstruktionen“). Dabei ist — einmal abgesehen von der sonstigen Durchführung — die Darstellung schon im Ansatz mit zwei prinzipiellen Mängeln behaftet. Der erste besteht darin, daß sich Lorenz, ohne ein Wort darüber zu verlieren, dem gesicherten bedeutungstheoretischen Grundsatz entzieht, als primäre semantische Einheit den Satz bzw. die Aussage zu betrachten und statt dessen mit der prädikativen Verwendung einzelner Worte beginnt, die, auch in der von Lorenz zunächst behandelten situationsbezogenen Rede, nicht anders als in ihrer Funktion innerhalb einer Satzeinheit zu diskutieren sind. Der zweite Hauptmangel besteht in Lorenz' Verzicht, der von ihm behaupteten Einheit von Rede und Handlung eine Klärung des spezifisch sprachlichen Handlungscharakters folgen zu lassen. Für die sonstige Darstellung ist zunächst der von Lorenz betonte Rekurs auf dialogische Lehr- und Lernsituationen von Belang (vgl. oben). Dieser entspricht insofern einer richtigen Einsicht, als es für ein gesichertes Verstehen und Handhaben sprachlicher Ausdrücke oder bestimmter Grundfunktionen wie der Prädikation letzten Endes keine andere Kontrollinstanz gibt als die, sich gegenseitig durch die Aufforderung zu testen: „Zeige mir, wie ich verstehen und selbst anwenden kann, was Du meinst!“ Über diese Einsicht hinaus wird man es dann allerdings dem Einzelfall überlassen müssen, wieweit sich eine Verständigung erzielen läßt. Was Lorenz mit seinen stilisierten Lehr- und Lernsituationen will, ist aber, sich einmal die konkrete dialogische Situation zu bewahren, zugleich jedoch allgemeine Aufklärung über die Charakteristika sprachlicher Grundfunktionen zu geben. Wie die Durchführung zeigt, läuft dies darauf hinaus, daß der Rekurs auf die dialogische Situation zum abstrakten Appell wird, denn was Lorenz eigentlich tut, ist z. B. nichts anderes, als eine — freilich nicht sprachunabhängige — Interpretation der durch Sprachanalyse zu gewinnenden Teilaspekte der Prädikation und ihrer klassifizieren-

den Grundfunktion zu liefern, allerdings so, daß er an sich geläufige Unterscheidungsmerkmale in eine neuartig klingende „handlungstheoretische“ Sprache übersetzt.

Zu kritisieren ist ferner das Stufenmodell sprachlicher Funktionen, die bei näherem Zusehen sich nicht als nachgeordnet, sondern zueinander interdependent stehend erweisen, so z. B., wenn Lorenz das Zu- und Absprechen von Prädikaten beschreibt (184), um hinterher zu behaupten, die Negation von Prädikaten sei erst später fällig (196). Wie dies zusammenpassen soll, bleibt rätselhaft. Nicht minder fragwürdig ist die später vollzogene Einführung eines „praktischen ‚und‘“, das dem „theoretischen ‚und‘“ vorgeordnet sein soll, um die immer schon vom Verständnis des letzteren geleitete Zusammensetzung von Aussagen voraussetzungslos möglich zu machen. Dieser — ähnlich auch von Lorenzen (vgl. oben) gebrauchte — konstruktivistische Kniff macht nichts klarer, sondern verdankt sich ausschließlich der Ideologie des stufenweisen Vorgehens, die im Gewand eines schön klingenden Appells auftritt, „miteinander und mit sich selbst noch einmal ‚von vorn‘ zu beginnen“ (15).

Bei aller Anerkennung der durch Lorenz auf dem Gebiet der Analytischen Philosophie dokumentierten Belesenheit und dem auch von der übrigen Erlanger Schule ausgehenden Impetus wissenschaftlicher Strenge bleibt angesichts der wesentlichen Elemente der systematischen Grundposition (Hintergebarkeit der Sprache, semantischer Ansatz, dialogische Einführung, Stufenmodell) doch nur das Gesamturteil, daß die „neue Alternative“ keine ist.

Rolf Zimmermann (Heidelberg)

**Patzig, Günter:** *Ethik ohne Metaphysik.* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1971 (144 S., br., 8,80 DM).

Obwohl es „sinnlos“ sei, Moral durch „theoretische Belehrung und verbale Appelle“ zu „predigen“, möchte Patzig andererseits den Versuch unternehmen, die Möglichkeit moralischer Normen zu begründen. Dies soll durch eine „Verbindung von Grundgedanken der Ethik Kants mit denen des Utilitarismus“ (4) (vor allem in den Aufsätzen „Die Begründbarkeit moralischer Forderungen“ und „Relativismus und Objektivität moralischer Normen“) geleistet werden. Als „Verbindungsglied“ dient Bischof Joseph Butlers Theorie, daß „nicht der Egoismus, die Selbstliebe, den größten Anteil des von Menschen verschuldeten Unheils in der Welt hervor(bringt), sondern die Unfähigkeit der Menschen, ihre irrationalen Strebungen und Antriebe zu beherrschen“ (45). Diese Strebungen (darunter fallen „Hunger, Bewegungsdrang, Leistungsbedürfnis, Zorn, Machtstreben, Neugier etc.“) würden von den zwei „rationalen Prinzipien“ der Selbstliebe (eigene Glücksmaximierung) und der Nächstenliebe (Forderung des

allgemeinen Wohls) erst moralisch rational geordnet, wobei über ihre Anwendung zur Beurteilung auf einer noch höheren Instanz das „Gewissen“ entscheide, indem es eine ausgewogene Mischung aus beiden herstelle. Weder Egoismus noch Altruismus seien somit — auch nach Patzigs Meinung — an sich gut oder schlecht. Daher „verdient vieles moralische Anerkennung, das ursprünglich auch aus Selbstliebe getan wird“ (47); wie z. B. die Marshallplan-„Hilfe“ der Amerikaner (48) oder derjenige, der „... im Berufsleben Freundlichkeit im Umgang mit seinen Mitarbeitern sich zum Prinzip macht, weil er weiß, daß die Arbeitsergebnisse ... besser sind“ (ebd.). Einerseits seien „die Vorwürfe, die oft gegen die kapitalistische Wirtschaftsform gemacht werden, zum Teil unberechtigt“ (ebd.). Da die Menschen, „wie sie nun einmal sind“, sich der Verwirklichung des Prinzips des Wohlwollens „immer nur nähern“ könnten, sei „der Sozialist andererseits immer in Gefahr ... , durch Zwang nachzuhelfen“ (49). Und: „Wie schon Platon und Aristoteles lehrten, die Verfallsform einer Gesellschaft sei um so furchtbarer, je besser die Idealform hätte sein können“. Daraus ist zu folgern: Da also der Sozialismus nie seine Idealform erreichen kann, wird er immer schlechter als der Kapitalismus bleiben müssen. Die Schwierigkeiten des Kapitalismus ließen sich laut Patzig durch das „Vertrauensprinzip“ auflösen. Die „utilitaristische materielle Ethik“ werde durch „kategorische Imperative“ ergänzt. „Aber diese sind dann nicht mehr die um alles Menschenglück unbekümmerten Wahrsprüche einer transzendentalen Vernunft, sondern elementare Garantien, ohne die kein Mensch mit einem anderen vertrauensvoll zusammenarbeiten könnte“ (61, 93). Allein dadurch, daß Patzig von mehreren Imperativen spricht, wird klar, daß er den Sinn des kategorischen Imperativs bei Kant nicht verstanden haben kann und somit sein „Vereinigungsversuch“ mit dem Utilitarismus verfehlt sein muß. So spezifiziert er dann auch an keiner Stelle seiner Schrift, wie dieses theoretisch vor sich gehen soll. Dieses Unverständnis treibt Patzig in seinem Aufsatz „Die logischen Formen praktischer Sätze in Kants Ethik“ noch weiter. Unter Verwendung einiger Anfangskenntnisse der Logik versucht er, Kant formale Widersprüche anzulasten, um ihn — „verbessert“ — für seine eklektischen Belange aufzubereiten. Der Sinn für die historische Stellung Kants und seiner „praktischen Philosophie“ als dem Ausdruck des Kampfes des damals progressiven Bürgertums für seine Autonomie entgeht Patzig vollständig. Dieser Mangel dokumentiert sich auch in der ständigen Auspielung historisch und ideologisch entlegener bzw. unverträglicher Autoren gegeneinander (z. B. wird gerne Aristoteles gegen Marx gesetzt) oder wenn qualitativ verschiedenartige Begriffe (etwa „Rasse“ und „Klasse“) implizit auf eine Stufe gestellt werden. Daß solche — für einen Fachphilosophen doch erstaunliche — Fehlleistungen jedoch Methode haben, erweist sich dort, wo Patzig ausdrücklich faschistische und marxistische Theorie und Praxis auf eine Stufe stellt und miteinander identifiziert (3, 78, 92 etc.). So sei den „Rassenideologien“ und der „revolutionären Klassenmoral“ der Widerspruch gemeinsam, daß sie „Außenstehen-

den“ einerseits den moralischen Vorwurf wegen dieser ihrer Rolle machten, ihnen andererseits jedoch keine Möglichkeit einräumten, zu der „Rasse oder Klasse“ zuzugehören. Was für den Faschismus gilt, dehnt Patzig auf den Marxismus aus, nach dessen „... Auffassung (sich) keiner seiner Klassenzugehörigkeit und seinem Klassenstandpunkt entziehen“ könne, weshalb Marxisten jeden auch noch so gutwilligen Kapitalisten immer moralisch verdammen müßten. Die unter Marxisten übliche Unterscheidung von Klassenzugehörigkeit (deretwegen noch niemand moralisch verurteilt wird) und Klassenstandpunkt übersieht er dabei vollkommen. Dieses Verfahren von Identifikationen von Sozialismus und Faschismus erinnert zwingend an die bei Rechten und Neofaschisten von Strauß bis NPD übliche Verfahrensweise, womit einerseits der Faschismus verharmlost und andererseits der Sozialismus diffamiert wird. (Im übrigen erinnert Patzig auch durch seine Charakterisierung der „sozialistischen Gesellschaft“ als „Zwang zur Einebnung des Individuums in die Masse“, „Polizeistaat, in dem alle Eigeninitiative erlischt“, „Zwangsstaat, ... in dem sittliche Existenz kaum noch möglich ist“ (49, 50), an den „Bayernkurier“ und die „Deutsche National-Zeitung“.) Diese unreflektierten Ideologeme lassen sich auf die Unfähigkeit zurückführen, moralische Normen auf der Basis objektiver sozioökonomischer Verhältnisse zu begreifen und von daher zu bestimmen. Patzig läßt z. B. den moralischen Relativismus vermeintlich deshalb gelten, „... weil niemand wissen könne, ob nicht noch ein Gegenargument gefunden wird“. Aber moralische Normen werden nicht durch Argumente begründet oder umgestoßen, sondern mittelbar durch die Veränderung der ökonomischen und materiellen Grundlagen der Gesellschaft und unmittelbar durch die der Klassenverhältnisse und der gesellschaftlichen Institutionen. Die argumentative Begründung neuer Normen muß immer auf die objektive Notwendigkeit der Umgestaltung der gesamten Gesellschaft im Interesse der Betroffenen verweisen. Aus diesem Grunde findet es Patzig auch „sinnlos“, bürgerliche Moral zu „predigen“, — was angesichts der spätkapitalistischen Wirklichkeit, die etwa in Ansehung der USA, die gegenwärtig durch einen verbrecherischen Krieg und inneren Verfall gekennzeichnet sind, auch tatsächlich nicht mehr möglich ist. Aber eben deshalb propagieren Marxisten und Demokraten die Moral der Solidarität und der Befreiung. Folgerichtig stellt Patzig in „Moral und Recht“ die These auf, daß der bürgerliche Staat weder wegen „moralischer Mißbilligung“ durch die Gesellschaft Grund habe, jemanden zu bestrafen, noch andererseits sein „konsequentes Eingreifen“ gegen „Rebellen“ (auch gegen solche, die „mit Recht“ ihre Sache vertreten!) „durch fragwürdige moralische Argumente verbrämen lassen“ müsse (19 resp. 17). Hier gibt Patzig den bürgerlichen Staatsorganen — deren Praxis immer weniger moralisch oder durch demokratische Verfassungsnormen legitimiert ist — zu verstehen, daß eine Rechtfertigung von ihnen aus „philosophischen“ Gründen auch gar nicht verlangt werden könne. So wird reaktionäre Praxis theoretisch sanktioniert.

Helmut Arnaszus (Berlin/West)

**Lepenes, Wolf, und Helmut Nolte: Kritik der Anthropologie.** Reihe Hanser. Carl Hanser Verlag, München 1971 (140 S., br., 7,80 DM).

Es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen, die die Autoren als „Skizzen zu einer soziologischen Anthropologie“ (7) verstanden wissen wollen. Der erste Aufsatz (Lepenes/Nolte) fragt nach den anthropologischen Implikationen der Theorien von Marx und Freud; die folgende Abhandlung (Lepenes) beschäftigt sich mit der Anthropologie Gehlens und der an ihr unter anthropologischen Vorzeichen geübten Habermasschen Kritik; der dritte Beitrag (Nolte) thematisiert den mit anthropologischem Impetus von Psychoanalyse und Verhaltensforschung eingeführten Aggressionsbegriff.

Die Autoren gehen davon aus, daß die für die Wissenschaft der Anthropologie konstitutive Suche „nach Konstanten der menschlichen Natur“ (7) auch und gerade im Rahmen soziologischer oder psychologischer Theoriebildung durchaus legitim und in der Tat ein unabweisliches Erfordernis sei. Unter dieser prinzipiellen Voraussetzung wird ihre als „Kritik der Anthropologie“ bestimmte Fragestellung durch ein nach Kantischem Vorbild doppeltes Interesse motiviert. Einerseits gilt es, eine de facto mit schöner Regelmäßigkeit wissenschaftstheoretisch kurzschlüssig und politisch konservativ bzw. reaktionär sich präsentierende anthropologische Forschung in die Schranken ihrer im Höchstmaß ideologieverdächtigen Vernunft zu weisen. Andererseits soll die durch den Tatbestand evozierte Kritik dazu dienen, die Bedingungen der Möglichkeit einer de jure dennoch reellen anthropologischen Erkenntnis zu ermitteln.

Ein vorzügliches Demonstrationsobjekt für eine der reinen Tatbestandsdiagnose geltende „Kritik der Anthropologie“ bildet ohne Zweifel die Theorie Gehlens. Schon die frühere Lehre Gehlens, die unter der bodenlos anthropologischen Nachkriegsprämisse einer durch „Instinktentbindung“ und „fürchterliche Natürlichkeit“ (82) charakterisierten menschlichen Natur die jeweils gesellschaftlichen Institutionen als Instinktersatz und präventiv zweite Natur fest schreibt, ist ein Musterbeispiel für die konservative Intention einer Anthropologie, die auf dem Umweg über die Reklamation vermeintlich invarianter Naturbedingungen in Wahrheit nichts als eine wünschenswerte Invarianz gesellschaftlicher Verhältnisse proklamiert. Vollends typisch für diese Intention aber erscheint das von Lepenes als Revisionsunternehmen begriffene und sicher zu Recht im Zusammenhang mit der Studentenbewegung der letzten Jahre gewahrte Bemühen des späten Gehlen, im Rückgriff auf Ergebnisse vornehmlich der Verhaltensforschung seine frühere Institutionenlehre selber noch einmal zu anthropologisieren und durch den Entwurf einer ihr komplementären industriegesellschaftlichen „Ethik auf biologistischer Grundlage“ (86) abzusichern. Wie weit indes die Tendenz zur Anthropologisierung der Soziologie bereits reicht, zeigt repräsentativ die Habermassche Kritik an Gehlen, deren „Pointe“ (81) Lepenes in

dem Versuch erkennt, die Gehlensche Irrlehre von der Natur des Menschen mit Hilfe einer „richtigen Anthropologie“ (90) zu entkräften. Was für Gehlen die Begriffe der Instinktentbindung und der moralisch eingefleischten Institution, das sind für Habermas etwa die Kategorien von Arbeit und Interaktion: Anthropologika, die als Bedingung der Möglichkeit von Gesellschaftskritik überhaupt sollen fungieren können und müssen. Dieses fragwürdigen Tatbestands ungeachtet möchte offenbar Lepenies auf die anthropologische Fragestellung ungern verzichten. Wenngleich er sicher zu Recht zweifelt, ob eine soziologisch-historisch orientierte „Gesellschaftskritik überhaupt anthropologisch begründet werden kann“ (86), hält er dennoch eine „Anthropologie in utopisch-emanzipatorischer Absicht“ (ebd.) für denkbar. In diese Richtung scheint ihm ein neuerer Beitrag Schelskys zur Rechtssoziologie zu weisen, in dem unter dem Eindruck „der anthropologisch feststellbaren Flexibilität der menschlichen Natur... (das) Programm einer *konkreten Institutionenkritik*“ (95) entwickelt werde.

Entschiedener noch als Lepenies insistiert Nolte bei seiner Diskussion des Aggressionsbegriffs auf der prinzipiellen Berechtigung der durch diesen Begriff markierten anthropologischen Fragestellung. Zwar erkennt und kritisiert Nolte durchaus die in den Ausführungsbestimmungen des Begriffs blind grassierenden „gesellschaftstheoretische(n) Implikationen“ (103), die z. B. in der Identifizierung von Aggression überhaupt mit kultur- und gesellschaftsfeindlicher Destruktivität oder in der Anerkennung der Destruktivität als eines im besten Fall sublimierbaren, „spontan-endogenen“ (129) oder bedingungslos biologischen Faktors als Interesse an einer der historisch-soziologischen Analyse überhobenen, ‚naturwissenschaftlichen‘ Sozialtherapie und Konfliktvermeidungsstrategie zutage treten. Aber weil Nolte sich durch die Diskussion offenbar von der Unentbehrlichkeit des Begriffs selber hat überzeugen lassen, sucht er ihn unter dem Titel einer „konstruktive(n) Aggression“ (129) als Instrument einer gleichermaßen theoretischen und praktischen Gesellschaftskritik zu rehabilitieren und unternimmt es nach Habermasschem Vorbild im Zuge dieses immanenten Rettungsversuchs, der falschen Anthropologie vom angeborenen Destruktionstrieb das ich-psychologisch vermittelte und als protohistorische Vermittlungskategorie gedachte „richtige“ Anthropologikum einer „*konstitutionellen Aggressionskompetenz*“ (131) schmackhaft zu machen.

Als vorbildlich für die von ihnen propagierte anthropologische Fragestellung gilt den Autoren die Position von Marx und Freud. Beiden wird in dem von den Autoren gemeinsam verfaßten ersten Beitrag nachgerühmt, sie hätten die Suche „nach Konstanten der menschlichen Natur“ erfolgreich mit der Einsicht in das „historische Experiment“ (35) einer die menschliche Natur wenn nicht allererst konstituierenden, so doch erst realisierenden gesellschaftlichen Praxis und Realgeschichte zu synthetisieren gewußt und damit einer im Sinne der Verfasser gleichermaßen theoretisch skeptischen und

praktisch emanzipatorischen Anthropologie sich verschrieben. Indes kranken die für diese Interpretation angeführten Belege an einer für den Beweiskurs fatalen Zweideutigkeit. Soweit sie nicht (wie im Fall der explizit gesellschaftstheoretischen Schriften Freuds) einem auch der wohlwollendsten Exegese schwerverdaulichen, weniger anthropologischen als naturphilosophischen Kulturpessimismus das Wort reden, bezeugen die mit dankenswerter Ausführlichkeit gesammelten einschlägigen Äußerungen der ‚Anthropologen‘ Freud und Marx ebensogut und nach Meinung des Rezensenten eher wohl deren entschiedene Gleichgültigkeit bzw. Abneigung gegenüber jedem Versuch, sie für eine Anthropologie überhaupt zu reklamieren. Die für Marx und Freud gleichermaßen charakteristische Anerkennung der abstrakten Möglichkeit eines die Geschichte der menschlichen Natur nicht nur tragenden, sondern auch determinierenden Natursubstrats der menschlichen Geschichte konstituiert noch keine Anthropologie, sondern ist, wie die Autoren förmlich wider Willen zu Protokoll geben, im Gegenteil geeignet, jede inhaltlich bestimmte anthropologische Fragestellung zugunsten einer statt dessen sei es klassenspezifisch, sei es triebgeschichtlich orientierten Analyse zweiter oder auch dritter Naturen bis zum Abschluß des „historische(n) Experimente(s)“ zu vertagen.

Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

**Bloch, Ernst:** Vorlesungen zur Philosophie der Renaissance. Suhrkamp taschenbuch 75. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972 (155 S., br., 5,60 DM).

In diesem an Umfang geringen, an Gehalt überreichen Buch sind Gedanken und Deutungen komprimiert, die zum Teil im „Prinzip Hoffnung“, der Summa der Blochschen Utopieforschung, verstreut vorliegen. Die Komprimierung ist eine doppelte: einerseits kreisen die Vorlesungen um ein zentrales Thema, um den „stiefmütterlich behandelten Anfang der bürgerlichen Philosophie“, die keineswegs mit Descartes anfangt, vielmehr „eine Vorgeschichte hat, die mehr ist als Vorgeschichte“ (11); andererseits bietet die Heraushebung der Reihe von Marsilio Ficino über Giordano Bruno und Machiavelli zu Giambattista Vico, mit Abstechern in den deutschen und englischen Raum (Paracelsus, Jakob Böhme, Francis Bacon) die Gelegenheit zu einer kammermusikalisch angelegten Philosophiegeschichte derjenigen Jahre, die der Autor einleitend als „Zeit des Frühlings, Zeit der Wende“ preist. Das ist bei Bloch nicht rhetorische Floskel, sondern, im Geiste des historischen Materialismus: „eine Gesellschaft wendet sich, und eine neue kommt herauf“: frühkapitalistische Blüte. „Es entsteht der arbeitende Mensch, der sich seiner Arbeit nicht mehr schämt“, der homo faber. Das christliche Weltbild, die feudale Ordnung, brechen ein, werden jedenfalls gründlich in Frage gestellt.

Vor diesem Hintergrund gehen nun die Denker über die Bühne des Hörsaals, deren Denken bisher nur unvollständig als Teil eines sich entfaltenden Zeitgeistes begriffen worden ist. Mit einer Quellenkenntnis, die schier uferlos ist, präsentiert Ernst Bloch die Männer des Anfangs — „mit ökonomischem Grund ist das Land ihres Auftretens Italien“ — unter ihnen den Meister der neuen Platonischen Akademie in Florenz Giovanni Pico della Mirandola mit seiner berühmten Rede „Von der Würde des Menschen“. Am Anfang der eigentlichen Philosophie der Renaissance stehe Giordano Bruno, „der große Minnesänger kosmischer Unendlichkeit“ (24); im „Prinzip Hoffnung“ heißt es von ihm: „ein ozeanisches Gefühl, ein kosmisches Bewußtsein“. Bloch verfolgt die Saat des pantheistischen Materialismus von Bruno über Shaftesbury zum jungen Schiller (41).

Überraschend ist in der Zusammenschau Blochs, etwa im Gegensatz zu Jakob Burckhardts Renaissancebild, die Ausweitung in den deutschen, dann in den englischen Raum. Zu den Hörern gewandt: „All die landschaftlichen, klimatischen, wirtschaftlichen Unterschiede, die Ungleichzeitigkeit vor allem, die gotische Winkligkeit in aller Weiträumigkeit, das gotisch Gezogene, all das müssen Sie festhalten, um die Gedankenlandschaft verstehen zu können, die neben der italienischen aufgeht“ (58). Zwei Namen: Theophrastus Bombastus Paracelsus, der viel verkannte philosophierende Arzt, und Jakob Böhme, „einer der tiefsinnigsten Menschen, die je gelebt haben“ (59). Im „Prinzip Hoffnung“ deutet Bloch bereits an, daß bei Böhme die alte manichäische Zweiheit zur „objektiven Dialektik“ wird. In den „Vorlesungen“ wird diese „objektive Dialektik“ belegt und ausgeführt, dergestalt, daß, wie Böhme sagt: „überall eins gegen das andere ist, nicht daß sichs feinde, sondern damit es dasselbe bewege und offenbare“ (76).

In Francis Bacon zeigt Ernst Bloch den Vertreter der Renaissance in England, jedenfalls an ihrem Übergang zum ausgebildeten Kapitalismus, „am Ende steht die große industrielle Revolution des 18. Jahrhunderts, die sich im 16. hier schon vorbereitete“ (85). Scharfe Gleichzeitigkeit tritt an das bisher vorherrschend Ungleichzeitige. Eine Utopie neuer Art, das lange vereinsamte Original der ersten science fiction einer technischen Utopie, niedergelegt in „Nova Atlantis“. Mit der Deutung des Prometheus als erfinderischer Menschengeist, der die menschliche Herrschaft begründet, erreicht in der Tat der Renaissancegedanke einen seiner Höhepunkte.

Von besonderem Interesse erscheint dem Rezensenten der Abschnitt über Machiavelli. Der landläufigen Abwertung Machiavellis setzt Bloch ein differenziertes, an Marx orientiertes Verständnis entgegen. „Zur realpolitischen Deutung seiner Zeit, nicht nur seiner Zeit, hat Machiavelli Anweisung gegeben, sie darf nur so, nicht dagegen als Rezept zum Nachmachen verstanden werden“ (134). Ob und wie weit der Zweck die Mittel heilige, bedürfe einer dringenden Untersuchung zusammen mit der umgekehrten: Entheiligt das Mittel den Zweck? Die Frage lautet konkret: „Kann man die Herstellung

des Reichs der Freiheit dadurch befördern, daß man zeitweise die Freiheit etwas herabsetzt?“ Das Verhältnis von Mittel und Zweck sei ein Problem, das im Machiavelli stecke und durchaus, unter anderen Sternen, als ein Erbe diskutiert werden könne. Ein den Machiavellismus verachtendes, aber durch Machiavelli belehrtes Studium führe nicht zu seinen Rezepten, sondern zu ihrem Gegenteil. „Die Souveränität des ‚Principe‘ gab also den bestgemalten Hintergrund zu ihrem Gegenteil, zur Souveränität des Volkes“ (135).

An dieser Stelle nun hätte man gerne einen Hinweis auf Gramsci gefunden. Genau das ist nämlich der Kern der Apperzeption des „Principe“ durch den im faschistischen Kerker schreibenden Antonio Gramsci. Einen großen Teil seiner „Quaderni del carcere“ (1929 bis 1936) widmet der Lehrer Togliattis dem Werk Machiavellis, indem er dessen Lehre aus den Fesseln der zeitbedingten Widmung befreit und seine Sprache ins Moderne übersetzt. „Der moderne Fürst, der Fürst-Mythos, kann keine wirkliche Person, kein konkretes Individuum, sondern nur ein Organismus, ein komplexes Element der Gesellschaft sein, in dem ein anerkannter Kollektivwille sich zu konkretisieren beginnt und sich zum Teil schon in die Tat umgesetzt hat. Dieser Organismus ist von der geschichtlichen Entwicklung bereits gegeben; es ist die politische Partei: die erste Zelle, in der sich jene Ansätze des Kollektivwillens zusammenfinden, die dahin tendieren, universal und total zu werden“ (Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis — Eine Auswahl. Frankfurt/M. 1967, S. 285; vgl. die Rezension dieses Buches in Argument 48/1968).

Ernst Bloch verwendet auch in diesem Buch jene der abstrakten Fachsprache ferne, bildhaft plastische und doch so genaue und eindringliche Kunstsprache, die das Studium seiner Werke auch Nichtphilosophen zum intellektuellen Vergnügen macht.

Bruno Frei (Wien)

**Voegelin, Eric (Hrsg.):** Zwischen Revolution und Restauration. James I. und Filmer, Hobbes, Harrington, Winstanley, Locke. Politisches Denken in England im 17. Jahrhundert. List Hochschulreihe Geschichte des politischen Denkens. List Verlag, München 1968 (180 S., br., 4,80 DM).

Mit dem neuen Interesse für die Revolutionsproblematik in Wissenschaft und Politik gewinnt auch England im 17. Jahrhundert neue Bedeutung, da es, langwieriger, diffuser und weniger systematisch als die späteren großen Revolutionen, bereits im Prinzip die Dialektik „zwischen Revolution und Restauration“ vorführte. England als Mutterland der industriellen Revolution und des modernen Parlamentarismus seit dem 18. Jahrhundert ist auch das Mutterland der modernen Revolution. Von solchen Zusammenhängen und Perspektiven ist jedoch in dem vorliegenden Bändchen mit seinem durchaus korrekten Titel wenig zu spüren. Die sechs Beiträge von drei jün-

geren Politologen aus der konservativen Schule von Eric Voegelin (München) vermitteln überwiegend brave Geistesgeschichte traditionellen Stils, wenn auch gelegentlich mit — für deutsche Verhältnisse und für die Zeit der Veröffentlichung (1968) — bemerkenswerter Berücksichtigung der modernen historischen Forschung zur Englischen Revolution. Wer mehr bieten will als eine Neuauflage der rein personalistischen und ideengeschichtlichen Analyse, hätte jedoch die historischen Ansätze stärker durchführen und mit den theoretischen Teilen besser integrieren müssen. Die chronologischen Daten zu den einzelnen Biographien am Ende des Bändchens bieten nur geringen Ersatz.

Vielversprechend beginnt der einleitende knappe Essay von Manfred Henningsen („Zum englischen politischen Denken im 17. Jahrhundert“), denn auf der ersten Seite gelingt ihm eine beachtliche Kurz-Analyse des europäischen Rahmens seit dem ausgehenden Mittelalter. Es folgen etwas über zwei Seiten kirchen- und religionsgeschichtlicher Skizze mit der Reformation in England als Mittelpunkt. Die Entfaltung des revolutionären Prozesses, von dem immerhin die Rede ist, wird an der auslösenden Rolle der Stuart-Könige diskutiert, gefolgt von einem Absatz über die Verfassungskämpfe. Erst am Ende kommt auf etwas mehr als einer halben Seite die Erwähnung sozio-ökonomischer Verhältnisse, wobei Vf. die sog. Gentry-Kontroverse rezipiert, also die Debatte über die Rolle der Gentry in der Vorgeschichte und im Verlauf der Englischen Revolution. Der erste und letzte Satz zusammengenommen beleuchten das Programm der meisten Beiträge:

„Weniger klar als die Verfassungskonflikte stellen sich die sozial-ökonomischen Verhältnisse dar, die die revolutionären Prozesse mitbestimmen haben. ... Eine Reduktion der Revolutionsmotive auf sozial-ökonomische Bedingungen vorzunehmen ist allein deshalb absurd, weil damit der Komplex der religiösen Phänomene, die so eklatant im Vordergrund der öffentlichen Debatte standen, unter den Tisch fallen würde.“

Aber in krampfhafter Abwehr eventuell vorkommender dogmatisierter Einseitigkeiten versperrt sich Vf. die Einsicht in die Tatsache, daß, so komplex und diffus auch der sozio-ökonomische Faktor im 17. Jahrhundert noch sein mochte, „der Komplex der religiösen Phänomene“ auch ganz selbstverständliche ideologische Verbrämung von handfesten politischen und materiellen Interessen war, selbstverständlich, weil damals eine andere als christliche Form für die ideologische Verbrämung noch nicht denkbar war. Es ist also absurd, die religiösen Phänomene so eklatant in den Vordergrund zu stellen, anstatt ihnen den gebührenden Platz einzuräumen.

Der Rest des einleitenden Essays faßt nun nicht die folgenden Einzelbeiträge zusammen und verknüpft sie mit dem, wenn auch zu kurz und überwiegend unzulänglich skizzierten allgemeinen Rahmen, sondern greift sich mit Hobbes und Locke nur die Standard-Darlings der politologischen Literatur heraus.

Im Rahmen seiner engen Begrenzung nützlich ist der Essay von Henningsen über James I. und Robert Filmer, die beiden Chefideologen des versuchten englischen Absolutismus. Denn wer liest normalerweise schon die Rechtfertigungsschriften der beiden, die versuchten, mit dem Anspruch des „Divine Right of Kings“ die Begründung für die englische Version des Absolutismus zu liefern? Aber mehr als Resumée und Referat der wichtigsten Traktate ist kaum herausgekommen. Allzu dürftig ist die Verknüpfung von James I. als Angriffsfläche für die Verteidiger des traditionellen Common Law, die damit indirekt die revolutionäre Situation unter James I. Sohn und Nachfolger vorbereiten halfen. Schon der Hinweis auf das berühmte königliche Dictum auf der Lambeth-Konferenz über die Neuordnung der Kirchenverhältnisse (1604) — „No bishop, no king“, mit dem James I. nach seiner Thronbesteigung (1603) für die Konservierung der hierarchischen Strukturen gegen proto-demokratische Strömungen im englischen Protestantismus eintrat — hätte das fast unverbindliche geistesgeschichtliche Referat auf einen festeren Boden der realhistorischen Analyse gestellt. Entsprechendes gilt für den kurzen zweiten Teil über Filmer, der bisher nur als Objekt der Polemik von Locke bekannt war. Instrukтив für heute ist die Bedeutung des Adam-Mythos bei Filmer, da Adam als erster Vater zugleich als erster Monarch ausgewiesen wird. So wird verständlich, wieso Anno 1968 ein mit Sir Robert Filmer gleichgestimmter Politologe, Wilhelm Hennis, auf den noch irrationaleren Mythos des sogenannten Adam-Neids rekurrieren konnte, um die moderne Aufsässigkeit in die Emanzipation zu erklären (vgl. Argument 77, S. 1072).

Besonders mißlich wird die mangelhafte Verknüpfung mit dem historischen Rahmen bei den beiden Aufsätzen von Peter J. Opitz über Hobbes und Locke. Brauchbar als Einführung in die politischen Ideen beider Theoretiker sind die Essays nur für den, der die verworrene und wirre Geschichte der beiden Phasen der Englischen Revolution im 17. Jahrhundert einigermaßen überblickt. Da aber justament die englische Revolution in der deutschen Historiographie sündhaft vernachlässigt ist, so daß selbst beim Durchschnitts-Historiker in der Regel wenig bis nichts an Kenntnissen vorauszusetzen ist, bleiben Hobbes und Locke ohne ständigen Bezug auf ihre historische Situation blaß.

Wirklich Neues für deutsche Verhältnisse bringt dagegen Jürgen Gebhardt mit seinen beiden Essays über James Harrington und Gerard Winstanley. Gebhardt ist am stärksten in die (zugegeben enorme) moderne Literatur über die Englische Revolution eingestiegen, und seine beiden Beiträge zehren davon, vor allem in der Analyse der Leveller, ihrer politischen Programmatik im „Agreement of the People“ und ihrer Vorschläge zur Ausdehnung des Wahlrechts als eine der Rahmenbedingungen für Harrington und Winstanley. Gebhardt erklärt Harringtons Hauptschrift „Oceana“ richtig und plausibel als programmatischen Rettungsversuch des Commonwealth, also der englischen Republik, in ihrer Dauerkrise seit der Errichtung des Protektorats unter Cromwell. Aber die eigentlich auf-

regende Modernität von Harrington liegt weniger in seiner Konzeption einer agrarischen Demokratie, die sich sowohl revolutionär-egalitär als auch konservativ-hierarchisch auslegen und ausbauen ließ, als in seiner Analyse des historischen Prozesses, der der Englischen Revolution vorausging. Denn Harrington darf als erster Denker gelten, der das Verhältnis zwischen materieller Basis und politischem Überbau entdeckte, wenn auch noch für die agrarischen Verhältnisse seiner Zeit und wenn auch noch ohne dialektische Modifizierung. Ähnlich wie Tocquevilles „L’Ancien Régime et la Revolution“ noch immer eine instruktive Einführung in die weitere und engere Vorgeschichte der Französischen Revolution gibt, ist der historische Teil in Harringtons „Oceana“ in seiner Komprimiertheit und sozialgeschichtlichen Modernität eine vorzügliche Einführung in die Vorgeschichte der Englischen Revolution, wenn dem heutigen Leser die literarischen Verschlüsselungen (Oceana = England usw.) nur richtig aufgelöst und in den historischen Zusammenhang gestellt werden.

Noch stärker sozialgeschichtlich wird Gebhardt in seinem Beitrag über Winstanley, den Führer der Digger-Bewegung, die als radikalster Flügel der Englischen Revolution über die radikal-demokratische Bewegung der Levellers hinaus das Ideal einer demokratisch-egalitären Agrarkommune propagierte und praktizierte, bis die herrschende Klasse die Diggers vom eigenhändig bebauten Boden mit Gewalt vertrieb, weil sie gerade dabei war, durch die Politik der Enclosure umgekehrt die letzten genossenschaftlichen Elemente in der englischen Agrarverfassung zu zerstören und damit die Basis für den entstehenden Kapitalismus auszuweiten. Wichtiger als die für die Zeit unvermeidlichen mystisch-religiösen Bekenntnisse und Offenbarungen bei Winstanley wäre jedoch die ausführlichere Wiedergabe der sozialkritischen Komponente gewesen, die den Hintergrund zum sozialrevolutionären, wenn auch gleichzeitig sozial-utopischen Protest der Digger-Bewegung bildete, gerade weil das Ideal seiner christlichen agrarkommunistischen Republik in die lange Reihe sozialrevolutionärer Protestbewegungen aus dem Bereich der sogenannten Ketzer-Bewegungen gehört und ein bemerkenswertes Verbindungsglied zu analogen Bewegungen in der Französischen Revolution war, vor allem zu Babeuf.

Nach diesen Zusammenhängen und Ausblicken (die herzustellen eigentlich die Pflicht des Herausgebers gewesen wäre) nimmt sich der abschließende Beitrag von Opitz um so bizarrer aus. Opitz arbeitet richtig Lockes Funktion als Ideologe und Theoretiker der entstehenden bourgeois-kapitalistischen Gesellschaft heraus, die gerade aus der Englischen Revolution den größten Nutzen zog. Aber in einer überraschenden Wendung, die sich nur als peinlicher Kotau vor dem verehrten Meister Eric Voegelin verstehen läßt, erklärt Opitz, unter Berufung auf Voegelin, Locke indirekt für verrückt, weil Locke an einer „schweren geistigen Störung“ gelitten habe. Die plötzliche vernichtende Kritik kommt also aus einer rechten, präkapitalistischen Ecke, die noch gar nicht recht begriffen hat, daß

Voegelins Position längst in einem christlich-firmierenden Konservativismus zur Verteidigung des Kapitalismus im Doppelsinne Hegels aufgehoben ist. War Locke geistig gestört, so war (und ist) auch der Kapitalismus verrückt, mitsamt seinen subtileren Ausläufern der Gegenwart, wie der angeblich so sozialen freien Marktwirtschaft.

Der inhaltlichen Konfusion am Ende des Bandes entspricht auch eine formale zu Beginn: Als Herausgeber des Bandes zeichnet der gemeinsame Lehrer der drei Autoren, ohne aber einen ersichtlichen Beitrag selbst zu leisten. Dagegen erscheinen die drei Autoren als Herausgeber der Gesamtreihe, zu deren Beirat wiederum Voegelin gehört. Zur Klarheit des Bandes mit seinen so unterschiedlichen Aufsätzen trägt dieses editorische Wirrwarr kaum bei, widerspiegelt eher noch einmal die Situation zwischen geistesgeschichtlicher Orthodoxie und sozialgeschichtlicher Emanzipation, in der der formale (oder fiktive) Herausgeber und seine unterschiedlichen Mitarbeiter den Band herausbrachten.

Immanuel Geiss (Hamburg)

**Baruzzi, Arno (Hrsg.):** Aufklärung und Materialismus im Frankreich des 18. Jahrhunderts. La Mettrie — Helvetius — Diderot — Sade. List-Hochschulreihe, Geschichte des politischen Denkens, Band 1502. Paul List Verlag, München 1968 (184 S., br., 4,80 DM).

Die hier versammelten Arbeiten durchbrechen nirgends den traditionellen geistesgeschichtlichen Ansatz. Weder die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft im allgemeinen, noch deren historisch besondere Herausbildung in Frankreich werden theoretisch folgenreich im Zusammenhang mit Aufklärung und Materialismus gesehen. Abweichend von herkömmlichen Darstellungen ist lediglich die — gut gelungene — Einbeziehung von Sade in den Zusammenhang des französischen Materialismus.

Im einzelnen sind die Aufsätze kenntnisreich und sorgfältig geschrieben; die Einleitung und die Bibliographie vermitteln einen Überblick über die Entwicklung der Forschung. Bedauerlich bleibt, daß die im Literaturverzeichnis aufgeführten neueren historisch-materialistischen Arbeiten zum Thema so wenig — und sei es in kritischer Auseinandersetzung — Niederschlag im Text gefunden haben.

Heide Gerstenberger (Göttingen)

**Gebhardt, Jürgen (Hrsg.):** Die Revolution des Geistes. Goethe — Kant — Fichte — Hegel — Humboldt. List Hochschulreihe, Geschichte des politischen Denkens, Band 1503. Paul List Verlag, München 1968 (197 S., br., 4,80 DM).

In der vorliegenden Auswahl werden durch Einzelbeiträge von Arno Baruzzi, Jürgen Gebhardt, Manfred Hinningsen, Nikolaus

Lobkowitz, Theo *Stammen* sowie durch eine Arbeit von Jürgen Gebhardt ‚Zur Physiognomie einer Epoche‘ die politischen Aspekte der deutschen Philosophie in den Jahren während und nach der Französischen Revolution behandelt. Daß in Deutschland die bürgerliche Revolution lediglich in der Philosophie zum Ausdruck gekommen sei, während sie in Frankreich praktiziert wurde, ist — nicht zuletzt unter Hinweis auf entsprechende Marx-Zitate — Ausgangspunkt der meisten Arbeiten. Dieser Umstand wird zwar mit der historischen Entwicklung in Deutschland in Verbindung gesetzt, doch bleibt die Deskription dieses Zusammenhangs den Analysen äußerlich. Im einzelnen sind die Beiträge sorgfältig gearbeitet und können zusammen mit den biographischen Stichworten und der (allerdings sehr eklektischen) Bibliographie als allgemeine Einführung in die politische Theorie der behandelten Autoren dienen. Dies allerdings nur, sofern man für geistesgeschichtliche Arbeiten auf einen ideologiekritischen Anspruch weitgehend verzichtet. Heide Gerstenberger (Göttingen)

## Soziologie

**Albrow, Martin:** *Bürokratie*. List Taschenbücher der Wissenschaft, München 1972 (196 S., br., 6,80 DM).

Bei dem eher schmalen Bändchen — rund 140 Seiten sind Text, der Rest Anmerkungen und Bibliographie — mußte das Thema „Bürokratie“ kondensiert werden. Abgeliefert hat Albrow eine „Inventaraufnahme“ (11), die der Begriffsklärung dienen soll. Die Arbeit geht bei der historischen Darlegung des Begriffes recht sorgfältig vor. Ihr großer Mangel liegt darin, daß angerissene Probleme nicht vertieft werden. Zu Beginn der Lektüre stößt der Leser auf Sätze, die mehr erwarten lassen als bloße Deskription: „Der Gegensatz zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Bürokratie sollte zum Standardelement aller Werke konservativer Ideologen des zwanzigsten Jahrhunderts werden (siehe Kap. 4)“ (23). Wer bis dahin vordringt, findet eine halbe Seite über v. Mises (96), dessen Ansichten kommentarlos vorgetragen werden. Dieses Beispiel zur Vorgehensweise steht für viele. Der Autor will keinen eigenen Sinn in den Begriff „Bürokratie“ hineinlegen (11): es wird also „wertfrei“ gearbeitet. Es ist Sache des Verfassers, wenn er meint, daß er sich bei der Analyse von Wertvorstellungen nicht persönlich zu engagieren braucht (129), aber auch das Engagement des Lesers bei der Lektüre wird auf diese Weise nicht gerade angeregt. Wenig Einsichten vermitteln z. B. die

folgenden Thesen: Marx ist der erfolgreichste Ideologe aller Zeiten (79) und hat in der „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ über Bürokratie geschrieben. Die Ansichten Mussolinis über Bürokratie sind scheinbar neutral (111). Schließlich gibt es noch ein geistiges Produkt des Westens, das eine objektive, leidenschaftslose, unvoreingenommene Darstellung des Problems anstrebt: das ist die Sozialwissenschaft (98).

Im Gegensatz dazu ist das Kapitel über Max Weber recht nützlich, wenn man die eingestreuten Methodiküberlegungen vergißt. Die knappen Zusammenfassungen aus „Wirtschaft und Gesellschaft“ (48 ff.) ermöglichen einen direkten Vergleich zwischen Webers Aussagen und heutigen Meinungen (und Gesetzen!) über das Berufsbeamten-tum in der BRD. Viel hat sich nicht geändert. Weber wäre sogar insofern progressiver, als er — wie Albrow darlegt (72—77) — Rationalität und optimale Leistungsfähigkeit streng auseinandergehalten hat: ein zusätzliches, unverdächtiges Argument gegen den sich betont wissenschaftlich gebenden Anspruch auf „Wirtschaftlichkeit“ im Bereich der öffentlichen Verwaltung.

Die eigentlich aktuellen Probleme erscheinen nur in Randbemerkungen: wie kann die Bürokratie die Bedürfnisse der Öffentlichkeit am besten befriedigen (135), wie die notwendige Kommunikation herstellen? Warum gibt es z. B. in der BRD eine Dreischichtigkeit (Beamte-Angestellte-Arbeiter) des öffentlichen Dienstrechts, wenn das hervorstechendste gemeinsame Merkmal aller öffentlichen Bediensteten nach Albrow die Arbeitnehmereigenschaft ist (113)? Im Schlußkapitel konstatiert der Verfasser eine Trennung zwischen „denen, die besitzen, und denen, die den Produktionsprozeß unter Kontrolle halten“ (147). Die einzigen Anmerkungen, die der Verfasser dazu macht, betreffen die Parallelität der Entwicklung in Wirtschaft und Verwaltung. Sparsam wird hinzugefügt, daß unser Jahrhundert mit dieser Trennung „fertig werden muß“ (147). Ein Wort noch zur umfangreichen Bibliographie: sie enthält alle bedeutenden, leider oft schwer zugänglichen Schriften angelsächsischer Soziologen zum Problem. Zu wünschen wäre noch ein Nachweis der neueren Schriften von Verwaltungswissenschaftlern.

Detlef Czybulka (München)

**Krappmann, Lothar:** Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. Klett Verlag, Stuttgart 1971 (252 S., br., 26,50 DM).

Die überarbeitete Dissertation (FUB) wurde vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in der Reihe „Texte und Dokumente zur Bildungsforschung“ herausgegeben. Laut Krappmann soll das Konzept praktische Anwendung beim Versuch finden, das heutige Schulwesen mit dem Ziel der Einlösung des Chancengleichheit-Postu-

lats zu verändern. Das Identitätskonzept sei Voraussetzung zur Vermeidung von autoritär-technokratischen Lösungen für die sozialen Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft — mittels Hilfe für unterprivilegierte Unterschichtkinder bei Interaktionen eine stabile Ich-Identität zu entwickeln (11).

Krappmann möchte nachweisen, daß dem Individuum desto mehr Möglichkeiten zu sozialer Interaktion offenstehen, je besser es ihm gelingt, die Besonderheit seiner Identität an der interpretativen Integration gerade divergenter Erwartungen und widersprüchlicher Handlungsbeteiligungen in den Systemen sozialer Interaktionen zu erläutern. Auf schichtspezifische Bedingungen für Identitätsentwicklungen und objektiv bedingte, nicht individuell aufhebbare Widersprüche geht er nicht ein. Er will statt dessen die „Chance des Individuums zur Individuierung“ von der „Inkonsistenz der Normensysteme und Widersprüchlichkeiten in sozialen Systemen“ ableiten (10).

Der Autor hat fleißig Literatur zur Identität aufgearbeitet. Den symbolischen Interaktionismus hält er in besonderer Weise für geeignet, die Anregungen der Psychoanalyse für ein Identitätskonzept aufzugreifen, wenn er auch den derzeitigen Stand des symbolischen Interaktionismus wegen fehlender begrifflicher Systematik und unreflektiertem methodischen Vorgehen unbefriedigend findet. Gerade diese Vorwürfe müssen aber auch an ihn selbst zurückgegeben werden: Sein Buch ist miserabel gegliedert, und sein Vorschlag für die empirische Anwendung seines eigenen Konzeptes bleibt auf der Ebene der Datensammlung, die gesellschaftliche Dimension wird erst nachträglich aufgesetzt (210).

Indem Krappmann angeblich in die Analyse von Identitätsbalancen des Individuums die Dimension „herrschaftsfreier Interaktion“ einbringt — auf der Grundlage des Habermasschen Ansatzes —, meint er sich vor „Fehleinschätzungen“ bewahren zu können und zu beweisen, daß Identität nur dann gewahrt bleibe, wenn sie durch Anerkennung des Interaktionspartners legitimiert werde. Es bleibt allerdings unklar, was der Autor unter herrschaftsfreier Interaktion versteht. Für ein idealtypisches Modell sind die strukturellen Voraussetzungen viel zu wenig theoretisch abgeleitet, es scheint vielmehr einfach die Ignorierung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und deren Niederschlag in Normen zu bedeuten (27/39). Die Sinnlosigkeit eines solchen Erklärungskonzeptes, das von konkreten Verhältnissen absieht, macht sein Beispiel deutlich, in dem er die erheblich eingeschränkten Möglichkeiten der Interaktionspartner in „typischen Ausbeutungsverhältnissen“ beklagt.

„Der Ausbeuter kann vom Ausgebeuteten nicht verläßlich erfahren, wer er ist, weil der Ausgebeutete ihm keine spontane Antwort geben kann. Da der eine dem anderen ohnehin willfährig sein muß, kann dieser von seinem ‚Partner‘ keine eindeutig interpretierbare Bestätigung für eine Identität, in der er auftreten möchte, erhalten...“ (35)

Divergierende und widersprüchliche Erwartungen, unzureichende Bedürfnisbefriedigung und nicht voll gelingende Versuche der Übersetzung subjektiver Interpretationen *aushalten* und nicht nur verdrängen — lautet die Devise des Identitätskonzeptes (30). Krappmann meint, das stifte aber nun gewiß keine Harmonie, sondern führe zur Kritik von unzufriedenstellenden Verhältnissen: „Schon der Versuch einer Identitätsbalance ist wegen des kritischen Potentials, das er enthält, ein Angriff auf bestehende Verhältnisse“ (10) — und das ganze soll wohl gemerkt der Fall sein, obwohl das Identitätskonzept auf die Inkonsistenz der Normensysteme aufgebaut ist.

Wer die notwendigen flexiblen Normensysteme schaffen soll, wer Repression abbauen soll — bleibt schleierhaft, obwohl Krappmann erkannt hat, daß die „Art der Reproduktion der technisch-industriellen Gesellschaft“ nur die Ausbildung solcher Fähigkeiten zuläßt, die dem System nützlich sind, wie Rationalität, Effizienz, Anpassungsfähigkeit, Unparteilichkeit etc. — andere kreative Fähigkeiten verkümmerten jedoch weithin. Das Gefühl, man müsse hier irgendwie auf Entfremdung zu sprechen kommen, erledigt Krappmann mit einer Fußnote, in der „einige Vorbehalte gegen die Verwendung des Entfremdungsbegriffs im vorliegenden Zusammenhang“ geäußert werden (65).

An den konventionellen Rollenkonzepten kritisiert Krappmann vor allem, daß sie keinen Raum für Spontaneität und für Entwicklung von Ich-Identität im Interaktionsprozeß ließen, welche ja Voraussetzung für erfolgreiches Rollenhandeln seien. Sie verschenkten den Ansatz, zu erklären, wie Rollen in sozialer Interaktion entstehen würden. Identitätsfördernd wirken sich für den Autor das Vorhandensein von Rollendistanz, Empathie, Ambiguitätstoleranz (Fähigkeit widersprüchliche Rollenerwartungen und einander widerstrebende Motivationsstrukturen nebeneinander zu dulden) (155) sowie die Möglichkeit zur Selbstrepräsentation aus.

Indem Krappmann annimmt, daß jedes Individuum gezwungen sei, ein gewisses Maß an gleichzeitig verschiedenen auftretenden Interaktionsansprüchen und durch sie erzeugte Unbefriedigtheit zu ertragen, offenbart er seinen Glauben an die Unauflöslichkeit des Gegensatzes zwischen Individuum und Gesellschaft, der Dahrendorfs „ärgerlicher Tatsache der Gesellschaft“ sehr nahekommt.

Der Ausbildung von Ambiguitätstoleranz im Sozialisationsprozeß förderlich seien Konfliktsituationen. Wichtigste Voraussetzung für ihren Erwerb sei eine erfolgreiche Geschlechtsrollenidentifikation mit dem Zweck der Internalisierung von zwei komplementären, grundsätzlich unvereinbaren Verhaltensmodellen — historisch und gesellschaftlich bedingte Geschlechtsrollenunterschiede erweisen sich hier als naturgegeben und also prinzipiell unaufhebbar (165).

Insgesamt läßt sich das Identitätskonzept dahingehend kritisieren, daß es keine Theorie begründen kann, die sich der Forderung nach Anpassung an bestehende Systeme widersetzt. In doppelter Weise abstrahiert das Konzept von der Realität: Die Möglichkeit der Ent-

faltung von Ich-Spontaneität und Selbstreflexion wird für bestehende Rollensysteme ungeprüft angenommen, und zweitens münden die Leistungen von Ich-Spontaneität und Selbstreflexion nicht in gesellschaftsveränderndem Handeln, sondern verbleiben auf der Ebene des herrschenden Bewußtseins. Der Begriff der Identitätsbalance bleibt der Tatsache der Entfremdung verhaftet, weil sich Verdinglichung und Isolation nicht durch „Balancierung“ aufheben lassen. Die Identitätsbalance zum strukturellen Erfordernis zu bestimmen, belegt des Autors Unvermögen, die Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft gedanklich zu überschreiten.

Marlis Dürkop (Berlin/West)

**Nahrstedt, Wolfgang:** Die Entstehung der Freizeit. Dargestellt am Beispiel Hamburgs. Ein Beitrag zur Strukturgeschichte und zur strukturgeschichtlichen Grundlegung der Freizeitpädagogik. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972 (372 S., Ln., 48,— DM).

In der bürgerlichen Wissenschaft wird die Entstehung der Freizeit kontrovers diskutiert. Nach Auffassung der Pädagogen entstand sie in der 2. Hälfte des 18. Jhdts. „mit einer eigenständigen ‚positiven‘ demokratischen Thematik“ (17), nach Auffassung der Sozialwissenschaftler in der 2. Hälfte des 19. Jhdts. als „negativer‘ Komplementärbegriff zur neuen industriellen Arbeitszeit“ (17). Die vorliegende Arbeit versucht, einen Beitrag zur Klärung dieser Kontroverse zu leisten und geht dabei von der grundlegenden These aus, „daß die Freizeit durch die Aufklärungsbewegung seit der 2. Hälfte des 18. Jhdts. entstand, durch die Industrialisierung seit der 2. Hälfte des 19. Jhdts. aber erst eine umfassende soziale Verbreitung erlangen konnte“ (17). Unter Freizeit versteht Nahrstedt „Zeit individueller Freiheit“, wobei sie „durch Freiheit, Zeit und Raum von einer Nicht-Freizeit (= Arbeitszeit)“ (60) zu unterscheiden sei.

Die zentrale Kategorie der Untersuchung bildet der sich wandelnde Freiheitsbegriff. Die Auswirkung dieses Wandels beschreibt Nahrstedt anhand dreier Begriffe: „das ganze Haus“, „das Zeitverständnis“ und „der Arbeitsgedanke“. Während vor 1750 das „ganze Haus“ die ökonomische und soziale Zelle der Gesellschaft bildete, die Arbeits- und Wohnstätte umfaßte und in sich patriarchalisch und hierarchisch strukturiert war, zerfällt dieses Sozialgebilde im Gefolge der Aufklärung. Der Freiheitsbegriff der Aufklärung — „alle Menschen (sind) gleich frei“ (143) —, der dem in sich abgestuften Freiheitsbegriff der Vor-Aufklärungszeit — alle Menschen sind nicht gleich frei — entgegensteht, ermöglicht nach Nahrstedt die Herausbildung der modernen Freizeit, da er den Pflichtcharakter der bisherigen Freiheit aufgibt (vgl. 279 ff.). Die Freiheit der Freizeit ist z. B. nicht mehr verbunden mit der Pflicht, diese in einer ganz be-

stimmten Art und Weise zu verwenden (religiöse Erbauung), wie dies in der Vor-Aufklärungszeit geschah. Analog zum Verfall des „ganzen Hauses“ wird der natürliche Zeitbegriff, der an Jahreszeiten und an Tag und Nacht gebunden ist, durch den „rationalen Zeitbegriff“ überwunden. Die natürliche Helligkeit verliert ihre Dominanz für die Wachzeit und insbesondere für die Arbeitszeit der Individuen. Die Nacht wird in die Wachzeit einbezogen; die Zeiten für den Arbeitsanfang verschieben sich auf das heutige Niveau. Dagegen weist der „Arbeitsgedanke“ noch eine historische Kontinuität auf. Wie im Mittelalter wird die Arbeit als eine „Zeit der Freiheit“ (160) verstanden, die aber nun einer Intensivierung unterliegt und die Fesseln, die die christliche Ethik setzte, sprengt: nach 1800 findet Arbeit auch an Sonn- und Feiertagen statt. Hierdurch kehrt sich jedoch die „Freiheit“ im Bewußtsein der Menschen in eine „Unfreiheit“, in eine Beschränkung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten um. Die Zerstörung des „ganzen Hauses“, die neue Ökonomie der Zeitverwendung und die extensive Auslegung des „Arbeitsgedankens“ als Folge der Verwirklichung des Freiheitsbegriffes der Aufklärung führen nach Nahrstedt zur Ausformung jenes Freizeitverhaltens, das sich im Gegensatz zur fremdbestimmten Arbeit als ein Moment der Selbstbestimmung der Individuen begreift. Die äußere Form, in der sich jenes Verhalten institutionalisiert, zeigen die Verbreitung des Kaffeehauses, die abendlichen Gesellschaften, Salons, Vereine usw. Während diese Formen des Freizeitverhaltens zuerst von den Handelsherren übernommen werden, beginnt sich im späten 19. Jhd. eine allgemeine Adaption, die alle Klassen und Schichten der Gesellschaft umfaßt, herauszukristallisieren.

So positiv das umfassende empirische Material, das Nahrstedt heranzieht, zu bewerten ist — eine inhaltliche Straffung wäre vonnöten gewesen —, so unbefriedigend bleibt jedoch seine Aufarbeitung. Er schreibt die Geschichte eines Begriffes — ohne diesen auf dem Hintergrund des Emanzipationskampfes des Bürgertums zu sehen. Der abstrakte Freiheitsbegriff der Aufklärung wird als Ursache der Entstehung der modernen Freizeit charakterisiert: „Daher mußte für ihn (den Freizeitgedanken, d. V.) die bestehende Ordnung verändert werden“ (250). Die Kategorie wird zum Motor der geschichtlichen Entwicklung, die Interessen aber, die jene beinhaltet, bleiben unproblematisiert. Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte und die Vernichtung des Zunftwesens — als Kennzeichen der Zeit nach der Aufklärung um 1800 — begreift Nahrstedt nur im Rahmen obiger drei Begriffe. Diese Begriffe aber haben nur illustrierenden Charakter, da sie nicht auf das Wesen zielen — was Nahrstedt durchaus im Auge hat (siehe Bemerkungen zur Durchsetzung der Gewerbefreiheit, 149 ff.) —, sondern ihn nur in der Form der Erscheinung fassen. Wenn die Ideen der Aufklärung — wie es bei Nahrstedt den Anschein hat — als die Kräfte der Veränderung der gesellschaftlichen Realität gefaßt werden, so unterliegt man dem revolutionären Pathos des Bürgertums, begreift aber nicht seine konkrete historische Entwick-

lung. Nahrstedts abschließender Ausblick, daß in der Zukunft der Freizeitgedanke den Arbeitsgedanken verdrängen wird, veranschaulicht wiederum seine Hilflosigkeit, Freizeit als Moment der kapitalistischen Produktion und Reproduktion zu fassen, d. h. auf seine materielle Basis zurückzuführen.

Hans-Joachim Fuhs (Marburg) und Hansjürgen Fuhs (Hamburg)

**Küng, Emil:** Arbeit und Freizeit in der nachindustriellen Gesellschaft. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Verlag, Tübingen 1971 (XII, 267 S., br., 52,— DM; Ln., 59,— DM).

Der Versuch, die „nachindustrielle Gesellschaft“ aus sich selbst zu begründen, ist die durchgehende Methode der Küngschen Arbeit. Es wird dargelegt, wodurch diese Gesellschaft in ihren Grundzügen bestimmt sein wird: durch eine permanente Arbeitszeitverkürzung — Küng schwebt ein Endzustand vor mit einer durchschnittlichen 30-Stundenarbeitswoche, verteilt auf 3—4 Arbeitstage, mit 40 Arbeitswochen im Jahr und einem 12-Wochen-Jahresurlaub (vgl. 22) — und das Vorherrschen des tertiären Sektors in der Volkswirtschaft. Der Weg zur nachindustriellen Gesellschaft bleibt unproblematisiert. Die Ausformung der Küngschen „Utopie“ erschöpft sich in der Behandlung von Detailfragen, deren Stellenwert für das Verhältnis von Arbeit und Freizeit in der nachindustriellen Gesellschaft in keiner Weise geklärt wird, deren Relevanz in vielen Fällen nicht einsehbar ist.

Wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung unbesehen als die Grundlage der nachindustriellen Gesellschaft ausgegeben wird, wie es Küng unternimmt, erstaunt es nicht, wenn er sich vor Probleme gestellt sieht, die ihre Ursache nicht in den Besonderheiten der nachindustriellen Gesellschaft haben, wie Küng behauptet, sondern in der kapitalistischen Produktionsweise. Muß der Arbeitnehmer weniger Zeit zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft aufwenden, so berührt dies nicht die Frage der Stellung des Individuums im Produktionsprozeß: der Arbeitnehmer bleibt Lohnabhängiger; sein Verhältnis zu seiner Arbeit bleibt bestimmt durch den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, d. h. die Fremdbestimmung beherrscht weiterhin die eigene Tätigkeit. Die Entfremdungsproblematik — verstanden als die Entfremdung von der eigenen Arbeit — wird durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht aufgehoben. Küng ahnt zwar diesen Zusammenhang, seine Lösungsvorschläge zeigen jedoch seine Hilflosigkeit: Verbesserung des Arbeitsklimas, Mitbestimmung am und über den Arbeitsplatz — „Es sind vor allen Dingen die sozialen und personellen Angelegenheiten, die mit vollem Recht mit den Be-

legschaften oder ihren Vertretungsorganen diskutiert werden sollen“ (159). Der Betrieb wird verstanden als die „Schule des Zusammenlebens“ (113): Befriedigung in Arbeiten, die außerhalb des geregelten Arbeitsverhältnisses im Betrieb geleistet werden, Muße und Meditation in der Freizeit. Nicht die Ursache der Entfremdung wird überwunden, sondern die Rahmenbedingungen werden verändert, um das „unglückliche“ Bewußtsein der Arbeitenden manipulativ umzukehren (vgl. 112 ff., 148 ff.).

Der „soziale Fortschritt“ — weniger Arbeitszeit, mehr Freizeit — erweist sich bei näherer Betrachtung als eine *fata morgana*: Um den Lebensstandard der fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu sichern, darf nach Küng der Warenausstoß nicht vermindert werden. Da gleichzeitig eine Arbeitszeitverkürzung vonstatten geht, kann der Warenausstoß nur dann auf dem derzeitigen Niveau gehalten und erhöht werden, wenn diese Entwicklungen von einer allgemeinen Produktivitätssteigerung und/oder Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials begleitet werden. Diese Maßnahmen stoßen aber bald auf die systembedingten engen Grenzen. Küng sieht daher den einzigen Ausweg in der Schaffung von Anreizen zu Überstunden und Schwarzarbeit: „Herrscht nämlich eine strukturelle Knappheit auf dem Arbeitsmarkt — die nicht zuletzt durch Arbeitszeitverkürzungen hervorgerufen sein mag —, so wird man makroökonomisch gesehen froh sein über jeden Beitrag zum Sozialprodukt, den einzelne Arbeitskräfte außerhalb der normalen Arbeitszeit zu leisten bereit sind“ (42). Worin aber kann der Anreiz für den Arbeitnehmer bestehen, über die geregelte Arbeitszeit hinaus weiter zu arbeiten, wenn nicht in Form von Geld? Weniger Arbeit führt unter derartigen Bedingungen zu Konsumverzicht, den der Arbeitnehmer sich auferlegen kann; eine Möglichkeit jedoch, die auch heute jedermann offensteht.

Interessanter zur Einschätzung der Küngschen Arbeit sind seine Ausführungen zum Verhältnis der nachindustriellen Gesellschaften zu den Ländern der Dritten Welt. Er schlägt vor, arbeitsintensive Produktionen aus den entwickelten Volkswirtschaften in die unterentwickelten zu verlegen. Dieses Vorgehen, das derzeit schon vielfach praktiziert wird, sichert den Investoren ausreichende Gewinne zur Durchführung von Rationalisierungsaufgaben in den entwickelten Volkswirtschaften — als eine Möglichkeit, mit der Arbeitszeitverkürzung Schritt zu halten — und vermindert direkt den Arbeitskräftebedarf: Senkung der Arbeitszeit für die Arbeitnehmer in der spätkapitalistischen durch verstärkte Ausbeutung der Völker der Dritten Welt, dies ist die Quintessenz der Küngschen Arbeit.

Was als eine Analyse der Probleme der nachindustriellen Gesellschaft ausgegeben wird, erweist sich als der Versuch, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft in einer für das System adäquaten Weise zu lösen: Arbeiteraristokratie.

Hans-Joachim Fuhs (Marburg) und Hansjürgen Fuhs (Hamburg)

**Micksch, Jürgen:** *Jugend und Freizeit in der DDR.* Beiträge zur soziologischen Forschung 8. Westdeutscher Verlag, Opladen 1972 (204 S., Ln., 29,— DM).

Die vorliegende Studie beabsichtigt, „das Freizeitverhalten der Jugendlichen in der DDR zu beschreiben und erklärende Hypothesen für dieses Verhalten aufzustellen“ (S. 9) sowie die Ergebnisse der Analyse den „jugendsoziologischen Untersuchungen der BRD gegenüberzustellen“ (S. 29). Die Freizeittätigkeiten der Jugendlichen werden aufgegliedert in gesellschaftspolitische Tätigkeiten, Weiterbildung, Fernsehen und Kinobesuch, Lektüre, Sport, kirchliche Freizeittätigkeiten (!?) und Urlaub und Reisen. Zwei Freizeittätigkeiten seien hier exemplarisch referiert: gesellschaftspolitische Tätigkeiten und Fernsehen und Kinobesuch.

Betrachtet man die gesellschaftspolitischen Tätigkeiten der DDR-Jugendlichen, so besticht der hohe Grad der Organisiertheit: 65 % der 14—25jährigen waren 1969 Mitglied der FDJ. Berücksichtigt man ferner die anderen Massenorganisationen (FDGB, GST, DTSB, etc.), so wird augenscheinlich, daß die Jugendlichen in der DDR einen gewichtigen Einfluß auf die politischen Entscheidungen haben können. Recht deutlich zeigt sich dies in der Zusammensetzung der Volkskammer: 13,2 % der Volkskammerabgeordneten waren 1967 im Alter von 21—30 Jahren. Vergleicht man diese Zahlen mit den Angaben über den Grad der Organisiertheit und den quantitativen Einfluß der BRD-Jugendlichen auf die politischen Entscheidungen, so gewinnt der Begriff der „jungen Republik“ an Konturen: Nur 39 % der 15—24jährigen BRD-Jugendlichen waren im Jahre 1964 organisiert — diese Zahl dürfte sich infolge der innenpolitischen Entwicklung in der BRD in den letzten Jahren ein wenig erhöht haben — 0,4 % (!) aller Bundestagsabgeordneten waren 1969 im Alter von 21—30 Jahren.

Die „Grimma-Studie“, eine 1967 vom Zentralinstitut für Jugendforschung durchgeführte Untersuchung zu Freizeiterwartungen und Freizeitverhalten von Jugendlichen, ergab — schlüsselt man die Ergebnisse nach schichten- und geschlechtsspezifischen Kriterien auf —, daß Schüler der 10. Klasse wöchentlich 84 Min. für gesellschaftspolitische Tätigkeiten aufwenden, junge Arbeiter sogar 107 Minuten. Mit steigendem Alter nimmt der Zeitaufwand bei den arbeitsfähigen Männern bis auf 170 Min. zu, während er bei den Frauen mit 52 Min. konstant bleibt. Betrachtet man das Verhältnis von Intelligenz und Arbeiter, so weist dies deutliche Unterschiede auf: Die Intelligenz verwendet 3,8 Std. für gesellschaftspolitische Tätigkeiten, d. h. 9,5 % ihrer freien Zeit, die Arbeiter aber nur 2 Std., d. h. 5,6 %. Vergleichbare Ergebnisse für die BRD werden von Micksch nicht referiert.

Das Angebot an Freizeitbetätigungen im gesellschaftspolitischen Bereich wird u. a. von der FDJ mit ihren Jugendclubs konkretisiert. In diesen Clubs wird den Jugendlichen von fachlich-wissenschaftlichen Zirkeln bis zu kulturellen Arbeitskreisen und Tanzveranstal-

tungen eine breite Palette verschiedenartiger Betätigungsmöglichkeiten geboten. An dieser Stelle sei bereits vermerkt, daß Micksch von fehlender politischer Motivation in diesen Jugendclubs spricht, ohne die bisherigen und seiner Meinung nach fehlgeschlagenen politischen Aktivitäten [„Die FDJ (hat) große Anstrengungen für eine effektive Freizeitgestaltung der DDR-Jugend gemacht (. . .), aber (sie hat) damit keinen großen Erfolg bei der Jugend gehabt (. . .) und (ist) auf ein im allgemeinen reserviertes Verhalten (gestoßen)“ (S. 53)] darzustellen. Sein Verweis „auf die staatlichen Erwartungen“, denen die Jugendlichen in ihrer Freizeitgestaltung unterliegen (S. 51), und seine daraus resultierende Bemerkung, daß die DDR-Jugendlichen sich in einer Rollendiskrepanz „von staatlich erwarteten Rollen und der Rollenselbstdeutung“ (S. 70) befänden, wird zwar von ihm häufig wiederholt, ohne aber explizit dargelegt zu werden. Hiermit soll nicht geleugnet werden, daß eine solche Rollendiskrepanz besteht; es ist aber geboten, diese historisch in Einklang mit der Entwicklung der Jugendorganisationen zu stellen. Micksch selber erwähnt Aktionen in der letzten Zeit, die dazu beitragen, jene Diskrepanz abzubauen, wie z. B. die „Zirkel junger Sozialisten“ und die „FDJ-Studienjahre“.

Während im Bereich der gesellschaftspolitischen Tätigkeiten die Gegensätze zwischen der DDR und der BRD recht deutlich hervortreten, ist dies im Bereich „Fernsehen und Kinobesuch“ nicht zu konstatieren. „Fernsehen“ gehört bei den DDR-Jugendlichen zu den beliebtesten Freizeittätigkeiten. W. Otto, den Micksch zitiert, ermittelte 1966, daß 35 % der Jugendlichen bis zu 1,3 Std., 40 % sogar bis zu 2,7 Std. und immerhin noch 12 % über 2,9 Std. täglich „fernsehen“. Der Vergleich mit früheren Untersuchungen zeigt, daß die Dauer des täglichen Fernsehkonsums ansteigt. Interessant ist es ferner, daß mit steigender Bildung der Fernsehkonsum prozentual an der freien Zeit abnimmt. Ähnliche Ergebnisse erbrachte die EMNID-Untersuchung im Jahre 1965 für die BRD-Jugendlichen. Welche Arten von Sendungen die DDR- wie BRD-Jugendlichen bevorzugen, darüber gibt Micksch keine Auskunft. Der „Kinobesuch“ zeigt ebenfalls eindeutige Parallelen zwischen der BRD und der DDR. Die Jugendlichen gehen hier wie dort immer seltener ins Kino; es werden Filme bevorzugt, die reinen Unterhaltungscharakter tragen.

Die beiden oben referierten Freizeittätigkeiten veranschaulichen, inwieweit es der sozialistischen Gesellschaft gelungen ist, den feindlichen Gegensatz von Arbeit und Freizeit aufzuheben. Während in der BRD die Freizeit den Charakter der „Anti-Arbeit“ trägt und in ihr all die Widersprüche zutage treten, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung hervorruft, wird in der DDR Freizeit verstanden als die Tätigkeit, die aufgrund der veränderten Stellung des arbeitenden Menschen im gesellschaftlichen Gefüge den „Prozeß der Herausbildung der Persönlichkeit — der sich vor allem im Bereich der gesellschaftlich obligatorischen Arbeit vollzieht — (. . .) ergänzt und (. . .) weiterführt“ (S. 14). Diesen fundamentalen Unterschied in die

Untersuchung einzubeziehen, versäumt Micksch. Der Vergleich BRD — DDR gerinnt unter diesem Vorzeichen in formalen Empirismus. Zahlen werden verglichen, ohne sie auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund zu befragen. Der Anspruch eines Gesellschaftsvergleiches hat erstens den Mangel an vergleichbaren empirischen Untersuchungen über das Freizeitverhalten der Jugendlichen zu berücksichtigen und zweitens die Frage zu beantworten, inwiefern ein Vergleich von zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen zu leisten ist. Mit dieser Frage setzt sich Micksch nicht dezidiert auseinander, sondern leitet die Legitimation des Vergleiches aus der Existenz der „modernen Industriegesellschaft“ (S. 3) ab. Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit Entwicklungen in den sozialistischen Ländern bestätigt die von R. Rilling beobachtete Erscheinung, nach der bürgerliche Soziologen das Konvergenzkonzept vordergründig aufgeben, jedoch durch die Untersuchung von Oberflächenstrukturen und formalen und quantitativen Analysen der sozialistischen Länder dieses für Teilgebiete der gesellschaftlichen Entwicklung wiederum einführen. (vgl. *Das Argument* 73, S. 509 ff).

Der Begriff der „Freizeit“ als „mehr oder weniger individuell disponierbare Zeit“ (S. 10) bleibt formal, sofern nicht versucht wird, inhaltlich und gesellschaftlich zu bestimmen, was „mehr oder weniger individuell“ heißt. Die „mehr oder weniger Individualität“ in der BRD ist die freie Lohnarbeit, die Freiheit, aus Freizeit „Zeit zum Konsum“ zu machen. Micksch sieht zwar den Faktor „Konsum“ in der Freizeitgestaltung der BRD-Jugendlichen, ist aber unfähig, ihn gesellschaftlich einzuordnen. Er maskiert ihn vielmehr „als den weiterverbreiteten Wohlstand in der BRD“ (S. 156).

Gerade der hohe Anteil der gesellschaftspolitischen Tätigkeiten und die große Bereitschaft zur Weiterbildung der DDR-Jugendlichen zeigen auf, daß die Freizeitgestaltung empfunden werden kann als reale Möglichkeit der Einwirkung auf das gesellschaftliche Leben. Die teilweise bestehende „Symbiose“ von Arbeit und Freizeit in der DDR verwundert Micksch. Er interpretiert sie, da obige Tätigkeiten von den Jugendlichen in den Befragungen nicht genannt werden, als das „Dilemma“ von „staatlichen und individuellen Interessen“ (S. 14), die auseinanderklaffen. Er verkennt somit den Charakter der Freizeit in der DDR. Daß diese „Symbiose“ noch nicht alle Freizeitbereiche berührt, verdeutlicht das Beispiel „Fernsehen und Kinobesuch“. Hier tritt das Moment des Konsumierens in den Vordergrund, nicht aber die Kreativität, die Eigeninitiative. Auch lassen sich innerhalb der DDR-Jugend zwei markante Unterschiede aufzeigen: Erstens verfügen Mädchen über weniger Freizeit, in den Bereichen der gesellschaftspolitischen Tätigkeiten und der Weiterbildung sind sie unterrepräsentiert; zweitens zeigt sich, daß die Jugendlichen desto mehr Freizeit besitzen und desto mehr gesellschaftspolitische und weiterbildende Aktivitäten entwickeln, je höher ihre Schulbildung ist.

Hans-Joachim Fuhs (Marburg) und Hansjürgen Fuhs (Hamburg)

## Geschichte

**Graus, František:** Zur Gegenwartslage der Geschichtswissenschaft. Schriften der Justus Liebig Universität Gießen, Heft 8. Wilhelm Schmitz Verlag, Gießen 1969 (15 S., br.).

Graus, ehemaliger Professor für mittelalterliche Geschichte an der Karls-Universität zu Prag, jetzt Ordinarius in Gießen, hat „die Verteidigung der Geschichte“ zum Thema seines aus Anlaß der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät der Universität Gießen gehaltenen Vortrags gemacht. Trotz einiger interessanter Ansätze — so z. B. die Frage nach der Mitschuld der „Geschichtswissenschaft an der Erarbeitung von Vorurteilen, an der liebevollen Pflege von Dünkeln und nationalem Wahn“ (7), die Überlegungen zu den Folgen der Überspezialisierung der Fachhistoriker (9) sowie die Bemerkungen zur neueren französischen Forschung (F. Braudel), die im Anschluß an Henri Bergson versucht, „auch bei dem historischen Verlauf der Ereignisse ‚temps‘ und ‚durée‘ zu unterscheiden“ (14) — muß man sich fragen, welchen Sinn Vorträge dieser Art haben sollen, wenn sie nicht über den Rahmen herkömmlicher, akademischer Feierreden hinauskommen und wichtige allgemeine Probleme der Geschichtswissenschaft nur anreißen, ohne sie in ihrer ganzen Tragweite auszuloten. Gerd Schneider (Landau)

**Mann, Golo:** Wallenstein. Sein Leben erzählt. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1971 (1368 S., Ln., 38,— DM).

Schillers „Wallenstein“-Trilogie bewies, daß der Stoff geeignet war, Bestandteile der — damals revolutionären — bürgerlichen Ideologie zu transportieren: der Söldnerführer tritt mit dem Anspruch auf, das Heer „Zur Wohlfahrt aller, zu des Ganzen Heil“ zu führen — eine Wendung gegen die Partikularinteressen der Fürsten, die der Forderung des Bürgertums (am Ende des 18. Jahrhunderts) nach nationaler Einheit entsprach. Seit Schiller tauchen in den meisten Wallensteindarstellungen „ideale“ reichspolitische Ziele Wallensteins auf, aus denen sein Handeln erklärt wird: Friede für Deutschland, Einheit, Toleranz (Ranke 1869; Srbik 1920 und 1952). Die marxistische Forschung, die primär die „treibenden Kräfte“ der Geschichte ermittelt, verzichtet zwar nicht auf die Ermittlung möglicher „ideeller Beweggründe“ menschlichen Handelns (Engels). Jedoch führte der tschechische marxistische Historiker Polišensky aus, daß sich von ideellen Beweggründen Wallensteins, z. B. „gesamtdeutschen“ Plänen, im Material keine Spur fände. Die Frage des „Verrats“ läßt er als überhaupt uninteressant beiseite, sei es doch auch nicht Aufgabe der Geschichtsschreibung, eine Apologie der einen oder anderen da-

maligen Partei zu liefern, „sondern eine Analyse der Veränderungen, die der Krieg im Leben der Volksmassen gebracht hat“ („Zur Problematik des Dreißigjährigen Krieges und der Wallensteinfrage“, in: *Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte*, hrsg. von Obermann und Poliřensky, Berlin 1958, S. 99—135; hier: S. 134 f.). Da Golo Mann sein Wallenstein-Buch als wissenschaftlich bezeichnet (732), erwartet man, den gegenwärtigen Stand der Wallenstein-Diskussion bei ihm skizziert zu sehen; die Begründung seiner eigenen Position, die Auseinandersetzung mit Poliřensky. All dies fehlt; angeblich aus Platzmangel (1185) — bei einem Umfang von 1368 Seiten eine wenig überzeugende Entschuldigung.

Wallensteins Ziele laut Mann: eine „Friedensordnung“ (493), auf der Basis der Toleranz (602), Schaffung der „dritten“ oder „deutschen“ Partei (970) und „Wendung gegen alle fremden Völker“ (981). So reiht sich Manns Wallenstein-Buch ohne weiteres der Tradition Schiller-Ranke-Srbik ein, nur daß heute als besonders befremdlich erscheinen muß, in welchem Maße G. Mann der „nationalen Suggestion“ erliegt. Denn, wie der Historiker Mirgeler gegen Manns Darstellung einwandte: eine Vereinigung der deutschen Staaten und eine Pax Germanica als Resultat der Politik eines deutschen Söldnerführers, mit „Wendung gegen alle fremden Völker“ war bereits zu Wallensteins Zeit illusorisch. „Es ist . . ., außer aus einer nationalen Suggestion heraus, nicht zu verstehen, warum Golo Mann Wallenstein so sehr auf einen deutschen Frieden hin stilisiert, wo doch ohne Spanier, Schweden und Franzosen damals überhaupt kein Friede mehr gemacht werden konnte.“ Mirgeler, der eine der wenigen wissenschaftlichen Besprechungen des Wallenstein-Buches von Mann lieferte (in: *Merkur* 26 [1972], H. 3, S. 288 ff.), hob an Mängeln des Werks ferner hervor: daß der Verfasser nur selten eine zusammenfassende Charakteristik biete; statt dessen meist „Bruchstücke zu einem Mosaik“; Auslassen wichtiger Dinge; die Anwendung eines „ästhetischen Kriteriums“, wo ein wissenschaftliches erforderlich wäre. „Alles eingerechnet . . . wird uns mit suggestiver Kraft ein Bild gezeichnet, das einem Plädoyer näher steht als der geschichtlichen Wahrheit.“ Diesem Resümee ist zuzustimmen. Und doch sollte man sich nicht dabei beruhigen und Manns Buch gleich ad acta legen. Zwei Umstände geben zu denken:

1. der Erfolg des Werks auf dem Buchmarkt der BRD und die Lobeshymnen einer Mehrzahl der Rezensenten. Sebastian Haffner nannte es das wunderbarste Leseerlebnis seit vielen Jahren. Der Germanist Wapnewski notierte, hier wohnten wir der „Geburt eines Klassikers“ bei. Joachim Besser beschrieb das Buch als „totales Kunstwerk“ und „geniale Leistung“, äußerte seine „Bewunderung für eine Sternstunde der deutschen Literatur“ und versprach ihm, ginge es mit rechten Dingen zu, für die nächsten 10 Jahre den Platz 1 der Bestsellerliste.

2. die Merkwürdigkeit, daß sich bei Mann durch das Wallenstein-Bild der Tradition Schiller-Ranke-Srbik ein neuartiges hindurch-

arbeitet. War Wallenstein bei Schiller der „Mann des Schicksals“, so erscheint er bei Mann als „der Mann der Ordnung“ mit dem Beruf, „Ordnung aus dem Chaos zu schaffen“ (796, 734). „Ordnung“ ist für Mann eines der beiden konträren Prinzipien, die er als grundlegend betrachtet. Jesuiten sollen „ordnungserhaltend“ wirken (332). Selber ist Wallenstein wie Kurfürst Maximilian „geborener Ordnungsstifter“ (689), treibt „norddeutsche Ordnungspolitik“ (692), seine Reichspolitik ist „Ordnungspolitik“ (724), aus „Ordnungswillen“ hält er die Preise stabil oder senkt sie sogar (697), weshalb Mann ihn „auf den Nenner“ bringt, Wallenstein habe „die Partei der Ordnung schlechweg“ vertreten (334). Der Vergleich mit der Wallenstein-Interpretation des NS-Philosophen Baeumler drängt sich auf, der Wallenstein die „ordnungschaffende Führertat“ als Aufgabe zuerkannte („Schillers Wallenstein“, in: *Bildung und Gemeinschaft*, Berlin 1942, S. 263—75; hier: S. 268). Hinzu kommt: Manns „Mann der Ordnung“ ist „der große Wirtschaftler seiner Zeit“ (315), Großunternehmer, -finanzmann, -grundbesitzer. Seine Ehre heißt: „Leistung“ (803). Ferner ist er: Deutscher und Träumer („Aus Träumen kommen ja alle seine Geschäfte“, S. 300) und Sauberkeitsfanatiker (328), Spießbürger, der im Felde „betteinsam“ lebt (294) und „Säufer“ und „Schürzenjäger“ ablehnt (ebd.), auch die Universitäten, weil sie den „Geist der Unruhe“ verbreiten (574); Genie, faustähnlicher „Titan“ (774), sein „Leben ganz selber prägender“ Mensch (828), „der Parteilose, der im Niemandsland seiner freien Intelligenz“ seine Ziele verfolgt (714).

Der „Ordnung“ Manns konträr ist: das Chaos. Generell versteht er die geschichtliche Wirklichkeit als „Chaos“. Es prägt sich laut Mann zunächst als Kampf der Konfessionen aus — eine idealistische Auffassung, wodurch die Konfrontation von Ideensystemen als Grundlage gesellschaftlicher Auseinandersetzungen erscheint. Die Verbindung zur Gegenwart stellt Mann ausdrücklich her: „Was heute die Ideologien sind, waren damals die Konfessionen“ (ZEITmagazin 15. 10. 1971, S. 2). Als Ursache des Chaos wertet Mann u. a. jegliche Rebellion, darunter den Protestantismus. So gesehen heißt seine Antithese: „Ordnung“ contra Rebellion bzw. Revolution als Spezialfall des Chaos. Daher verurteilt er die böhmische Rebellion von 1618 (Prager Fenstersturz und was folgte). Hiernach versteht es sich, daß Wallenstein seinerseits kein Rebell gewesen sein kann, kein Verräter, kein Verschwörer — dies Manns These durchgehend. „Wallenstein haßte Rebellion; jetzt und immer“ (101). Der Gegenwartsbezug wird auch darin faßbar, wie er die kämpferischen Teile des protestantischen Lagers abkanzelt: „Extremisten“ (98); „Radikale“ (737), von denen die „Stadtväter“ Magdeburgs „überwältigt“ werden, woraufhin, quasi als gerechte Strafe, die Niederbrennung der Stadt folgt.

Mit Ausnahme der Radikalen erscheint bei Mann das Volk sonst nur leidend; damit als Ergänzung Wallensteins. Wie er aktiv ist, ist es passiv. Der Krieg: ein über das Volk verhängtes Übel, das der große Ordnungsstifter abzustellen hat. Ob dies Übel, der Krieg, etwas mit dem Verhältnis des Ordnungsstifters zum Volk, dessen Passi-

vität etwas mit der Aktivität der Ordnungsstifter zu tun hätte, wird nicht gesagt. Wohl erwähnt Mann, daß die Fürsten auf Kosten der Bauern lebten (u. a. S. 76 f.); ein leichter Tadel trifft die — mit einem irreführenden Terminus — „genießenden Klassen“ (119). Ungesagt bleibt aber wiederum, daß auch der Antagonismus Fürsten/Bauern (und Fürsten/Bürger) etwas mit dem Konfessionenstreit zu tun hat und mit dem Krieg. Streit und Krieg kommen beziehungslos neben dem Antagonismus Fürsten/Bauern zu stehen, und, abgetrennt vom Konfessionenstreit ebenso wie von dem Antagonismus, greift bei Mann als freischwebender Intellektueller, weder Parteigänger einer Konfession noch Parteigänger einer Klasse, der „Heros und Retter“ ein (1145), sich über die Fronten erhebend, freilich auf dem Wege der „Diktatur“ (833).

Tatsächlich sieht das alles wie eine Deutung der gegenwärtigen Zustände Westdeutschlands aus, nämlich wie sie sich in den Köpfen rechter Zeitgenossen spiegeln. Mit dem historischen Wallenstein hat Manns Darstellung, gemessen an den Quellen und vorliegenden Forschungen, wenig zu tun. Mann besteht aber darauf, nicht bloß ein Bild unserer Epoche gegeben zu haben, sondern zugleich eines der wallensteinischen: „Alle Zeiten sind ähnlich, aber diese ist der unseren ähnlicher als andere“ (ZEIT-Magazin, a.a.O.). Er stellt die Frage nicht, ob die Ähnlichkeit daher rühre, daß er bei Beschreibung der Vergangenheit sein Bild der eigenen Zeit hinwarf, nur nachlässig historisch getüncht.

Eine zweite Frage bleibt ebenfalls ungestellt: die nach den politischen Konsequenzen seines Geschichtsbilds und Buchs. Für Manns historisches Grundmodell gibt es in der wissenschaftlichen Literatur den Begriff: „Bonapartismus“. Wichtigste Funktion des Bonapartismus ist: daß die Exekutive, indem sie sich über die kämpfenden Lager erhebt, um Eigentum und Ordnung zu beschirmen, mit Hilfe des militärisch-polizeilichen Apparats den Bürgerkrieg unterdrückt. Im Konnex mit dem Bonapartismus-Problem taucht in der Diskussion auch der Terminus „Ordnungspartei“ auf, durchgehend z. B. in der Schrift von Marx: „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte.“ Unwahrscheinlich ist, daß Mann sein Bonapartismus-Modell theoretischen Studien verdankt. Er könnte vielmehr eine bestimmte politische Realität vor Augen gehabt haben, die nicht sehr weit zurückliegt und deren Andenken stark besonders in Manns Jugendzeit hineinwirkte: Bismarck. Nach Ansicht von Engels kann Bismarcks Politik bonapartistisch genannt werden. Sie nutzte den Gegensatz zwischen den besitzenden Klassen und dem empordrängenden Proletariat aus, überwand dadurch den Antagonismus der besitzenden Klassen (Junkertum/Bourgeoisie) und erhob den militärisch-polizeilichen Apparat über die Nation (MEW 18, S. 258 ff.). Mann zeigt uns in Wallenstein einen vorverlegten Bismarck, der zudem die Züge des Intellektuellen Mann trägt. Indem der Historiker die Situation des 17. Jahrhunderts ausmalt, suggeriert er, daß der Gegenwart ebenfalls die Gestalt eines „Heros“ und „Retters“ bekömmlich wäre. Indem er Bismarck in Wallenstein projiziert,

Wallenstein jedoch als Ordnungsstifter vorzeigt, zeigt er der Öffentlichkeit eine — nur leicht verstellte — Bismarck-Vision als Rettungsmittel gegen ein vorgebliches politisches Chaos. Illusionäre Züge der Vision: etwa daß eine Vereinigung der deutschen Staaten und eine Pax Germanica als Resultat der Politik eines deutschen Ordnungsstifters mit „Wendung gegen alle fremden Völker“ gelingen könnte.

Stellt Manns Vision nicht eine wissenschaftliche Tat dar, so ist sie doch eine politische Stellungnahme zu den politisch-sozialen Konflikten unserer Epoche. Sie setzt sich allen Tendenzen entgegen, die auf eine Demokratisierung zielen, auf eine Änderung der bestehenden Zustände, revolutionär oder evolutionär, zugunsten des Volkes. Aufschlußreich dazu Manns Schilderung der „Unteren“: „Unergründlich ist die Schadenfreude, die Wildheit, Grausamkeit bei denen, die unten wohnen, wenn man ihnen nämlich Gelegenheit gibt, den Teufel in ihrem Inneren zu entdecken und freizulassen“ (128). Generell wird den „Tiefgeborenen“ das Prädikat angehängt: „selbstisch“ (412), wovon dann der „Heros und Retter“ absticht, der dem „Großen, Ganzen“ nachdenkt (1087). Solche Vision wirkt aber, auf über 1300 Seiten, zugleich als Vorschlag an die Adresse der herrschenden Klasse, das Rettungsmittel zu ergreifen, um ihre Privilegien vor der Masse des Volks, dessen Losbrechen die „Oberen“ befürchten (siehe Notstandsgesetze!), in Sicherheit zu bringen. Bei Golo Mann bleibt das Prinzip „Ordnung“ ganz abstrakt. Käme sein „Heros und Retter“ jedoch, so erwiese er sich sehr konkret als ein Instrument, die Herrschaft des Kapitals oder (mit Tucholskys Wort) die bestehende „Wirtschaftsunordnung“, nebst entsprechendem Überbau, zu konservieren.

Wolfgang Beutin (Hamburg)

**Obermann, Karl:** *Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland.* VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1970 (456 S., Ln., 16,80 M).

Karl Obermann, der als einer der besten Kenner der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Revolution von 1848/49 gilt, liefert mit der vorliegenden Sammlung eine quellenmäßige Ergänzung und ‚Sättigung‘ seines in der Reihe „Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge)“ erschienenen Handbuchs „Deutschland von 1815 bis 1849: Von der Gründung des Deutschen Bundes bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution“, Berlin/DDR 3 1967, das den gegenwärtigen Forschungsstand der DDR-Geschichtswissenschaft zusammenfaßt. Der Sammelband, der überarbeitet und um rund vierzig Flugblätter gekürzt auch als dtv-Taschenbuch erhältlich ist, wertet Bestände aus zwanzig in- und ausländischen Archiven aus, stützt sich jedoch vor allem auf die sogenannte Königswald-Sammlung des Instituts für Zeitungsforschung, Dortmund. Für Obermann sind Flugblätter ein „Mittel der Massenagitation“ (5), das so wir-

kungsvoll wie kein sonstiges Medium die Massen ansprach und „Einblicke in die Klassenkämpfe“, aber auch in Bewußtseinsstand und Begeisterung der Achtundvierziger Demokraten vermittelt. Obermann will vorwiegend „Revolutionäre aus der Arbeiterklasse und dem demokratischen Lager“ (6) vorstellen; daneben finden sich jedoch auch Verlautbarungen der Liberalen aller Schattierungen und der offen konterrevolutionären Konservativen, wenngleich deren Äußerungen, die für den Verlauf und die Niederlage der Revolution wichtig werden sollten, unterrepräsentiert bleiben und zum Ende des Bandes hin vollends verschwinden, so daß es nur indirekt — anhand demokratischer und radikaler Flugblätter — gelingt, „klarzumachen, welche Schwierigkeiten sich der revolutionären Bewegung in den Weg stellten“ (7). Dem Herausgeber kam es offenbar mehr darauf an, in die Zukunft weisende demokratische und sozialistische Stimmen abzudrucken, als in allen Einzelheiten die konservativ-gegenrevolutionäre Argumentationsweise und Propagandatechnik zu illustrieren. Problematisch scheint jedoch die mit diesem Auswahlprinzip notwendig zusammenhängende Konzentration auf die Flugblätter aus den Revolutionszentren Berlin, Wien und Frankfurt/M. bei gleichzeitiger Vernachlässigung der kleinstaatlichen Revolutionsbewegung, die für den gesamtdeutschen Revolutionsverlauf wegen der ungleichen Entwicklung der deutschen Klein- und Mittelstaaten schlechthin charakteristisch war (vgl. 23).

Obermann hat seine Flugblätter-Edition in neun Abschnitte gegliedert, denen jeweils eine kurze Einführung vorangestellt wird, die sich häufig stark an den einschlägigen Schriften von Marx und Engels orientiert, teilweise aber auch unbekannte Äußerungen linksliberaler und vor allem großbürgerlicher Herkunft erschließt. Vorangestellt ist den 185 ungekürzt veröffentlichten Flugblättern eine ausführliche Einleitung „Zur Genesis der Revolution von 1848/49 in Deutschland“, die die Grundzüge marxistischer Erklärungsversuche herausarbeitet und die besondere Ausgangssituation der deutschen Revolution verdeutlicht, die u. a. in der sozialökonomischen Rückständigkeit, dem noch ausstehenden politischen Konflikt zwischen Feudaladel und Bürgertum sowie in dem sich entwickelnden und zunehmend artikulierenden (kleinbäuerlichen) Land- und (größtenteils kleinbürgerlichen) Stadt- bzw. Fabrikproletariat begründet lag. Obermann zeichnet die regionale und soziale Differenzierung anhand zeitgenössischer Statistiken nach, die einen „langsame(n) Umwandlungsprozeß der Eigentumsverhältnisse, der Herausbildung und Formierung der bürgerlichen Klasse auf der einen und der Arbeiterklasse auf der anderen Seite, begleitet von einer Differenzierung unter der Landbevölkerung und einer Zersetzung des Kleinbürgertums bzw. der Masse der gewerblichen Kleinproduzenten“ erkennen lassen (15 f.). Mit der Herausbildung des Großbürgertums im Zuge einer Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise vergrößerte sich die Zahl der Proletarier, die sich weniger aus Fabrikarbeitern als vielmehr aus Tagelöhnern und Gesinde rekrutierten. Die Ausgangsposition des Bürgertums war ambivalent: War einerseits sein Inter-

esse kurzzeitig identisch mit dem Nationalinteresse, so mußte es andererseits „gleichzeitig ... als Ausbeuterklasse, die sich im Gegensatz zum Proletariat befand, bestrebt [sein], diese Umwälzungen durch Reformen, durch Verständigung und Vereinbarung mit der Krone in die Wege zu leiten“ (24), eine Bestrebung, die sich hinter der Forderung einer „konstitutionellen Monarchie“ verbirgt. Die vielfältigen antifeudalen Gruppen konnten keine geschlossene Front schaffen, da die liberale Bourgeoisie bereits vor den eigentlichen Märzunruhen einen ‚Klassenkompromiß‘ mit den alten Eliten erstrebte. Die großbürgerlich-junkerliche Zusammenarbeit führte in der ersten Phase zur bürgerlichen, schließlich aus Furcht vor sozialen ‚roten‘ Unruhen, die von den ländlichen und städtischen Unterschichten ausgingen (bzw. ausgehen konnten), zur junkerlichen Konterrevolution, die in die Reaktionszeit mündete.

Die konsequent revolutionäre Bewegung bestand zunächst aus Handwerkern, Arbeitern (ein Begriff, der Lohnabhängige im allgemeinen Sinne bedeutet), Studenten und freiberuflicher bürgerlicher Intelligenz, aber auch aus Bauern und Landarbeitern. Diese Gruppen vertraten keineswegs ein einheitliches Programm, wie besonders die zur Wahlagitation herausgegebenen Flugblätter zeigen, die neben den außerparlamentarischen Willensbekundungen den Großteil der Edition ausmachen. Die von Obermann zusammengestellten Flugblätter sind durchweg chronologisch geordnet und stellen atmosphärische Impressionen der hauptstädtischen Umtriebe, Forderungen, Nachrichten, Proklamationen und — teilweise verzweifelte — Hilferufe vor, die vor allem von den radikal-demokratischen und kleinbürgerlich-linksliberalen Versuchen zeugen, die Revolution zu einem folgerichtigen Ende zu führen. Dabei vermag Obermann, der Dynamik der Achtundvierziger Revolution zu folgen. Beinhalten die Forderungen zunächst eine durchgängig offensive Betonung der uneingeschränkten Volkssouveränität (vgl. die Abschnitte „Die Stimme der Revolution ... bis zum Berliner Barrikadensieg“, „Ruf nach Organisation“, „Aufrufe und Programme zu den gesamtdeutschen Wahlen“), die sich nach dem „Verrat an der Revolution“ (256) noch einmal verstärken, so reduzieren sie sich zunehmend auf die verzweifelten Aufforderungen, für die Durchsetzung der Reichsverfassung als einer zumindest mittelbaren ‚Märzerrungenschaft‘ zu kämpfen und damit eine Verfassung zu realisieren, die immer noch besser und folgerichtiger gewesen wäre als die Unterwerfung unter die feudalen und großbürgerlichen Gegenkräfte.

Obermann gelingt es, Flugblätter vorzustellen, welche die Erregung und Begeisterung der revolutionären Bewegung veranschaulichen; so ist es durchaus denkbar und wünschenswert, daß die Flugblätter im Geschichtsunterricht herangezogen werden. Gerade im Hinblick auf jene Leser, die Obermanns Handbuch nicht kennen und auch keine Spezialisten der Revolutionsforschung von 1848 sind, sollte jedoch die Edition verbessert werden. Die knappe Einleitung, die unter einer sehr verdienstvollen, aber zu schwerfälligen, weil zu abstrakten Statistik leidet, arbeitet nicht alle spezifischen Elemente

der Genese jenes wichtigsten und heftigsten deutschen Klassenkampfes des 19. Jahrhunderts heraus; so kann man z. B. die zahlreichen und vielfach entscheidenden Verbindungen zwischen der Bourgeoisie und dem Adel (in den Eisenbahngesellschaften und Gewerbe- bzw. Landwirtschaftlichen Vereinen) nur aus Andeutungen erschließen. Überhaupt werden die sozialen Gruppen zu grob charakterisiert: Junker waren eben nicht nur konterrevolutionäre Feudalherren, sondern bereits agrarische Kapitalisten, wenn nicht gar „Schlotbarone“, wie die Junker ja — nach Kuczynski und Bleiber — in wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr als gesonderte Klasse betrachtet werden können, sondern nur in der politischen Auseinandersetzung als von anderen Gruppen abzugrenzende Klasse agierten. Die Differenzen zwischen den revolutionären Gruppen werden durch die stereotype Verbindung „Arbeiter und Demokraten“ mehr verkleistert als erhellt, läßt sie doch den kleinbürgerlich-demokratischen Bestandteil der Revolution nur ahnen: So ist es auch richtig, daß sich die SPD zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 bekannte, indem sie, geradezu als Pendant zu den nationalistischen „Sedanfeiern“, „März-Feiern“ veranstaltete; richtig ist aber auch, daß sich Linksliberale (wie z. B. Th. Mommsen) konsequent zur revolutionären Tradition des Bürgertums bekannten. Die „Bündnisfrage“ war komplizierter, als sie Obermann darstellt.

Leider werden die Flugblätter bis auf die im letzten Abschnitt („Die Revolution erhebt ihre Stimme, trotz alledem!“) abgedruckten Massenschriften des Bundes der Kommunisten ohne Hinweise auf Verbreitung, Auflage und politisch-sozialen Standort (der sich immerhin erschließen läßt) publiziert. Namen werden nicht erläutert, und auch die auslösenden politischen Ereignisse und Zusammenhänge bleiben, zumindest für den unkundigen Leser, im Dunkeln. Dennoch bleibt die Sammlung wegen des durch sie vermittelten Eindrucks revolutionärer Agitation und Stimmung, die sie nicht zuletzt wegen der erstmals zugänglich gemachten und mit einem theoriegeschärften Blick ausgewählten Quellen und Faksimiles vermittelt, von hohem wissenschaftlichen und pädagogischen Wert. Sie markiert den Anfang einer anstehenden umfassenden Edition von Quellen zur Revolutionsgeschichte des 19. Jahrhunderts, die nicht nur Progression, sondern auch Repression darzustellen hätte, ohne in pädagogischer Absicht das ambivalente „Vermächtnis“ (443) der Achtundvierziger Revolution zu beschneiden. Peter Steinbach (Marburg)

**Borchardt, Knut:** Die Industrielle Revolution in Deutschland. Mit einer Einführung von C. M. Cipolla. Serie Piper, Bd. 40. R. Piper & Co. Verlag, München 1972 (119 S., br., 8,— DM).

Der Autor bietet in gedrängter Form einen auf die Vorbedingungen, Verlaufsformen und unmittelbaren Folgeerscheinungen der Industrialisierung konzentrierten Abriss der Wirtschaftsgeschichte

Deutschlands vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg. ‚Industrielle Revolution‘ wird als komplexer, das Zusammenwirken demographischer, sozialer, ökonomischer, politischer und technologischer Faktoren umfassender Prozeß gesamtgesellschaftlicher Entwicklung aufgefaßt, allerdings ohne daß der Begriff operationalisiert würde. Auch seine theoretischen Implikationen bleiben hinsichtlich ihres systematischen Zusammenhangs unklar, so daß der Begriff im vorliegenden Text die Funktion einer atmosphärisch einstimmenden Vokabel zur Kennzeichnung der oben eingegrenzten Epoche erfüllt. Die ‚Industrielle Revolution‘ umfaßt nach Auffassung des Autors zwei Teilperioden: eine in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts beginnende ‚Anlauferperiode‘, deren Ende mit dem Zusammenbruch des ‚ersten kapitalistischen Konjunkturzyklus in Deutschland‘ (59) auf 1847/49 datiert wird, sowie eine Periode des ‚Aufbaus der Industriegesellschaft‘, die mit dem konjunkturellen Aufschwung Anfang der 1850er Jahre einsetzt und bis zum Beginn des 1. Weltkriegs reicht.

Den mit der Bezeichnung der Teilperioden überschriebenen beiden Hauptkapiteln werden ein kurzer allgemeiner Überblick sowie eine Erörterung der ‚besonderen Bedingungen der Industriellen Revolution in Deutschland‘ vorangeschickt. Diese ‚besonderen Bedingungen‘ erklären einerseits die ‚Tatsache des zeitlichen Nachhinkens der ‚Industriellen Revolution‘ in Deutschland im Vergleich zur englischen, französischen oder belgischen Entwicklung, d. h. die relative Rückständigkeit der deutschen Wirtschaft bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts bei im übrigen ausreichender Verfügbarkeit von Ressourcen für die Bedürfnisse der Industrialisierung, entwickeltem technologischen Wissensstand (in der gewerblichen Produktion) und hoher gesamtwirtschaftlicher Kapitalintensität. Borchardt sieht offenbar — eine interessante Hypothese — als wesentliche Resultante der verschiedenen retardierenden Momente (als da sind: fehlende territoriale Einheit; ausgeprägtes West-Ost-Gefälle des gewerblichen Entwicklungsstandes; mangelnde Integration in den Welthandel als Überseehandel; rückständige politische Struktur der deutschen Staaten usw.) das Ausbleiben eines gesamtgesellschaftlichen ‚Ökonomisierungsprozesses‘ an, eines Prozesses zunehmender gesellschaftlicher Arbeitsteilung, effizienterer Nutzung der Ressourcen, Ausdifferenzierung und Integration von Teilmärkten (national und international) sowie Kapitalakkumulation (insbesondere im Handel) bei im übrigen durchaus geringfügigem technologischen Fortschritt im engeren Sinne (37 f.). Andererseits bestand in der am englischen Vorbild orientierten ‚abgeleiteten Entwicklung‘ Deutschlands die besondere Chance, Umwege bei der Industrialisierung zu vermeiden, eine fortgeschrittene Technologie zu übernehmen (zu imitieren) und den ‚Ökonomisierungsprozeß‘ in relativ kurzer Zeit nachzuholen. Nach Borchardt ist es „eines der Geheimnisse des großen Sprungs in Deutschland im 19. Jahrhundert, daß hier der fertigungstechnische Fortschritt mit dem Nachholen des ‚Ökonomisierungsprozesses‘, der ‚Organisationsrevolution‘, zusammengefallen ist“ (38).

Im Zentrum der Schilderung der beiden Teilperioden der ‚Industriellen Revolution‘ steht die in Begriffen der bürgerlichen ökonomischen Theorie gefaßte Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung. Obwohl auf quantitative Relationen abstellend, verzichtet der Autor auf die Wiedergabe von Zeitreihen und begnügt sich mit einzelnen Kennziffern bzw. Graphiken der langfristigen Verlaufsformen relevanter Variabler. Dabei faßt er den Stand der einschlägigen Literatur (zumindest der bürgerlichen) Ende der 1960er Jahre zusammen. Politische und soziale Vorbedingungen bzw. Implikationen und Folgen der ökonomischen Prozesse (z. B. Entwicklung der Klassenbeziehungen und des Klassenkampfes, der staatlichen Organisation und Politik, der Lebenshaltung, des kulturellen Systems usw.) deutet der Autor ab und zu an, so daß bei aller Vordergründigkeit gerade dieser Passagen — man vergleiche die Ausführungen über die politische Schwäche der deutschen Bourgeoisie (33 f.) oder die Klassenverhältnisse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (111 f.) — immerhin ihr logischer und historischer Stellenwert erkennbar wird.

Die Arbeit weist einige gravierende Schwächen auf. Zunächst stört sehr, daß Quellenangaben bei Zahlen im Text, ja selbst bei Schaubildern fast immer fehlen; das von der Absicht her lobenswerte, aber viel zu kurze, kommentierte Literaturverzeichnis ersetzt diese nicht. (Wer eine entsprechende Bibliographie sucht, der vergleiche die Angaben bei H.-U. Wehler, *Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte . . .*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft . . .*, hrsg. v. G. A. Ritter, Berlin 1970.) Dem informierten Leser wird die kritische Überprüfung erschwert; wer die einschlägige Literatur nicht kennt, muß raten, wo er weitere Zahlen und vertiefende Informationen erwarten darf. Auch die mangelhafte Tiefengliederung der Darstellung, insbesondere fehlende Zwischenüberschriften mindern den Gebrauchswert dieses Überblicks (die beiden Hauptkapitel weisen 10 bzw. 21 nummerierte, aber nicht überschriebene Unterpunkte auf).

Die entscheidende Schwäche aber dürfte in folgendem zu sehen sein: Der Autor bringt zwar an verschiedenen Stellen (oft nicht ganz neue) Hypothesen zur Erklärung von Partialzusammenhängen bei — so z. B. in dem Abschnitt über die ‚besonderen Bedingungen . . .‘ — oder wägt konkurrierende Argumente informativ gegeneinander ab — z. B. hinsichtlich der Bedeutung der ‚Bauernbefreiung‘ für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion (45 ff.) oder der demographischen Trends im 19. Jahrhundert (73 ff.) — doch fehlt jeder explizite oder implizite Bezug auf eine Theorie der Industrialisierung bzw. der wirtschaftlichen Entwicklung. Obwohl die Darstellung bewußt interpretatorische Elemente enthält und generell mit Begriffen aus theoretischen Kontexten (meist der bürgerlichen ökonomischen Theorie) gearbeitet, somit Erklärungsfähigkeit von historischen Zusammenhängen aufgrund von Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Reproduktions- und Wachstumsprozesses suggeriert wird, erscheint doch die Struktur des Gesamtkomplexes ‚Industrielle

Revolution' diffus. Die partiellen Erklärungsansätze wirken auf diese Weise zufällig bzw. willkürlich, die zitierten Fakten disparat; die Realität bleibt ungegliedert. Dieser Sachverhalt ist dem Autor nicht unbewußt, wie sein Hinweis bezeugt, daß er mit dem Begriff der ‚Industriellen Revolution‘ keine Theorie derselben zu liefern vorgebe (22). Insofern ist das kritisierte Verfahren formal gerechtfertigt. Dennoch gilt es, diesen Aspekt immer wieder zu betonen, da er ein typisches Implikat bürgerlicher Wirtschaftsgeschichtsschreibung und ihrer ideologisch bedingten (methodologisch abgesicherten) gesellschaftstheoretischen Abstinenz und tendenziellen Irrelevanz ist.

Reinhard Spree (Berlin/West)

### Soziale Bewegung und Politik

**Hochhuth, Rolf:** Krieg und Klassenkrieg. Mit einem Vorwort von Fritz J. Raddatz. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1971 (254 S., br., 4,80 DM).

„Die Philosophen haben Marx bisher nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, ihn zu verändern“ (9); diese Äußerung Hochhuths, die im vorliegenden Band im Vorwort zitiert wird, „ist Schlüssel zu seinem Politikverständnis“ (ebd.). Drehen wir den Schlüssel um, so wird uns folgende, marxverändernde Theorie vorgestellt: Der Verfasser plädiert für einen „humanen Sozialismus“, der sich vom vermutlich inhumanen Sozialismus der orthodoxen Marxisten dadurch unterscheidet, daß er nicht „die Enteignung aller (?) zugunsten von einem, dem Staat, sondern die Streuung des Nationalvermögens an alle“ zum Ziel erklärt (246).

Informatives entnimmt man nur aus den Stellungnahmen zu seinen Dramen „Der Stellvertreter“ und „Soldaten“ und wenn es sich um die Person Churchills handelt. So liest man, daß Churchill mit einem Kriegsjahr 1919 rechnete, in dem er deutsche Städte mit Bombenteppichen belegen wollte (113). Ebenso spielte er noch während der Potsdamer Konferenz mit dem Gedanken, eine Atombombe auf die Sowjetunion werfen zu lassen (114).

Im wesentlichen wird das Buch beherrscht von einer Gleichsetzungstheorie Kapitalismus = Sozialismus, personalisiert durch die Identifizierung Adenauer = Ulbricht (152 ff.). Hochhuth behauptet sogar in dem wiederabgedruckten Aufsatz „Der Klassenkampf ist nicht zu Ende“ aus dem Jahre 1965, daß es im Grunde genommen die westdeutschen Arbeitgeberverbände und deren „Industriekurier“

sind, die „— ohne es zu merken — fleißig und erfolversprechend in Westdeutschland die Geschäfte der deutsch-stalinistischen ‚Einheitspartei‘ (betreiben), die dem einzelnen im Osten alles Eigentum an den Produktionsmitteln entwendet hat“ (34). Auch Begriffe wie „Kapitalismus“, „Proletariat“ oder „Wirtschaftsimperialismus“ werden ohne jede wissenschaftliche Aussagekraft gebraucht; daneben liest man von „Coca-Cola-Konquistadoren“ (158), von der „sowjetisierten Ostzone“ und der „amerikanisierten Westzone“ (34, 72).

Ohne auch nur einmal den Terminus „Ideologie“ ein wenig zu präzisieren, tönt er: „Religion heißt heute Ideologie“ (154). Weiter liest man: Alle Ideologen sind Dogmatiker, die ihre Dogmen, die mit religiösem, also absolutistischem Anspruch auftreten, nur vermittels Terror durchsetzen können (59). Der einzige, der sich gegen diese „Pest des Zeitalters“ noch zu stemmen vermochte, war Bismarck, in dem Hochhuth den „denkbar radikalsten Anti-Ideologen“ (102) sieht. Sein Bericht über die Situation in den USA, der sich auf die Amerikaanalyse L. Matthias' stützt, läuft darauf hinaus, daß „diese Kritik schwachsinnig (wird), wo sie einseitig wird, das heißt: zugunsten Rußlands erfolgt, also die mit Panzern durchgeführte Planierung der Befreiungsversuch in Ungarn, in Ost-Berlin und in der CSSR unterschlägt“ (155/6).

Der Sympathiemarsch der New Yorker Bau- und Hafearbeiter 1970 für Nixons Vietnampolitik ist ihm der endgültige Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse nicht mehr Träger revolutionärer Prozesse ist, sondern daß es deren sehnlichster Wunsch ist, als Teil des Bürgertums zu gelten (231 f.). Diejenigen, die dies nicht wahrhaben wollen, sind bestenfalls „Ideologen“ oder „APolitische“, „Bloch- und Holz-Geschädigte, die sich fragen sollten, warum Ulbricht seine Arbeiter als ‚Bürger der DDR‘ anspricht (ebd.). Eine Revolution kann daher nur gelingen, wenn die Revolutionäre aus der „Oligarchie“ kommen. Die Überzeugung, daß nur über einen in der „Oligarchie“ inszenierten Staatsstreich die Besitzlosen zu befreien sind, fand ihren Niederschlag in Hochhuts Drama „Guerillas“, dessen Kritik durch Hans Heinz Holz den Verfasser empfindlich getroffen haben muß: Holz erscheint als „dogmenvernagelt“ (233), „dogmengedopt, dogmen-gesteuert“, „ein Subalterner à la Barzel“, „mit vierzehn konfirmiert — mit zwanzig — konformiert“, einer, „den der Spiegel einen Philosophen nennt, obgleich er ein Theologe ist, nämlich einer, der nicht glaubt, was er denkt, sondern denkt, was er glaubt“ (alle: 229).

Am Ende fordert Hochhuth „zwei parallel voranzutreibende Befreiungsprozesse“: „Erstens muß dem Roten Officium in Moskau entrissen werden die amtliche Vormundschaft über den Geist. Zweitens muß der Wallstreet, dem wahren Inhaber des Weißen Hauses, entrissen werden die Verfügungsgewalt über das Geld“ (244). Gespannt dürfen wir nach alledem nun den nächsten Bundestagswahlkampf erwarten, in dem er seine Vorstellungen vom alle befreienden Staatsstreich den Wählern der FDP nahebringen könnte, wenn es dieser Partei gelingt, ihn als Wahlschlager zu gewinnen (vgl. Spiegel 3/1972, S. 21).

Thomas Ashauer (Aube/Frankreich)

**Duve, Freimut: Der Rassenkrieg findet nicht statt.** Entwicklungspolitik zwischen Angst und Armut. Econ Verlag, Düsseldorf-Wien 1971 (224 S., br., 8,— DM).

Im Vorwort bestimmt D. sein Verhältnis zum Thema des Buches: „Wo auch bei uns der Klassenkampf nicht zu Ende ist, vernebeln Angstmythen die realen Klassegegensätze in den Staaten der Dritten Welt: Ein Rassenkrieg findet nicht statt, der Klassenkampf — national wie international — verschärft sich unter dem dreifachen Druck von Bevölkerungsexplosion, Wirtschaftswachstum und Revolutionsfurcht des Westens“ (9/10). Was sind Angstmythen? „... die Mär vom drohenden globalen Rassenkrieg...“ (9). Was heißt Klassenkampf? Das wird nur am Beispiel deutlich. „Die Angst schafft die Bereitschaft, den ‚weißen Westen‘ mit Napalm zu verteidigen, allenfalls einen Damm in Mosambique, ein Volkswagenwerk in Sao Paulo zu bauen, verhindert jedoch die Bereitschaft, die sozialen Revolutionen der Dritten Welt ... zu unterstützen“ (9). Also: ‚Dämme‘ und ‚Werke‘ werden aus Angst des ‚weißen Westens‘ gebaut, nicht von den Herrschenden, nicht vom Kapital und aufgrund der internationalen Verwertungsbedingungen. Als könnte das Kapital soziale Revolutionen unterstützen, als wären dazu nicht allein die in der Lage, die — selbst Beherrschte und Ausgebeutete — den nationalen Klassenkampf aktiv führen. Die Bedeutung der sozialistischen Länder im internationalen Klassenkampf wird ausgeblendet. Dieser Widerspruch in der Einleitung durchzieht das ganze „Lesebuch“.

D.'s in verständlicher Sprache geschriebene Arbeit rezipiert die Hauptthemen der entwicklungspolitischen Diskussion der vergangenen Jahre: Das Problem der Rohstoffabhängigkeit der kapitalistischen Länder; die Entwicklung der terms of trade; Probleme des kapitalistischen Weltwährungssystems; die Bedeutung der internationalen Konzerne (bei ihm „Transnationals“); die Entwicklungshilfe und die entwicklungstheoretischen Vorstellungen der bürgerlichen Wissenschaften; den Rassismus und vor allem die imperialistische Politik der USA. Eine überzeugende Theorie fehlt, Ansätze machen nur die Widersprüchlichkeit sichtbar. Duve spricht von westlichen, von kapitalistischen Staaten, sagt, daß der Deutung der Armut durch die „marxistisch-leninistische politische Ökonomie“ (110) niemand ernstlich widersprechen kann und gibt zugleich an, daß es mit „dem alten Begriff ‚Monopolkapitalismus‘ nicht getan (ist)“ (101).

Mögen seine Ausführungen auch wohlthuend von den plump verdammdenden Darstellungen der Mehrzahl der bürgerlichen Presse-, Buch- und Fernsehproduktion abstechen, im Ergebnis kommen sie auf das gleiche hinaus. Duve ist für den „Dritten Weg“. Das wird an zweierlei deutlich. Einmal hat seine Abhandlung nur das magere Ergebnis, daß die „Menschen der armen Gesellschaften so krampfhaft an ihren Lebensgewohnheiten fest“-halten, weil ihnen das „Neue keine materielle, keine soziale und keine seelische Sicherheit“ bietet (113). Als wäre es nicht gerade die — an manchen Stellen von ihm selbst nachdrücklich betonte — Herrschaft der nationalen Bour-

geoisie und des internationalen Kapitals, die diese Haltung mit allen Mitteln (den Terror eingeschlossen) erzeugt bzw. zu erhalten versucht. Zum anderen zeigt die Eindeutigkeit seiner Stellung gegen das sozialistische Lager, insbesondere gegen die Sowjetunion, wie er den internationalen Klassenkampf einschätzt. Die UdSSR werden den USA als „Supermacht“ gleichgestellt, die Konvergenzthese wird auch hier vielfach beschworen. Solidarität im internationalen Klassenkampf ist ihm nicht vorstellbar. Daß Kuba heute dem „Rat für internationale Zusammenarbeit“ (RGW) angehört, ist nur auf das Versagen der Politik der USA 1960 zurückzuführen. Es gibt, lautet das Resümee, „die revolutionäre Idee einer ‚Dritten Welt‘ . . . , mehr Heilslehre als politische Wirklichkeit, mehr in den Schriften der globalen Sozialrevolutionäre als in den Kanzleien der Regierungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu Hause. Aber auch diese Sozialrevolutionäre entsprechen nicht dem Bild der von Moskau gesteuerten ‚Weltrevolution‘, zu deren Abwehr die USA ein ganzes Weltssystem aufgebaut haben“ (41).

Diese Vorstellung von einer ‚Dritten Welt‘ erlaubt es denn auch, einer künftigen Entwicklungspolitik zu empfehlen, „vor einer sozialistischen Regierung in Übersee keine Furcht zu haben“, denn — und wieder bleibt der nationale Klassenkampf ausgespart — „langfristig wird sie den realen Interessen gerade der Bevölkerung der Bundesrepublik mehr dienen können als die sich selbst blockierenden rechten Terrorstaaten der dualistischen Gesellschaften“ (213).

Angst, Furcht, diffuser, von seiner imperialistischen Begründung getrennter Rassismus können, das zeigt dieses Buch, die internationalen Ausbeutungsverhältnisse nicht erklären. Auch und gerade dann nicht, wenn ein „gedachter“ Sozialismus dem Kapitalismus entgegengestellt wird.

Dankwart Danckwerts (Hamburg)

**Uwechue, Raphael Chukwee:** Afrika ohne Bürgerkrieg.

Was die blutige Auseinandersetzung in Nigeria lehrt. Econ-Verlag, Düsseldorf - Wien 1969 (216 S., Ln., 16,— DM).

**Hanisch, Rolf:** Bürgerkrieg in Afrika? Biafra und die inneren Konflikte eines Kontinents. Colloquium Verlag, Berlin/West 1970 (78 S., br., 3,80 DM).

Was der senegalesische Präsident und Ideologe der Négritude-Mystik, Léopold S. Senghor, in seinem Vorwort zu dem Buch des nigerianischen Diplomaten Uwechue als Vorzug lobt, zeigt genau den größten Mangel des Buches an. Uwechue, so heißt es, weise sich als realistischer Denker aus, weil er im Urteil über den nigerianischen Sezessionskrieg (1967—1970) „sehr klar“ sehe, „daß der einzige greifbare *Mythos*, die einzige moderne Ideologie, die die Probe des zwanzigsten Jahrhunderts bestanden hat, die Ideologie der *Nation* ist“ (14). Eben weil Uwechue sich vom Nationalismus nicht zu lösen

vermag, gelingt es ihm nicht im geringsten, seinen Gegenstand kritisch zu beleuchten.

Uwechue arbeitete zunächst als nigerianischer Diplomat; er ging sodann, nachdem die von der ethnischen Gruppe der Ibos bewohnte Ostregion Nigerias 1967 zum unabhängigen Biafra erklärt worden war, zur biafranischen Seite über und wurde dort zu einem der führenden Diplomaten. Doch wechselte er Ende 1968 nochmals die Front, offensichtlich, weil er das Scheitern der Sezession voraussah und nicht auf der Seite der Verlierer sein wollte. Dies gibt er allerdings in seinem Buch nicht zu. Im Gegenteil, er versucht den Leser davon zu überzeugen, daß er die Sezession nicht befürwortete, als er auf der biafranischen Seite stand: „Als ich mich dem Kampf auf der ostnigerianischen Seite anschloß, tat ich das, weil ich überzeugt war, daß die Bundesmilitärregierung es versäumt hatte, den Ibo den Schutz und die Fürsorge zuteil werden zu lassen, auf die sie ein Anrecht hatten“ (29). Auch gibt Uwechue vor, seine Gegnerschaft zur Zentralregierung sei „vielmehr Opposition gegen eine bestimmte Handlungsweise einer bestimmten Regierung zu einem entscheidenden Zeitpunkt, aber nicht Opposition gegen die Idee eines geeinten Landes an sich“ gewesen (25).

Uwechue referiert die beiden vorherrschenden Standpunkte während des Sezessionskrieges: die Behauptung Biafras, die von europäischen klerikalen Kreisen unterstützt wurde, daß es sich bei dem Krieg um einen Völkermord gegen die christlichen Ibos handelt, und die Behauptung der Zentralregierung, es handele sich nicht um einen Krieg, sondern lediglich um eine Polizeiaktion der Zentralregierung gegen Meuterer. Uwechue, der sein Buch noch vor Beendigung des Krieges (zugunsten der Zentralregierung) schrieb, läßt sich die Türen offen und weigert sich, die eine oder die andere Interpretation oder gar beide als falsch zu charakterisieren. Lediglich wird in seinem Buch deutlich, daß er gegen den Zentralismus der Militärs ist und für den Konföderalismus plädiert. Die Konflikte in Nigeria begannen sich zuzuspitzen nach dem ersten Coup d'état der nigerianischen Militärs im Jahre 1966. Es folgten Coups und Counter-Coups. Dabei wurde dem bisherigen parlamentarischen System eines föderativen Nigeria ein Ende gesetzt. Uwechue meint, daß die Probleme Nigerias gelöst werden könnten, wenn der Föderalismus auf einer neuen Basis wieder in Nigeria eingeführt würde, und er liefert hierzu detaillierte Vorschläge, die uns irrelevant erscheinen, zumal der Konflikt nicht allein auf den Zentralismus reduziert werden kann. Der Verfasser unterstellt, daß alle Konfliktpartner gute Absichten hatten; nur sei es zu Mißverständnissen gekommen. „Was gesunde und vernünftige Leute auf beiden Seiten erreichen wollten, war nicht die Zerstörung nigerianischen und biafranischen Lebens und Besitzes, sondern gerade das Gegenteil — deren größerer Schutz und deren Erhaltung“ (46). Zwar liefert Uwechue einige Daten über Nigeria und über die Entwicklung des Landes besonders nach dem ersten Militärputsch vom Januar 1966, doch bleibt er selbst in den Teilen, wo er sich auf das Referieren von Fakten beschränkt, oberflächlich.

Interessant sind die Äußerungen Uwechues über die nigerianische Armee. Er zeigt, daß diese Armee „in Wahrheit eine übriggebliebene Einheit der nicht mehr bestehenden British West African Frontier Force war, (sie) hatte bis zum Januar 1966 nicht genug Zeit gehabt, sich auf strikt nigerianische Bedingungen einzustellen“ (160). Jedoch beläßt Uwechue es bei Hinweisen. Eine detaillierte Untersuchung über die nigerianische Armee und ihre politische Rolle liegt inzwischen aber von anderer Seite vor (cf. N. J. Miners, *The Nigerian Army 1956—1966*, London 1971).

Ganz im Gegensatz zu Uwechues Buch steht die kleine Studie von Hanisch, die nicht für ein wissenschaftlich interessiertes Publikum, sondern für didaktische Zwecke der politischen Bildung geschrieben ist. Hanisch zeigt, welche Rolle der nigerianische Sezessionskrieg in der europäischen, besonders in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gespielt hat. „Suchten sich einige durch Hinweis auf die hier wieder einmal augenfällige ‚Grausamkeit, Brutalität und Unfähigkeit der Afrikaner‘ ein nachträgliches Alibi für die europäische Kolonialherrschaft (wie auch der heute noch vorhandenen europäischen Herrschaft im südlichen Afrika) zu verschaffen, so begrüßten andere die Ablenkung vom wohl doch mindestens ebenso grausamen Vietnamkrieg ...“ (5). Die Behandlung des Krieges in der Presse und den Massenmedien diene nicht zur Information der Interessierten und zur Aufhellung des Konflikts, sondern sie vermehrte die schon bestehenden Vorurteile aller Art über Afrika.

Hanisch will mit seiner Schrift aufklären; und die hohe Auflage (23 000) läßt sein Ziel auch realisierbar erscheinen. Hanisch zeigt, daß die Ursprünge des Konflikts in der Sozialstruktur Nigerias zu suchen sind. Ihre Entwicklung ist, verursacht durch die britische Kolonialpolitik, ungleichmäßig: „Während sich der Norden seine feudale, hierarchische, islamische Ordnung bewahren, zementieren und gegen Umwelteinflüsse abschirmen konnte, gelang es dem Süden, die schon durch die Christianisierung (die in den islamischen Gebieten des Nordens verboten war) eingeleitete ‚Modernisierung‘ voranzutreiben und daher auf allen Gebieten einen Entwicklungsvorsprung gegenüber dem Norden zu erlangen“ (40). Die Angehörigen des Südens hatten daher immer eine bessere Ausgangssituation. „Südnigerianer (besonders Ibos), die auch im Norden untere und mittlere Bereiche der Verwaltung, des Handels und Verkehrs aufgrund ihres Bildungsvorsprungs und ihrer Mobilität nahezu monopolisierten, achteten durch eine ‚closed shop policy‘ darauf, daß nur ihre Stammesbrüder in diese Stellungen einrückten, und stellten zudem nicht selten arrogant ihre Überlegenheit den meist rückständigen anderen Stammesmitgliedern zur Schau“ (41). Der erste Militärputsch von 1966 und die darauffolgende Entwicklung einschließlich der Sezession der Ostregion kann ohne diesen Gegensatz kaum verstanden werden.

Entgegen den von der Presse und den Massenmedien verbreiteten Vorurteilen und Halbwahrheiten betont Hanisch, daß der nigerianische Sezessionskrieg kein Völkermord gegen die christlichen Ibos gewesen ist: die führenden Politiker und Militärs der Zentral-

regierung sind selbst Christen. „Wenn überhaupt, so entstanden Ansätze eines Religionskonfliktes allenfalls durch das Engagement der christlichen Kirchen aller Welt für Biafra“ (68). Hinzu kommt, daß die Ostregion nicht nur von Ibos bewohnt wird. „Biafra zählt so viele und große Minderheiten anderer Völker, daß von einem Nationalstaat der Ibos nicht die Rede sein kann.“ (Ibid.) Und von Tribalismus kann auch nicht gesprochen werden, weil im Konflikt nicht Stämme, sondern konkurrierende politische Gruppen und soziale Kräfte mit gegensätzlichen Interessen gegeneinander kämpften.

Obwohl für ein sehr breites Publikum als Quelle für eine erste Information konzipiert, ist Hanischs Arbeit eine fundierte Interpretation des Konflikts. Unter den vielen Arbeiten, die zum nigerianischen Sezessionskrieg erschienen sind, ragt sie dadurch hervor, daß sie zuverlässige Informationen und eine kritische Darstellung gibt.

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

**Renesse, Ernst-Albrecht von (Hrsg.): Revolte und Revolution in Entwicklungsländern.** Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld 1969 (222 S., kart., 6,80 DM).

Die zwölf Beiträge dieses Bandes entstanden anlässlich eines Wochenendseminars der „Stiftung Studienkreis für Internationale Begegnungen und Auslandsstudien — Kontinente und Kontakte“ — im Juni 1968. Wie der Herausgeber in einer Notiz auf Seite 1 bemerkt, bildet den geistesgeschichtlichen Hintergrund dieser Analysen das paradoxe Phänomen, „daß die sogenannten ‚Kultur‘- und ehemaligen Kolonialstaaten bisher erst wenig Verständnis für diese revolutionären Prozesse entwickelt haben, obwohl sie ihre eigenen politisch-sozialen Wertinhalte eben auch Revolutionen verdanken“. Die revolutionären Entwicklungen in der „Dritten Welt“ werden an den Beispielen Ägypten, Chile, China, Ghana, Indonesien, Korea, Nigeria, Uruguay und Vietnam verfolgt.

Im ersten Beitrag versucht der Herausgeber eine Begriffserklärung anzubieten (16). Nach der Theorie von Rosenstock-Huessy „können Revolutionen im vollen Wortsinne von jedem Volk nur einmal gestaltet werden“ (18). Legt man diese Theorie zugrunde, kann man, nach v. Renesse, folgendes postulieren: In den Entwicklungsländern kann um so weniger eine umfassende sozialrevolutionäre Veränderung der Gesellschaft erwartet werden, je radikaler, blutiger und gewaltsamer die Dekolonisation verlaufen ist, da letztere mit der Idee der wirtschaftlichen Unabhängigkeit verbunden war, die die innere Revolution ersetzt hat. Umgekehrt sind umfassendere sozialstrukturelle Revolutionen zu erwarten, wo es keine oder nur widerstandslose Dekolonisationsprozesse gab (19). Obwohl einige historische Daten für die Gültigkeit dieses Theorems zu sprechen scheinen, wäre es doch gefährlich, es als Axiom zu betrachten und die politische Praxis darauf zu richten.

Den zweiten Pol im Buch stellt der Beitrag von Willi Kraus dar, der das Thema der Revolution in Zusammenhang mit der Entwicklungspolitik behandelt. Seine Auffassung kommt im letzten Satz seines Beitrages zum Ausdruck, wo er meint, daß die zu lösenden akuten Aufgaben in den Entwicklungsländern viel zu ernst sind, „um mit irrationalen Wunschvorstellungen, vagen Zukunftsträumen, schwärmerischer Voreingenommenheit und romantischem Revolutionsenthusiasmus gelöst zu werden“ (202).

Im Spannungsfeld zwischen diesen zwei Beiträgen bewegen sich nun die Untersuchungen der einzelnen Fälle. Die Annäherung der Probleme erfolgt vielseitig. Die liberale Betrachtung wird hauptsächlich in den Beiträgen über Ghana und Chile vertreten. Im Falle Ghanas z. B. äußern P. Langer und U. Luck die Meinung, daß der Offiziers-Coup von 1966 dazu führen kann, „daß Ghana ein Modellfall der Redemokratisierung wird“ (66), obwohl sie vorher Zweifel daran geäußert haben, „ob die Umorientierung nach dem Westen und die starke Unterstützung für eine kapitalistische Entwicklung die Probleme des Landes langfristig lösen und gerechte Sozialstrukturen herbeiführen können“ (62). Ähnlich im Beitrag von Monika Mehnert über Chile, der vor der Wahl Allendes geschrieben worden ist. Mehnert bezweifelt, daß Chile durch eine Nationalisierung oder durch eine isolierte sozialistische Revolution das Problem des Absatzes der Kupferproduktion lösen kann und tritt für das vom früheren Präsidenten Frei propagierte Programm der „Chilenisierung“ ein, obwohl sie zugibt, daß „damit nur ein kleiner Schritt zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Landes getan wurde“ (77). Die Beiträge von Charles T. Z. Chung über die Volksrepublik Korea (97 ff.), Vietnam (134 ff.) und China (154 ff.) sind andererseits ausgezeichnete, von der Angst vor dem Kommunismus und der Beteuerung der „Entwicklung in Freiheit“ freie Analysen, die in der deutschsprachigen Literatur sehr selten sind. Erwähnenswert sind auch die übrigen Beiträge von Mohamed El-Azzazi über den arabischen Sozialismus (20 ff.), von Elma Römpeczyk über Indonesien (119 ff.) und von Margot v. Renesse über Uruguay (84 ff.), obwohl ihnen nicht in allen Punkten zugestimmt werden kann.

Trotz vieler Vorbehalte ist das Buch empfehlenswert als Informationsquelle, da es eine der besten Publikationen zu diesem Thema in deutscher Sprache wegen seiner breiten Spanne und wegen der zutreffenden Analyse vieler einzelner Länder ist.

Marios Nikolinakos (Berlin/West)

**Fragoso, Antonio:** *Evangelium und soziale Revolution*. Ein Kapitel lateinamerikanischer Theologie. Burckhardt-Haus-Verlag, Gelnhausen-Berlin/West 1971 (144 S., br., 11,— DM).

Antonio Fragoso wurde 1920 im Bundesstaat Paraiba im Nordosten Brasiliens als Sohn einer armen Bauersfamilie geboren. Er konnte nach „oben“ kommen, weil er sich für eine kirchliche Laufbahn ent-

schied. Wie Hildegard Lüning im Vorwort richtig schreibt, sind „... zwei Wege des Sozialaufstiegs ... prinzipiell auch Jungen aus der Unterschicht zugänglich: die kirchliche und die militärische Laufbahn“ (7). Nachdem er zuerst als einfacher Priester, dann als Universitätsprofessor tätig gewesen war, wurde er 1957 zum Weihbischof nominiert und 1964 zum Diözesanbischof von Crateús, einer Stadt mit etwa 25 000 Einwohnern in einer der ärmsten Gegenden Brasiliens.

Was Fragoso von vielen anderen lateinamerikanischen Bischöfen unterscheidet, sind nicht in erster Linie theologische Fragen (obwohl es auch hier z. T. wesentliche Unterschiede gibt), sondern sein bewußt politisch verstandenes Engagement, seine Solidarität mit den Armen, den Arbeitern und Bauern im Nordosten Brasiliens. Insofern geht das Buch „Evangelium und soziale Revolution“, das nach Reden des Bischofs zusammengestellt wurde und somit die erste von ihm vorliegende deutschsprachige Publikation ist, über ein theologisches Interesse weit hinaus. Es gewährt vielmehr Einblick in die soziale Situation Brasiliens und deren Ursachen und gibt Zeugnis von einem Mann, der einen Beitrag zur Beseitigung dieser Ursachen leisten will.

Fragoso geht dabei in seinem Engagement von einer biblisch orientierten, stark moralischen Motivation aus, kommt jedoch in der Konsequenz nicht zu karitativen Lösungsvorschlägen, sondern zur Forderung nach „Sozialrevolution“, einer „radikalen, schleunigen und von Grund auf erneuernden Umgestaltung der heutigen ‚sozialen Ordnung‘ in ihren Strukturen selbst“ (118). Die gegenwärtige Situation in Brasilien stellt sich für den Bischof folgendermaßen dar: „Wir leben in einer festgefühten, durchstrukturierten Subversion, die uns ganz direkt berührt. Diese perverse Ordnung zerstören, mit dieser Subversion aufräumen: das heißt konstruktiv sein“ (82). Fragoso belegt diese Behauptung nicht nur mit statistischem Material, sondern auch mit seinen persönlichen Erfahrungen unter den Arbeitern und Bauern Brasiliens.

In seinen Konsequenzen ist Fragoso dabei eindeutiger als andere progressive Bischöfe, z. B. auch als Dom Helder Camara. So spricht er sich klar für Enteignungen aus und sagt in bezug auf Entschädigungen: „Aber ich frage euch, hat man je einen Dieb und Betrüger entschädigt? Natürlich nicht. Es ist vollkommen gerecht, daß derjenige, der seine hohen Einnahmen nur in seinem eigenen Interesse und nicht fürs Gemeinwohl verwandt hat, keinerlei Recht auf Entschädigung hat“ (52). Die Tatsache, daß im Nordosten die durchschnittliche Lebenserwartung bei nur 30 Jahren liegt (Schweden: 72 Jahre!), nennt er einen organisierten Völkermord des Kapitalismus. „Wußtet ihr, daß mehr als die Hälfte der hiesigen Bauern ermordet werden? Ja, ermordet. In jedem fortgeschrittenen Land liegt heute die Lebenserwartung bei über 60 Jahren. Im Inneren des Nordostens sterben die Bauern, bevor sie 30 Jahre alt werden. Ihr seht also, daß die Hälfte der Bauern nicht leben können, daß sie zum Sterben verurteilt sind. Dieser organisierte Völkermord trägt all die Züge, die ihr bereits kennt“ (42).

Als politische Strategie zur Überwindung dieser Situation schlägt Fragoso die Stärkung der Gewerkschaften („Die Gewerkschaften sind die Waffe schlechthin im Kampf für die Gerechtigkeit“. — 72) sowie die Bildung einer „Volksfront“ vor. Die Regierung und die Gesetzgeber hält er für grundsätzlich nicht imstande, die Strukturen zu ändern, da sie von der wirtschaftlichen Macht kontrolliert werden. „Wer also muß es dann versuchen? Vor allem unsere Bauern und Arbeiter müssen, weil sie die große Mehrheit und die ärmste Schicht der Bevölkerung darstellen, mit all den anderen Menschen aus dem Volk gemeinsam sich der Lage bewußt werden, sich beruflich organisieren und eine breite ‚Volksfront‘ bilden, um Druck auszuüben“ (29). Fragoso zieht dabei den friedlichen Kampf vor (nicht einen „Pazifismus“, denn dies „hieß unter dem Vorwand des Friedens mit einer ungerechten sozialen ‚Ordnung‘ einverstanden sein“ — 90). Aber: „Es ist möglich, daß Waffengewalt sich als notwendig erweisen wird. Und wenn sie notwendig ist, so kann sie mit dem Evangelium übereinstimmen, und deshalb muß dann der Kampf mit Waffen organisiert werden“ (30).

Es ist klar, daß Bischof Fragoso vom brasilianischen Militärregime, das er offen als Polizeidiktatur bezeichnet, zu den „Subversiven“ gezählt wird und er außerhalb seiner Diözese so weit als möglich totgeschwiegen wird. Dennoch getraut man sich nicht, schärfer gegen ihn vorzugehen, und insofern profitiert Fragoso von seiner Stellung als Bischof einer privilegierten Kirche, die im Durchschnitt eben doch eine wichtige Stütze des Regimes ist. Fragoso gibt dies auch selbst zu, wenn er des öfteren darauf hinweist, das eine „pazifistische Kirche“, wie sie auch in Brasilien nicht selten aufträte, „Opium des Volkes“ sei.

Natürlich kann Fragoso nur im Kontext der lateinamerikanischen Wirklichkeit richtig verstanden werden. Überall dort, wo er losgelöst davon prinzipielle Aussagen trifft, werden Mängel in seiner theoretischen Analyse sichtbar, wie dies z. B. bei seiner Einschätzung des Materialismus zutage tritt. Man könnte sicher auch in einigen Passagen einen noch nicht verarbeiteten, traditionell-christlichen Antikommunismus feststellen, der jedoch in der Praxis sofort wieder zurücktritt hinter das gemeinsame Anliegen der Befreiung durch Bildung einer Volksfront. Insofern wird man der Aussage Fragosos nicht gerecht, will man ihm auf der theoretischen Ebene Fehler nachweisen. Ihm geht es um eine — auch in ihren gesellschaftspolitischen Dimensionen erfaßte — Befreiung Lateinamerikas von der inneren und äußeren Ausbeutung — und nur an diesem durch seine Praxis vermittelten Anspruch sind seine Erklärungen zu messen. Für einen katholischen Bischof ist es dabei nicht selbstverständlich, daß er z. B. Camilo Torres, Che Guevara und Fidel Castro ausdrücklich als Helden der Befreiung darstellt. „Am gewaltsamsten trat dieser (der nordamerikanische — A. K.) Imperialismus in der Unterstützung des diktatorischen Regimes Batista zutage. Fidel Castro, der die legitimen Ziele des kubanischen Volkes verkörperte, einte die revolutionären Kräfte und schüttelte das Joch dieser inneren Unterdrückung

ab. Dadurch hat uns das kleine Kuba ein Beispiel für überaus großen Mut und Weitblick gegeben und ist anderen Ländern Symbol und Aufforderung geworden“ (134).

Trotz mancher theoretischer Mängel, vieler idealistischer Einschläge und teilweise naiv anmutender religiöser Formulierungen stellt so diese Sammlung von Reden eines brasilianischen Bischofs ein wesentliches Dokument lateinamerikanischer Befreiungsbewegung dar. Es zeigt das unbedingte Engagement des Antonio Fragoso, dessen aktive Solidarität mit den ausgebeuteten Bauern und Arbeitern im Nordosten in ihrer Echtheit wohl unbestritten und eindrucksvoll ist. Seine scharfe Kritik an kirchlicher Komplizenschaft bei dieser Ausbeutung, die im Zusammenhang mit den Äußerungen Pauls VI. bei seinem Besuch in Kolumbien sogar frontal gegen den Papst gerichtet ist, ist ein zusätzlicher Beweis der Glaubwürdigkeit dieses Bischofs, der im übrigen den kirchlichen Landbesitz bereits für den Aufbau landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften an Bauern abgeben hat.

Adalbert Krims (Wien)

**Lüning, Hildegard (Hrsg.):** Mit Maschinengewehr und Kreuz oder Wie kann das Christentum überleben? rororo aktuell Nr. 1448. Rowohlt Taschenbuch-Verlag Reinbek bei Hamburg 1971 (141 S., br., 2,80 DM).

Der Erfolg der kubanischen Volksrevolution hatte enorme Auswirkungen auf das Bewußtsein eines kritisch werdenden Teils der lateinamerikanischen Christen. Vor allem für den niederen Klerus, der am unmittelbarsten mit dem Elend der Massen konfrontiert ist, demonstrierte Kuba augenfällig, daß es Alternativen zum imperialistischen Joch gibt, Alternativen, für die es allerdings zu kämpfen gilt. Camilo Torres, der im Kampf gegen die kolumbianische Oligarchie und den sie unterstützenden amerikanischen Imperialismus fiel, wurde zum Symbol eines „neuen Christentums“, für das die „Befreiung“ zum Zentralbegriff der Theologie und des praktischen Handelns wurde. Zugleich leitete Camilo Torres einen weiteren wesentlichen Klärungsprozeß unter den Christen ein: Er durchschaute den Klassencharakter der sogenannten „christlich-demokratischen Parteien“, deren „dritter Weg“ in Wirklichkeit nur eine neue Taktik des Imperialismus zur Spaltung und Desorientierung der Arbeiterklasse ist. Padre Camilo rief daher zur Einheit der Arbeiterklasse in der „Vereinigten Volksfront“ und gegen die Christdemokraten auf.

Der vorliegende Band „Mit Maschinengewehr und Kreuz“ bietet durch Artikel und Dokumente einen Überblick über die Bewegung eines „Neuen Christentums“ in Lateinamerika, über ihre theologischen Begründungen, ihre Gesellschaftsanalysen und ihre praktischen Aktionen. Nach der Einleitung „Für eine Theologie der Befreiung“ folgen vier Abschnitte: „Die Kirche der Mächtigen“, „Die

Kirche der Provokateure“, „Die Kirche der Ohnmächtigen“ und „Die Kirche der Partisanen“.

Der peruanische Theologe Gustavo Gutiérrez geht in seiner theologischen Begründung davon aus, daß „eine ungerechte und entfremdete Gesellschaft mit den Forderungen des Evangeliums unvereinbar (ist)“ (11). Für diese Behauptung führt er im wesentlichen drei theologische Argumente an: 1. Die Erlösungstat Christi umfaßt die gesamt-menschliche Existenz. Eine Aufteilung der Geschichte in eine Welt- und eine Heilsgeschichte ist daher unmöglich. 2. Das von den alttestamentlichen Propheten angekündigte „Reich des Friedens“ setzt (so z. B. bei Isaias) voraus, daß Gerechtigkeit herrscht, daß den Armen Recht wird, die Unterdrücker bestraft werden und allen ein Leben ohne Angst vor Versklavung durch andere möglich ist. 3. Liebe zu Gott und Nächstenliebe sind nicht nur untrennbar, sondern es gibt keine abstrakte Liebe, keine Liebe außerhalb unserer menschlichen Möglichkeiten, sie zu beweisen. Nächstenliebe ist daher Gottesliebe. Gutiérrez lehnt den Begriff der „Entwicklung“ ab und setzt ihm den der „Befreiung“ entgegen, denn Entwicklung ist in Lateinamerika mit dem kapitalistischen Fortschrittsmodell und den kapitalistischen Interessen verbunden. „Entwicklungshilfe“ und „Reformbemühungen“ tragen nur dazu bei, die ungerechte Verteilung von Macht und Reichtum zu festigen, ja sie dienen oft — in neuen und hinterlistigen Formen — sogar der Machterweiterung der Mächtigen.

Der erste Teil „Die Kirche der Mächtigen“ bringt u. a. eine Analyse der Hintergründe des Papst-Besuches in Bogota (August 1968) und der Reaktionen auf dieses Ereignis. Während progressive Gruppen den Papst vor einem Besuch warnten (Flugblatt des Generalsekretariats der Camilo-Torres-Bewegung, Buenos Aires: „Reisen Sie nicht nach Kolumbien. Reisen Sie nicht, um sich nicht zum Komplizen der Vaterlandsverkäufer, der Ausbeuter und Folterer des Volkes zu machen“), begrüßten reaktionär-katholische Vereinigungen und Konzerne den Papst (Reklame zum Papstbesuch: „Ave, Pilger, ESSO grüßt den Papst.“ „Chrysler Imperial ist beim Empfang des Heiligen Vaters dabei.“) Weiters bringt der erste Teil eine „Geschichte des Bewußtseinswandels in der Kirchenführung“ und einen Bericht über „Wandlungen in Kirchenpresse und -rundfunk“. Daraus geht hervor, daß die sozial-progressiven Strömungen innerhalb des lateinamerikanischen Katholizismus nicht mehr nur aus Laien und Angehörige des niederen Klerus beschränkt sind, sondern daß durchaus schon einige Teile der „offiziellen Kirche“ davon erfaßt sind. In manchen Ländern, in denen es nicht einmal eine formale Pressefreiheit gibt, kommt teilweise der kirchlichen Presse die Rolle eines „Sprachrohrs der Sprachlosen“ zu.

Der zweite Teil „Die Kirche der Provokateure“ führt vor allem in Modelle einer neuen Pädagogik ein, die eine Politisierung zum Ziel hat. U. a. ist ein Bericht über Paulo Freires Methode einer „befreienden Alphabetisierung“ enthalten, die seit Ende 1971 nun auch in ausführlicher Form als Buch in deutscher Sprache vorliegt (Paulo

Freire, Pädagogik der Unterdrückten. Stuttgart/Berlin 1971). Die Alphabetisierung erfolgt nach dieser Methode anhand von Wörtern der täglichen Erfahrung und führt zu einer direkten Konfrontation mit der sozialen, kulturellen und politischen Realität. Das faschistische Regime Medici ließ Freire 1964 verhaften und nach einigen Monaten aus Brasilien ausweisen.

Im dritten Teil „Die Kirche der Ohnmächtigen“ klagt die „Junge Kirche“, Chile, die Kirche wegen ihres Bündnisses mit den Herrschenden an und weist nach, daß die Kirchenstruktur selbst an eine ganz bestimmte Klassenstruktur gebunden ist. „Die gegenwärtige Situation, die einer Kirche, in der Unterdrückter und unterdrückte Mehrheit zusammenleben, ist ein offenkundiger Widersinn (79).“ „Täuschen wir uns nicht: Von der Kirchenleitung Vorschläge zu erwarten, die den zentralen Interessen der Unternehmer und der Oberschicht entgegenstehen, das erscheint uns so naiv, wie von der Ulme Birnen zu verlangen. Ob Christen oder nicht, Arbeitgeber verhalten sich letztlich alle gleich. Sie herrschen ‚legitim‘ durch das Eigentum an Kapital und nehmen den Arbeitern die Frucht ihrer Mühen. Kurz: Sie beuten aus. Natürlich, einige tun das mit einem Lächeln auf den Lippen und Palmzweigen in den Händen. Das sind die christlichen Unternehmer. Andere sind ehrlicher. Sie beuten trocken aus und ohne Gewissensbisse (80).“ Der brasilianische Bischof Antonio Fragoso, der in seinem Land zum Schweigen verurteilt ist, setzt sich in seinem Beitrag für die Bildung einer Volksfront ein. Die brasilianische Situation, die u. a. dadurch gekennzeichnet ist, daß 3 % der Bevölkerung über 62 % des Bodens verfügen, kann nicht von einer Regierung geändert werden, deren Interessen mit jenen der Besitzenden identisch ist. „Es ist notwendig, daß unsere Bauern und Arbeiter — und gerade sie, weil sie in der Mehrheit sind und die Ärmsten —, doch nicht sie allein, sondern das ganze Volk sich seiner Lage bewußt wird, sich organisiert und eine große mächtige ‚Volksfront‘ bildet, um Druck auszuüben (101).“

Der vierte Teil, „Die Kirche der Partisanen“, dokumentiert strategische und taktische Ansätze revolutionärer christlicher Gruppen und Organisationen. Dabei wird vor allem die an die Unterdrückten gerichtete Forderung nach absoluter Gewaltlosigkeit als ideologische Rechtfertigung der Unterdrückung entlarvt. Der chilenische Jesuit Gonzalo Arroyo schreibt unter dem Titel „Christen und Guerilleros“: „Bisher ist der Begriff der Gewalt einseitig zugunsten jener ideologisiert worden, die die Macht besitzen und alles daransetzen, den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten. Die wirtschaftliche, politische und soziale Ungerechtigkeit wird nicht als Gewalt bezeichnet, sondern als Teil der ‚Ordnung‘. Mit diesem Trick wird Gewalt zur Beschreibung von Aktionen reserviert, die die ‚legale Ordnung‘ angreifen. Wenn andere legitim Gewalt anwenden, um ihre durch das System nicht garantierten Grundrechte zu erlangen, sind sie Kriminelle, die gesetzeswidrig handeln (104).“

Auffällig in der lateinamerikanischen Situation ist, daß organisierte Priestergruppen für revolutionäre Ziele eintreten. Ein Bei-

spiel dafür ist die Golconda-Bewegung in Kolumbien, die Arroyo folgend beschreibt: „Golconda ist der Prototyp für jene neuen Priesterbewegungen in Lateinamerika, die sich nicht um innerkirchliche Probleme sorgen. Zölibat, verfallene Kirchenstrukturen, entfremdete Lehre, die Verbindung von Hierarchie und Oberschicht — das alles wird als Ergebnis eines Sozialsystems betrachtet, das auf Ungerechtigkeit beruht. Diese Priester sind der Überzeugung: Man muß das Übel an der Wurzel angreifen, für die Befreiung des Volkes und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft kämpfen. Für sie ergibt sich dieser Kampf unmittelbar aus dem Glauben, und sie wollen ihn bewußt als Priester führen. Der Sturz der Oligarchie wird auch der Sturz einer mißbildeten Kirche der Reichen sein. Und die neue Kirche, die Kirche des Volkes, wird mit der Machtübernahme durch das Volk und für das Volk wachsen (118).“

Für das „neue Christentum“ Lateinamerikas ist klar, daß die „Befreiung“ nur durch den organisierten Kampf der Arbeiterklasse erreicht werden kann, einen Kampf, den Christen und Marxisten sowie andere fortschrittliche Kräfte gemeinsam zu führen haben. Die besondere Betonung weltanschaulicher Unterschiede oder gar der Antikommunismus werden von diesen lateinamerikanischen Christen als Taktik der herrschenden Klasse entlarvt, die nichts mehr fürchtet als eine Einheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Insofern ist der zweite Titel von „Mit Maschinengewehr und Kreuz“ schlecht gewählt: Es geht nicht darum, „wie das Christentum überleben kann“, sondern wie und welchen Beitrag Christen im Kampf gegen den Imperialismus leisten können. Die Bedeutung der aus der lateinamerikanischen Realität gesammelten Beiträge geht somit über die unmittelbare Situation Lateinamerikas hinaus und wird zur Herausforderung an die in den imperialistischen Metropolen lebenden Christen. Für sie müßte dieses Buch das Bewußtsein stärken, daß der Kampf gegen den Imperialismus nicht ein spezifisch lateinamerikanisches Problem ist, sondern daß er vor allem auch hier bei uns zu führen ist.

Adalbert Krims (Wien)

**Rauscher, Anton (Hrsg.):** Ist die katholische Soziallehre antikapitalistisch? Verlag J. P. Bachem, Köln 1968 (193 S., br., 13,80 DM).

Der Band bietet ausschließlich Nachdrucke von Beiträgen, die zwischen April 1967 und Januar 1968 entstanden und die päpstliche Enzyklika „Populorum Progressio“ und die „Offenburger Erklärung“ der Sozialausschüsse der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft vom 9. Juli 1967 behandeln. Die Autoren sind vorwiegend katholische Professoren oder Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse. Ein gegenüber der katholischen Soziallehre kritischer Autor ist nicht zu finden.

Der Sammelband muß innerhalb der ideologischen Krise der CDU gesehen werden, die beim Sturz der Regierung Erhard Herbst 1966 aufgebrochen war. Die unvermeidlich gewordene Programmdiskussion der CDU, zu der die Sozialausschüsse die „Offenburger Erklärung“ beisteuerten (ein Bauchladen verschiedener Einzelforderungen, wie man ihn auf jedem Gewerkschaftskongreß erleben kann), steht bereits unter der Verunsicherung durch die beginnende Rezession. So erklärt sich die damalige Neuerung, den Begriff ‚Kapitalismus‘ nach mehr als drei Jahrzehnten der Verbannung wieder auszusprechen. Die klassenkämpferische Absicht der „Offenburger Erklärung“ macht gerade der ‚Linke‘ Heinz Budde (damals Bildungsreferent der KAB und CDU/MdB) deutlich: „die Chancen der ‚affektgeladenen Marxisten‘ in der deutschen Arbeitnehmerschaft zu begraben“ (110).

Alle Autoren beantworten die Titelfrage negativ, auch Budde, der durch eine voreilige Formulierung die Diskussion auf den Begriff ‚Kapitalismus‘ erst gelenkt hatte; denn Kapitalismus ist nach Budde nichts anderes als „eine Gesellschaftsverfassung, in der die sozialen und ökonomischen Prozesse nachhaltiger von dem mit dem Groß-eigentum verbundenen Kapitalinteresse als vom Gesellschaftsordnungselement Arbeit bestimmt werden“ (165). Insofern wäre selbst der Slogan, der Mensch solle im Mittelpunkt stehen (*Pesch, Budde, DGB*), antikapitalistisch. Wenn dagegen das Ordnungselement Arbeit dem Ordnungselement Kapital gleichgestellt oder vorgeordnet wird (man findet widersprüchlicherweise beides beim selben Autor), erhält der Kapitalismus den christlichen Segen. Die Mehrzahl der Autoren rät nach wie vor dazu, den Begriff ‚Kapitalismus‘ einfach zu vermeiden, da dieser Begriff veraltet oder ‚affektgeladen‘ sei und mit dem ‚überholten‘ Gedanken des Klassenkampfes in Verbindung gebracht werde. Budde kennt letztlich nur Restbestände des Kapitalismus, die durch „das formale Ordnungsprinzip Gemeinwohl“ zu überwinden seien (100/101). Aus der Tatsache, daß im Konzentrationsprozeß des Kapitals auch Kleinaktionäre entmachtet (sogar enteignet) werden, schließt Budde auf einen Funktionsverlust des Eigentums an Großindustrie (116). Der in sich selbst schon unklare Kapitalismusbegriff der katholischen Soziallehre wird durch die Tendenz zur Individualisierung und Ethisierung noch verschwommener. Die Arbeitswerttheorie erfährt eine ausdrückliche Ablehnung, statt dessen sollen die Ordnungsprinzipien Familie, Privateigentum und Staat herrschen (*Pesch, 175*).

Die Gewerkschaften werden selbst von erzkonservativen Vertretern der katholischen Soziallehre vorbehaltlos begrüßt. Gegenüber den Marxisten ist wieder Budde der härteste Gegner: sie seien die „fußkranke Nachhut der Sozialgeschichte“ (110). Angesichts der Einigkeit über die Notwendigkeit von Privatunternehmern gibt es nur noch einen Streit um die paritätische Mitbestimmung. Befürworter und Gegner kennen nichts anderes als das Montan-Modell. Prof. Wilhelm Weber sieht im Machtzuwachs für die Gewerkschaften eine Gefahr: „Wir brauchen keinen Staat im Staat in Gestalt eines syndikalistischen Laborismus“ (162).

Die religiösen Grundlagen der katholischen Soziallehre beantworten die Titelfrage implizit positiv: diese Lehre ist insofern doch antikapitalistisch, als ihre Tendenz zur Ethisierung, zur Beherrschung des Menschen durch etwas Außermenschliches, ihre Tendenz zum Patriarchalismus usw. noch der Feudalgesellschaft, der Blütezeit der Religion, verhaftet sind. Dem Band ist das Verdienst zuzuschreiben, daß er dem aktiven Gewerkschafter die Augen öffnen kann, wie entscheidend die westdeutsche katholische Sozialbewegung seit 1945 Ideologie und Politik der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung geprägt hat (z. B. Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit; Preisgabe der Sozialisierungsforderung, Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten, „Vermögensbildung“ durch Tarifvertrag, Volkskapitalismus usw.).

Hellmut G. Haasis (Tübingen)

**Pallenberg, Corrado:** Die Finanzen des Vatikan. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1973 (170 S., br., 4,80 DM).

So gründlich, wie eine nicht auf amtlichen Quellen fußende Darstellung der Wirtschaftsmacht der römischen Kirche sein kann, ist das Buch Pallenbergs. Mit den vatikanischen Gepflogenheiten vertraut, erwartete der Verfasser von einer direkten Befragung nicht viel. Dennoch versuchte er es. In einem die Würde des heiligen Adressaten wahren den Brief an den Privatsekretär des Papstes erbat er amtliche Unterstützung für eine Studie über die vatikanischen Finanzen. Eine schriftliche Antwort erhielt er nie. Das Geheimnis wird nicht preisgegeben. Dennoch hat Pallenberg mit Fleiß und Geschick eine vorzüglich informative Studie über das heikle Thema zustande gebracht. Daß der Papst reich ist, sehr reich, braucht nicht bewiesen zu werden. Interessant wird dieser Reichtum erst dadurch, daß er sich durch nichts von anderen Reichtümern unterscheidet. Der Vatikan ist eine kapitalistische Großmacht.

Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, was der Autor über das Finanzgebäude Pius XII. berichtet. (Papst Johannes sei von einer Art Allergie gegen Geldangelegenheiten geplagt gewesen.) Drei Neffen Pacellis, Fürsten von Mussolinis Gnaden, entpuppen sich als die Laienfinanziere des Vatikans. Die Geldverwaltung hat der Heilige Vater Nicht-Klerikern anvertraut, erstens weil sie mehr davon verstehen, zweitens weil sich das so schickt. Giulio, der dritte Pacelli-Bruder, ist Rechtsberater der Verwaltung der „Propaganda Fide“ (eine der Kongregationen der Kurie); er vertritt die vatikanischen Finanzen im Vorstand der Banco di Roma. Über zwei Drittel, womöglich sogar drei Viertel des Kirchenkapitals ist in Italien investiert. Nutzbringend, versteht sich.

Der Papst kontrolliert eine erhebliche Zahl von italienischen Konzernen. Ein Bollwerk der vatikanischen Finanzen ist die „Gene-

rale Immobiliare“, ein gewaltiger Grundstücks- und Baukonzern. Präsident ist der ehemalige Gouverneur der Vatikanstadt, Graf Enrico Galeazzi. Pallenberg schildert im einzelnen, Daten und Zahlen zur Hand, die Geschäfte der „Immobiliare“. Sie sei eine der größten und erfolgreichsten Grundstücks- und Baugesellschaften der Welt. Ihre Bauvorhaben umfassen Hotels, Häuserblocks in allen großen Städten Italiens, Wohnsiedlungen, Kliniken; konzerneigene Industriegesellschaften (Metallausrüstungen, Zement-Bauteile, Mauer- verputz) ergänzen das Mammut-Unternehmen.

Das in deutscher Übersetzung 1968 erschienene Buch ist wohl der vollständigste Bericht über das legendäre Thema in populärer Fassung. Die Kurienreform Papst Pauls ist berücksichtigt und die weltliche bzw. administrative Organisation mit dem Staatssekretariat an der Spitze genau aufgeschlüsselt. Die aus der Zusammenlegung der früheren „Besitzverwaltung“ und der sog. „Sonderverwaltung“ neugeschaffene „Vermögensverwaltung des Heiligen Stuhls“ mit Kardinal Cicognani an der Spitze ist die zentrale Schaltstelle der vatikanischen Finanzgebarung. Die enormen Geldsummen, die für die Erfüllung der Aufgaben des Vatikans notwendig sind, stammen z. T. aus Liegenschaften, d. h. den Mieten der Wohnungen und Geschäftsräume, die der Vatikan in Italien und besonders in Rom besitzt, zum größten Teil aus den Renditen festverzinslicher Papiere oder den Dividenden von Industrieaktien.

Interessant ist auch die Ausgabenseite der vatikanischen Finanzen. Bankverbindungen des Vatikans. Die Fäden führen zu den Rothschilds in Paris und London, Hambros Bank in London, zur J. P. Morgan-Bank in New York und vor allem zur Bankers Trust Company in New York, deren Vizepräsident Andrew P. Malony Wirtschafts- und Sozialberater der Mission des Hl. Stuhls bei der UNO ist.

Interessant ist auch die Ausgabenseite der vatikanischen Finanzen. Die Gehälter für die 3000 in der Vatikanstadt tätigen „Angestellten“ (von Kardinälen bis Gärtnern) erfordern 10 Millionen Dollar. (Einen vatikanischen Paß besitzen nur 936 im Vatikan lebende Personen.) Zu den Lasten zählen die Finanzierung des Osservatore Romano, die Gehälter und Spesen der Beobachter und Delegierten des Hl. Stuhls bei der UNO, FAO, UNESCO; sogar bei der internationalen Atomenergie-Kommission in Wien gibt es einen Vertreter des Papstes. Nicht von Rom werden die Kosten des über die ganze Welt verstreuten diplomatischen Corps bezahlt; einer alten Tradition folgend, übernehmen die religiösen Orden die Ausgaben für die Vatikan-diplomaten in den jeweiligen Ländern.

Trotz seiner journalistischen Darstellungsweise ist der informative Wert des Buches von Pallenberg erheblich. Ideologische Blickrichtung: die leicht freidenkerische Frage: Ist es das, was der Nazarener gewollt hat? „Ihr sollt nichts mit euch nehmen auf den Weg, weder Stab noch Brot noch Geld; es soll auch einer nicht zwei Röcke haben“ (Lukas 9, 3).

Bruno Frei (Wien)

**Ökonomie**

**Senghaas, Dieter (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt.** Analysen über abhängige Reproduktion. Edition Suhrkamp, Bd. 563. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972 (405 S., br., 8,— DM).

I. Das Leitmotiv der zehn Beiträge dieses Bandes lautet: Industrienationen und unterentwickelte Gesellschaften stehen sich nicht als autonome Einheiten gegenüber, sondern bilden als Metropolen und Satelliten ein einheitliches, vertikal geschichtetes internationales System. Unterentwicklung ist daher nicht als historische Verspätung, sondern als Kehrseite desselben Prozesses zu verstehen, der zur Entwicklung — besser: Überentwicklung — der kapitalistischen Industrienationen geführt hat.

Daß diese ebenso grundlegende wie triviale Einsicht außerhalb der sozialistischen Länder erst um die Mitte der 60er Jahre — vor allem von lateinamerikanischen und französischen Autoren — artikuliert wurde, ist ein Musterbeispiel für die politische Bedingtheit sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. Die ideologische Blockierung der Imperialismus-Diskussion seit den zwanziger Jahren hat in der theoretischen Durchdringung heutiger Gesellschaftsformen einen enormen Nachholbedarf entstehen lassen. Die vorliegende Auswahl hilft viel, dieses Defizit sichtbar zu machen, aber wenig, es abzubauen.

Die Arbeiten untersuchen überwiegend die Beziehungen zwischen kapitalistischen Zentren und ihren Peripherien in der „Dritten Welt“. In geringerem Umfang werden die internen Strukturen der Industrienationen behandelt und noch beiläufiger die internen Strukturen der armen Länder, obwohl der Untertitel hier den Schwerpunkt vermuten läßt. Die allen Beiträgen gemeinsame dialektische Sicht von Entwicklung und Unterentwicklung, die ihren Ausdruck in den Begriffspaaren „Zentren-Peripherien“, „Metropolen-Satelliten“ und „Dominanz-Abhängigkeit“ findet, stellt eine Überwindung der isolierenden Betrachtungsweise bisheriger Wachstums- und Modernisierungstheorien dar und ermöglicht damit erstmals relevante Hypothesen über Begründungszusammenhänge. Wem die Vorstellung noch fremd ist, daß die Insuffizienzen und Deformationen der armen Länder nicht in ihrer eigenen Entwicklung, sondern in derjenigen der industriellen Imperialmächte begründet sind, der wird in dem Band eine Fülle von Anregungen und interessanten Einzelaspekten finden. Wer aber eine Weiterentwicklung der politischen Ökonomie der Unterentwicklung sucht, kann die meisten Seiten diagonal lesen.

„Zum Kern jeder intellektuellen Arbeit, deren Ziel politische und wissenschaftliche Relevanz ist, gehört eine strenge Analyse von Begriffen und Theorien“ (Martinelli, 356). Diese Strenge sucht man in dem Band vergebens. Alle Autoren machen einen eklektizistischen Gebrauch vom Marxismus, aber allenfalls drei können als Marxisten

bezeichnet werden (O'Connor, Dos Santos, Martinelli). Die Mehrheit ist der bürgerlichen Sozialwissenschaft in der liberalen oder strukturalistischen Variante zuzurechnen. Diese pluralistische „Offenheit“ — die vom Herausgeber im Vorwort nicht problematisiert wird — rächt sich in einem durchgängigen theoretischen Defizit, undisziplinierter Begrifflichkeit und einer assoziativen Verbindung von Einzelthemen. Der Ansatz zu einer dialektischen Theorie der Unterentwicklung versandet in Deskription und Spekulation.

II. Der erste Beitrag des Bandes von Johan Galtung hebt sich deutlich von den übrigen ab, schon äußerlich durch den Umfang, vor allem aber durch die internationale Beachtung, die Galtungs „strukturelle Theorie des Imperialismus“ gefunden hat. Die Arbeit erschien zuerst 1971 im *Journal of Peace Research* und wurde seitdem oft zitiert und verschiedentlich in anderem Zusammenhang nachgedruckt. Die dem Aufsatz faktisch zuerkannte Bedeutung rechtfertigt es, seine theoretische Stichhaltigkeit und politische Funktion etwas ausführlicher zu untersuchen.

Galtung faßt die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in das schon bekannte Modell der Nationen im Zentrum und Nationen an der Peripherie, denen er jeweils wieder ein Zentrum und eine Peripherie zuweist. (Daß alle wesentlichen Gedanken dieses Modells bereits seit 1959 in den Arbeiten des Mexikaners González Casanova erscheinen, wird nur durch ein unauffälliges „Vgl. auch“ in Fußnote 8 gewürdigt.) Die zwischen diesen Nationen herrschende Ungleichheit ist das Ergebnis eines „speziellen Typs von Herrschaftsverhältnissen zwischen organisierten Kollektiven“ (29): des Imperialismus. „Imperialismus ist ein System, das organisierte Kollektive aufspaltet und einige ihrer Teile in von *Interessenharmonie* gekennzeichnete Beziehung zueinander setzt, andere in Beziehungen, deren Merkmal die *Disharmonie der Interessen* oder der *Interessenkonflikt*“ ist (30). Zur Definition dieser Interessenkonflikte bildet Galtung einen Begriff der „Lebensbedingung“ (LB), den er mit „wahres, eigenes Interesse“, „Lebensqualität“, „Autonomie“ umschreibt (31): „Es besteht Interessenkonflikt oder -disharmonie, wenn die zwei Parteien so miteinander in Verbindung stehen, daß die LB-Kluft zwischen ihnen größer wird“ (31). Der genaue Gehalt der LB ist ihm dabei ausdrücklich von geringerer Wichtigkeit.

Dies sind die Grundkategorien und ihr Bezugssystem, die er in folgender Definition zusammenfaßt: „*Imperialismus* ist eine Beziehung zwischen einer Nation im Zentrum und einer Nation an der Peripherie, die so gestaltet ist, daß 1. *Interessenharmonie* zwischen dem Zentrum in der Zentralnation und dem Zentrum in der Peripherienation besteht, 2. größere *Interessendisharmonie* innerhalb der Zentralnation besteht, 3. zwischen der Peripherie in der Zentralnation und der Peripherie in der Peripherienation *Interessendisharmonie* besteht“ (35/36).

Damit ist der theoretische Ansatz umschrieben, der den Anspruch erhebt, ein „gutes Modell eines Weltsystems“ und eine „ausreichende

Grundlage für die empirische Forschung, und zwar sowohl in liberalen als auch in marxistischen theoretischen Konzepten“ (87) zu sein. In seinem Ausgangspunkt und seiner Idee ist Galtungs „Strukturalismus“ aber grundsätzlich verschieden von der materialistischen Theorie. Es bleibt fragwürdig, was den Autor dazu anhält, seine Theorie, „in der es nichts gibt, was eine dichotomische Klassenstruktur voraussetzt“ (90), mit der materialistischen Theorie in Zusammenhang zu bringen. Ebensovienig kann er legitimatorisch behaupten, daß seine Imperialismustheorie sich „weitgehend an Lenin anlehnt“ (36), wenn er fünf selbständige und austauschbare Typen von Imperialismus unterscheidet — den ökonomischen, politischen, militärischen, kulturellen und Kommunikations-Imperialismus — und schreibt: „Die Reihenfolge ist zufällig. Wir haben keine Theorie, die darauf hinweist, daß einer der Typen grundlegender als die anderen ist oder ihnen vorausgeht . . . der Imperialismus kann von jeder Ecke ausgehen“ (55/56).

Lenins Imperialismustheorie ist geradezu der vorweggenommene Gegenbeweis für Galtungs „originäre, konvertible Imperialismustypen“. Traditionell — und so auch bei Galtung — wird der Imperialismus als ein Herrschaftssystem der Beziehungen zwischen Nationen verstanden und analysiert. Lenin hat die Aufmerksamkeit auf die Analyse der historischen Wurzeln und die Entwicklung der Widersprüche des kapitalistischen Systems gelenkt, dessen unausweichliche Konsequenz seine monopolistische Phase, der Imperialismus, ist. Engels betont in der Einleitung zur englischen Ausgabe von „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, daß er die Bezeichnung „historischer Materialismus“ verwendet „zur Bezeichnung derjenigen Auffassung des Weltgeschichtsverlaufs, die die schließliche Ursache und die entscheidende Bewegungskraft aller wichtigen geschichtlichen Ereignisse sieht in der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, in den Veränderungen der Produktions- und Austauschweise, in der daraus entspringenden Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen und in den Kämpfen dieser Klassen unter sich“ (MEW 22, S. 298). Insofern definiert auch Lenin notwendig das „ökonomische Wesen des Imperialismus“ (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin 1967, S. 135), welches grundlegend und bestimmend für jede politisch, kulturell oder anders vermittelte Herrschaftsform des Imperialismus ist.

So unerklärlich die theoretische Anbieterung Galtungs an „marxistische Konzepte“ und Lenin ist, so politisch fragwürdig ist die Funktion, ist die mehr journalistische als wissenschaftliche Methode seines Vorgehens, wenn er schreibt: „Besonders ein Aspekt des Leninschen Imperialismusbegriffes ist in unsere Definition aufgenommen worden: der allgemeine Gedanke einer Arbeiteraristokratie“ (36, Anm. 4), und mit einem Zitat von L. S. Senghor zur Untermauerung fortfährt: „Les prolétaires d'Europe ont bénéficié du régime coloniale; partant, ils ne s'y sont jamais réellement, je veux dire efficacement, opposés“. Hiermit suggeriert er die Arbeiterklasse als historisches Subjekt der Ausbeutung. Er nimmt die Tendenz des

Imperialismus, „auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sich von der großen Masse des Proletariats abzuspalten“ (Lenin, S. 113), als Beweis für seine kaum haltbare These, daß „zwischen der Pheripherie in der Zentralnation“ (sprich Arbeiterklasse) und der „Pheripherie in der Pheripherienation“ Interessendisharmonie besteht, und vertuscht damit die wahre Ursache der Ausbeutung, wie sie von Lenin analysiert wurde: das Monopolkapital. „Ausbeutung, wenn man diesen Begriff einmal gebrauchen will“ (42), ist dann nicht mehr die zentrale Erscheinungsform des Imperialismus, sondern ein Randelement, und der Gegensatz der Klassen verharmlost sich zu einer „Interessendisharmonie“. — Es überrascht nicht, daß eine so „bereinigte“ Imperialismus-Konzeption rasche Verbreitung gefunden hat.

Ebenso fragwürdig und politisch eindeutig in seiner Funktion ist die unterschiedslose Gleichsetzung von „US-Imperialismus“ und „Sowjetsystem“, von „Pentagon“ und „Sowjetstern“ (55), von „Businessman in der kapitalistischen Welt“ und „Parteioffizielle(n) in der kommunistischen Welt“ (100, Anm. 55), von „General Motors“ und „International Communist Movement“ (67 ff.), von „Panzerkapitalismus“ und „Panzerkommunismus“. Die Identifizierung unterschiedlicher Systeme kann nur die Funktion haben, von vornherein eine sozialistische Entwicklungsperspektive als Alternative zu disqualifizieren.

Die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, die sich auf erweiterter Basis in den Neokolonien fortsetzt, die internationalen Klassenauseinandersetzungen löst Galtung in einem Modellgeflecht von Typen, Mustern, Phasen und Stadien auf, das über eine — oft zutreffende — Beschreibung der Erscheinungsebene kaum zu einer inhaltlichen Analyse der Formen und Zusammenhänge selbst vordringt. Er verbleibt in der sozialwissenschaftlichen Tradition der Imperialismusanalyse, die, auf Schumpeter zurückgehend, zwei wesentliche Merkmale hat:

1. Die Loslösung des Imperialismus von dem ihn bedingenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System. Das bedeutet eine vornehmlich ahistorische Betrachtung der Erscheinungsweisen der Herrschaftsbeziehung, die im wesentlichen nur klassifikatorische Aussagen ergibt. Anstelle einer konkreten historischen Analyse werden drei aufeinanderfolgende Phasen des Imperialismus — Kolonialismus (Vergangenheit), Neokolonialismus (Gegenwart) und Neo-Neokolonialismus (Zukunft) — allein vermittels der Interaktionsstruktur zwischen den Nationen bestimmt: Okkupation, internationale Organisation bzw. internationale Kommunikation. Der Übergang von der zweiten zur dritten Phase ist wiederum gegliedert in fünf Stadien der Entwicklung und Internationalisierung imperialistischer Organisationen. Dieser Versuch, der jeden empirischen Nachweis schuldig bleibt, vermag die historischen Wurzeln und die grundlegenden Entstehungszusammenhänge der benannten Erscheinungsformen nicht zu erklären und bleibt damit auch in der Prognose spekulativ: „Man könnte sich sogar eine dritte Phase vorstellen, in der nichtkapitalistische Imperien sich mit kapitalistischen Imperien im System eines

„vereinten Imperialismus“ zusammenfinden, um Herrschaft an sich zu verteidigen“ (92). (Damit kommt wieder die alte Theorie Kautsky's vom „Ultraimperialismus“ zum Vorschein, die die Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt, die Entwicklung eines einzigen Weltmonopols zur gemeinsamen Ausbeutung der Welt vorauszusehen glaubte. Lenin hat diese Theorie bereits 1917 theoretisch widerlegt und die Kurzlebigkeit solcher ultraimperialistischen Bündnisse als „Atempause zwischen den Kriegen“ (Lenin, S. 127) aus den Entwicklungsgesetzmäßigkeiten des Kapitalismus erklärt. In der ökonomischen und politischen Entwicklung seither, den zunehmenden Konflikten zwischen und in den kapitalistischen Zentren, haben sich solche Bündnis- und Friedensvisionen endgültig als bürgerliche Spekulationen erwiesen.)

2. Kriterien zur Beschreibung der Erscheinungsformen des Imperialismus sind politisch, nicht ökonomisch. Ausdruck dessen ist das „Zwei- bzw. Dreinationenmodell“ als Zentralmodell der Analyse. Die Monopole (z. B. General Motors Corporation) werden als „kollektive Organisationen“ den politischen Organisationen (z. B. International Communist Movement) in der Analyse gleichgesetzt. Auf die politisch fragwürdige Funktion dieser Parallele war schon hingewiesen worden; zudem verschüttet dieser Ansatz die Möglichkeit, die internationale Konzentration des Kapitals und transnationale Ausbreitung der Konzerne aus ihrer ökonomischen Bewegungsgesetzmäßigkeit zu erklären: „Am Anfang existiert die Organisation also nur in den nationalen Grenzen. Dann kommt eine 2. Phase, während derer sie ihre Vertreter, in diesem Stadium geheimhin „Agenten“ genannt, ins Ausland entsendet. Dies ist ein kritisches Stadium, es geht nämlich darum, in einer anderen Nation Fuß zu fassen, und zwar gewöhnlich mit subversiven Mitteln, von unten. Wenn dieses ökonomische und politische Organisationsmuster für die anderen Nationen vollkommen neu ist, müssen die Agenten aus dem ‚Mutterland‘ oder dem ‚Vaterland‘ oft auf Einladung unzufriedener Individuen dorthin gehen, solchen, die ihre eigene Mobilität innerhalb des Systems sehen und meinen, daß das gegenseitige System den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entspreche“ (68). Der Kapitalexport als Agentenstory —, das erfaßt nur den anekdotischen Aspekt kapitalistischer Herrschaftsausbreitung.

Historisch nachweisbar ist — und damit setzt sich Galtung ebenfalls nicht auseinander —, daß imperialistische Herrschaft immer von den ökonomischen Machtzentren ausging, die bis in das Stadium des Monopolkapitalismus mit den Nationalstaaten identisch waren. Diese haben zwar ihr politisches und militärisches, kulturelles und wissenschaftliches Potential zur Ausbeutung eingesetzt, aber damit allenfalls die ökonomischen Entstehungsbedingungen des Imperialismus verdeckt, nicht aufgehoben. Die Entwicklung der internationalen Konzerne, ihre Rolle bei der ökonomischen und politischen Beherrschung der Länder der Dritten Welt deutet nicht auf einen „Subjektwechsel“ im Herrschaftssystem von den Nationalstaaten zu den Monopolen. Sie beweist vielmehr die historisch durchgängige Dominanz

des Kapitals, das an Nationengrenzen nicht gebunden ist, wenn es sich auch heute noch der staatlich organisierten, politischen, militärischen etc. Herrschaftsformen bedient. Ein „Nationenmodell“ kann diese Zusammenhänge nicht mehr erklären.

Galtung's Verdienst ist es, auf die kulturellen, wissenschaftlichen und Kommunikations-Herrschaftsformen, ihre Kombinationen und Auswirkungen verwiesen zu haben. Bezeichnend ist aber, daß seine empirischen Erläuterungen sich nur auf den „ökonomischen Imperialismus“ beziehen, „weil es der Typ ist, für den sich am leichtesten Daten finden lassen“ (82). Es ist zweifellos ein Defizit der bisherigen bürgerlichen und marxistischen Imperialismustheorie, die anderen Herrschaftsformen so wenig in ihre Analysen einbezogen zu haben. Galtung vermag allerdings auch nicht mehr als einige beschreibende Hinweise zu geben. So erweist sich Galtungs „Strukturalismus“ nicht als Überwindung, sondern als Fortsetzung einer ahistorischen und theoriefeindlichen Sozialwissenschaft, die zur Abwechslung nicht in die Mikro-, sondern in die Makro-Strukturen flüchtet.

III. Wohin eine von allen Inhalten abstrahierende Betrachtungsweise führt, zeigt der Aufsatz von Gantzel, der — unbekümmert um grundsätzliche Unterschiede — alle Nationen in ein Koordinatensystem einträgt, das senkrecht ein Kontinuum von „wenig“ zu „viel“ Entwicklung (ganz im Sinne der kritisierten Wachstumstheorien), von links nach rechts einen abnehmenden Grad von Kapitalismus und einen zunehmenden Grad von Sozialismus repräsentiert.

Der Beitrag von O'Connor zerfällt in zwei Teile: Im ersten diskutiert er die bürgerliche und Leninsche Imperialismus-Theorie, um sich schließlich einer „neo-leninistischen“ anzuschließen, von der „viele Grundzüge noch verschwommen sind“ (145). Im zweiten Teil untersucht er die veränderten Realisationsbedingungen eines sich zunehmend konzentrierenden und internationalisierenden Kapitalismus, ein wichtiges Thema, dem freilich O'Connors analytische und systematische Fähigkeiten nicht gewachsen sind. Einmal heißt es, das Absorptionsvermögen der Peripherieländer sei „praktisch unbegrenzt“ (178), dann wieder, es sei „auf vielerlei Arten beschränkt“ (183).

Bei den beiden folgenden Aufsätzen von Wolff und Hymer handelt es sich um vorthoretische Schilderungen der publish-or-perish-Gattung. Wolff setzt die Tradition der bürgerlichen Imperialismus-Theorie fort, indem er Imperialismus instrumental als „Mittel der Kontrolle“ (187) versteht. Während bei ihm Lenins Imperialismus-Analyse mindestens zitiert wird, kommt Hymer völlig ohne sie aus bei seiner Untersuchung der multinationalen Konzerne. Für ihn folgt deren Entwicklung nicht aus den Realisationsbedingungen des Kapitals, sondern ist das Ergebnis freier Unternehmerentscheidungen: Auf nationaler Ebene entstand der Konzern aus einem „*Votum* für Kapitalkonzentration anstelle von Kapitalstreuung in der Produktion“ (213). „Man *entschied* sich für höhere Kapitalintensität“ (213). Die internationale Expansion begann, als „ihre große finanzielle

Stärke ihnen diesen Schritt *erlaubte*“ (215), und erklärt sich aus einer „breiteren Perspektive und einem globalen Horizont“ (215). „Manche Unternehmer *stellten fest*, daß sie oligopolistische Käufer von Rohstoffen waren“ (215; alle Hervorhebungen d. Rez.). Ebenso verharmlosend-voluntaristisch werden die entstehenden Widersprüche geschildert: „Es hat den Anschein, als werde die Herrschaft der multinationalen Konzerne den unterentwickelten Ländern weder nationale Unabhängigkeit noch Gleichheit bescheren“ (228), denn der Konzern „erzeugt eher Hierarchien als Gleichheit und verteilt seine Wohltaten ungleichmäßig“ (236). „Die Lebensfähigkeit des Systems der multinationalen Konzerne hängt davon ab, inwieweit die Menschen die Ungleichheit erdulden werden, die er erzeugt“ (230). Entsprechend unabgesichert bleiben Hymers Prognosen eines oligopolistischen Arrangements der Giganten und einer weltweiten Hierarchie der Wirtschaftsräume. — Obwohl der theoretische Ansatz mehr zur ideologiekritischen Schulung als zur Erklärung des untersuchten Phänomens taugt, bleiben einzelne konkretere Darlegungen interessant, so über die Hierarchie der Entscheidungsebenen und über die wirtschaftliche Relevanz auch kleinerer Märkte in den unterentwickelten Ländern für die Profitinteressen der Großkonzerne.

Zu begrüßen ist, daß mit den folgenden drei Beiträgen erstmals wichtige Vertreter der lateinamerikanischen „dependencia“-Debatte über eingeweihte Zirkel hinaus in der BRD bekannt gemacht werden. Dos Santos gehört zur mehrheitlichen neo-marxistischen Richtung, Sunkel zur kleineren „nationalistischen“ (nach deutschen Begriffen etwa: links-liberalen) Gruppe; Furtado zählt als neo-keynesianischer Wachstums-Theoretiker nur am Rande zur „dependencia“-Literatur. (Die tiefgreifenden theoretischen Unterschiede zwischen diesen drei Autoren sind wieder im Vorwort nicht erwähnt.)

Für Dos Santos ist „Abhängigkeit“ derjenige — noch zu erarbeitende — Teil der Imperialismustheorie, der die Auswirkungen des Imperialismus auf die ihm unterworfenen Länder beschreibt. Für Sunkel handelt es sich nur um eine Summe externer Faktoren, die zusätzlich zu den internen berücksichtigt werden müssen. Mangels theoretischen Konzepts, das die gesetzmäßigen Beziehungen und Hierarchien unter diesen Faktoren aufzeigt, entsteht ein 50 Seiten langer Dschungel von Variablen und Hypothesen, in dem Wichtiges neben Unwichtigem steht und alles mit allem auf unentwirrbare Weise verwoben ist. „Unterentwicklung, Marginalität und Abhängigkeit (sind) drei gleichzeitige, miteinander verschränkte Aspekte, Erscheinungsformen oder Konsequenzen (bzw. alle drei Dinge auf einmal) des internationalen kapitalistischen Systems“ (272). Von der Marginalität heißt es in einem Satz, sie sei kein spezifisches Merkmal von Unterentwicklung, im nächsten, sie sei ihr integraler Bestandteil (272).

Der Unterschied zwischen entwickelten und unterentwickelten Gesellschaften wird quantitativ nach dem Anteil der „integrierten“

Gruppen an der Gesamtbevölkerung bestimmt. Dies wird graphisch „verdeutlicht“ an Schaubildern, die alle Nationen harmonisch als geschlossene und gleich große Kreise zeigen (so auch bei Galtung und Gantzel) und damit den theoretischen Aussagen diametral widersprechen.

Furtado setzt sich zum Ziel, mit Hilfe des Konzepts der „Abhängigkeit“ die neo-klassische Wirtschaftstheorie zu retten. Unterentwicklung reduziert sich für ihn auf einen „Prozeß der Nachahmung von Konsummustern“ (321). — Die Aufsatzserie Dos Santos — Sunkel — Furtado illustriert, wie ein potentiell revolutionärer Begriff — „Abhängigkeit“ — von der marxistischen Linken geschaffen, vom bürgerlich-antiimperialistischen Nationalismus seines theoretischen Zusammenhangs entkleidet und reformistisch verharmlost und schließlich vom Liberalismus vollends sinnentleert und in sein Gegenteil verfälscht wird.

Nützlich ist der Beitrag von Müller-Plantenberg, der an einem einfachen Beispiel rechnerisch nachweist, wie die für die Industriestaaten entwickelte kapitalintensive Technologie an den Bedürfnissen der armen Länder vorbeigeht, eine andere aber nicht entwickelt wird, weil daran weder in den industrialisierten noch in den unterentwickelten Ländern die Unternehmer ein unmittelbares Profitinteresse haben. „Die Vernachlässigung des in den Industrieländern sich vollziehenden technischen Fortschritts treibt den Prozeß der Unterentwicklung ebenso voran wie die Übernahme dieses Fortschritts“ (348). Die Alternative ist nicht etwa der Import von veralteter Technologie aus den Industriestaaten, sondern die Entwicklung einer eigenen, den vorhandenen Ressourcen an Rohstoffen und Arbeitskräften angepaßten Technologie; das aber setzt voraus „die Beseitigung der freien Unternehmerentscheidung über Investitionen und Innovationen“ (353), also einen nichtkapitalistischen Weg.

Der letzte Aufsatz von Martinelli enthält in seinem ersten Teil eine nicht mehr neue Kritik gängiger Wachstums- und Modernisierungstheorien. Interessant und weiterführend ist dagegen seine Diskussion neuerer Beiträge zur Imperialismus-Theorie, vor allem Frank, Emmanuel und Amin. „Die Ablehnung des Begriffs ‚Dualismus‘ (sollte) nicht darauf hinauslaufen, die innere Heterogenität der unterentwickelten Länder und die Analyse der Koexistenz verschiedener gesellschaftlicher Bedingungen der Produktion zu vernachlässigen, die dort unter der herrschenden Produktionsweise nebeneinander bestehen“ (378). Dieser letzte Satz öffnet Perspektiven für zukünftige „Analysen über abhängige Produktion“, ein Thema, das im besprochenen Band mehr angekündigt als behandelt wird.

Mit der ausführlichen Bibliographie am Ende des Bandes — dem wesentlichen editorischen Verdienst dieses Readers — erhält der Leser das Arbeitsmaterial an die Hand, mit dem er die Anregungen und Frustrationen der Lektüre in Aktivität umsetzen kann.

Tilman Tönnies Evers (Berlin/West) und Norman Paech (Hamburg)

**Scharrer, Hans-Eckart:** Portfolio-Kapitalexport und Zahlungsbilanz. Veröffentlichungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs. Verlag Weltarchiv, Hamburg 1970 (242 S., br., 34,— DM).

Aufgrund ihrer ökonomischen, militärischen und politischen Vormachtstellung sind die USA schon seit Jahrzehnten in der Lage, auf den Außenmärkten innerhalb ihres Einflußbereichs bei hohen Umsätzen teuer zu verkaufen und billig einzukaufen. Während vor allem Entwicklungsländer gezwungen sind, bei sich ständig verschlechternden terms of trade wachsende Handelsbilanzdefizite mittels Kapitalimporten durch Auslandskredite und durch den Ausverkauf ihrer natürlichen Ressourcen zu finanzieren, waren Japan und ein Teil der westeuropäischen Länder auch bisher schon gegenüber den USA insofern in einer günstigeren Position, als sie einerseits an der Ausbeutung der Entwicklungsländer partizipieren und andererseits die Überbewertung des Dollars im Verhältnis zu ihren Währungen bei dem relativ hohen Entwicklungsstand ihrer Produktivkräfte zu einer Exportoffensive nutzen und sich so wenigstens aus unmittelbarer Schuldknechtschaft befreien konnten. In dieser Beziehung hat gerade auch die BRD große Erfolge aufzuweisen, für die freilich die Bevölkerung teuer mit im Verhältnis zu den USA zu niedrigen Export- und zu hohen Importpreisen, mit einer einseitig exportorientierten, krisenanfälligen Wirtschaftsstruktur, mit Überfremdung durch Auslandskapital, mit einem umfangreichen Eintausch von hochwertigen Produkten gegen inflations- und abwertungsgefährdete Dollarbestände und mit einer Destabilisierung des Binnenmarktes als Folge ständiger Liquiditätszuflüsse zu bezahlen hatte. Mittlerweile hat sich die Position der USA im Verhältnis zu den anderen kapitalistischen Industriestaaten, in erster Linie bedingt durch die ökonomischen und politischen Konsequenzen des Indochinakriegs, weiter verschlechtert. Mit einer Erhöhung des eigenen Kapitalexports, mit der Forderung nach einer Neuordnung des Weltwährungssystems und mit einer stärkeren Diversifikation durch Ausweitung des Osthandels versuchen diese Länder jetzt, die Interessen der eigenen nationalen Kapitale besser zur Geltung zu bringen. Auf diesem Hintergrund muß jede neuere Analyse von Außenwirtschaftsproblemen gesehen werden, so auch die Arbeit von Scharrer, des Leiters der Abteilung Internationale Währungspolitik im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv.

Scharrer behandelt aus konjunkturpolitischer Sicht die Frage, ob die ungünstigen Liquiditätseffekte struktureller Leistungsbilanzüberschüsse durch (Portfolio-) Kapitalexport neutralisiert werden können. „Im Hinblick auf die Erfordernisse rationaler Zahlungsbilanzpolitik wird dabei angestrebt, über die qualitativen Funktionszusammenhänge hinaus die quantitativen Beziehungen in den Griff zu bekommen“ (20). Die „Quantifizierung“ beschränkt sich dann allerdings auf exemplarisches Einsetzen von realistischen Werten in Modelle unterschiedlichen Abstraktionsgrades. Es wird nicht versucht, praktische Verfahren für die Berechnung von Devisenrückfluß-

quoten anhand der verfügbaren statistischen Unterlagen zum westdeutschen Kapitalexport zu entwickeln; aus bereits vorliegenden Schätzungen der Zahlungsbilanzeffekte der US-amerikanischen Entwicklungshilfe werden zum Schluß nur die Ergebnisse mitgeteilt. (Danach beträgt zum Beispiel die Devisenrückflußquote für liefer- und projektgebundene „Kapitalhilfe“ der USA an die Entwicklungsländer im Durchschnitt mehr als 80 % [209].)

Der Verzicht auf eigene Berechnungen ist um so stärker zu bedauern, als sich der Autor mehr als üblich der Problematik von Zahlungsbilanzanalysen bewußt ist: „Der Versuch, unterschiedliche Hypothesen mittels des statistischen Materials zu falsifizieren, wird nur in seltenen Fällen gelingen. In der Regel sind mehrere Hypothesen mit den Ergebnissen der Zahlungsbilanz verträglich, so daß die plausibelste davon als ‚richtig‘ angesehen und gegebenenfalls zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht werden muß“ (39/40). „Die Methode der Datenrepräsentation in der Zahlungsbilanz verführt allerdings dazu, die Interdependenz aller Größen zu übersehen und die Aufmerksamkeit ausschließlich auf bestimmte Positionen — Entwicklungshilfe, Direktinvestitionen etc. — zu richten, deren Volumen oder Veränderung dann als ‚Ursache‘ für die (befriedigende oder unbefriedigende) Entwicklung der Zahlungsbilanz verantwortlich gemacht werden“ (40).

Innerhalb des engen Rahmens modelltheoretischer Deduktionen ist die Arbeit beispielhaft durchsichtig und systematisch aufgebaut. Scharrer zählt stets die Modellprämissen auf, verzichtet auf scholastische und mathematische Spitzfindigkeiten und versucht auch auf hohem Abstraktionsniveau überall Beziehungen zu konkreten Entscheidungsproblemen herzustellen. Da außerdem auch die gängigsten Behauptungen sorgfältig mit Literaturhinweisen unterlegt werden, kann diese Spezialstudie durchaus auch im Rahmen der Lehre als Muster für eine saubere modelltheoretische Argumentation benutzt werden.

Am Anfang stehen die Definition des Begriffs und die Beschreibung der Formen des „Portfolio-Kapitalexports“. Scharrer versteht unter Portfolio-Kapitalexport „von Inländern aus der Motivation der Ertragserzielung (im Unterschied zum Motiv der „unternehmerischen Tätigkeit“ im Ausland, das die Kategorie der „Direktinvestitionen“ bestimmt, J. D.) vorgenommene Käufe ausländischer Effekten (das sind am Kapitalmarkt handelbare, vertretbare Inhaber- und Orderpapiere; mit dieser Bestimmung wird der Geld- und Kreditverkehr aus dem Begriff ausgeschlossen, J. D.) von Ausländern“ und außerdem „Effekten-Emissionen ausländischer privater oder öffentlicher Emittenten am inländischen Kapitalmarkt, ohne Rücksicht auf die Gebietszugehörigkeit der Anleger“ (29). Formen des Portfolio-Kapitalexports sind die Emission von Schuldverschreibungen durch ausländische Unternehmungen und öffentliche Körperschaften einschließlich internationaler Organisationen und von Aktien, Wandelschuldverschreibungen und Optionsanleihen durch aus-

ländische Aktiengesellschaften einerseits, der Erwerb von ausländischen öffentlichen und privaten Schuldverschreibungen und von ausländischen Aktien durch Inländer andererseits.

Im nächsten Kapitel über die statistische Erfassung des Portfolio-Kapitalverkehrs in der Zahlungsbilanz ist von dem Hauptkriterium der Abgrenzung zu den Direktinvestitionen, dem Anlagemotiv, seltenerweise nicht mehr die Rede. Statt dessen heißt es dort im Zusammenhang mit der Unterscheidung zwischen kurzfristigen und langfristigen Anlagen lapidar: „Eine Einteilung allein nach der Absicht der Beteiligten — sofern sie sich überhaupt ermitteln ließe — ist statistisch nicht befriedigend: die Zahlungsbilanzstatistik muß sich soweit wie möglich objektiver, nachprüfbarer Kriterien bedienen“ (47). Der ganze Abschnitt ist insofern funktionslos, als eine empirische Analyse ja doch nicht beabsichtigt ist. Das ist auch der Grund dafür, weshalb Scharer sich so leicht vom Gliederungsschema der Zahlungsbilanz lösen kann (54), um in einer theoretischen Analyse den Nettoeffekt von Portfolio-Kapitalexporten zu ermitteln, der prinzipiell natürlich aus induzierten Veränderungen *aller* Positionen der Zahlungsbilanz resultieren kann.

Die bisher vorliegenden Wirkungsanalysen werden in drei Gruppen eingeteilt: Die „transfertheoretischen Ansätze“ postulieren eine automatische Tendenz zu einem Zahlungsbilanzausgleich infolge des Wirkens eines Wechselkurs-, Zins- und/oder Kaufkraft- bzw. Einkommensmechanismus. Ihnen gegenüber macht Scharer neben Hinweisen auf strukturelle und institutionelle Rigiditäten, laufende Datenänderungen und den Zeitbedarf der Anpassung vor allem den bekannten, die Vielfalt der zahlungsbilanzwirksamen politischen Auseinandersetzungen auf eine zudem mißverständliche (zu den „binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen“ gehört durchaus auch die außenwirtschaftliche Expansion) Formel verkürzenden Einwand geltend, daß heute binnenwirtschaftliche Zielsetzungen und nicht die Notwendigkeit eines Zahlungsbilanzausgleichs die Wirtschaftspolitik bestimmen. „Scheidet eine — in ihren Wirkungen zudem häufig ungewisse — Manipulation sowohl des Wechselkurses als auch der binnenwirtschaftlichen Globalgrößen aus, dann bleibt letztlich nur der Ausweg einer partiellen und selektiven Einflußnahme auf bestimmte außenwirtschaftliche Transaktionen“ (71).

Unter Vernachlässigung der von der Transfertheorie in den Vordergrund gestellten Rückwirkungen auf die volkswirtschaftlichen Globalgrößen über die genannten Mechanismen versuchen der „transaktionsbezogene Ansatz“ und der „reservenbezogene Ansatz“ eine auf den unmittelbaren Wirkungsbereich von Portfolio-Kapitalexporten sich beschränkende Partialanalyse. Während der transaktionsorientierte Ansatz die Beziehungen zwischen dem speziellen Kapitalverkehrstyp und der Höhe des unmittelbar aus der Transaktion resultierenden Devisenrückflusses in Form von Zinsen, Tilgungen, Gebühren, Warenexporten usw. aufzudecken sucht, will der reservenbezogene Ansatz ermitteln, in welcher Weise der Devisen-

rückfluß mit dem Grad zusammenhängt, in dem das Schuldnerland und die anderen Handelspartner über Devisenreserven, also über internationale Liquidität verfügen.

Scharrer versucht nun in seinem Buch, diese beiden Ansätze mit einer Serie von aufeinander aufbauenden Modellen zu integrieren. Dabei glaubt er trotz der weitreichenden *Ceteris-paribus*-Klausel an einen hohen Wahrscheinlichkeitsgehalt seiner Aussagen. „An die Stelle der Automatismen sind bewußt formulierte und angestrebte Ziele getreten, die mit einem ständig verfeinerten wirtschaftspolitischen Instrumentarium verfolgt werden. Von dieser Grundüberlegung ausgehend, läßt sich die *Ceteris-paribus*-Klausel als Ausfluß bewußten politischen Handelns interpretieren“ (94). Insbesondere könne man davon ausgehen, daß die Regierung in der Lage und willens ist, die Vollbeschäftigung zu sichern und Preise und Kapitalzinsniveau zu stabilisieren (94/95). Die Verantwortung für Veränderungen dieser Parameter liege angesichts dieser Situation beim Staat; Veränderungen dieser Variablen könnten daher nicht auf Veränderungen im Kapitalverkehr zurückgeführt werden.

Abgesehen davon, daß die Annahmen über die Aktionsmöglichkeiten und das tatsächliche Verhalten des Staates nicht begründet werden und schon deswegen fragwürdig bleiben, kann man natürlich die „Verantwortung“ für die tatsächliche Konstanz der konstant gesetzten Größen nicht von vornherein demjenigen in die Schuhe schieben, für den die Beschreibung der Wirkungszusammenhänge Entscheidungshilfe sein soll, denn sonst werden ihm mit der Fixierung seines eigenen Verhaltens gerade seine Verhaltensmöglichkeiten verborgen. So kann z. B., wenn die Stabilisierung des Preisniveaus durch den Staat vorausgesetzt wird, nichts mehr über die Anstrengungen, d. h. über die Mittel ausgesagt werden, die der Staat in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zahlungsbilanz einsetzen muß, um das Preisniveau zu stabilisieren. Noch in einem anderen Punkt macht Scharrer es sich zu leicht: Der Nettoeffekt einer Transaktion muß bekanntlich durch Vergleich der Situation nach der Transaktion mit der Situation ohne die Transaktion ermittelt werden. Die Frage ist nun, was ohne die Transaktion geschehen würde. Scharrer sagt hierzu in bezug auf seine eigenen Voraussetzungen lediglich: „Die Entscheidung für diese Annahmen ist objektiv nicht eindeutig zu begründen; allerdings kann jede Kritik gleichfalls nur auf einer subjektiven Lageeinschätzung basieren, sie ist also ebenfalls nicht beweisbar“ (92). Wenn man aber die Entscheidung an dieser Stelle der subjektiven Einschätzung überläßt, kommt man mit der ganzen Modelltheorie keinen Schritt weiter, weil dann der Nettoeffekt völlig indeterminiert bleibt. „Objektiv eindeutig beweisbar“ ist kaum etwas. Man sollte sich mit dieser Feststellung aber nicht der Mühe entziehen, Verhaltenshypothesen in irgendeiner Weise empirisch zu stützen. Auf der Basis dieser Kritik an den Prämissen kann man auch die Schlußfolgerungen Scharrers, soweit sie über die Feststellung einer „großen ‚Bandbreite‘ möglicher Zahlungsbilanzeffekte“ (214) hinausgehen, in Zweifel ziehen. Auf dem zu Beginn aufgezeichneten

Hintergrund ist ihre politische Bedeutung allerdings wichtiger als ihr Wahrheitsgehalt und die Stringenz der Argumentation, über die man ohne bessere empirische Unterlagen ohnehin nur spekulieren kann. Wenn Scharrer zu dem Ergebnis kommt, daß „die Möglichkeiten, durch wiederholte Steigerung des Kapitalexports einen dauerhaften Ausgleich einer aktiven Zahlungsbilanz herbeizuführen, . . . begrenzt (sind)“ (216), dann kann das, auf die BRD bezogen, offenbar nicht als Plädoyer gegen Kapitalexport verstanden werden, auch nicht als Forderung nach einer zahlungsbilanzkonformen Wirtschaftspolitik, die Scharrer ja als illusorisch abgetan hat. Es ist der Wirkung und vielleicht auch der Absicht des Autors nach ein Plädoyer für die einzig noch verbleibende Alternative zur Lösung des Überschußproblems: für Wechselkurspolitik, d. h. für Aufwertung der DM bzw. für flexible Wechselkurse oder größere Bandbreiten, also ein Plädoyer für eine weitergehende Förderung des Kapitalexports, für ein partielles Umschalten von der Verkaufsoffensive auf Kapitalexpansion.

Josef Deckers (Berlin/West)

**Kim, Chuk Kyo:** Wirtschaftswachstum und Kapitalkoeffizient. Eine strukturtheoretische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des japanischen Wachstumsprozesses von 1905—1965. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1972 (165 S., br., 38,— DM).

Der Kapitalkoeffizient ist das Verhältnis zwischen eingesetztem Kapital und dem mit diesem Einsatz produzierten Ausstoß in einem Zeitraum bestimmter Länge, z. B. in einem Jahr. Natürlich ist die Definition in dieser Form noch sehr verschwommen, und von der Abgrenzung und Bewertung des eingesetzten Kapitals und des Ausstoßes wird abhängen, was wir für einen Kapitalkoeffizienten erhalten.

Der erste Teil der Arbeit (Kap. I—III) berührt diese Fragen im Vorübergehen und gibt dann einen knappen Überblick über Grundmodelle und Grundbegriffe der Wachstumstheorie: Harrod-Domar, Neoklassik, Kaldor, technischer Fortschritt, Substitutionselastizität. Der zweite Teil (Kap. IV—VI) untersucht, wie verschiedene Einflußfaktoren auf den (gesamtwirtschaftlichen) Kapitalkoeffizienten wirken können. Wird dieser als gewogener arithmetischer Durchschnitt von sektoralen Koeffizienten dargestellt, so sind die Gewichte die jeweiligen Anteile am Sozialprodukt. Verschiebungen in der Beschäftigungsstruktur bringen dann Änderungen dieser Gewichte mit sich. Kim lehnt aber die These ab, der Dienstleistungssektor würde ständig an Gewicht gewinnen. Kuznets habe nachgewiesen, daß diese Tendenz in hochindustrialisierten Ländern zum Stillstand komme (64 ff.).

Ein weiterer Komplex von Einflußfaktoren ist mit dem Stichwort „Kapitalstruktur“ angesprochen. Darunter ist nichts anderes als die physische Zusammensetzung der Produktionsmittel zu verstehen, wobei hauptsächlich ihre Eigenschaften in bezug auf Lebensdauer und Kapazität eine Rolle spielen. Auch hier gibt es eine bekannte These („Schwellentheorie“): daß im Laufe der Industrialisierung der Kapitalkoeffizient erst steige (1. Phase), dann abnehme (2. Phase), dann in etwa konstant bleibe bzw. sehr langsam sinke (3. Phase). Obwohl diese These umstritten ist, scheint sie — zumindest was die 1. und 2. Phase angeht — empirisch für einige Länder belegt. Kim sieht es aber als fragwürdig an, die entsprechenden Ergebnisse durch die Veränderung der Kapitalstruktur erklären zu wollen (75 ff.). — Schließlich wird der Kapitalkoeffizient selbstverständlich vom technischen Fortschritt beeinflußt. Wie ist dieser meßbar? Der Verfasser zieht es vor, von allzu abstrakten Modellen Abstand zu nehmen und führt besondere Produktivitätsindizes ein, die im anschließenden empirischen dritten Teil (Kap. VII—XI) zur Anwendung kommen.

Dieser letzte Teil, der japanischen Wirtschaftsentwicklung von der Jahrhundertwende bis 1965 gewidmet, führt Überlegungen über die benützten Statistiken aus, legt verschiedene Berechnungen vor und kommentiert sie ziemlich vorsichtig. Zusammenfassend: a) Die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalkoeffizienten unter Einberechnung der Wohngebäude zeigt in Japan 1880—1965 einen langfristig sinkenden Trend auf. Japan weicht also von den USA und Deutschland (BRD) ab, wo der Ablauf nach der Schwellentheorie eher gegeben ist. b) Dafür maßgebend waren bis zum zweiten Weltkrieg Verschiebungen in der Produktionsstruktur, nach dem Krieg Produktivitätssteigerungen in den einzelnen Sektoren. c) Eine gegenläufige Tendenz von Kapitalkoeffizient und Lohnquote ist in Japan nicht zu beobachten. Auch die Lohnquote sinkt. d) Die Stabilisierung der Produktionsstruktur, der sich verstärkende Wohnungsbau, das Durchschlagen des technischen Fortschritts auch im Bereich der Dienstleistungen lassen für die Zukunft einen weiterhin sinkenden Kapitalkoeffizienten erwarten.

Die Arbeit ist übersichtlich aufgebaut, einfach geschrieben, mit zahlreichen Tabellen und Schaubildern ausgestattet; nützlich ist die Entwicklung etlicher wirtschaftsstatistischer Reihen für Japan. Als tiefeschürfend und kritisch kann die Arbeit aber keineswegs bezeichnet werden. Sie zeigt vielmehr, daß an der Universität Bochum, wo sie entstanden ist, ein neuer Wind sehr belebend wirken könnte: „[Das Kapital] ist weder als eine abstrakte Verfügungsgewalt noch als immaterielles Objekt, sondern als konkretes physisches Objekt anzusehen, das eine produktive Leistung erbringt . . .“ (29).

Gianfranco Accardo (Berlin/West)

<i>Lepenes, Wolf, und Helmut Nolte: Kritik der Anthropologie (Enderwitz)</i> . . . . .	664
<i>Bloch, Ernst: Philosophie der Renaissance (Frei)</i> . . . . .	666
<i>Voegelin, Eric (Hrsg.): Zwischen Revolution und Restauration (Geiss)</i> . . . . .	668
<i>Baruzzi, Arno (Hrsg.): Aufklärung und Materialismus im Frankreich des 18. Jahrhunderts (Gerstenberger)</i> . . . . .	672
<i>Gebhardt, Jürgen (Hrsg.): Die Revolution des Geistes (Gerstenberger)</i> . . . . .	672

### **Soziologie**

<i>Albrow, Martin: Bürokratie (Czybulka)</i> . . . . .	673
<i>Krappmann, Lothar: Soziologische Dimensionen der Identität (Dürkop)</i> . . . . .	674
<i>Nahrstedt, Wolfgang: Die Entstehung der Freizeit (H.-J. Fuhs u. H. Fuhs)</i> . . . . .	677
<i>Küng, Emil: Arbeit und Freizeit in der nachindustriellen Gesellschaft (H.-J. Fuhs u. H. Fuhs)</i> . . . . .	679
<i>Micksch, Jürgen: Jugend und Freizeit in der DDR (H.-J. Fuhs u. H. Fuhs)</i> . . . . .	681

### **Geschichte**

<i>Graus, František: Zur Gegenwartslage der Geschichtswissenschaft (Schneider)</i> . . . . .	684
<i>Mann, Golo: Wallenstein (Beutin)</i> . . . . .	684
<i>Obermann, Karl: Flugblätter der Revolution (Steinbach)</i> . . . . .	688
<i>Borchardt, Knut: Die industrielle Revolution in England und Deutschland (Spree)</i> . . . . .	691

### **Soziale Bewegung und Politik**

<i>Hochhut, Rolf: Krieg und Klassenkrieg (Ashauer)</i> . . . . .	694
<i>Duve, Freimut: Der Rassenkrieg findet nicht statt (Danckwerts)</i> . . . . .	696
<i>Uwechue, Raphael: Afrika ohne Bürgerkrieg (Tibi)</i> . . . . .	697
<i>Hanisch, Rolf: Bürgerkrieg in Afrika? (Tibi)</i> . . . . .	697
<i>Renesse, Ernst Albrecht von (Hrsg.): Revolte und Revolution in den Entwicklungsländern (Nikolinakos)</i> . . . . .	700
<i>Fragoso, Antonio: Evangelium und soziale Revolution (Krimms)</i> . . . . .	701
<i>Lünig, Hildegard (Hrsg.): Mit Maschinengewehr und Kreuz (Krimms)</i> . . . . .	704
<i>Rauscher, Anton (Hrsg.): Ist die katholische Soziallehre anti-kapitalistisch? (Haasis)</i> . . . . .	707
<i>Pallenberg, Corrado: Die Finanzen des Vatikan (Frei)</i> . . . . .	709

### **Ökonomie**

<i>Senghaas, Dieter (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt (Evers u. Paech)</i> . . . . .	711
<i>Scharrer, Hans-Eckart: Portfolio-Kapitalexport und Zahlungsbilanz (Deckers)</i> . . . . .	719
<i>Kim, Chuk Kyo: Wirtschaftswachstum und Kapitalkoeffizient (Accardo)</i> . . . . .	723